



Stenografischer Bericht

70. Sitzung

Freitag, 5. April 2019,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung..... 5

Tagesordnungspunkt 3

Erste Beratung

Fridays for Future verdient Wertschätzung und den politischen Dialog!

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs.
7/4144

Thomas Lippmann (DIE LINKE)	6
Matthias Lieschke (AfD)	9
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	10
Robert Farle (AfD)	10
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	11
Oliver Kirchner (AfD)	14
Marco Tullner (Minister für Bildung)	14
Dr. Falko Grube (SPD)	16
Lydia Funke (AfD)	17
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	18
Robert Farle (AfD)	21
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	22
Alexander Raue (AfD)	22
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	23
Angela Gorr (CDU)	23
Mario Lehmann (AfD)	25
André Poggenburg (fraktionslos)	25

Thomas Lippmann (DIE LINKE)

Alexander Raue (AfD)..... 27

Abstimmung..... 27

Tagesordnungspunkt 4

Beratung

Sachsen-Anhalts digitale Infrastruktur zukunftsfest machen

Antrag Fraktionen CDU, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs.
7/4155

Sebastian Striegel (GRÜNE)	28
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung)	31
Matthias Lieschke (AfD).....	33
Ulrich Thomas (CDU)	34
Hendrik Lange (DIE LINKE)	35
Holger Hövelmann (SPD)	37
Sebastian Striegel (GRÜNE)	38
Matthias Lieschke (AfD).....	39
Sebastian Striegel (GRÜNE)	39
Siegfried Borgwardt (CDU)	40
Abstimmung.....	41

Tagesordnungspunkt 5

Beratung

Kein Islamunterricht in Sachsen-AnhaltAntrag Fraktion AfD - **Drs. 7/4124**Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4158**

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).....	41
Marco Tullner (Minister für Bildung)	45
Alexander Raue (AfD).....	47
Marco Tullner (Minister für Bildung)	47
Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD)	48
Wulf Gallert (DIE LINKE)	49
André Poggenburg (fraktionslos)	51
Wulf Gallert (DIE LINKE)	51
Robert Farle (AfD)	51
Wulf Gallert (DIE LINKE)	52
Alexander Raue (AfD).....	52
Sebastian Striegel (GRÜNE)	53
Robert Farle (AfD)	53
Sebastian Striegel (GRÜNE)	54
Hannes Loth (AfD)	54
Sebastian Striegel (GRÜNE)	54
André Poggenburg (fraktionslos)	55
Sebastian Striegel (GRÜNE)	55
Angela Gorr (CDU)	56
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD).....	56
Abstimmung.....	57

Tagesordnungspunkt 21

Beratung

Illegalen Müllentsorgungen vorbeugen und diese konsequent ahndenAntrag Fraktion AfD - **Drs. 7/4122**Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4191**

Volker Olenicak (AfD)	57
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)	59
Volker Olenicak (AfD)	60
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)	60
Andreas Schumann (CDU)	60
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	61
Hannes Loth (AfD)	62
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	62
Jürgen Barth (SPD)	62

Wolfgang Aldag (GRÜNE)	63
Hannes Loth (AfD)	63
Lydia Funke (AfD)	64

Abstimmung 64

Tagesordnungspunkt 22

Beratung

Was nicht bekannt ist, kann man nicht verändern - Unfälle mit Tiertransportern endlich in der polizeilichen Unfallstatistik erfassenAntrag Fraktion AfD - **Drs. 7/4123**

Hannes Loth (AfD)	65
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	67
Rüdiger Erben (SPD)	69
Oliver Kirchner (AfD)	70
Rüdiger Erben (SPD)	71
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	71
Dorothea Frederking (GRÜNE).....	72
Chris Schulenburg (CDU)	73
Daniel Roi (AfD)	73
Abstimmung	74

Tagesordnungspunkt 23

Erste Beratung

Blühende Landschaften für Sachsen-AnhaltAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4145**

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	75
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)	77
Andreas Schumann (CDU)	77
Hannes Loth (AfD)	78
Jürgen Barth (SPD).....	79
Dorothea Frederking (GRÜNE).....	79
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	81
Abstimmung	82

Tagesordnungspunkt 26

Erste Beratung

Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft der Tarifentwicklung anpassen!Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4148**

Thomas Lippmann (DIE LINKE)	82
Marco Tullner (Minister für Bildung)	84
Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD)	85
Jan Wenzel Schmidt (AfD)	86
Wolfgang Aldag (GRÜNE)	86
Angela Gorr (CDU)	87
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	87
Abstimmung	88

Tagesordnungspunkt 27

Beratung

Konsequenzen aus der Blockadehaltung in der Linksextremismus-Enquete: Stärkung von Minderheitenrechten der FraktionenAntrag Fraktion AfD - **Drs. 7/4150**

Daniel Roi (AfD)	88
Sebastian Striegel (GRÜNE)	91
Daniel Roi (AfD)	91
Sebastian Striegel (GRÜNE)	92
Daniel Roi (AfD)	92
Rüdiger Erben (SPD)	92
Robert Farle (AfD)	94
Rüdiger Erben (SPD)	94
Stefan Gebhardt (DIE LINKE)	95
Robert Farle (AfD)	96

Stefan Gebhardt (DIE LINKE)	96
Daniel Roi (AfD)	97
Stefan Gebhardt (DIE LINKE)	97
Siegfried Borgwardt (CDU)	97
Sebastian Striegel (GRÜNE)	98
Dietmar Krause (CDU)	99
Mario Lehmann (AfD)	99
Abstimmung	101

Tagesordnungspunkt 28

Zweite Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des KommunalverfassungsgesetzesGesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4125**Entschließungsantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4156**Beschlussempfehlung Ausschuss für Inneres und Sport - **Drs. 7/4185**

(Erste Beratung in der 68. Sitzung des Landtages am 02.04.2019)

Sebastian Striegel (Berichterstatter)	5
Abstimmung	6

Schlussbemerkungen 101

Beginn: 9:01 Uhr.

Eröffnung

Vizepräsident Wulf Gallert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hiermit eröffne ich die 70. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode und begrüße Sie auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir setzen nunmehr die 33. Sitzungsperiode fort und beginnen heute mit dem Tagesordnungspunkt 28.

Ich erinnere Sie daran, dass sich Herr Minister Webel für heute - wie auch gestern - ganztägig entschuldigt hat. Ich höre gerade, dass sich Frau Keding auch krankheitsbedingt entschuldigt hat.

(Minister Prof. Dr. Armin Willingmann: Der andere ist aber gesund!)

- Ja, nachdem wir gestern schon umfangreiche Diskussionen über den Gesundheitszustand der Landesregierung geführt haben,

(Minister Prof. Dr. Armin Willingmann: Erschütternd!)

wollen wir das jetzt - - Wir loben noch einmal alle Mitglieder der Landesregierung, die trotz gesundheitlicher Probleme eisern durchhalten. Gut, okay. Jetzt geht es los.

Wir beginnen mit

Tagesordnungspunkt 28

Zweite Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4125**

Entschließungsantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4156**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Inneres und Sport - **Drs. 7/4185**

(Erste Beratung in der 68. Sitzung des Landtages am 02.04.2019)

Berichterstatter ist der Abg. Herr Striegel. Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (Berichterstatter):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Guten Morgen!

Den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes überwies der Landtag in seiner 68. Sitzung am Dienstag, den 2. April 2019 zur alleinigen Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Inneres und Sport.

Mit Beschluss vom Januar 2019 hat das Bundesverfassungsgericht § 13 Abs. 2 Nr. 2 des Bundeswahlgesetzes für verfassungswidrig erklärt. Die inhaltsgleiche Regelung in § 23 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes soll daher noch für die bevorstehende Kommunalwahl am 26. Mai 2019 angepasst werden.

Mit dem Entschließungsantrag der Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Landesregierung aufgefordert werden, einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes für die Landtagswahlen im Jahr 2021 vorzulegen.

Ferner soll sie sich für mehr Barrierefreiheit bei den Wahlen einsetzen und prüfen, wie gegebenenfalls die Wahlhinweise, Stimmzettel und andere Wahlunterlagen optimiert werden können. Ziel soll es sein, das Wahlverfahren insgesamt einfacher zu gestalten und somit mehr Menschen den Zugang zu den Wahlen zu ermöglichen.

Aufgrund der knappen Zeit bis zur bevorstehenden Kommunalwahl und der sich abzeichnenden Ausschussüberweisung wurde vorsorglich eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport im Anschluss an die Landtagssitzung am 2. April 2019 anberaumt. In dieser befasste sich der Ausschuss mit dem Gesetzentwurf wie auch mit dem Entschließungsantrag.

Im Ausschuss erfolgte eine kurze Aussprache. Die Landesregierung beantwortete zusätzlich einige Fragen der Abgeordneten und informierte insbesondere darüber, dass sie die Kommunen bereits im Vorgriff auf die Regelungen über notwendige Änderungen bei der Erstellung der Wählerverzeichnisse in Kenntnis gesetzt habe. Nach dem Dafürhalten der Landesregierung könne so trotz der knappen zeitlichen Vorläufe eine ordnungsgemäße Wahldurchführung in den Kommunen auch unter der neuen Rechtslage abgesichert werden.

Der Ausschuss für Inneres und Sport verabschiedete jeweils mit 11 : 0 : 0 Stimmen die Empfehlung an den Landtag, sowohl den Gesetzentwurf als auch den Entschließungsantrag in unveränderter Fassung anzunehmen; in Drs. 7/4185 liegen Ihnen beide als Beschlussempfehlung für die heutige Abstimmung vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Namen des Ausschusses für Inneres und Sport bitte ich um Zustimmung zu dieser einstimmig

gefassten Beschlussempfehlung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen an den Berichterstatter. Da eine Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vereinbart worden ist, können wir gleich in das Abstimmungsverfahren einsteigen.

Wir kommen zuerst zum Abstimmungsverfahren zu Teil 1 der Beschlussempfehlung, die in Drs. 7/4185 vorliegt. Teil 1 ist der Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung. Wünscht jemand in irgendeiner Art und Weise eine getrennte Abstimmung? - Das scheint mir nicht der Fall zu sein.

Deswegen können wir jetzt über den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung in Drs. 7/4185 abstimmen. Wer dieser seine Zustimmung erteilt, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Wie ich sehe, sind das alle Fraktionen des Hauses. Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung von einem fraktionslosen Abgeordneten.

Jetzt müssen wir noch über Teil 2 der Beschlussempfehlung abstimmen. Dabei geht es um den vorhin von mir genannten Entschließungsantrag in der vorliegenden Fassung. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Zwei fraktionslose Abgeordnete.

Damit ist das Gesetz genauso wie die entsprechende Entschließung beschlossen worden und wir können den Tagesordnungspunkt 28 verlassen.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 3

Erste Beratung

Fridays for Future verdient Wertschätzung und den politischen Dialog!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4144**

Als Einbringer erhält der Abg. Herr Lippmann für die Fraktion DIE LINKE das Wort. Bitte.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Greta Thunberg, diese bemerkenswerte junge Schwedin, am ersten Schultag des neuen Schuljahres vor dem schwedischen Parlamentsgebäude zum Schulstreik für mehr Klimaschutz aufrief, war sie noch allein.

Es hat aber nur wenige Monate gedauert, bis ihr Beispiel weltweit Hunderttausende auf die Straße gebracht hat. Die Schülerbewegung Fridays for Future fordert nicht nur die ewig gestrigen Leugner des menschengemachten Klimawandels heraus, die auch hier in unserem Landtag sitzen. Nein, sie fordert vielmehr Rechenschaft von den Regierenden, von der Politik, von uns allen, was wir für die Erfüllung der internationalen Klimaschutzziele tun.

Es sind gute und angemessene Reaktionen von Spitzenpolitikern, wenn sich zum Beispiel UNO-Generalsekretär Antonio Guterres auf die Seite der Streikenden stellt oder wenn der österreichische Staatspräsident Fridays-for-Future-Aktivisten in der Wiener Hofburg empfängt.

In Deutschland sind wir von einer solchen Haltung weit entfernt.

(Zuruf von der AfD: Gott sei Dank! - Beifall bei der AfD)

Hier machen es sich die Regierenden hauptsächlich in der Debatte bequem, ob man am Freitagmittag der Schule fernbleiben darf.

(Zuruf von Andreas Schumann, CDU)

Da twittert einer Ihrer früheren CDU-Generalsekretäre, Herr Polenz, völlig zu Recht: Warum fällt so vielen in meiner Partei zu Fridays for Future nichts Besseres ein, als „Schulschwänzer“ zu rufen? Wie wäre es mit konkreten Gesprächsangeboten über Klimaschutz?

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der AfD)

Ja, kann ich dazu nur sagen, recht hat er. Es ist dürftig, wenn die Kanzlerin und ein paar Minister gelegentlich ein paar verbale Streicheleinheiten an die Demonstranten verteilen: Man finde ja im Prinzip ihr Anliegen gut und wolle doch eigentlich das Gleiche wie sie. - Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das wollen die Damen und Herren auf den Regierungsbänken im Bund und in den Ländern nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Demonstranten wollen, dass der Pariser Klimaschutzvertrag eingehalten wird. Die Bundesregierung behauptet viel, tut aber viel zu wenig und unterläuft die getroffenen Vereinbarungen systematisch und in vollem Bewusstsein. Diese Einschätzung haben Tausende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erst kürzlich in einer Stellungnahme bestätigt.

Zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens sollte unter anderem die Verbrennung von Kohle bereits im Jahr 2030 weitgehend beendet sein. Die Beschlüsse der deutschen Klimakommission mit dem geplanten Ausstieg erst im Jahr 2038 stehen dazu offenkundig im Widerspruch. Nun gehen junge Leute gegen diese klare Missachtung der internationalen Klimaschutzziele auf die Straße. In vielen deutschen Städten, auch in Sachsen-Anhalt, in Magdeburg und Halle.

(Zuruf von Andreas Schumann, CDU)

Sie üben unerschrocken und unnachgiebig Kritik an der Gefälligkeitspolitik für die Energiekonzerne.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Schülerinnen und Schüler erteilen der Politik Nachhilfe. Das gab es lange nicht und deshalb irritiert es. Das soll es auch. Den jungen Leuten ist es ernst. Sie wollen mit ihren berechtigten Zukunftsorgen gehört und ernst genommen werden. Sie wollen, dass die Politik nicht zur üblichen Tagesordnung übergeht, sondern dass sich etwas ändert.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Sie wissen offenbar ganz gut, dass man dazu nicht nur spektakulär auftreten muss, sondern dass man auch hartnäckig sein muss, weil neoliberale Politik ansonsten auch weiterhin nur auf die Wünsche der Konzerne hört und eben nicht auf die Stimmen aus dem Volk, erst recht nicht, wenn es die Stimmen von Kindern und Jugendlichen sind.

Viele von denen, die dazulernen und die sich auch ändern müssen, hoffen, dass die Bewegung möglichst schnell und möglichst folgenlos wieder verschwindet. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie könnten unsere Jugend unterschätzen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Wie borniert muss man sein, das Engagement der Schülerinnen und Schüler für eine der zentralen Menschheitsfragen mit einer Schulpflichtdebatte abwürgen zu wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen lässt sich doch nicht gegen die natürlich ebenso wichtige Zukunftsfrage einer guten Bildung ausspielen.

Wenn Sie nicht wollen, dass in Sachsen-Anhalt so viel Unterricht ausfällt, dann müssen Sie einfach nur vor Ihrer eigenen Haustür kehren.

(André Poggenburg, fraktionslos: Die sollen samstags demonstrieren gehen!)

Für den in jedem Schuljahr nicht regulär erteilten Unterricht könnten jeden Freitag etwa 60 000 Schülerinnen und Schüler den ganzen Tag lang demonstrieren - das ist ein Drittel unserer gesamten Schülerschaft im Land;

(Beifall bei der LINKEN)

so viel zum Sinn von Fakten und Zahlen, und auch nur, um Ihnen einmal die Relationen zu verdeutlichen.

Es geht Ihnen bei der Ablehnung von Fridays for Future nicht um den Stundenausfall. Es geht darum, dass die jungen Leute Freitag für Freitag den Regierenden einen Spiegel vorhalten, in den sie nicht hineinschauen wollen.

(Beifall bei der LINKEN - Ulrich Thomas, CDU: In Thüringen machen sie das besonders heftig! - Guido Heuer, CDU: Nennen Sie mir einen Grund dafür, dass die Demonstrationen am Freitagvormittag stattfinden müssen!)

Allein im März haben rund 300 000 Menschen in 230 deutschen Städten an den Klimaschutzprotesten teilgenommen. Dass Schülerinnen und Schüler selbstbewusst ihre staatsbürgerlichen Rechte vertreten, ist offenbar auch 30 Jahre nach der friedlichen Revolution für einige Zeitgenossen nur schwer zu ertragen,

(Beifall bei der LINKEN - Guido Heuer, CDU: Wir haben montags gegen Truppen wie euch demonstriert! - Weitere Zurufe von der CDU)

erstaunlicherweise insbesondere in der CDU, die doch so gern für sich in Anspruch nimmt, geradezu ein Hort der Demokratie zu sein.

Schülerinnen und Schüler, die an den Kundgebungen teilnehmen, sind keine Schulschwänzer.

(Beifall bei der LINKEN - André Poggenburg, fraktionslos: Freibrief zum Schwänzen! - Zurufe von der CDU und von der AfD)

Sie setzen sich für das Gemeinwesen und für die Einhaltung internationaler Verpflichtungen ein. Auch für sie gilt das Demonstrationsrecht aus dem Grundgesetz. Darin steht nirgendwo, dass man das Demonstrationsrecht nur in seiner Freizeit und nicht während der Unterrichtszeit ausüben dürfte.

(Lars-Jörn Zimmer, CDU: Es gilt die Schulpflicht! - Oliver Kirchner, AfD: Ein Lehrer gegen die Schulpflicht! - Weitere Zurufe von der CDU und von der AfD)

Diejenigen, die nach Sanktionen rufen, verweigern eine rechtsstaatliche Abwägung zwischen

dem Demonstrationsrecht und dem staatlichen Bildungsauftrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist nichts weiter als der Ausdruck der Hilflosigkeit, um mit der Bewegung fertigzuwerden, und die Autorität einer Politik, die regelmäßig vor den Energiekonzernen einknickt, gegenüber den Schülerinnen und Schülern aber die Muskeln spielen lässt. Es wird trotzdem weiter gestreikt werden, auch zur nächsten Landtagssitzung am 24. Mai. Dann soll dem Vernehmen nach sogar ein europaweiter Streiktag stattfinden.

(Daniel Roi, AfD: Schöner Wahlkampf!)

Auch unsere Regierung reagiert hilflos: Der Bildungsminister lässt die streikenden Schüler im Landesschulamt melden und die Schulleitungen auf die drohenden Konsequenzen bei Klassenarbeiten hinweisen. Der Ministerpräsident ist ganz auf Tauchstation gegangen und auch unsere Klimaschutzministerin lässt den Dialog mit den jungen Leuten bisher leider vermissen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Der Philologenverband auch!)

Es geht nicht nur darum, dass die Regierung den jungen Menschen einen konstruktiven Dialog zum Klimaschutz verweigert. Es geht konkret darum, wie der wirtschaftliche Strukturwandel in Sachsen-Anhalt, der ja die Perspektive der jungen Menschen betrifft, Teil des Dialoges mit Fridays for Future werden kann.

(Lydia Funke, AfD, lacht)

Für uns jedenfalls ist der Strukturwandel eine hervorragende Gelegenheit, darüber ins Gespräch zu kommen, wie mit dem Füllhorn der in Aussicht gestellten Bundesmittel zukunftsfähige Ausbildungs- und Arbeitsplätze und eine bessere Infrastruktur für die jungen Menschen gefördert und geschaffen werden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Was man bisher von der Landesregierung dazu hört, ist doch schlicht eine Katastrophe. Bei so viel Ideenlosigkeit muss man sich doch als junger Mensch verzweifelt an den Kopf fassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Minister Willingmann, öffnen Sie Fridays for Future die Tür für eine ernsthafte Debatte über den Strukturwandel.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Ministerin Dalbert, laden Sie die Demonstranten zu Diskussionen über die Klimaschutzpolitik des Landes Sachsen-Anhalt ein.

Herr Haseloff ist gerade nicht anwesend.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Weiter nach links gerückt! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Er ist weiter nach links gerückt!)

- Ach so, alles klar, alles gut.

(Ulrich Thomas, CDU: Der Ministerpräsident rückt nicht weiter nach links! - Unruhe)

Herr Haseloff, öffnen Sie Fridays for Future die Staatskanzlei für eine Zukunftswerkstatt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns überlegen, wie wir auch im Landtag den Dialog organisieren können. Die Energiewende und der Kohleausstieg sind das größte gesellschaftliche Transformationsprojekt seit der Deutschen Einheit. Die Fridays-for-Future-Demos werfen die Frage auf, wie die Zivilgesellschaft in die dafür nötigen Debatten einbezogen werden kann. Wir als LINKE sind den Schülerinnen und Schülern für diesen Denkanstoß dankbar und werden ihn aufgreifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel erfordert eine schnelle Reduzierung der CO₂-Emissionen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Eine radikale!)

Alle wissen das.

(Zurufe von der AfD)

- Okay, alle außer der AfD wissen das.

(Beifall bei der LINKEN - Widerspruch bei der AfD)

Der Klimawandel kümmert sich nicht um nationalstaatliche Souveränität. Dürren machen nicht an Staatsgrenzen halt. Die zerstörerische Wucht verheerender Flutkatastrophen trifft die Länder im Norden ebenso wie im Süden.

Es gibt heute im Großen wie im Kleinen keine wichtige politische, wirtschaftliche und soziale Frage, die nicht auch einen Klimaschutzaspekt hat. Dabei zeigen die drängenden Fragen, wie im Strukturwandel in den deutschen Kohleregionen zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden können, dass der Kampf um das Weltklima und um soziale Sicherheit auch Konfliktpotenzial birgt.

Von uns Politikern wird gefordert, über unterschiedliche Zukunftsfragen nicht als Gegensätze zu diskutieren, sondern sie ins Gleichgewicht zueinander zu bringen. Das erwarten die jungen Menschen zu Recht von uns.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wird hier immer gern darüber lamentiert, dass Stromkunden und Autofahrer für den Klimaschutz

geschöpft werden. Dieselben Leute werden jedoch sehr leise, wenn es darum geht, die Konzerne dafür zur Kasse zu bitten.

(Zuruf von Guido Heuer, CDU)

Die Alternative ist eben nicht, die Klimaschutzziele aufzugeben. Klimaschutz und Energiewende erfordern eben nicht nur eine ökologische und wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Bilanz.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn zum Beispiel das Steuergeld für die ökologische Modernisierung von Gebäuden locker sitzt, es aber nicht gelingt, die Mieten so zu begrenzen, dass sich die Menschen die Wohnungen weiterhin leisten können, dann ist eben etwas mächtig faul im Staate.

Es hat etwas Sinnfälliges, wenn parallel zu dem Aufschwung der Klimaschutzproteste auch die Mieterproteste gegen Immobilienspekulationen und für den Ausbau des öffentlichen Wohnungseigentums zunehmen.

Auch den Aktivisten im politischen System muss klar sein, dass der Klima- und Umweltschutz mit den sozialen Fragen verbunden werden muss. Ein besserer Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen muss allen zugutekommen und von allen getragen werden, und das nicht nur in den nationalen Grenzen, sondern global.

(Beifall bei der LINKEN)

Klima- und Umweltschutz, der soziale Verwerfungen nach sich zieht oder bereits bestehende verstärkt, ist einseitig und in diesem Sinne nicht nachhaltig. Insofern verlangen die Herausforderungen des Klimawandels nach Empathie und Menschlichkeit, die nationale Grenzen überwinden.

Die Fridays-for-Future-Demos sind deshalb auch ein unmissverständliches Zeichen gegen Nationalismus und Abschottungspolitik.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Auch deswegen werden sie politisch vor allem von rechts attackiert und gerade deshalb müssen sie Unterstützung und Wertschätzung von uns Demokraten erfahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen dieses Engagement der jungen Leute. Sie müssen von uns erfahren, dass sie damit auf dem richtigen Weg sind, auf dem wir politisch konsequenter und schneller vorankommen müssen.

Lassen Sie uns gemeinsam den Klimaleugnern die rote Karte zeigen und den Ball aufgreifen, den uns Fridays for Future jeden Freitag aufs Spielfeld legt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt einen erhöhten Redebedarf.

(Heiterkeit)

Ich nenne die Namen derer, die bereits auf meiner Liste stehen: Herr Lieschke, Herr Harms, Herr Farle, Herr Thomas, Herr Raue. Herr Raue wäre der dritte Redner aus der AfD-Fraktion. Da wir uns in einer Fünfminutendebatte befinden, lasse ich zwei Fragen je Fraktion zu.

Ich erteile nun Herrn Lieschke das Wort.

Matthias Lieschke (AfD):

Ich habe eine Kurzintervention. Es gab früher einmal den Begriff „Wendehals“; Ihr Verhalten erinnert mich im Moment sehr stark daran. In den vergangenen Sitzungen sagten Sie immer, der Schulausfall sei furchtbar, wir brauchten mehr Lehrer und die Schüler müssten lernen. Jetzt sagen Sie plötzlich, es sei toll, wenn die Schüler freitags zu Hause blieben und sich dafür einsetzten.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Weil sie demonstrieren gehen! - Unruhe)

Es gibt eine Schulpflicht und diese ist gesetzlich durchzusetzen. Dabei sollte es eigentlich auch bleiben; denn es ist wichtig, dass unsere Schüler klug werden und mitbekommen, wie die Welt funktioniert. Sie sollen nicht aus irgendwelchen Hirngespinnsten, die Sie sich ausdenken, eine Weltbewegung machen, um das Wetter zu ändern - ganz ehrlich.

(Zurufe von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Kein Schüler wird das Wetter ändern. Das wird nicht funktionieren. Das kann ich Ihnen versprechen.

Ich persönlich gehe davon aus - es sind bald Sommerferien -, dass die Geschichte bald ein Ende haben wird; denn es wird den Schülern nicht so wichtig sein, in den Ferien zu demonstrieren. Daran werden Sie sehen, wie ernsthaft diese Demonstrationen sind.

(Zurufe von der LINKEN)

Wenn sich das ändern sollte, dann entschuldige ich mich gern dafür. Ich glaube aber, in den Sommerferien ist es mit dieser Bewegung vorbei.

(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von der AfD: Genau! - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wenn Sie wollen, dann können Sie antworten, Herr Lippmann.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Nein, die Kolleginnen und Kollegen wissen, was ich dazu in meiner Rede gesagt habe.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann kann der Kollege Harms sprechen.

Uwe Harms (CDU):

Herr Lippmann, uns eint die gemeinsame Erfahrung einer gewaltigen Umwälzung, eines Umbruchs in der gemeinsamen Vergangenheit.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Oh!)

Einer der Hauptgründe für das Bedürfnis der Bevölkerung nach Veränderung war die zerstörte Umwelt im Ergebnis der DDR. Waren Sie denn seinerzeit auf der Seite der Umweltdemonstranten, die diese Wende herbeigeführt haben?

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der AfD)

Welche persönlichen Erfahrungen aus dieser Zeit können Sie uns mitteilen?

(Hardy Peter Güssau, CDU: Er war in der Parteischule! - André Poggenburg, fraktionslos: Er hat nicht geschwänzt! - Zuruf von Daniel Roi, AfD - Unruhe)

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Wenn Sie - -

(Anhaltende Unruhe - André Poggenburg, fraktionslos: Die Parteischule hat er nicht geschwänzt! - Guido Heuer, CDU: Er hat Unterricht in ML gehabt!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Die Frage richtete sich, wenn ich es richtig mitbekommen habe, an Herrn Lippmann. Herr Heuer, möchten Sie die Frage an Herrn Lippmann beantworten? Wenn nicht, dann müssten Sie ihm jetzt die Gelegenheit zur Beantwortung geben. - Herr Lippmann, wenn Sie wollen, dann können Sie antworten.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Die Frage ist mir zu schlicht.

(Lachen bei der AfD)

Ich will aber sagen, weil es jetzt hier so kolportiert wird - Sie kennen meine Vita; man kann sie nachlesen -, dass ich weder zu diesem Zeitpunkt noch in den Jahren unmittelbar danach in der Partei war und natürlich auch nicht in der Parteischule -

das aber nur am Rande, weil es Sie so beschäftigt.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. Dann hat jetzt Herr Farle das Wort. - Sie haben eine kurze Nachfrage, Herr Harms? - Dann stellen Sie die kurze Nachfrage.

Uwe Harms (CDU):

Ich möchte den Kollegen Lippmann darauf hinweisen, dass ich ausdrücklich nicht nach parteilicher Gebundenheit gefragt habe, sondern danach, ob er auf der Seite der Demonstranten war, die seinerzeit aus dem Bedürfnis der Bevölkerung heraus, diese Schädigung der Umwelt nicht mehr hinzunehmen, demonstriert haben. Die Umweltaktivisten zu Zeiten der DDR im Rahmen der Kirche waren sehr aktiv und sehr wesentlich. Das hat nichts mit der Zugehörigkeit - -

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich denke, er hat es verstanden. - Herr Lippmann.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Ich war zur Wende 28 Jahre alt und hatte zu dieser Zeit keinen Kontakt zur Umweltbewegung. Das ist aber kein Argument, um zu sagen, dass ich mich mit 30, 50 oder 80 Jahren - vielleicht werde ich so alt - nicht engagieren darf. Deswegen fand ich die Frage etwas schlicht.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt hat Herr Farle das Wort.

Robert Farle (AfD):

Herr Lippmann, Sie sind sich wieder treu dabei geblieben, dass Sie die Wahrheit im Grunde genommen komplett auf den Kopf gestellt haben. Sie haben deutlich gemacht, dass Sie schon heute wissen, wie lange die Proteste der Schüler weitergehen werden. Das ist kein Wunder; denn es sind Ihre Leute, die die Proteste mit organisieren und die mit Lehrern, auf die Sie auch Einfluss haben, dort unten stehen. Es ist alles organisiert.

Ich frage mich, wie armselig muss es um die heutige LINKE bestellt sein, wenn sie Schüler instrumentalisieren muss, um in der Bevölkerung steigende Strompreise und eine völlig irrsinnige Energiepolitik durchzusetzen.

(Beifall bei der AfD - Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Darum geht es.

Dann bringen Sie noch die perverse Auffassung auf den Tisch, dass hier irgendjemand Konzerninteressen unterstützt. Nein, Sie unterstützen Konzerninteressen, nämlich von dem Teil der Wirt-

schaft, der mit dieser Energiewende Hunderte Milliarden Euro verdienen will.

Sie unterstützen ein irres Geschäftskonzept. Dann gehen Sie in die Bevölkerung und sagen ihr: Ja wohl, wir haben eine Klimareligion erfunden, damit ihr bluten könnt.

Ihr seid inzwischen eine Partei geworden, die mit links gar nichts mehr zu tun hat. Links stand früher mal für Arbeiterinteressen und für die Interessen der kleinen Leute. Ihr wollt die kleinen Leute abzocken.

(Starker Beifall bei der AfD)

Ihr wollt hier bei uns 18 000 Arbeitsplätze zerstören. Das ist die Wahrheit, und die muss der Bevölkerung klargemacht werden, damit euer Stimmenanteil radikal runtergeht; denn ihr seid der Untergang dieses Landes.

(Starker Beifall bei der AfD)

Wer die Schulpflicht auf eine so schmutzige Art in den Dreck ziehen will und damit sanktioniert, dass die Schüler ihren eigentlichen Aufgaben nicht mehr nachkommen, der hat es doch gar nicht verdient, in einem Parlament zu sitzen. - Danke.

(Starker Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wenn Sie wollen, können Sie antworten.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Nur zwei kurze Anmerkungen: Es ist ja schön, Herr Farle, dass Sie sich auch immer so schön treu bleiben.

(Zuruf von der LINKEN: Wer schreit, hat unrecht!)

Wie kurz Ihr Denken ist, zeigt sich daran, dass Sie immer dann, wenn irgendetwas entsteht,

(Beifall bei der LINKEN)

was Ihnen nicht in Ihren politischen Kram passt, die Auffassung äußern, das könne ja nicht aus der Bevölkerung kommen, weil Bevölkerung sozusagen Sie seien - die Meinung der Bevölkerung haben Sie ja gepachtet -,

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Ja, genau!)

dann sei das von anderen instrumentalisiert.

Dass wir Fridays for Future instrumentalisiert hätten, ist so ein Quatsch. Ich sage Ihnen einmal, wie es wirklich ist. Ich habe ja gesagt, wir wollen den Dialog ernst nehmen. Wir sind im Moment - ich hoffe, andere auch - auf der Suche nach Kontaktpersonen, mit denen wir reden können. Es ist also überhaupt nicht so, wie Sie erzählen.

(Zuruf von der AfD)

Aber bleiben Sie in Ihrem Weltbild. Ich kann das nicht ändern; ich will das auch gar nicht ändern.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen will: Wir sind eine Wirtschaftsnation. Wenn bei uns ein Strukturwandel stattfindet und wenn eine Energiewende stattfindet, sind das selbstverständlich in erster Linie wirtschaftliche und aus unserer Sicht am Ende auch soziale Prozesse. Wenn es wirtschaftliche Prozesse sind, wird natürlich daran verdient. Es wurde an der alten Technologie verdient, es wird an deren Wandel verdient und es wird an der neuen Technologie verdient. Selbstverständlich ist das ein Anreizsystem; natürlich wird immer daran verdient.

Was soll ich Ihnen denn erzählen, dass sozusagen nicht immer die gleichen in der Wirtschaft verdienen, dass Neue entstehen, groß werden, Große klein werden und untergehen? Soll ich Ihnen jetzt eine Wirtschaftsvorlesung halten? - Nee.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dazu hätten wir an dieser Stelle auch keine Zeit, Herr Lippmann. - Jetzt hat als Fragesteller Herr Thomas das Wort. Außerdem sehe ich, dass sich Frau Frederking gemeldet hat.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Kollege Lippmann, ich kann ja verstehen, dass Sie im Namen Ihrer Fraktion politische Standpunkte vertreten; über sie kann man ja streiten.

Aber Sie haben einen bestimmten Satz gesagt, auf den ich eingehen will; denn Sie sind sich ja durchaus Ihrer Verantwortung bewusst, wenn Sie hier etwas sagen, weil Sie wissen, dass die heutige Debatte von vielen auch außerhalb des Parlaments verfolgt wird, die die Auffassung vertreten werden: Wenn schon die im Landtag das so sagen, dann kann das ja alles so verkehrt nicht sein, was wir hier gerade machen.

Sie haben hier gesagt: Das Demonstrieren während der Schulzeit ist kein Schulschwänzen. - Ich will es wiederholen: Sie haben heute gesagt, das sei kein Schulschwänzen.

(Henriette Quade, DIE LINKE: Das ist korrekt, ja!)

Nun frage ich Sie mal als Lehrer, der Sie ja auch sind: Was erklären Sie das denn den Schülern, die heute in der Schule sind und eine Arbeit schreiben, wenn Sie den Schülern, die fehlen, sagen, das sei nicht so schlimm, weil es ja kein Schulschwänzen sei?

(Zuruf von der LINKEN: Richtig!)

Sie haben als Pädagoge auch eine Vorbildfunktion im Land, zumal Sie ja auch sehr aktiv im Gewerkschaftsverband waren.

Erste Frage: Wenn das kein Schulschwänzen ist, was ist es denn dann?

Zweite Frage: Was machen Sie denn in Zukunft, wenn Sie womöglich wieder in den Lehrerdienst zurückkommen und Ihnen fünf Schüler Ihrer Klasse sagen: „Herr Lippmann, ich kann morgen nicht kommen, weil wir zu einer Demonstration für einen guten Zweck gehen; das ist ja kein Schulschwänzen, das haben Sie ja mal gesagt.“?

Ich bitte Sie, das zu relativieren, damit draußen nicht der Eindruck entsteht, der Landtag würde sagen, das sei kein Schulschwänzen. Das empfände ich als sehr bedenklich und als sehr bedrohlich; denn es besteht die Möglichkeit, auch außerhalb der Schulzeit seine Meinung durch Demonstrationen kundzutun. Das erleben wir leider nicht, das erleben wir nicht mehr in den Ferien. Deswegen haben Sie jetzt die Möglichkeit, das zu relativieren.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben das Wort, Herr Lippmann.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Danke. - Ich werde die Gelegenheit nicht wahrnehmen, es zu relativieren, sondern ich werde das, was ich gesagt habe, noch einmal bekräftigen. Das können Sie ja dann auch noch einmal nachlesen.

Ich habe über die Abwägung der Grundrechtsgüter Demonstrationsrecht und Recht auf Bildung gesprochen.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Ich habe ausgeführt, dass das Recht auf Demonstration auch Schülerinnen und Schülern zusteht und dass dies zeitlich nicht eingegrenzt ist. Wie an anderen Stellen im Leben gibt es hier natürlich einen Konflikt. Es gibt den Konflikt der jungen Leute, die nicht einfach mal so billig nicht zur Schule gehen - das ist ja die Unterstellung -, um sich draußen herumzutreiben, sondern jetzt genau aus diesem Grund im Gegenteil die Entscheidung getroffen haben - das verstehe ich auch -, dies nur vierzehntägig zu machen, weil sie natürlich für sich merken, dass sie etwas dafür opfern müssen, dass sie das auf die Straße tragen. Ihnen ist ja ihre Bildung auch wichtig, und es sind natürlich - das wissen Sie vermutlich ebenso gut wie ich - überwiegend Schülerinnen und Schüler aus den weiterführenden Schulen, insbesondere auch aus der gymnasialen Oberstufe. Hier gibt es durchaus einen Unterschied gegenüber denen,

die einfach mal ganz billig nicht zur Schule gehen, oder denen, die zum Beispiel von den Eltern zu Hause davon abgehalten werden, zur Schule zu gehen, oder die einfach im Bett liegen bleiben oder sich lieber auf der Straße herumtreiben.

Im Übrigen sage ich Ihnen jetzt auch noch etwas zur zweiten Frage, die hier im Raum steht - ich war ja nicht nur Lehrer, sondern ich war auch Schulleiter -: Die Klimaschutzdemonstrationen sind einfach der Anlass für schulische Projekte.

(Zuruf von der AfD: Dann hätten Sie entlassen werden müssen, wenn Sie solche Themen vertreten!)

Man muss sich in der Schule um diesen Sachverhalt kümmern, er muss in der Schule aufgearbeitet werden, man macht ein schulisches Projekt daraus.

(Robert Farle, AfD: Sie rufen zum offenen Rechtsbruch auf, und das in einem Parlament, pfui Deibel!)

- Woraus ein Schulleiter ein schulisches Projekt macht, davon haben Sie keine Ahnung.

Man kann diese beiden Rechtsgüter nicht gegeneinander aufwiegen. Die Demonstrationen hören möglicherweise dann auf, wenn die jungen Leute merken - - Wenn wir ihnen das Gefühl vermitteln, dass sie keinen Erfolg haben, dann bricht es irgendwann aus Resignation zusammen - das hielt ich für schlecht -, oder wir suchen den Dialog mit den Schülerinnen und Schülern mit dem Ziel, dass sie sich darauf einlassen und sagen, mit uns könne man reden. - Das sind die Alternativen.

(Starker Beifall bei der LINKEN - Robert Farle, AfD: Das ist eine Europawahlkampf-Show, die Sie steuern, sonst gar nichts!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich wiederhole meine Worte von vorhin: Herr Farle, Kollege Thomas hat den Kollegen Lippmann gefragt. Der Kollege Thomas muss die Chance haben, die Antwort des Kollegen Lippmann zu verstehen. Zwischenrufe kann man immer mal machen, aber sie dürfen nicht so sein, dass sich nachher die gesamte Kommunikation zwischen Herrn Thomas und Herrn Farle abspielt. Das geht nicht, weil derjenige gefragt wird, der hier vorn steht.

Jetzt entnehme ich Ihrer Körperhaltung, Herr Thomas, dass Sie noch eine kurze Nachfrage haben. Dann gebe ich Ihnen die Gelegenheit dazu, eine kurze Nachfrage zu stellen.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe in der Tat sehr genau zugehört.

Herr Lippmann, das heißt also, dass wir angesichts Ihrer Einstellung, Schülern müsse man das zugestehen, in Zukunft mit Folgendem rechnen müssen:

Wenn Schüler für einen vermeintlich guten Zweck, den Sie vielleicht anders definieren als wir, mit dem Argument kommen, dafür jetzt an einem Montag oder an einem Dienstag demonstrieren zu gehen, dann würden Sie das getreu Ihren Worten auch für gut befinden, weil es ja der Bildung der Schüler dient und Sie die Bildung bei einer Demonstration über die Schulpflicht stellen.

Ich will das hier nur einmal für die Hygiene sagen. Es kann ja sein, dass wir in Zukunft auch noch andere Themen haben, für die von den Schülern demonstriert wird.

(André Poggenburg, fraktionslos: Gegen Multikulti zum Beispiel!)

Es wird also nicht so sein, dass Sie dann sagen - wie auch immer -, das gehe gar nicht, weil das kein gutes Thema sei? Ich frage nur deshalb nach, damit wir uns für zukünftige Diskussionen im Klaren sind, damit wir auch Ihre Position richtig verstehen.

(Zuruf von der CDU: Wer entscheidet das?)

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Weder ich noch Sie. - Also, die Antwort ist klar: Es ist nicht unser Beritt, darüber zu entscheiden, ob die Schülerinnen und Schüler für etwas Gutes oder für etwas Schlechtes demonstrieren.

(Robert Farle, AfD: Das tun Sie aber!)

- Nein. Dass wir Klimaschutz für ein vernünftiges Ziel halten, das steht auf der einen Seite der Medaille. Aber hier geht es erst einmal darum, sein Demonstrationsrecht wahrzunehmen, und das ist zeitlich nicht eingeschränkt.

Im Übrigen, wenn Sie einmal nachschauen - nicht in der DDR, aber insgesamt -, stellen Sie fest, Schulstreiks haben durchaus eine lange Geschichte. Es ist also nicht etwas, was wir jetzt erfinden. Es ist ein Thema, das die jungen Leute bewegt und das authentisch vorgetragen wird. Ich sage es einmal so: Die Debatte ist spannend. Wir haben sie ja auch lange nicht geführt, weil wir lange kein Beispiel dafür hatten.

Es spricht auch überhaupt nichts dafür, dass wir jetzt eine Inflation von Demonstrationen bekommen; es sei denn, dass wir den jungen Leuten die Themen liefern, die wir politisch nicht bearbeiten. Insofern entspricht das auch dem, was der Bildungsminister gesagt hat: Was ist denn, wenn sie montags dafür, dienstags dafür und mittwochs dafür auf die Straße gehen? - Ja, da ist doch immer der Hintergrund, dass wir ihnen vorher die The-

men geliefert haben und unsere Arbeit nicht richtig gemacht haben, sodass sie auf die Straße gehen.

(Beifall bei der LINKEN - Ulrich Thomas, CDU, meldet sich zu Wort)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Thomas, das war eine Nachfrage, die ich noch zugelassen habe. Aber jetzt ist Schluss.

(Ulrich Thomas, CDU: Das ist jetzt eine Kurzintervention!)

- Nein, Herr Thomas, das war doch wohl klar! - Übrigens, Herr Thomas, hier vorne sitzt ein Präsident und kein Vorsitzender. Dies nur nebenbei.

Frau Frederking - -

(Ulrich Siegmund, AfD: Antworten Sie doch mal auf die Frage! - Robert Farle, AfD: Wir müssen Sie mal hier zur Ordnung rufen! Hier wird im Landtag zum offenen Rechtsbruch aufgerufen!)

- Hier wird dazu aufgerufen, sich vernünftig zu benehmen. Und Sie sind jetzt nicht dran, Herr Farle.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Übrigens, bevor Frau Frederking ihre Frage stellt, begrüßen wir ganz herzlich - sie sind Zeuge einer lebhaften Debatte - Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Wilhelm Weitling Magdeburg bei uns. Herzlich willkommen!

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

Jetzt Frau Frederking. Bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Lippmann, Sie sagten, der Klimawandel erfordere eine schnelle Reduzierung der CO₂-Emissionen. Sie haben die großen politischen Linien gezeichnet, konkret ausgeführt auch zum Kohleausstieg. Ich gehe davon aus - so viel Zeit hatten Sie ja nicht -, dass Sie sicherlich auch meinen, dass wir die erneuerbaren Energien viel schneller ausbauen müssen, um zu 100 % erneuerbaren Energien zu kommen.

Aber ich habe in Ihrer Rede auch gehört, dass Sie das als ein Sowohl-als-auch bezeichnet haben, dass Sie sowohl die großen politischen Linien als auch die konkreten Schritte vor Ort gemeint haben. Sie haben davon gesprochen, dass alle etwas tun müssten.

Meine Frage an Sie ist: Sehen Sie wirklich alle in der Pflicht, auch CO₂ einzusparen? Wenn ja, trifft das auch auf uns Abgeordnete zu, und wie äußert sich das konkret?

(Ulrich Siegmund, AfD: Und die Chinesen und die Inder!)

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Die Frage ist kurz zu beantworten: Wir wissen ja, wie hochgesteckt die Klimaziele sind. Wir sehen die gesellschaftlichen Widerstände. Ich habe dafür geworben, einfach jede Gelegenheit zu nutzen, eben auch den Aufhänger, der Aktivität von Fridays for Future, in die notwendigen Dialoge zu kommen, um sowohl die großen als auch die kleinen Schritte gehen zu können. Es gibt eben kein Entweder-oder, sondern es gibt nur ein Sowohl-als-auch, wenn wir den gesteckten Klimazielen in dem von uns und vor allem von den jungen Leuten erwarteten Sinne nahekomen wollen. Da ist einfach jeder gefordert. Jeder Schritt in die richtige Richtung ist einfach ein richtiger, und jeder, der unterbleibt, ist Folge einer falschen Entscheidung.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe noch eine ganze Reihe von Fragen aus der CDU- und der AfD-Fraktion. Aber wir haben eine Fünfminutendebatte, zwei Fragesteller pro Fraktion. Das haben wir jetzt organisiert. Ich sehe keinen Fragesteller aus der SPD-Fraktion und auch keinen mehr aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deswegen sind wir jetzt am Ende dieses Redebeitrages angelangt und fahren in der Debatte fort.

Wenn ich das richtig sehe, Herr Kirchner, wollen Sie als Fraktionsvorsitzender sprechen. - Herr Kirchner, dann kommen Sie nach vorn und sprechen Sie als Fraktionsvorsitzender.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich möchte mich noch einmal für diese wirklich eindrucksvolle Einbringungsrede bei Herrn Lippmann bedanken. Ich denke, das führt uns eindrucksvoll vor Augen, warum wir 1989 auf die Straße gegangen sind, nämlich um solche politischen Irrlichter aus den Parlamenten zu entfernen. Ich denke, es ist Zeit dafür, das wieder zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich weise einmal dezent darauf hin, dass der Begriff „solche Irrlichter“ sich jetzt personifiziert zumindest auf einen Redebeitrag bezogen hat.

(Oliver Kirchner, AfD, und André Poggenburg, fraktionslos: Politische Irrlichter!)

- Na ja, politische Irrlichter, sage ich jetzt einmal. Inhaltlich geht es mir um den Begriff „Irrlichter“. Ich sage nur: Jeder von uns ist dafür verantwortlich, welche Tonalität hier angeschlagen wird.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass entsprechende Empfindlichkeiten proportional zur Verwendung solcher Begriffe stehen müssen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE, lacht)

Ich hoffe, es ist jetzt klar, was ich damit gemeint habe.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Mit Sicherheit!)

An dieser Stelle rufe ich einmal dazu auf, sich dessen bewusst zu werden, dass alles, was wir uns hier gegenseitig erzählen, meist eins zu eins zurückkommt. Das betrifft alle Fraktionen in diesem Haus und die Art und Weise, wie wir uns heute zum Beispiel gegenüber den Besucherinnen und Besuchern darstellen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Jetzt können wir aber in die Debatte einsteigen. Das ist eine Fünfminutendebatte. Als Erster spricht für die Landesregierung der Minister Herr Tullner. Herr Tullner, Sie haben das Wort.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Vielen Dank, Herr Präsident. Eine Anmerkung vorab: Vielleicht kann der Ältestenrat demnächst auch Zehnminutendebatten zu Themen beschließen, die das Hohe Haus offenbar mehr interessieren als andere Themen. Damit würde dann auch mehr Raum für die Debatte bestehen.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD, und von der AfD: Das liegt an Ihnen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Thema - das hat, glaube ich, die bisherige Debatte schon gezeigt - gibt es eine emotionsgeladene und auch eine sehr intensive Debatte, weil das Thema schon an sich die Leute umtreibt.

Bevor ich zu ein paar inhaltlichen Aussagen kommen, die sich auf den Schulbereich beziehen - denn ich bin weder Klimaschutz- noch Wirtschaftsminister und werde mich deshalb auf meinen bescheidenen Kompetenzbereich beschränken -

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Jeder muss Klimaschutz machen! - Siegfried Borgwardt, CDU: Ja, ja!)

- auch darauf komme ich noch zu sprechen, lieber Kollege Striegel -, muss ich Ihnen eines sagen: Herr Lippmann, ich finde es immer schön und interessant, wenn Sie große Reden über Themen halten, die relevant sind. Wenn man aber zu Themen, bei denen politische Akteure Ihrer Partei Verantwortung tragen, nachfragt, wie es denn da läuft, dann muss ich mich manchmal wundern, weil dazwischen Welten liegen. Mein Kollege Holter in Thüringen vertritt dieselbe Position wie

ich, nämlich die, dass wir eine Schulpflicht haben, die wir einzuhalten haben und für die es bestimmte Regeln gibt.

(Beifall bei der CDU - Ulrich Thomas, CDU: Hört, hört!)

Deshalb verstehe ich, ehrlich gesagt, nicht, dass Sie sich hier hinstellen und nonchalant eine Regel durchbrechen. Welches Bild geben wir denn ab, wenn dieses Hohe Haus Gesetze beschließt und wir bei anderer Gelegenheit sagen, die gelten aber eigentlich gar nicht? Wollen wir so vor unsere Wählerinnen und Wähler treten? Wollen wir so vor die Leute da draußen treten, was wir selbst ernst nehmen? Ich glaube, Sie sollten wirklich noch einmal über das nachdenken, Kollege Lippmann, was Sie hier zum Thema Schulpflicht gesagt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Für mich - darin bin ich mir mit meinen Kollegen in der Kultusministerkonferenz, egal welcher politischen Couleur, einig - heißt das: Schulpflicht ist Schulpflicht, und diese sollten wir einhalten! Daran gibt es auch nichts zu deuteln.

(Beifall bei der CDU - Ulrich Thomas, CDU: Richtig!)

Wenn man sich einmal den Kollegen Kretschmann aus Baden-Württemberg anhört, dann sagt dieser doch auch: Liebe Leute, es ist nun mal gut; nun haben wir die Themen auf dem Tisch. Es ist ja - jetzt komme ich mal auf einen anderen Punkt der Debatte zu sprechen - ein relevantes Thema, und die jungen Leute treibt ja etwas um. Wir sollten uns nicht lustig über das machen, was sie machen, sondern wir sollten es ernst nehmen und die Debatte aufgreifen. Das machen wir doch nun.

(Beifall bei der CDU)

An einer Stelle will ich aber doch noch einmal einen Punkt setzen: Warum bedarf es eines Regelverstoßes, damit sich die Medien und die Öffentlichkeit für Themen interessieren?

(Zuruf von der AfD: Genau! - Zurufe von Sebastian Striegel, GRÜNE, und von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Diese Debatte sollten wir an der Stelle auch einmal führen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich ganz eindeutig: Mein Verständnis von Schule ist, dass sich Schule auch relevanten - nicht modischen - Themen widmet. Das macht Schule auch. Wir haben eine Menge Projekte, die sich mit dem Klimaschutz befassen. Es gab unlängst eine Sendung des MDR dazu. - Übrigens, Herr Lippmann, so schwer ist es nicht, die jungen Leute zu erreichen. Einer von ihnen

sitzt dort oben. Zu dem können Sie gleich gehen und einen Termin mit ihm machen, wenn Sie das wirklich wollten.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Genau!)

Ich bin mit den jungen Leuten im Gespräch; wir treffen uns demnächst. Meine Vorstellung ist zum Beispiel auch, dass wir gemeinsam reflektieren: Was findet im Unterricht schon statt? Was kann man besser machen? Dazu bin ich bereit. Das ist überhaupt nicht das Thema. Schule ist nicht der Gegner dieser Debatte.

Auf der anderen Seite stelle ich auch fest, dass die jungen Leute sehr wohl hinschauen - heute ist der letzte Schultag an den Gymnasien und an den Schulen, an denen das Abitur gemacht wird - und dass wir eine reflektierte Jugend haben, die sehr wohl weiß, was hier abgeht. Alle Demos, die jetzt laufen, werden nach der Schulzeit durchgeführt. Wir müssen diese Debatte in der Form gar nicht mehr führen. Die jungen Leute wissen das doch.

(Zustimmung bei der CDU)

An der Stelle sage ich: Das Ziel ist erreicht; es ist öffentliche Aufmerksamkeit hergestellt. Jetzt lassen Sie uns inhaltlich über Themen reden, die wichtig sind. Das kann man in der Schule tun - dazu bin ich ausdrücklich bereit -, man kann es vor allem aber auch nach der Schule tun und muss keinen Zielkonflikt schaffen.

Mein Ziel ist es, dass wir am Ende gemeinsam mit Kollegen Willingmann und Kollegin Dalbert zu einem Veranstaltungsformat kommen, bei dem wir uns dieser Debatte politisch stellen. Diese Verabredung möchte ich mit den jungen Leuten durchaus treffen, damit wir am Ende wertschätzen, dass es Engagement gibt, und wir von vielen jungen Leuten draußen nicht mehr sagen: Die interessieren sich nur noch für Kosmetiktips bei YouTube und nicht für Themen, die wirklich wichtig sind. Wir sollten diesen Impuls aufnehmen und das nicht lächerlich machen.

Aber, liebe Leute, wir sollten das nicht politisch ausnutzen und am Ende nicht als diejenigen dastehen, die hinterherhecheln und rufen: „Die Regeln, die wir uns geben, halten wir selber überhaupt nicht ein.“ Das ist keine verantwortungsvolle Politik, und die ist mit mir auch nicht zu machen. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. Ich halte fest, Herr Minister, dass Sie sich an die fünf Minuten Redezeit gehalten haben, obwohl Sie der Einzige gewesen wären, dem es erlaubt gewesen wäre, diese Redezeit zu über-

schreiten. Dann hätten Sie daraus nämlich eine Zehnminutendebatte gemacht.

(Zustimmung bei der CDU)

Für die Fraktion der SPD spricht nun der Abg. Herr Dr. Grube. Bitte sehr.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer sich die letzten Jahrzehnte politischer Debatte in diesem Land über den Zustand der Jugend vor Augen führt, der wird noch Schlagworte wie „überangepasst“, „konsumorientiert“, „spaßorientiert“, „hedonistisch“ oder „unpolitisch“ im Hinterkopf haben.

Diesen oder einen ähnlich benannten Zustand bescheinigen Jugendstudien wie Sinus oder Shell seit zwei Jahrzehnten der Jugend dieses Landes. Die Fridays-for-Future-Demonstrationen zeigen, dass das ein Zerrbild ist, dass Jugendlichen ihr Umfeld nicht scheißegal ist, dass sie auf die Straße gehen, weil sie ihre Zukunft gefährdet sehen, dass sie sich gesellschaftlich engagieren und dass sie sehr wohl politisch sind. Deshalb bin ich froh, dass es die Fridays-for-Future-Demonstrationen gibt. Wir haben eine politische, eine kritische Jugend, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Ja, die Fridays-for-Future-Demonstrationen verdienen Wertschätzung. Wir haben dieses Thema heute als Antrag der LINKEN auf dem Tisch. Wir haben Ähnliches im Stadtrat von Magdeburg mit den Stimmen von SPD, LINKEN und GRÜNEN beschlossen. Meine Fraktion könnte auch dem heutigen Antrag der LINKEN im Landtag zustimmen. Aber es wird Sie nicht ganz überraschen, dass wir in der Koalition unterschiedlicher Meinung darüber sind. Deswegen die Formalie am Anfang meiner Rede. Wir werden den Antrag der LINKEN überweisen.

Für mich sind in dem Antrag neben der Wertschätzung für das Engagement der Demonstrierenden drei Aspekte besonders wichtig:

Erstens. Ich finde, das Thema Schulschwänzen im Zusammenhang mit den Demonstrationen ist deutlich überdimensioniert. Es ist schon eine besondere Form von Respektlosigkeit, wenn einige den Dialog mit den Schülerinnen und Schülern verweigern und auf den Nebenkriegsschauplatz Schulpflicht ablenken.

(Zustimmung bei der SPD)

Es ist der Klassiker im politischen Diskurs, über Geschäftsordnungsangelegenheiten zu reden, wenn einem das Thema unangenehm ist. Wir als SPD-Fraktion kritisieren das. Wir finden das Anliegen der Schülerinnen und Schüler berechtigt.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch zwei Dinge zum Thema Schulpflicht sagen - der Minister hat es angedeutet -: Die Jugendlichen nutzen sehr geschickt die Aufmerksamkeitsmechanismen der heutigen Mediengesellschaft. Einfacher ausgedrückt: Wenn sie nur am Wochenende und nach der Schulzeit demonstrieren würden, würde es niemanden aufregen und die Medien würden auch nur einen Bruchteil darüber berichten.

(Zuruf von der CDU: Na ja!)

Ich sehe skeptische Blicke. Ein Praxisbeispiel: Ich hatte dazu vor ungefähr acht Wochen ein Interview mit dem MDR. Diese haben mich vorrangig zum Thema Schulpflicht befragt. Und nachdem die Kamera aus war, haben wir noch ein bisschen geplaudert und ich habe sie gefragt: Ihr würdet doch hier nicht stehen, wenn das nicht während der Schulzeit wäre? Die Antwort war: Ja.

Wenn mein Kind zu mir kommen und fragen würde: „Papa, darf ich dorthin?“, dann würde ich sagen: „Ja, unter zwei Bedingungen: Erstens, du verpasst keine Klausur und zweitens, es muss nicht jede Woche sein.“

Am Ende ist die Verantwortung für den Bildungserfolg jedes Einzelnen auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Wenn der Bildungserfolg ausbleibt, dann kommen die, die heute demonstrieren, nicht in gesellschaftliche Schlüsselpositionen. Das Klima muss nicht nur heute gerettet werden, sondern auch noch in 20 oder 30 Jahren. Und wenn das keine Menschen in Schlüsselpositionen tun, die heute demonstrieren, ist das auch nicht gut, meine Damen und Herren.

Zweitens. Ja, der Dialog ist wichtig, und zwar auf Augenhöhe. Meine Fraktion ist dazu bereit. Wir haben natürlich bilateral schon gesprochen, aber wir würden es auch begrüßen, wenn wir dazu ein Format hier im Parlament finden würden.

(Zustimmung bei der SPD und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Der Dialog ist auch deshalb notwendig, weil wir gesamtgesellschaftlich - nicht nur die Politik, nicht nur die da oben - einen Weg finden müssen, die ökologisch notwendigen Maßnahmen auch in eine soziale Balance zu bringen. Es geht nicht, dass die Klimaschutzmaßnahmen zuerst die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen treffen. Ein warnendes Beispiel ist Frankreich. Wenn man den Leuten, die auf ihre alte „Kiste“ angewiesen sind, von heute auf morgen die Spritpreise derart verteuert, dass sich ihr Job kaum noch lohnt, muss man sich nicht wundern, wenn die Leute auf die Straße gehen. Ich finde, das müssen wir in Deutschland besser hinkriegen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der AfD)

Drittens. Die LINKEN haben recht. Der Landtag von Sachsen-Anhalt sollte sich von jeder Ausprägung von Leugnungen des von Menschen gemachten Klimawandels distanzieren. Das ist hoch gefährlicher Unfug. Wir erleben das immer live, wenn die AfD spricht.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Wenn jetzt wieder das Argument kommen sollte, dass wir in Sachsen-Anhalt, dass wir in Deutschland das Weltklima nicht retten können, dann ist dieses Argument falsch. Unser Konsumverhalten in der gesamten westlichen Welt ist der Maßstab für alle Menschen auf der Erde, wenn sie an Wohlstand denken. Wenn wir kein Mittel finden, unseren Wohlstand auf einem Weg zu erhalten, auf dem die Erde nicht vor die Hunde geht, warum sollen es dann die anderen Milliarden Menschen versuchen? Ich will, dass wir diesen Weg finden, und ich will, dass es Technologie Made in Germany ist, die diesen Weg ebnet. Ich will nicht, meine Damen und Herren, dass die Jugendlichen von Fridays for Future in 20 Jahren einmal sagen: „Alter, du hättest es damals besser wissen können; du hast es nicht gemacht. Warum?“ - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Vielen Dank. - Dann können wir in der Debatte fortfahren. Für die AfD-Fraktion spricht jetzt die Abg. Frau Funke. Bitte sehr.

Lydia Funke (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Schülerinnen und Schüler! Die LINKEN wollen sich mit ihrem Antrag politisch mit den sogenannten Fridays-for-Future-Demos solidarisieren, jenen Demos, als deren weltweites Maskottchen Greta Thunberg fungiert. Doch wer oder welche Vorgänge führen dazu, dass aus Greta Thunberg, einem unscheinbaren 16-jährigen schwedischen Mädchen mit blonden Zöpfen, auf einmal eine politische Person im Rang eines Popstars wird?

Die Mutter ist Opernsängerin, der Vater ist Manager, Drehbuchautor und Geschäftsführer bei Erman Produktion AB und Northern Grace AB, beides börsennotierte Gesellschaften in Stockholm. Greta wird außerdem von der Initiative „We Don't Have Time AB“ - auch eine Aktiengesellschaft - unterstützt, welche angeblich keine finanziellen Interessen verfolgt. Und wen wundert's? Die Aktienkurse korrelieren mit Gretas Engagement und gehen steil nach oben. Zu guter Letzt veröffentlichten Mama und Papa Thunberg ein Buch über

ihre Tochter, welches sich riesiger Absätze erfreut.

Was ehrlich begann, wird schamlos durch die eigenen Eltern vermarktet. Greta ist somit keine Heilige und keine Prophetin, sondern eine Gelddruckmaschine der Klimaindustrie und für die Eltern ein einträgliches Geschäft.

(Starker Beifall bei der AfD)

Fazit: Profit für die Großen und anrühlich für die Kleinen. Aktiengesellschaften, Shareholder-Value, Dividende - hallo, werte LINKE, klingelt es da nicht? Ist es nicht das, was Sie mit Ihrer antikapitalistischen Politik angreifen, die stets den Großkonzernen und Aktiengesellschaften den Garaus machen will? Aber wenn es in die eigenen Interessen passt, dann kann man das sonst so angegriffene Finanzkapital ruhig für sich arbeiten lassen und nebenbei noch etwas dazuverdienen. Der Zweck heiligt schließlich die Mittel. Das können Sie als linke Klimaunternehmer auch legitim so machen.

(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von der LINKEN)

Aber dafür ganz offiziell die Schulpflicht infrage zu stellen und den Kindern dafür den parlamentarischen Segen zu geben, dass sie am Unterricht nicht mehr teilnehmen, kann nicht im Sinne unserer Gesellschaft sein und widerspricht ganz klar der Verfassung. Und, liebe LINKE: Es wäre sinnvoller gewesen, wenn nach Ihren Kämpfen gegen den Lehrermangel usw. die Schüler gegen Schulstundenausfall und Lehrermangel auf die Straße gegangen wären. Das hätte ich vielleicht noch verstanden.

(Beifall bei der AfD)

Grundsätzlich ist es aber immer unterstützenswert, wenn sich junge Leute für Politik interessieren und sich freiwillig engagieren. Es gibt jedoch immer ein Aber, und da komme ich jetzt nicht auf die Schulpflicht zu sprechen. Wenn auch in Sachsen-Anhalt Schüler-Demos vom linksextremistischen Spektrum unterwandert sind, dann sollten auch die Kinder die Augen offenhalten und sich nicht instrumentalisieren lassen.

(Zustimmung bei der AfD)

Bei der Fridays-for-Future-Demo am 1. Februar 2019 auf dem Domplatz in Magdeburg gab es ein Bekenner schreiben von Zusammen Kämpfen (Magdeburg) unter dem Aufruf „Jugend in die Offensive!“ auf der Internetseite indymedia.org zu finden.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

„ZK“ ist vom Verfassungsschutz erwähnt worden. Auch die bundesweite Initiative „Ende Gelände!“, bekannt von der Eskalation im Hambacher Forst

und der Zerstörung landwirtschaftlicher Kulturen im Umfeld, rief zu dieser Demo auf.

(Zuruf von der AfD: Aha!)

Vor dieser Vereinigung wird im Verfassungsschutzbericht ebenfalls gewarnt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Genau wie vor der AfD!)

Außerdem ist sie von der Interventionistischen Linken unterwandert. Das alles passiert nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern deutschlandweit. Das, liebe Schüler, lässt tief blicken. Dabei erhalten diese Demonstrationen gleich einen ganz anderen Blickwinkel, besonders wenn sie von einer Bundeskanzlerin oder einer Familienministerin unterstützt werden.

(Beifall bei der AfD)

Es zeigt wieder einmal, wie tief nicht nur im Fall der Schule in Hamburg der Linksextremismus in unseren Schulen verstrickt ist. Es ergibt dann auch einen Sinn, dass ein Antrag zu der Fridays-for-Future-Demo unserer Fraktion von den restlichen Mitgliedern der Enquete-Kommission zu Linksextremismus abgelehnt und wieder einmal eine Aufklärung verhindert wird.

(Beifall bei der AfD)

Auch die Herrschaften der CDU interessieren diese Verstrickungen nicht. Der Linksextremismus ist politisch gewollt und macht selbst vor unseren Kindern nicht halt.

(Beifall bei der AfD)

Die letzten Wochen habe ich aber auch genutzt und persönliche Gespräche mit Schülern geführt, zum Beispiel in Naumburg. Dabei habe ich festgestellt, dass es unter ihnen - gottlob! - doch noch so etwas wie einen kritischen Geist gibt, der nicht alles wiederkäut, was ihnen der Mainstream aktuell vorgibt. Besonders interessant fand ich die Aussage eines Zwölfklässlers, der mir erzählt hat, dass viele der jüngeren Mitschüler, die auf den Demos mitlaufen, nicht einmal wissen, was der Begriff Kohleausstieg bedeutet.

Das Fridays-for-Future-Problem ist also auch ein Bildungsproblem.

(Beifall bei der AfD)

Anstatt eine Generation von Mitläufern zu erziehen, sollten wir anfangen, den kritischen Geist unserer Schüler zu wecken. Bei euch fängt der Umweltschutz an. Es ist nicht eure Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist; es ist nur eure Schuld, wenn sie so bleibt.

(Beifall bei der AfD - Dr. Katja Pähle, SPD: „Die Ärzte“ sollten klagen! Unglaublich!)

Der Antrag der LINKEN ist abzulehnen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt auch hierzu Wortmeldungen. Frau Funke, Sie können dann entscheiden, ob sie darauf reagieren. - Als Erster hat sich Herr Hövelmann gemeldet.

Holger Hövelmann (SPD):

Verehrte Frau Kollegin Funke, ich habe die Nachfrage, ob ich Ihre Worte richtig verstanden habe. Sind Sie tatsächlich der Auffassung, dass Greta Thunberg und die Zehntausenden jungen Menschen, die sich für ein für das Land und für diesen Planeten wichtiges Thema engagieren, dies tun, weil sie persönliche, wirtschaftliche Interessen verfolgen oder dies für ihre Eltern gilt?

(Zuruf von der AfD: Zuhören! - Weitere Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Offensichtlich gibt es auf diese Frage keine Antwort. - Dann können wir fortfahren. Herr Striegel hat sich gemeldet.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Frau Kollegin Funke, ich habe eine Frage an Sie. Sie haben darauf verwiesen, dass es vermeintlich oder tatsächlich Linksextreme gegeben habe, die an solchen Fridays-for-Future-Demos teilgenommen hätten, und dass das ganz furchtbar sei. Wird die AfD denn zukünftig darauf verzichten, an gemeinsamen Veranstaltungen mit Herrn Höcke, der bekanntlich hinsichtlich des „Flügels“ vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall geführt wird, oder an Veranstaltungen der Jungen Alternative teilzunehmen?

(Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Die Frage wird im Raum stehen bleiben; denn auch hierzu sehe ich keine Reaktionen. Damit ist der Redebeitrag von Frau Funke beendet. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nunmehr die Abg. Frau Lüddemann. Frau Lüddemann Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich finde es großartig, was die jungen Leute von Fridays for Future geschafft haben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

- Es kommt erst noch. - Sie haben nämlich erreicht, dass Klimaschutz, die zentrale Frage des 21. Jahrhunderts, in aller Munde ist.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zurufe von der AfD)

Das haben diese jungen Leute erreicht - das habe ich auch in vielen Gesprächen persönlich erlebt -, weil sie aufgrund unserer guten Bildung, aufgrund unserer auch guten Schule und Erziehung verstanden haben, dass die Zeit bis zum nächsten Kipppunkt beim Klima viel zu kurz ist, als dass sie auf das Ende ihrer Schulzeit, auf das Ende ihrer Praktika, auf das Ende ihrer Ausbildung warten könnten.

Sie haben leider auch verstanden, dass die Menschheit in den vergangenen Jahrzehnten, vorsichtig ausgedrückt, wenig lernfähig war. Die Industrieländer, die durch den CO₂-Ausstoß maßgeblich für die Klimakatastrophe verantwortlich sind, haben nichts getan, um diese Klimakatastrophe tatsächlich ernsthaft aufzuhalten.

Ich habe zu Hause gelernt: Fang bei dir selber an! Deutschland ist die viertreichste Industrienation dieser Welt.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Als ein solch starkes Land haben wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, Vorreiter zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

Und was machen wir? - Nach Aussage der Bundesregierung werden wir es nicht schaffen, die selbst gesteckten und 30 Jahre zu spät kommenden Klimaziele von Paris zu erreichen. Vor dem Hintergrund - ich finde, das ist ein guter Grund für die jungen Leute, wirklich wütend zu sein -, dass der Club of Rome den Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ bereits im Jahr 1972 vorgelegt hat, kann niemand sagen, er hätte nicht gewusst, in welche Richtung die Reise geht.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, was mich wirklich fassungslos macht: Es sind nicht irgendwelche jungen Leute, die draußen auf dem Domplatz stehen. Das sind - übertragen oder echt - unsere Kinder, unsere Enkel.

(Zurufe von der AfD)

Sie setzen sich für unser aller Zukunft ein, für die Erde, die wir von diesen Kindern nur geborgt haben.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, dass Sie Politik für Ihre fünf Enkel machen, dann kann ich das gut verstehen. Aber ich würde es noch besser finden, wenn wir dann auch mutig voranschreiten

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff: Mache ich doch!)

oder wenigstens den Ländern, die schon mehr tun, mutig hinterherschreiten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Ich darf Ihnen an dieser Stelle noch einmal versichern: Wir sind an Ihrer Seite, wenn es darum geht, Energiealternativen schneller und besser voranzubringen. Wir sind an Ihrer Seite, wenn es darum geht, Einkommensalternativen zu entwickeln.

(Zuruf von der AfD)

Und wir sind auch an Ihrer Seite, Herr Ministerpräsident, wenn es um neue Mobilität geht. Sie haben das am Sonntag ein bisschen anders ausgedrückt. Sie haben gesagt: Der Verkehrssektor muss sich ändern; sonst schaffen wir die Klimaziele nie.

Dazu kann ich nur sagen: Wir GRÜNE arbeiten seit mehr als 30 Jahren, seitdem wir uns gegründet haben, - das war der essenzielle Punkt - an den Konzepten, um die Klimakatastrophe aufzuhalten.

(Zuruf von Jan Wenzel Schmidt, AfD)

Nutzen Sie die Chance, einen grünen Koalitionspartner zu haben, um mit uns gemeinsam auch in Sachsen-Anhalt endlich etwas Wirkungsvolles zu tun; wir können sofort, von mir aus auch gern im Verkehrssektor, beginnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können auch gern gemeinsam im Bund gegen Herrn Minister Scheuer ein bisschen Druck machen. Es ist doch peinlich, dass wir autofreundliche Minimalpapiere vorlegen, statt über die Dinge zu reden, mit denen man wirklich etwas gegen die Klimakatastrophe tun kann.

Lassen Sie uns über Spritsteuer, über Tempolimits, über Kerosinsteuer, über alternative Antriebe reden. Ich kann wirklich verstehen, dass die jungen Leute sauer sind, wenn sie sehen, dass die Verantwortlichen seit Jahrzehnten das alles wissen können, aber die Augen verschließen und nichts tun.

Kolleginnen und Kollegen! Die Klimafrage ist auch die große soziale Frage dieses Jahrhunderts. Wie oft haben wir auch in diesem Haus schon über Klimaflüchtlinge gesprochen? Wie oft haben wir schon über Menschen mit geringem Einkommen gesprochen, denen es jetzt schwerfällt, zu agieren und die Strompreise zu bezahlen?

(Lars-Jörn Zimmer, CDU: Dann erklären Sie ihnen, dass sie 5 € für einen Liter Benzin zahlen sollen!)

Das liegt auch daran, dass wir jetzt endlich etwas tun müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn ansonsten muss die nächste Generation nicht mehr überlegen, wie sie gut leben kann. Dann muss die nächste Generation überlegen, wie sie überhaupt noch leben kann.

Ganz ehrlich - eine Randbemerkung -: Wenn es um solche großen existenziellen Fragen der Menschheit geht, dann muss man sich in unserer medialen Gesellschaft auch um maximale Aufmerksamkeit bemühen. Lehrer werden auch nicht gefragt, ob sie am Samstag streiken. Die Stahlarbeiter werden auch nicht gefragt, ob sie nicht vielleicht in ihrem Sommerurlaub ihre soziale Lage verbessern wollen. Das ist doch alles Quatsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wenn wir als Verantwortliche wirklich etwas tun, dann brauchen die jungen Leute auch nicht mehr auf die Straßen zu gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht in der Debatte um Wahrhaftigkeit. Es geht um Glaubwürdigkeit. Es geht um Wahrheit und um Fakten. Ich bin dankbar dafür, dass diese jungen Leute uns allen in dieser Frage, um mit den Worten unseres Parteichefs zu reden, in den Arsch treten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Erwartungsgemäß gibt es eine Reihe von Fragen. Ich habe schon drei Wortmeldungen aus der Fraktion der AfD vorliegen, und zwar von Herrn Farle, von Herrn Lieschke und von Herrn Raue. Zwei haben die Chance dranzukommen. Ich gebe ihnen die Gelegenheit, demokratisch untereinander auszuwürfeln, wer das ist.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ob sie das nicht überfordert?)

Bis sie das getan haben, hat Herr Daldrup die Chance.

Bernhard Daldrup (CDU):

Frau Lüddemann, Sie haben vollmundig gesagt, wir stehen hinter Ihnen. Ja klar, Sie stehen hinter dem Klimaschutz. Sie stehen hinter der Frage von kostenfreien Kindergärten, von Grundrente, von maximalem Umweltschutz, von allen möglichen Dingen, die wünschenswert sind und hinter denen wir ideell vielleicht auch stehen. Aber es geht immer um die Frage: Wie kann man das auch gesellschaftlich akzeptabel umsetzen?

Allein die Tatsache, dass Frau Frederking die erneuerbaren Energien vorbringt, zeigt sehr deutlich

die Zielkonflikte innerhalb Ihrer eigenen Fraktion. Auf der einen Seite haben wir Windkraft; auf der anderen Seite haben wir Vogelschützer und Insektenschützer.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das bekommt man zusammen! - Siegfried Borgwardt, CDU: Nein, das funktioniert nicht richtig!)

Mit Blick auf die Richtlinie zum Umgang mit Artenschutz an Windkraftanlagen ist es der Ministerin ja sehr schwer gefallen, diesen Konflikt vernünftig zu lösen. Diese Konflikte gibt es und die gibt es überall. Die gibt es im Bereich des Klimaschutzes und bei anderen Dingen.

Mich stört an dieser Debatte, dass das Thema Klimaschutz im Moment so gehypt wird, als wenn es nichts anderes mehr gäbe.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD - Dorothea Frederking, GRÜNE: So ist es!)

Die Welt ist aber nicht so eindimensional. Mit Kassandrarufer, dass morgen die Welt untergeht, habe ich ein Problem; das gebe ich ehrlich zu. Ich glaube, dass wir nicht aus Angst vor dem Tod Selbstmord begehen; das hat keinen Sinn.

Ich frage Sie: An welcher Stelle nehmen Sie denn Ihre Verantwortung für den gesamtgesellschaftlichen Frieden wahr? - Das ist erste Frage.

Die zweite Frage lautet: Stimmen Sie mit mir darin überein, dass wir die Fragen, die wir heute diskutieren, teilen müssen - nämlich einerseits die Frage der Schulpflicht und andererseits die Frage des Klimaschutzes? An dieser Stelle wird das miteinander vermischt. Das ist nicht gut, finde ich jedenfalls.

Wenn wir die Frage der Schulpflicht ernst nehmen, dann können Sie doch nicht ernsthaft sagen, das sei gut so. Nein. Was machen Sie denn, wenn die AfD ein gutes Thema findet? Sind Sie dann auch dafür, dass alle auf die Straße gehen?

(Zustimmung bei der CDU - Hendrik Lange, DIE LINKE: Ich bezweifle, dass die AfD ein gutes Thema findet! - Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Daldrup, zwei Minuten sind vorbei. Danke. - Frau Lüddemann, Sie haben die Chance zu reagieren.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ich beginne mit Ihrer zweiten Frage an. Dabei ging es um Schulpflicht versus Klimaschutz und darum, wie ich es bewerte, wenn die Leute während der Schulzeit demonstrieren. Ich bin ein großer Fan davon, dass man die Regularien, die man sich gemeinsam gegeben hat, auch einhält.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Wir werden sicherlich - das behaupte ich - darin übereinstimmen, dass Schulpflicht ein hohes Gut ist. Der Begriff Pflicht impliziert schon, dass man keine Wahl hat. Ich bin auch ein Fan von Schulpflicht. Denn ich behaupte auch aus eigenem Erleben, dass wir ansonsten nicht eine solche hohe Abdeckung an Schultagen hätten, keine Frage.

(Zustimmung von Florian Philipp, CDU)

Aber - das muss man auch anerkennen - wir haben auch einen Grundrechtekatalog. In diesem Grundrechtekatalog steht, dass in unserer freien demokratischen Gesellschaft jeder das Recht hat, zu demonstrieren.

Ich bin dankbar dafür, dass Sie die Frage so sachlich vorgetragen haben. Jetzt es ist doch an uns, abzuwägen, wie wir diese beiden Güter in Einklang bringen. Dazu muss ich Ihnen sagen: Ich habe das in Magdeburg, in Dessau und auch in Bremen, als wir auf Dienstreise waren, erlebt - die jungen Leuten setzen sich auch selbst ernsthaft mit dieser Frage auseinander. Sie sagen, sie wollten gute Bildung; ansonsten verstünden sie diese ganzen Zusammenhänge nicht. Sie überlegen selber, ob sie die Demos in die Mittagszeit legen. Sie überlegen selber, ob sie wechselseitig alle 14 Tagen oder einmal im Monat an der Demo teilnehmen.

Ich meine, dass sich das gut in Einklang bringen lässt und dass die jungen Leute, die dort sind, ganz faktensicher, rhetorisch auf einem hohen Niveau und oft in einem besseren Englisch, als es die meisten in diesem Hohen Haus wahrscheinlich könnten, die ganzen Dinge vertreten können. Das zeigt doch, dass die Bildung auch dort funktioniert. Das war die eine Frage.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von Bernhard Daldrup, CDU)

Die andere Frage war, was ich dafür tun würde, den gesellschaftlichen Frieden zu erhalten, weil Klimaschutz ein wichtiges Thema ist und andere Fragen in den Hintergrund treten.

Ganz ehrlich - möglicherweise unterscheidet uns das; aber deswegen sind wir auch Vertreter unterschiedlicher Fraktionen -: Ich bin zutiefst davon überzeugt - das habe ich auch versucht, in meinem Redebeitrag zu sagen -, dass es die allerwichtigste und zuerst zu lösende Frage dieses Jahrhunderts ist, wie wir mit der Klimakatastrophe umgehen.

Das hört sich schlicht und banal und nach Kindergarten an, aber so einfach ist das an dieser Stelle: Wenn wir keine Erde mehr haben - - Schauen Sie sich die anderen Länder an. Meine Schwester arbeitet beim Internationalen Roten Kreuz.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Lüddemann, wir hatten eine Intervention und möchten eine kurze Reaktion. Wir befinden uns aber bereits in einem bilateralen Debattengespräch. Ich würde Sie bitten, Ihre Antwort zum Ende zu führen. Sie haben noch ausreichend Gelegenheit, die Dinge auszuführen.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Noch einen Satz.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sagen Sie noch einen Satz und dann ist es gut.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ich wollte das mit einem Beispiel unterlegen. Meine Schwester arbeitet beim Internationalen Roten Kreuz. Wenn Sie in Afrika stehen und es gibt keine Schulen, keine Straßen und auch sonst nichts mehr, dann ist die Schulpflicht nachrangig.

Dann geht es wirklich um den Klimaschutz und die Erhaltung der Lebensgrundlagen.

(Ulrich Siegmund, AfD: Wie ist sie dorthin gekommen? Mit dem Fahrrad?)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt bin ich gespannt, wie der Entscheidungsprozess bei der AfD ausgegangen ist. Zwei Leute haben die Chance zu reden. - Herr Farle ist offensichtlich der Erste. Dann bitte sehr.

Robert Farle (AfD):

Linksgrüne Politik besteht ganz wesentlich auf dem Anspruch, die Wahrheit zu kennen, zu wissen, wo es hingeht. Das ist meist der Fall, wenn man einer Religion anhängt.

(Matthias Büttner, AfD: Ja!)

Ich habe viele Jahrzehnte hinter mir, und ich habe mitgekriegt, dass die Welt schon untergegangen ist nach den Prophezeiungen des Club of Rome. Ich habe mitgekriegt, wie in anderen Ländern damals Kernkraftwerke hochgegangen oder explodiert sind, in Tschernobyl, in Fukushima usw. Das einzige Land, in dem es dann eine Hysteriewelle gegeben hat, war Deutschland. Bei uns werden die AKW jetzt auch wirklich abgeschaltet. Sie verbreiten mit ihrer Politik eigentlich immer nur Hysterie.

(Mario Lehmann, AfD: Das ist eine Überlebensstrategie!)

Den Satz „Wir haben noch nicht einmal mehr die Zeit, unsere Abschlüsse zu machen, unsere Seminararbeiten zu schreiben“ als Begründung für das Schwänzen der Schule heranzuziehen, an-

statt nach Feierabend zu demonstrieren, das ist einfach nur ein Ausdruck dafür, das ist eine Masche, wie man Wahlkampf macht, wie man Menschen in die Irre führt, wie man Demagogie in die Bevölkerung trägt.

(Matthias Büttner, AfD: Klimademagogie!)

Darum sprechen Sie auch immer von dreckiger Kohle, von dreckigem Diesel. Die Interessen der Menschen interessieren Sie doch überhaupt nicht. Die Interessen der Menschen sind nämlich, dass man bezahlbaren Strom aus der Steckdose bekommen kann.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Der ist doch bezahlbar!)

Das Interesse der Menschen ist es, Arbeitsplätze zu erhalten. Und Sie gehen einfach darüber hinweg. Sie gefährden mit Ihrer Industriepolitik, mit dem CO₂-Grenzwert von 40 Mikrogramm Hunderttausende hochbezahlte Industriearbeitsplätze. Das machen Sie! Dagegen sollten einmal diejenigen aufstehen, die davon wirklich betroffen sind.

Ein weiterer Punkt.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Farle, zwei Minuten sind um. Danke.

Robert Farle (AfD):

Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können antworten, Frau Lüddemann.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Herr Farle, ich finde es unverantwortlich, wie Sie mit den Ängsten der jungen Menschen spielen.

(Lachen bei der AfD - Oliver Kirchner, AfD: Sie machen das gerade! - André Poggenburg, fraktionslos: Sie schüren doch die Ängste!)

Denn die jungen Menschen gehen auf die Straße, weil sie Angst um ihre eigene Zukunft haben.

Ich weiß nicht, wann Sie sich das letzte Mal mit der Führungsriege der Mibrag unterhalten haben. Die Mibrag hat schon vor Jahren damit angefangen, ihr Geschäftskonzept umzustellen. In Sachsen-Anhalt sind, selbst wenn man die indirekten Arbeitsplätze hinzunimmt, 3 500 Menschen - ich nehme wirklich jeden einzelnen Arbeitsplatz sehr ernst - vom Kohleausstieg betroffen.

(Robert Farle, AfD: 18 000!)

Sie können versichert sein, dass es Konzepte gibt. Sie sind schon in der Realisierung. Denn

auch für die erneuerbaren Energien müssen Menschen arbeiten. Auch im Bereich des autonomen Verkehrs müssen Menschen arbeiten. Diese Menschen werden sehr gut qualifizierte und sehr gut bezahlte Arbeitsplätze finden.

Ob ich Hysterie verbreite oder nicht, das müssen Sie bewerten. Ich erlebe es immer wieder, dass die Menschen zu uns kommen und sagen, wir haben uns die Fakten angeschaut. Am Sonntag war zum Beispiel der Astrophysiker Herr Lesch zu Gast. Auch unser Ministerpräsident hat interessante Fakten in die Debatte eingebracht. Ich glaube diesen Fakten; ganz einfach.

(Siegfried Borgwardt, CDU, unterhält sich mit Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es mag sein, dass ein solcher Disput nicht alle interessiert. Aber alle müssen die Chance haben, ihn mitzukriegen, Herr Kollege Borgwardt. Kollege Borgwardt, es ist ein bisschen laut.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Okay!)

Es gibt eine zweite Wortmeldung aus der AfD-Fraktion. Diese ist von Herrn Raue. Bitte.

Alexander Raue (AfD):

Frau Lüddemann, gerade mit Äußerungen wie der, wenn wir keine Erde mehr haben, machen Sie den Kindern bzw. den Schülern natürlich Angst. Das gehört aber auch zu Ihrem Konzept

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Das ist Realismus! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Die Partei der Angstmacher ist die AfD! - Zuruf von der AfD: Seien Sie doch still, da drüben!)

und zu dem Konzept, das die Medien gerade betreiben, Grün hochzuschreiben, damit Sie gute Ergebnisse bei Europa- und der Kommunalwahlen bekommen. Das haben wir natürlich längst durchschaut.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Wir übernehmen Verantwortung!)

Sie instrumentalisieren in diesem Falle die jungen Schüler, die hier und überall auf den Marktplatz oder auf die Straße gehen und für eine vermeintliche Klimarettung demonstrieren. Aber das Klima werden wir nicht retten können.

Wir können Umweltschutz betreiben. Diesbezüglich nimmt Deutschland eine echte Vorreiterrolle ein. Sie haben als grüne Partei und als Regierungspartei die Verantwortung, daran mitzuwirken und den jungen Menschen zu erklären, dass wir die Verantwortung wahrnehmen, dass wir Vorreiter sind und dass wir tun, was wir können.

Das Hauptproblem, warum uns die Welt um die Ohren fliegen könnte, ist das gewaltige Bevölkerungswachstum. Ich habe mir gerade eine Studie angeschaut. Sie besagt, dass wir, wenn sich an der Fertilitätsrate der Frauen nichts verändert, im Jahr 2100 auf diesem Planeten mit 26 Milliarden Menschen rechnen müssen. Das würde eine Ver vierfachung der Bevölkerung bedeuten.

Der Zuwachs der Bevölkerung würde gerade in den Staaten stattfinden, die eine unheimlich starke Differenz zu unserem Wohlstandsniveau haben. Die wollen natürlich auch Auto fahren; das kann ich verstehen.

Aber was tun Sie denn, um genau dort aktiv zu werden, wo in Zukunft die Masse an CO₂, an Feinstaub, an Energieverbrauch stattfinden wird. Was tun Sie dort? Sie wollen uns hier immer weiter zusammenschnüren. Deutschland ist ein Technologieland und wird es auch bleiben. Deutschland hat die schlechtesten Standortbedingungen - -

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Raue, Sie haben die Zeit von zwei Minuten schon überschritten.

Alexander Raue (AfD):

Ein letzter Satz.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Aber ganz schnell.

Alexander Raue (AfD):

Deutschland hat die schlechtesten Standortbedingungen für ökologische Stromerzeugung und wir tun es dennoch. Wir müssen woanders handeln.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Und Stopp! - Jetzt, Frau Lüddemann, haben Sie das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ich finde es ja wirklich interessant, dass Sie wissenschaftlichen Prognosen glauben, wenn es um Fertilitätsraten geht,

(Alexander Raue, AfD: Das ist Mathematik!)

dass Sie aber wissenschaftlichen Prognosen nicht glauben, wenn es um das Klima geht. Das finde ich spannend.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Insofern ist eine Debatte, die auf Fakten basiert, mit Ihnen schwierig zu führen. Wir machen keine Angst, sondern wir nehmen die Fakten an. Wir sagen, wir müssen handeln. Ich schaue, was ich in

meinem Leben ändern kann. Meine Fraktion schaut, was wir tun können. Sie kennen meine Kollegin Frederking, die sehr engagiert ist, bei Dienstreisen etc. auf ökologische Verkehrsmittel zu achten.

(Alexander Raue, AfD: Die Probleme entstehen woanders!)

- Jetzt bin ich dran. - Wir haben die Verpflichtung, Vorreiter zu sein. Wir sind die Starken auf dieser Welt.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Deswegen müssen wir diejenigen sein, die als Erste in Vorleistung gehen. - Punkt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: So ist es!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Damit sind wir am Ende dieses Debattenbeitrages angekommen. - Wir begrüßen die nächste Schülergruppe. Das sind Schülerinnen und Schüler des Winkelmann-Gymnasiums Stendal. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Hause)

Nun spricht für die Fraktion der CDU die Abg. Frau Gorr. Bitte sehr.

Angela Gorr (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Überschrift „Fridays for Future verdient Wertschätzung und den politischen Dialog!“ hat mehrere Facetten.

Zunächst ist ein politischer Dialog über wichtige Inhalte immer positiv zu sehen. Daher wollen wir diesen Antrag in den Ausschuss für Umwelt überweisen. Dort ist der Ort, um über das Thema Klimawandel und mögliche Maßnahmen dagegen zu diskutieren.

Im Zusammenhang mit den derzeit stattfindenden klimatischen Veränderungen so dezidiert von „vom Menschen verursachten Klimawandel“ zu sprechen - das war ebenfalls ein Zitat - passt zur Bewegung „Rettung des Weltklimas“ und zeigt die Dramatik auf, die die jungen Menschen zum Demonstrieren bringt.

Das Klima hat sich, sehr geehrte Damen und Herren, allerdings schon immer gewandelt. Das dürfte Allgemeinwissen sein. In meiner Heimatstadt Wernigerode wurde vor längerer Zeit ein Klimaschutzkonzept erarbeitet, an dem ich selber mitgewirkt habe. Darin wurde unter anderem festgestellt, welchen extrem geringen Anteil, nämlich unter 10 %, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt selbst verursachen, zum Beispiel im Gegensatz zur Industrie.

Wir sollten daher nicht in Hysterie verfallen, sondern wir müssen uns vor Augen führen, dass unsere zivilisatorischen Errungenschaften, wie Mobilität und Energie, gegebenenfalls auf den Prüfstand gestellt werden müssen und dass sich das Klima im Zusammenhang mit anderen Kontinenten entwickelt, auf die wir nur bedingt Einfluss haben. Denken Sie bitte in diesem Zusammenhang auch an China.

Sehr geehrte Damen und Herren! In den Schulen unseres Landes werden sehr viele Projekte angeboten und durchgeführt, die die Schülerinnen und Schüler zu einem bewussteren Verhalten für ihre Umwelt erziehen. Genau das wünschen wir uns als Bildungspolitikerinnen und -politiker.

Im Übrigen möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Impulse für diese Projekte auch von den Schülerinnen und Schülern selbst ausgehen, die ich in meinen zahlreichen Gesprächen immer als aktiv und umweltbewusst wahrnehme. So soll es auch Fälle geben, zum Beispiel im Bereich der Informatik, in denen die Lehrerinnen und Lehrer auch einmal Anregungen der Schülerinnen und Schüler zur Verbesserung aufnehmen können.

Der zweite Aspekt des Antrags, sehr geehrte Damen und Herren, betrifft - deutlich formuliert - das für Fridays for Future nötige Schulschwänzen. Dies stellt de facto einen Verstoß gegen die Schulpflicht dar.

Gestern, als wir uns vor dem Landtag über das Schulentwicklungscamp informierten, sagten mir die Schülerinnen und Schüler der Neuen Schule in Magdeburg, dass sie ihre Mittagspause für ihren Kontakt zu uns Landtagsabgeordneten für ihre Aktion nutzen. Und das ist auch gut so.

Frau Lüddemann hat auch schon darauf hingewiesen, dass die Schülerinnen und Schüler sich selber auch mit dem Faktum auseinandersetzen, wie man das eine mit dem anderen in Übereinstimmung bringen kann. Ich möchte an dieser Stelle auch darauf aufmerksam machen, dass die Bewegung aus Schweden zu uns herübergekommen ist.

Die Diskussion über Schulpflicht auf der einen Seite und das Demonstrationsrecht auf der anderen Seite ist dringendst zu führen, wie die heutige Debatte gezeigt hat. Denn was ist, sehr geehrte Damen und Herren, wenn die Erwachsenen oder die Politikerinnen und Politiker Themen anderer Art nicht so toll finden, wenn ihnen das Thema nicht passt und wenn dafür kein Mädchen mit dem Bambi ausgezeichnet wird?

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

An dieser Stelle schaue ich einmal insbesondere in die rechten und in die linken Reihen dieses Parlaments. Ist das dann nicht eine Art Willkür? Wer

will dann sagen, die eine Demonstration ist in Ordnung, und die andere Demonstration während der Schulzeit zu einem Thema, das einem nicht passt, ist verboten?

(Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Aus diesem Grund, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, halte ich es für dringend nötig, diesen Antrag zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Bildung und Kultur zu überweisen.

Ich möchte anschließen an die Äußerungen von Herrn Minister Tullner.

Ich habe zufällig eine Pressemitteilung aus Baden-Württemberg von Herrn Kretschmann zum Klimastreik dabei - ich zitiere -:

„Die Klimaschutzproteste von Schülern müssen nach Worten von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) früher oder später ein Ende finden. Dass die Schüler in der Unterrichtszeit demonstrierten, bewerte er kritisch, sagte Kretschmann am Dienstag in Stuttgart. ‚Vor allem kann das nicht ewig so weitergehen.‘ Zwar sei der moralische Appell gerechtfertigt und es gehe wirklich um die Zukunft der Schüler.“

- Dieser Meinung bin ich in jedem Falle auch. -

„Dafür einmal die Schule zu schwänzen, falle erstmal unter zivilen Ungehorsam. ‚Nur: Ziviler Ungehorsam ist ein symbolischer Akt. Das kann keine Dauerveranstaltung sein.“

Ich denke, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die jungen Menschen haben ihre Ziele in gewisser Weise erreicht, weil wir über ihre Probleme und über ihre Zukunftsangst diskutieren. Aber wir dürfen die anderen Themen nicht aus dem Blick verlieren.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Gorr, nur zur Information: Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Lehmann. - Diese kann er jetzt wahrnehmen.

Angela Gorr (CDU):

Im Ausschuss.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es bleibt Ihnen überlassen, ob Sie darauf reagieren wollen oder nicht. Vielleicht überlegen Sie es sich noch. - Herr Lehmann, bitte.

Mario Lehmann (AfD):

Bei der ganzen Diskussion haben sich mir einige Fragen gestellt, die Frau Gorr vielleicht beantworten könnte. Wenn nicht, dann stelle ich sie in den Raum.

Als ich zur Schule gegangen bin, in den 70er-Jahren, hieß es, die Ölreserven auf dieser Erde reichen noch für knapp zehn Jahre. - Hui, wir haben heute noch welche.

In den 80er-Jahren entstanden die GRÜNEN. Damals hieß es: In zehn Jahren gibt es keinen Wald mehr. Liebe Kinder, schaut euch die Fotos an. In zehn Jahren haben wir keinen Wald mehr.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Es wurde doch was getan! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Weil man was getan hat!)

Ende der 80er-Jahre/Anfang der 90er-Jahre entstand die Angst: Wir haben ein Ozonloch, das sich jedes Jahr vergrößert. Liebe Leute, alle Menschen werden in zehn Jahren an Hautkrebs gestorben sein.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Auch dagegen hat man was getan! - Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Gegenwärtig hören wir, die Klimaerwärmung - -

Vizepräsident Wulf Gallert:

Warten Sie einmal ganz kurz, Herr Lehmann. - Herr Lehmann macht jetzt eine Intervention zur Rede von Frau Gorr, nicht zur Rede von Frau Frederking und auch nicht zu den Ausführungen von Herrn Striegel. Deswegen lassen Sie ihn jetzt einmal reden. Bitte.

(Zustimmung bei der AfD)

Mario Lehmann (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Nach der Ozonlüge kam die Klimaerwärmungsangst, dass wir alle an der Temperatursteigerung zugrunde gehen.

Jetzt höre ich: In zehn Jahren wird es keine Insekten mehr geben.

Ich wollte die Frage in den Raum stellen: Was wird als nächste angstmachende Lüge verbreitet werden, damit das politische Überleben dieser politischen Ökorandgruppen gewährleistet ist?

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. - Frau Gorr hat keine Lust, darauf zu antworten. Demzufolge sind wir jetzt am Ende dieses Redebeitrages angelangt. Es spricht nun der Abg. Herr Poggenburg. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Verehrte Abgeordnete! Eine hitzige Debatte bisher - sie muss aber geführt werden. Es ist nicht zielführend, wenn es Äußerungen wie vom Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden der LINKEN Herrn Lippmann gibt, der ganz klar zum kollektiven Rechtsbruch aufgerufen hat, indem er vorhin sagte: Das Demonstrieren für ein vermeintlich gutes Ziel sei keine Verletzung der Schulpflicht.

Die Argumentation, die Einlassung des Abg. Herrn Thomas dahin gehend war vollkommen richtig: Doch, es ist eine Rechtsverletzung. Dass Sie aus dem Landtag Sachsen-Anhalt heraus an alle jungen Leute diese Botschaft richten, es wäre keine Rechtsverletzung, das ist verantwortungslos und steht symbolisch für Ihre Partei. - Das am Anfang.

(Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

Ja, wer mit offenen Sinnen durch die Welt geht, der sieht, der merkt, der weiß: Es gibt den Klimawandel. Dass es Leute gibt, die immer das Argument bringen, es wäre alles nur Spinnerei, es wäre Einbildung, dem kann ich nicht folgen.

Ja, wir gehen damit konform, wir müssen über den Klimawandel, ein sehr ernstes Thema, tatsächlich sprechen

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

und wir müssen darüber sprechen, ob und inwieweit er menschengemacht ist und was man eventuell dagegen tun könnte - ein sehr wichtiges und heikles Thema.

Dass aber dieses Thema, im Grunde genommen die Diskussion zu diesem Thema, durch diese Schmierenskomödie, durch dieses Affentheater, das dort freitags mittlerweile stattfindet, zerstört wird, das ist im Grunde genommen beschämend. Dafür ist das Thema viel zu wichtig.

Greta Thunberg und ihre selbst ernannten Klimaaktivisten - Sternchen - innen verstehen nicht, dass sie genau damit eine echte Klimadiskussion abwürgen und sich gar nicht wirklich der Verantwortung stellen.

Ich frage mich, was wäre denn, wenn nächste Woche, beispielsweise montags, von Schülern damit begonnen würde, regelmäßig gegen Multikultiwahn und Messermigration zu demonstrieren - nur als Beispiel. Ich kann es mir jetzt schon vorstellen: die Hysterie auf der linken Seite und der ganz klare Verweis auf die Schulpflicht. Das wäre dann natürlich nicht möglich. Das ist eben linke Heuchelei, wie es im Buche steht. Das ist Teil dieser ganzen Inszenierung, die hier stattfindet.

Wenn die selbst ernannten Klimaaktivisten ernst genommen werden wollten, dann würden sie es

fertigbringen, am Samstagvormittag um 10 Uhr draußen auf dem Platz zu stehen und für ihre Ziele zu demonstrieren.

Dann würde die Presse das ganz genauso aufnehmen. Die Presse als Grund und als Argument dafür vorzuschieben, die Schulpflicht verletzen zu müssen, um Berichterstattung zu erheischen, das ist wirklich eine ganz traurige Nummer, muss ich einmal sagen. Die Klimaaktivisten werden damit rechnen müssen, dass eben mehr über die Verletzung der Schulpflicht diskutiert wird als über den Klimawandel. Genau das haben sie damit erreicht und genau das fördern sie damit auch noch.

Wenn ich dann Argumentationen in Social-Media-Foren höre, aber auch bei der Diskussion mit diesen jungen Leuten und erzählt wird, der Lokführer Herr Schmidt beispielsweise streike ja auch während der Arbeitszeit, dann haben die Leute nicht verstanden, dass das Arbeitskampf ist. Streik ist Arbeitskampf. Der findet logischerweise während der Arbeitszeit statt. Das Demonstrieren für politische Ziele außerhalb dieses Spektrums ist aber kein Arbeitskampf und findet nicht während der Arbeits- und Schulzeit statt. Das muss man doch einmal begreifen.

Wenn eine Frau Lüddemann als Vorsitzende der GRÜNEN-Fraktion noch genau in diese Kerbe haut und sagt, dass der Stahlarbeiter ja auch während der Arbeitszeit streike, dann muss ich sagen: Das zeigt Bildungsdefizite, die es wirklich sinnvoll machen, jede Schulstunde wahrzunehmen, um diese Bildungsdefizite auszuräumen. Es war wirklich eine ganz schlimme Aussage, dass Sie als Fraktionsvorsitzende das noch unterstreichen.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Ich kann nur sagen: Wir als neue Partei „Aufbruch deutscher Patrioten“ in Mitteldeutschland

(Lachen bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

möchten die Klimadiskussion ehrlich führen, ohne Schulpflichtverletzung. Das gelingt nicht mit diesem linken Hokusfokus dort draußen. Mit diesem Hokusfokus kommen wir der Diskussion kein Stück näher. Deswegen lehnen wir sie ab. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD - Cornelia Lüddemann, GRÜNE, lacht)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Grube möchte eine Frage stellen. Herr Grube? - Nein. Das war es dann. Abschließend spricht jetzt noch Herr Lippmann.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich habe am Ende der Debatte nur noch wenige Anmerkungen.

Wir waren etwas überrascht, dass für die Landesregierung der Bildungsminister gesprochen hat; denn ich habe im Kern meiner Rede versucht deutlich zu machen, dass es nicht in erster Linie ein Schulthema ist. Deswegen sehen wir eine Überweisung zur federführenden Beratung im Bildungsausschuss kritisch.

Überhaupt die Überweisung: Fridays for Future findet jetzt statt. Die Dialoge müssen jetzt stattfinden und nicht dann, wenn sich der Bildungsausschuss vielleicht im September oder Oktober damit befasst.

In meiner Rede habe ich Herrn Willingmann, Frau Dalbert und Herrn Haseloff angesprochen. Mit ihnen sind die Dialoge aus unserer Sicht zu führen; denn dass es mit der Schule zu tun hat, ist doch nur eine Frage des Formates, das sich die jungen Leute gesucht haben. Natürlich geht es um eine gewisse Aufmerksamkeit. Wir können uns darüber streiten, ob es ihnen gelungen ist - offensichtlich ist es ihnen gelungen - und ob es legitim ist oder nicht. Den Schülern geht es doch aber nicht um eine Schulpflichtverletzung per se. Es geht ihnen um ihr Thema.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Es geht auch nicht darum, dass es in der Schule anders behandelt werden muss. Sie wollen mit der Politik ins Gespräch kommen und mit ihrem Anliegen ernst genommen werden. Meine Informationen, Herr Tullner, sind so, dass der Dialogprozess in Thüringen - weil Sie es immer wieder gern erwähnen; inzwischen wird es ein bisschen gebetsmühlenartig -, etwas weiter fortgeschritten ist, als es bei uns der Fall ist.

Das, was im Prinzip fehlt und was wir schnell brauchen, sind konkrete Gesprächsangebote - ich habe verschiedene Ebenen angesprochen -, was die jungen Leute betrifft, um sich mit ihrem Thema auseinanderzusetzen. Wir brauchen natürlich auch eine Agenda, wie wir mit diesen Fragen politisch weitermachen wollen.

Zum Schluss: Ich mache es nicht gern, darauf zu reagieren, aber der Auftritt von Frau Funke war schon ein bisschen speziell, was die ersten Einlassungen betrifft.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das zeigt aber einfach nur, wes Geistes Kind Sie sind. Was ich selber denk und tu, das traue ich auch anderen zu. Niemals akzeptieren zu können, dass es wirklich Beweggründe gibt, sondern es muss alles instrumentalisiert sein, es muss alles kommerzialisiert sein, das ist genau die Denke, die Sie haben.

Diejenigen, die sich ernsthaft damit auseinandersetzen, müssen zur Kenntnis nehmen, dass Greta

Thunberg einen Nerv getroffen hat, einen Nerv der jungen Leute. Das müssen wir ernst nehmen und damit müssen wir uns auseinandersetzen, und zwar nicht nur auf der linken Seite, sondern mindestens auch in der Mitte der Gesellschaft. Von der AfD erwarte ich das nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Raue hat sich noch zu Wort gemeldet.

Alexander Raue (AfD):

Herr Lippmann, Sie instrumentalisieren hier tatsächlich die jungen Leute. Aber was ich Ihnen schon immer sagen wollte:

(Widerspruch bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Die LINKE hat zum wirtschaftlichen Erfolg dieses Landes bislang nichts, aber auch gar nichts beigetragen. Aber die LINKE wird zum wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands und Europas erheblich viel beigetragen haben. Das müssen Sie sich vorwerfen lassen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wie wenig Vertrauen haben Sie in diese Landesregierung, wenn Sie so sprechen?)

Wenn Sie könnten, dann würden Sie die Menschen heute natürlich wieder wie im Jahr 1961 einsperren. Das würden Sie tun. Sie würden den Menschen vorschreiben, was sie zu konsumieren und wohin sie zu reisen haben. Sie würden den Menschen vorschreiben - das tun Sie heute schon -, was sie zu denken haben. Das wollen die Menschen aber nicht. Das haben die Menschen im Jahr 1989 abgewählt. Ich hoffe, dass Sie bei den nächsten Wahlen auch die linken Parteien endgültig abstrafen werden. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. Ich sehe keinen Bedarf, darauf zu reagieren. Ich wage es nur einmal, darauf hinzuweisen, dass eine Intervention oder eine Fragestellung zu einem Redebeitrag, die mit dem Satz beginnt, was ich Ihnen schon immer einmal sagen wollte,

(Heiterkeit bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE, und von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

nicht dem eigentlichen Sinn der Geschäftsordnung entspricht.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE, und von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Wenn wir bei solchen Geschichten ein bisschen näher bei der Diskussion bleiben würden, dann wäre ich Ihnen verbunden. Es ist nicht immer möglich. Das verstehe ich auch.

Dann kommen wir jetzt zum Abstimmungsverfahren. Ich lasse erst einmal darüber abstimmen, ob der Antrag überhaupt überwiesen werden soll. Danach stimmen wir darüber ab, an welche Ausschüsse er überwiesen werden soll, und am Ende darüber, welcher Ausschuss federführend ist.

Es gab einen Antrag, diesen Antrag zu überweisen. Wer für eine Überweisung ist, den bitte ich um sein Kartenzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD-Fraktion und die beiden fraktionslosen Abgeordneten.

Jetzt geht es um die Ausschüsse. Die Ausschüsse, die ich gehört habe, waren der Umwelt- und der Bildungsausschuss.

(Angela Gorr, CDU: Bildungsausschuss federführend!)

- Das ist die nächste Frage. Ich habe gesagt: abgestuftes Verfahren. - Gibt es noch weitere Ausschüsse, die daran sozusagen partizipieren sollen? - Das sehe ich nicht. Soll ich über beide getrennt abstimmen lassen? - Nein, der Wunsch ist nicht da.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

- Doch, der Wunsch ist da. In Ordnung.

Wer dafür ist, den Antrag an den Bildungsausschuss zu überweisen, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und Teile der AfD-Fraktion.

Wer ist dafür, den Antrag an den Umweltausschuss zu überweisen? - Das sind wieder die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und ein fraktionsloser Abgeordneter. Das ist zumindest jeweils mehrheitlich angenommen worden.

Jetzt geht es um den federführenden Ausschuss. Wer ist für den Bildungsausschuss als federführenden Ausschuss? - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und ein Abgeordneter der AfD-Fraktion.

Wer ist für den Umweltausschuss als federführenden Ausschuss? - Das sind ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE und ein Mitglied der AfD-Fraktion.

Demzufolge haben wir jetzt diesen Antrag zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Umweltausschuss überwiesen. Damit können wir den Tagesordnungspunkt beenden. Danke.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können in der Tagesordnung fortfahren, und zwar mit dem

Tagesordnungspunkt 4

Beratung

Sachsen-Anhalts digitale Infrastruktur zukunftsfest machen

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/4155

Für die Antragsteller spricht der Abg. Herr Striegel. Er bringt den Antrag ein.

(Unruhe)

- Ich würde Sie bitten, ein bisschen zur Ruhe zu kommen. - Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Digitalisierung ist keine politische Entscheidung.

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Warten Sie noch eine Sekunde. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie sich sortiert? - Herr Striegel, versuchen Sie es noch einmal.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Okay, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Wir haben noch ein paar Probleme im analogen Raum, aber Digitalisierung ist jedenfalls keine politische Entscheidung.

Die umfassenden Veränderungen finden sowohl schleichend statt - wer kann sich noch einen Büroalltag ohne E-Mails vorstellen? ja, ich weiß, im Haus gibt es Leute, die sich diese auch noch ausdrucken lassen; das habe ich in dieser Woche erfahren - als auch als Einschnitt - das Smartphone als Alleskönner mit Kamera, Scanner, Kalender, Karte, Kiosk, Kreditkarte, Kino und Co. - und auch berufsbegleitend - ich verweise auf den Livestream - und erst recht natürlich so, wie wir es uns morgen vorstellen: 3D-Druck, autonomes Fahren, Telemedizin.

Digitalisierung findet statt.

Schnelles Internet ist dabei jedoch die Grundlage von einfach allem. Dem müssen wir gerecht werden, und zwar jetzt. Pro Sekunde werden in Sachsen-Anhalt die Grundlagen für 4 km Glasfaser gelegt - als Produkt von Heraeus in Bitterfeld, die in Sachsen-Anhalt ein Viertel der weltweiten Produktion der Grundlagen für die Herstellung von Glasfaser organisieren. Bei der Verlegung des Endproduktes aber hapert es dann.

Ein Tempo von 4 km Glasfaser pro Sekunde werden wir beim Anschluss an die Zukunft im Glasfa-

serausbau vermutlich nicht erreichen können. Gleichwohl müssen wir in Sachsen-Anhalt deutlich an Geschwindigkeit zulegen. Dafür soll die Gigabit-Strategie der Landesregierung sorgen, der wir mit unserem Antrag einen ambitionierten Auftrag geben.

Gemeinsam machen wir nun endlich Speed für den Ausbau mit Up- und Downloadraten von mehr als 100 Mbit/s durch Glasfaserausbau bei der Internetversorgung. Wir programmieren heute den Breitbandausbau im Land auf Glasfaser tatsächlich bis ins Haus. Nicht Straßen, sondern Glasfaserautobahnen bestimmen heute und morgen über die Lebensqualität und wirtschaftliche Prosperität im Land.

Der Glasfaserausbau wird bei der Landesförderung endlich zum Standard. Eine 100-prozentige Förderung im Zusammenspiel von Bund und Land ist das erklärte Ziel dabei. Damit dies nicht in einem Verteilerkasten 100 m vor dem Endverbraucher endet, wird auch die Förderung der Hausanschlüsse von uns bedacht. Die letzte Meile vom Verteilerkasten zum Endverbraucher darf und soll nicht wie bisher die Kriechspur bleiben.

Gerade mit Blick auf den Glasfaserausbau in kommunaler Eigenregie in der Altmark und der Börde ist es uns besonders wichtig, dass der geförderte Ausbau im Land gleichrangig die Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke und die Förderung von Betreibermodellen ermöglicht.

Beim Betreibermodell verlegen Kommunen Glasfaserleitungen oder Leerrohre selbst und verpachten diese an einen Netzbetreiber. Die Investitionen in die Infrastruktur fließen durch die Verpachtung wieder zurück. Die Zuschüsse gehen somit nicht verloren und die Finanzierung muss nur einmal erbracht werden.

Wir GRÜNE können diesem Fördermodell einiges abgewinnen. Kommunen oder Zweckverbände bauen die Netzinfrastruktur selbst auf und verpachten sie. Die Netzinfrastruktur ist damit ein praktischer Teil der Daseinsvorsorge und eine öffentliche Aufgabe im kommunalen Eigentum.

Das Wirtschaftslückenmodell basiert hingegen auf dem Ausbau und dem Betrieb von Netzen durch private Wirtschaftsunternehmen. Dies sind bei uns in Sachsen-Anhalt meist die bekannten Telekommunikationsunternehmen.

Die Förderung deckt die Lücke zwischen den Ausbaukosten und der erwartbaren Amortisierung durch die Anschlüsse bei den Endkunden. Private Netzbetreiber betrachten die unterschiedlich große Lücke natürlich als unwirtschaftlich. Zum Zug kommt im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung dann das Unternehmen, das für eine festgelegte Zeit am wenigsten Geld für den Lückenschluss verlangt.

Die entstandene Infrastruktur verbleibt aber letztlich - das ist ein Problem - im Eigentum des Unternehmens. Zukünftige Gewinne werden nicht zwingend in das vorhandene Glasfasernetz reinvestiert, sondern privatisiert.

Beide Fördermodelle sollen zukünftig möglich sein. Je nach konkreter Lage vor Ort führen dann auch unterschiedliche Wege zum Ziel; denn die Kommunen entscheiden nunmehr eigenständig über ihre Umsetzungspraxis beim zukünftigen Glasfaserausbau. Das halten wir in unserem heutigen Beschlusstext explizit fest. Der leidige Fokus auf dem Ausgleich der Wirtschaftlichkeitslücke ist also endlich nicht mehr die präferierte Förderung im Land.

Im Rahmen des Fachgespräches unserer Fraktion zur Gigabit-Strategie für Sachsen-Anhalt war aus der Altmark zu hören, dass das Land dort bisher eher als Bremser anstatt als Motor der Entwicklung gesehen wird. Es wurde gefordert, den ländlichen Raum durch eine konsequente Förderung von Glasfaser bis zur Wohnungstür zukunftsfähig zu machen. Aus der Sicht des nördlichen Sachsen-Anhalts sei dies auch ein Beitrag zur Lösung der Probleme in den Ballungsgebieten.

In der Börde hat man das Heft des Handelns bereits selbst in die Hand genommen; dort wird die Breitbandversorgung in Eigenregie aufgebaut. Nach eigener Einschätzung heißt es dort: Wir haben nur Zukunft vor uns; denn wir sind bei null.

Diesem Ausbau in Eigenregie soll das Land zukünftig als Motor dienen. Daher betrachten wir die Gleichrangigkeit der Fördermöglichkeiten und die eigene Entscheidung der Kommunen als besonders wichtig und haben diese gestärkt. Der Maßstab Glasfaser mit Up- und Downloadraten von mehr als 100 Mbit/s soll es im Übrigen auch dem Magenta-Riesen erschweren, solchen Projekten nachträglich das Leben mit Vectoring schwer zu machen.

Gerade bei so viel Zukunftsmusik ist uns aber die tatsächliche Lage und die Unterversorgung im Land schmerzhaft bewusst. Die aktuellen Daten halten fest, dass in Sachsen-Anhalt 59,5 % aller Haushalte mit 50 Mbit/s im Download surfen. Das reicht für E-Mails und Onlinebestellungen und für wenig mehr. Die Hälfte des Landes ist unterversorgt.

Mit der bisherigen Breitbandförderung aus dem Wirtschaftsministerium ist das Ziel des Koalitionsvertrages von 50 Mbit/s für Privathaushalte im Download und 100 Mbit/s symmetrisch für Unternehmen in den Gewerbegebieten noch nicht erfüllt. Die genehmigten Förderungen und die in der Umsetzung befindlichen Ausbauprojekte lassen hoffen, dass dieses Ziel zumindest flächendeckend bis zum Jahr 2020 erreicht wird. Wir

Koalitionspartner haben hierzu eine klare Erwartungshaltung an das zuständige Ministerium.

Aktuell ist ein Anteil von gerade einmal 1 % der Anschlüsse im Land als Glasfaseranschlüsse ausgelegt. Das müssen wir mit dem Netz der Zukunft anpacken. Deswegen brauchen wir eine Glasfaserstrategie für Gigabit-Netze im Land.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Deswegen müssen wir auch weg von den technologisch regelmäßig überholten Breitbandzielen. Wir GRÜNE haben deshalb vorgeschlagen, Infrastrukturzielen künftig den Vorrang zu geben. Das Ziel soll also nicht mehr 50 Mbit/s bis zum Jahr 2020 lauten, sondern: 80 % aller Haushalte und Unternehmen im Land sollen bis zum Jahr 2025 mit Glasfaser angeschlossen sein.

Gerade mit Blick auf den aktuell schlechten Stand der Breitbandversorgung gilt es beim Ausbau Prioritäten zu setzen, um wirklich voranzukommen. Neben der bereits vorhandenen Priorisierung des Anschlusses von Schulen an das Glasfasernetz sollen über die Hochschulen und Forschungsinstitute hinaus auch weitere Bildungsstandorte bedacht werden.

Die im Landeshaushalt mit jährlich 10 Millionen € verankerte Glasfaseranbindung aller Schulen im Land bis zum Jahr 2020 ist schon heute wegweisend - für die Schülerinnen und Schüler wie auch für die Lehrenden, vor allem aber für die Anlieger; denn liegt erst einmal Glasfaser, ist die weitere Anbindung von Unternehmen, öffentlichen Institutionen und Privathaushalten auch ohne Förderung einfacher, billiger und damit auch wahrscheinlicher.

Bei dem prioritären Glasfaserausbau werden wir nicht wie bisher nur Gewerbe-, sondern auch Mischgebiete berücksichtigen. Die meisten Unternehmen, etwa 90 %, sitzen in Sachsen-Anhalt in Mischgebieten. Die weiteren Bedarfsträger wie potenzielle Coworking Spaces und Dorfgemeinschaftshäuser im Vorrang des geförderten Glasfaserausbaus sollen ebenfalls Glasfaserschneisen ins Land ziehen, an die andere einfacher ankopeln können. Deren unmittelbares Umfeld kann über WLAN-Hotspots praktisch sofort profitieren.

Die Notwendigkeit, Dorfgemeinschaftshäuser als Ort der Zusammenkunft, Sitz der Ortsverwaltung und mehr zu versorgen, erklärt sich von selbst. Coworking Spaces sind für uns GRÜNE Zukunftsmodelle für Arbeitsplätze im ländlichen Raum, die es den Menschen ermöglichen sollen, ortsungebunden zu arbeiten. Das funktioniert, wenn die Internetversorgung schnell und stabil genug ist.

Unsere Landtagsinitiative zum flächendeckenden Glasfaserausbau in Sachsen-Anhalt will die Breit-

bandstrategie des Landes endlich als Gigabit-Strategie für die Zukunft fortschreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sachsen-Anhalts digitale Infrastruktur soll zukunftsfest ausgebaut werden. Um dem dabei wachsenden Breitbandbedarf Rechnung zu tragen, sind ausschließlich Glasfaseranschlüsse notwendig, die Gigabit und zukünftig noch höhere Kapazitäten transportieren können. Sie bilden die Grundlage einer als Daseinsvorsorge zu verstehenden digitalen Versorgung von Stadt und Land im ganzen Land.

Mit Blick auf die bisher abgerufenen Fördermittel besteht ein wesentliches Problem der bisherigen Breitbandförderung nicht primär in der Zurverfügungstellung von Budget, sondern in der Ausgestaltung der Förderbedingungen. Eine kluge und effiziente Gestaltung des Förderprogramms im Zusammenspiel von Bundes- und Landesmitteln ist nötig.

Abweichend von dem aktuellen Vorgehen wird daher zur Vermeidung von Doppelstrukturen die Fördermittelbeantragung verschlankt. Das Land schließt sich dafür der Beantragung der Bundesförderung quasi an und ergänzt diese, ohne zusätzliche Hürden hinzuzufügen.

Aktuell bestehen in Sachsen-Anhalt Engpässe im Breitbandausbau bei den Telekommunikationsdienstleistern. Das ist auch über Sachsen-Anhalt hinaus der Fall; denn derzeit laufen in ganz Deutschland viele Ausschreibungen nach der Wirtschaftlichkeitslücke. Bekannt ist auch, dass Tiefbaufirmen ausgelastet sind und dass die Preise zurzeit stetig steigen, weil gegenwärtig viel Geld in den Straßenausbau fließt. Die Einflussmöglichkeiten des Landes auf diese äußeren Bedingungen sind begrenzt. Wir wollen mit einer vollständig digitalisierten Antragsbearbeitung den Arbeitsaufwand auf allen Seiten senken und ein sehr schlankes Antragsverfahren anbieten.

Zu den wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre zählt die Integration des Glasfaserausbau bei Bauprojekten aller Art. Die Umsetzung des Bundesgesetzes zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze, das sogenannte DigiNetz-Gesetz, sieht dafür in Neubaugebieten eine Glasfasermittelverlegung bei Straßenausbau- und -baumaßnahmen und erleichterte Verlegetechniken vor.

Insbesondere das Trenching - das ist die Verlegung von Rohren für Glasfaserleitungen mittels Frästechnik, bei der ganz schmale Gräben und Schlitzlöcher in geringer Bodentiefe in den Asphalt eingebracht werden können - kann in ländlichen Gebieten eine kostengünstige Verlegung ermöglichen. Das Ministerium für Landesentwicklung

und Verkehr ist gefordert, diese Mittelverlegung bei entsprechenden Straßenausbau- und -baumaßnahmen zu integrieren. Wenn wir jetzt bei Baumaßnahmen Platz für die Internet-Glasfaser-Infrastruktur schaffen, dann müssen wir die Erde später nicht kostenintensiv wieder aufreißen.

Besonders wichtig ist es uns darüber hinaus, die Anpassung gesetzlicher Vorschriften und Verordnungen im Land zügig umzusetzen. Im Zweifelsfall muss dafür das eine oder andere Straßenbauprojekt zurückstehen. Die Daten-Highways sind deutlich wichtiger. Eine Vereinfachung der Förderlandschaft sowie eine damit verbundene Konzentration der Förderung von Glasfaser bis ins Haus soll zukünftig den Ausbau nachhaltig voranbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ist das denn nötig? - Schnelles Internet in der Stadt und Ruckelvideos auf dem Land sind nicht nur eine Frage des Medienkonsums, sondern vor allem eine Gerechtigkeitslücke, die wir als GRÜNE nicht zu akzeptieren bereit sind. Wir werden zukünftig auch immer mehr praktische Anwendungen vorfinden, die einen entsprechenden Datenbedarf nach sich ziehen. Ein Ruckelvideo ist nicht schön, aber ein Datenruckeln bei Robotikanwendungen in Realtime wird teuer und gefährlich; bei telemedizinischer Anwendung der Robotik ist gar noch Schlimmeres zu befürchten.

Schon im Jahr 2025 werden drei Viertel der Bevölkerung einen Bandbreitenbedarf von 500 Mbit/s und mehr haben, prognostiziert das Wissenschaftliche Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste, WIK - kein Sprachrohr der Internetgemeinde oder der Telekommunikationsindustrie, sondern ein Forschungsinstitut des Bundeswirtschaftsministeriums.

Diese Bandbreiten sind perspektivisch nur mit Glasfasertechnologie zu bewältigen. Der Glasfaserausbau dient also zugleich zur Deckung der bestehenden Nachfrage, wie er auch als Zukunftstechnologie zu verstehen ist. Dort, wo hochrangige Bandbreiten angeboten werden, werden diese auch nachgefragt. Das hat das eben erwähnte WIK wissenschaftlich valide festgestellt. Fragen Sie einen Nutzer, ob er vom superschnellen Glasfaseranschluss auf 50 Mbit/s zurückgehen würde - Sie werden nur sehr wenige finden, die dazu bereit sind.

Der Bedarf an Highspeed-Internetzugängen wird im ganzen Land weiter steigen. Die Unterscheidung zwischen privaten Anwendungen und gewerblicher Nutzung wird dabei immer fließender. Bei einem modernen Verständnis der Daseinsvorsorge ist eine solche Unterscheidung letztlich unerheblich, da es um Lebensqualität in Stadt und Land geht.

Wirtschaftsförderung ist eine zeitgemäße Breitbandanbindung via Glasfaser ganz sicher - egal ob die Designerin im Homeoffice die Breitbandanbindung nutzt, ob es cloudbasierte KI-Anwendungen oder die Konstruktionspläne eines Handwerksunternehmens im Netz sind.

Lassen Sie mich zum Ende meiner Rede noch auf den Strukturwandel zu sprechen kommen. Gestern hat die Landesregierung die ersten Vorschläge präsentiert. In Sachen Zukunft scheint mir eine Menge Luft nach oben zu sein, aber es gibt Lichtblicke, auch in Sachen Glasfaser. Wir werden die Sonderförderung des Bundes zur Strukturanpassung im mitteldeutschen Braunkohlerevier infolge des Kohleausstiegs für einen beschleunigten Glasfaser- und 5G-Ausbau vor Ort nutzen. Als Merseburger bin ich natürlich besonders froh, dass unter anderem meine Heimatstadt dabei im Fokus steht. Damit können wir den Grundstein für eine zukunftsfähige Entwicklung der Region legen.

Wir sollten also nicht zuvörderst an den Straßenbau denken, sondern an Glasfaser. Wir GRÜNE glauben, dass die Zukunft auch von der Länge der jetzt verlegten Glasfaserkabel abhängt. Ganz Sachsen-Anhalt, insbesondere unsere ländlichen Regionen, benötigt breitbandige Auffahrten zur Highspeed-Autobahn. So schaffen wir ein zukunftsfestes Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt eine Nachfrage dazu, und zwar von dem Abg. Herrn Lange.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Herr Striegel, Sie haben gerade gesagt, dass Sie das Ziel verfolgen, 80 % der Haushalte in Sachsen-Anhalt sollen einen Glasfaseranschluss bekommen. Jetzt lese ich in Ihrem Antrag: verbindlich festzuschreiben ist der Glasfasergebäudeanschluss. Danach hantieren Sie mit Abkürzungen wie FTTH, Fibre to the Home, und FTTB, Fibre to the Building. Was ist denn nun Ihr Förderziel? Wollen Sie, dass die Glasfaseranschlüsse in Mehrfamilienhäusern bis zur Wohnung gefördert werden, oder geht es Ihnen tatsächlich nur um die Glasfaserhausanschlüsse?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Wir wollen tatsächlich, dass wir bis zum Endnutzer kommen. Wir wollen es schaffen, den Glasfa-

seranschluss bis zum Endnutzer zu realisieren. Nur dann wird es funktionieren und Akzeptanz finden.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Kurze Nachfrage?

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Hm, und das gefördert zu 100 %?

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Wenn es denn einer zusätzlichen Förderung bedarf, auch das. Ja.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Alles klar.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Damit sind wir am Ende der Einbringung angelangt. Wir können jetzt in die Fünfminutendebatte eintreten. Für die Landesregierung spricht der Minister Herr Prof. Dr. Willingmann. Bitte sehr. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben über dieses Thema bereits im Dezember 2018 berichtet. Anlass war seinerzeit ein Antrag der LINKEN. Der heute von den Koalitionsfraktionen unter dem Titel „Sachsen-Anhalts digitale Infrastruktur zukunftsfest machen“ eingebrachte Antrag greift dieses Thema erneut auf und zielt dabei direkt darauf ab, Akzente für den künftigen Glasfaser- und 5G-Ausbau zu setzen.

Gestatten Sie mir, dass ich den Wortbeitrag dazu in zwei Teile gliedere und zunächst aus aktuellem Anlass etwas zum Mobilfunkausbau sage. Es hängt unmittelbar miteinander zusammen; denn in der Tat, Herr Abg. Striegel, verfolgen wir künftig ein Infrastrukturziel.

Wie sieht es im Moment mit dem Mobilfunk in Sachsen-Anhalt aus? 2 700 Mobilfunkstandorte gibt es, die von den drei Großen - T-Mobile, Vodafone und O₂ - genutzt werden. Zudem gibt es rund 160 WOS-Standorte. Diese Standorte werden, wo immer möglich, auch von Mobilfunkbetreibern genutzt. Hier gibt es schon heute ein Infrastruktur-Sharing, von dem unsere Mitarbeiter berichten, dass es zwischen MI und Mobilfunkbetreibern recht gut funktioniert.

Bei der aktuellen Zahl der Standorte wird es nicht bleiben. Die Anbieter haben bereits weiteren Ausbau angekündigt, dies im Zusammenhang mit Versorgungsauflagen, die die Bundesnetzagentur

erteilt. Bis Ende 2019 sollen 98 % der Haushalte mit LTE versorgt sein. Ja, gewiss, wir ringen immer wieder darum - auch beim Mobilfunkgipfel -, ob nur die Haushalte oder die Fläche - - Wir in Sachsen-Anhalt müssen ein Interesse daran haben, dass die Fläche abgedeckt wird. Sie wissen, dass sich die Betreiber vehement dagegen wehren. Daran wird man noch weiter arbeiten müssen. Für uns ist es wichtig, dass die Fläche versorgt ist.

Es gibt nach wie vor - das wissen Sie alle - reichlich Funklöcher. Dabei ist inzwischen auch der Staat in der Verantwortung. Der Markt, meine Damen und Herren, kann es an dieser Stelle nicht alleine richten.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir sollten da früheren Illusionen nicht mehr nachhängen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Dann müssen wir Geld einstellen. Das hilft nichts!)

- Genau das müssen wir machen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Der jüngste Vorschlag, Funklöcher auch mit mobilen Antennencontainern zu schließen - er kam aus der CDU-Fraktion -, ist deshalb ein Ansatz, den auch wir prüfen. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist die zeitweise Errichtung von Antennencontainern. Nur müssen wir darauf achten, dass dadurch nicht die dauerhafte Lösung gehemmt oder gefährdet wird.

(Ulrich Thomas, CDU: Das ist die zweite Frage!)

Das wird man dann klären können.

Auch wir beabsichtigen, den Ausbau - egal ob mit Übergangslösung oder als Dauerlösung - mit öffentlichen Fördermitteln zu unterstützen. Das Land Bayern zeigt bereits, dass es so etwas macht. Nun ist das Land Bayern zugegebenermaßen auch etwas finanzkräftiger, gleichwohl hören wir bereits aus dem Parlament - Herr Abg. Thomas, Sie waren, glaube ich, der Erste, der das gesagt hat -, dafür müssen zusätzlich Landesmittel eingesetzt werden. Das kann ich nur begrüßen und unterstützen.

(Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

- So ist es. - Wir müssen allerdings künftig auch noch Geld dafür haben, dass Porsche kommt. Darauf werden wir achten. Deshalb ist die GRW-Förderung weiterhin wichtig. Ich darf es in einer Parenthese kurz einschieben.

Diese Idee ist nicht ganz neu. Wir hatten es zu Beginn der Haushaltsaufstellung 2019 schon ein-

mal versucht. Das ist dann untergegangen. - Lassen wir den Blick in die Vergangenheit.

Uns alle vereint das Ziel, den Mobilfunkausbau voranzutreiben und dabei den LTE-Standard möglichst bald großflächig sicherzustellen; denn der künftige 5G-Ausbau hängt maßgeblich davon ab.

Nun zu dem voluminösen Antrag mit zehn Unterpunkten: Ich darf versuchen, es auf die Kernpunkte zu bringen. Zunächst:

Ein Schwerpunkt des Antrags sind selbstverständlich unsere Gigabit-Strategie und damit die künftigen Infrastrukturziele. Wir wollen im zweiten Quartal dieses Jahres die Gigabit-Strategie des Landes Sachsen-Anhalt im Kabinett verabschieden. Nr. 2 des Antrags fordert in diesem Kontext eine passgenaue Förderstrategie für die Gebiete, in denen die privaten Netzbetreiber aus wirtschaftlichen Gründen nicht ausbauen. Dabei werden wir auf die bewährten Fördermodelle zurückgreifen: Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke und Förderung von Betreibermodellen. Das wurde bereits erwähnt. Herr Striegel, ich unterstütze Sie da ausdrücklich.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Damit kommen wir den Forderungen der Koalitionsfraktionen nach.

Neben diesen beiden Modellen planen auch wir ein Gutscheinmodell. Ich darf es auch Voucher-Modell nennen; der eine oder andere kennt es unter diesem Titel. Gutscheinmodell meint dasselbe, nämlich die Förderung von Glasfaserhausanschlüssen dort, wo Glasfaser bereits im Ort liegt. Wir haben diesen Wunsch bereits gegenüber dem Bund geäußert und werden uns auch weiter dafür einsetzen. Der Bund selbst ist - das darf man an dieser Stelle sagen - etwas skeptisch. Andere Branchenvertreter sind außerordentlich dafür. Wir setzen uns jedenfalls dafür ein.

Neben den Förderszenarien spielt in Sachsen-Anhalt aber die Finanzierung insgesamt eine Rolle. Sie wissen, in der aktuellen Phase der Breitbandförderung mit dem 50-Mbit-Ziel konnten wir durch Kombination von Bundes- und EU-Mitteln eine neunzigprozentige Förderung der Kommunen garantieren, bei solchen in Haushaltskonsolidierung sogar eine hundertprozentige. Dabei soll es auch beim Gigabit-Ausbau bleiben. Wir halten das für unerlässlich. Dafür brauchen wir allerdings Geld. Das wurde hier gerade schon zugerufen.

In diesem Zusammenhang müssen wir sehen, dass wir in der Vergangenheit schon reichlich Bundes- und EU-Mittel eingesetzt haben und dass wir wohl in Zukunft befürchten müssen, dass es weniger EU-Mittel gibt. Gleichwohl haben wir welche beantragt, auch um diesen Ausbau weiter zu forcieren.

Noch kurz zu den übrigen Punkten Ihres Antrags: Der Forderung danach, dass wir priorisieren - Nr. 7 des Antrags -, nämlich auch in Unternehmen, in Mischgebiete, Hoch- und Fachschulen -, kommen wir in der Gigabit-Strategie nach. Wir werden versuchen, die Sonderförderung des Bundes zur Strukturanpassung zu nutzen. Die gestern gegenüber dem Bund vorgestellte Liste aus dem sogenannten Sofort-sofort-Programm enthält bereits erste Projekte. Herr Striegel, Sie haben diese schon genannt.

In Nr. 9 sprechen Sie die Synergieeffekte des Glasfaserausbaus an. Selbstverständlich werden Mitverlegungsprojekte geplant. Davon gibt es bereits die ersten, ob nun zwischen Dessau und Köthen, bei Zeitz oder in Oebisfelde. Damit werden Voraussetzungen für den 5G-Ausbau geschaffen.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das alles ist auf einem guten Weg, und deshalb berichte ich Ihnen gerne, wie es in Nr. 10 gefordert ist, regelmäßig im Ausschuss und im Landtag über unsere künftige Gigabit-Strategie. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Herr Minister. Ich sehe keine Nachfragen. Deshalb ist dieser Debattenbeitrag jetzt beendet. - Wir können in die Debatte der Fraktionen eintreten, und es spricht für die AfD-Fraktion der Abg. Herr Lieschke. - Sie haben das Wort.

Matthias Lieschke (AfD):

Werter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Werte Kollegen der CDU, womit wurden Sie erpresst, um in den ersten Satz „Bürger*innen“ zu schreiben?

Nun zum Antrag: Ein möglicher Gigabit-Anschluss für jeden, der es möchte, ist vernünftig und in meinen Augen auch dringend nötig. Gerade im Unternehmensbereich haben wir hier enorme Defizite, die - mit Verlaub gesagt - ausschließlich an falscher und ungenügender Planung der Regierungsparteien der letzten Legislaturperioden liegen.

Die Koalitionsfraktionen haben in zehn Punkten ein Konzept vorgelegt. Zunächst zu Punkt 1. Sie schreiben, die Gigabit-Strategie sei zu verbessern, indem Sie bisherige Konzepte weiterentwickeln. Hier kann ich nur sagen, dass die bisherigen Konzepte seit vielen Jahren für ebendiese Probleme sorgten.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Deshalb ändern wir sie ja!)

Unsere Fraktion hat bereits gefordert, die Kupfer-technologie zu vernachlässigen. Aber nein. Wir hörten noch im Jahr 2016, Kupfer-Vectoring und Super-Vectoring seien die Zukunft. Was stellen wir fest? Es ist die Vergangenheit, zumindest für die Haushalte, die Glasfaser haben. Dummerweise leben dadurch noch viele Bürger Sachsen-Anhalts in der Vergangenheit.

Werte Koalitionsfraktionen, man sollte auch einmal das Rad neu erfinden und mutig sein. Nur so landet man in der Zukunft.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ja!)

Ein „Das haben wir schon immer so gemacht“ funktioniert hier nicht.

Zu Punkt 2. Sie schreiben, dass es nötig sei, die Marktmechanismen durch Fördermittel zu kompensieren. Sie wissen bestimmt, warum das so ist. Ich sage es Ihnen. Bei der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen vor vielen Jahren und auch aktuell jetzt wurde nicht ein hundertprozentiger Ausbau mit Mobilfunkfrequenzen gefordert. Genau deshalb funktioniert der Ausbau in vielen ländlichen Regionen in Sachsen-Anhalt eben nicht.

Zu Punkt 3. Ich glaube, dass Ihnen dieser Punkt recht gut gelungen ist. Sie streben eine 100-prozentige Förderung im Regelfall an. Was genau ist ein Regelfall? Sind das die Kommunen, die in Konsolidierung sind? Könnte man vermuten. Was genau wird gefördert? Auch die Planungsleistungen in Gebieten, die nicht als Vorrangstandort im Landesentwicklungsplan stehen? Hierbei bleiben für unsere Fraktion noch Fragen offen.

Zu Punkt 4. Sie fordern, dass möglichst nur noch Glasfaser-Hausanschlüsse FTTH und FTTB gefördert werden. Ich gehe davon aus, dass man dieses offener gestalten könnte, dass auch eine Förderung für neue, leistungsfähigere oder im technischen Standard fortgeschrittenere Technologien möglich ist. Aber in Ordnung, das passt.

Die Punkte 5 und 6 sind von unserer Seite her in Ordnung. Ein Traum wäre ein 100-prozentiger Ausbau.

(Ulrich Thomas, CDU: Wir machen Träume wahr!)

Punkt 7. Etwas schmunzeln musste ich über den Begriff „Coworking Space“. Hier haben bestimmt die GRÜNEN wieder die Hand im Spiel. Dieses Coworking Space, also eine Art Gemeinschaftsbüro, in dem sich mehrere meist Freiberufler den Arbeitsplatz und die dortigen Kapazitäten teilen, könnte durchaus ein neuer Trend sein - dummerweise oft in den größeren Städten, bei denen oftmals schon jetzt ein sehr schneller Anschluss verfügbar ist. Im Raum Wittenberg kenne ich ehrlicherweise kein Coworking Space.

Punkte 8 und 10: Gelungen, passt!

Mein Fazit: Die dauerhafte zukunftsfähige Strategie für schnelles Internet gab es in Sachsen-Anhalt noch nie. Ich möchte daran erinnern, dass wir auch in den Neunzigerjahren im Raum Jessen - das ist bei mir in der Ecke, in Wittenberg - schon Glasfaser bis ins Haus hatten. Ich kann mich an Zeiten erinnern, in denen wir noch mit einem 56k-Modem ins Internet kamen. Seit dieser Zeit ist einiges passiert.

Aber auch unsere Ansprüche sowie die Dateigrößen und generell die Internetnutzung haben sich so schnell verändert, dass sich Sachsen-Anhalt nicht zukunftssicher darauf einstellen konnte oder auch wollte. Länder wie Estland und Lettland haben nach der Wendezeit einfach modern gedacht und ihre digitale Infrastruktur regelmäßig angepasst.

Wir müssen nun unsere digitale Strategie so anpassen, dass wir endlich aufholen können. An das Überholen brauchen wir in den nächsten Jahren auf jeden Fall nicht zu denken. Ich selbst glaube nicht, dass jeder Bürger jetzt und in den nächsten Jahren einen Gigabit-Anschluss braucht. Es muss aber gewährleistet sein, dass jeder Bürger, der es möchte, solch einen Anschluss erhält. Ob dies mittels Glasfaser bis ins Haus, durch neue Mobilfunkfrequenzen, durch Freifunknetze, über das Stromnetz oder über Technologien bewerkstelligt wird, die heute noch Zukunftsmusik sind, ist den Bürgern letztendlich egal. Es muss nur sicher und vor allem auch bezahlbar sein.

Wir wären schon jetzt viel weiter, wenn man die Digitalisierungsstrategie und den Digitalpakt der Bundesregierung so gestaltet hätte, dass der Schwarze Peter jetzt nicht bei den Kreisen und den Gemeinden läge. Denn diese mussten mit viel zu wenig Personal viel zu komplizierte Anträge stellen, die mit negativen Rahmenbedingungen auch noch Nachteile vor Ort brachten.

In meinen Augen wird der Gigabit-Ausbau in den Schulen die Möglichkeit eröffnen, den Glasfaserausbau in der Nähe der Schulen massiv zusätzlich zu verbessern. Ich hoffe, dass die 23 Millionen € im Haushalt auch dafür ausgegeben werden.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist unsere Idee!)

- Das war auch meine Idee im Ausschuss für Wirtschaft. - Meine Priorität liegt bei dem Gigabit-Anschluss für Unternehmen. Nur wer zukunftssicher aufgestellt ist, wird konkurrenzfähig sein und bleiben. Eines sollte klar sein: Auch in diesem Sektor liegen wir nicht vorn. Aber das ist die nächste Baustelle. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen. Deshalb können wir in der Debatte der Fraktionen fortfahren. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Thomas.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Das Thema Digitalisierung ist in aller Munde, und ich bin mir manchmal nicht sicher, ob schon alle Mitwirkenden in der Gesellschaft - die Bürger und die Unternehmen - erkannt haben, welche Bedeutung dieses Thema in den kommenden Jahren haben wird. Deshalb finde ich es gut, dass wir heute dieses Thema wieder debattieren; denn hin und wieder ploppen Slogans hoch, wichtige Themen. Artikel 13, Upload-Filter, Urheberrechte sind nur einige Schlagworte,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Da hat sich Ihre Partei nicht mit Ruhm bekleckert!)

die beim Thema Digitalisierung für große öffentlichkeitswirksame Aktionen gesorgt haben, aber auch das Internet der Dinge, das wir gerade auf der jüngsten Hannover-Messe erleben durften. Das sind Dinge, die uns zeigen, welches die Themen sind. Natürlich müssen wir uns als Land auf dieses Thema vorbereiten.

Jawohl, wir haben in den letzten Jahren auf diesem Gebiet durchaus schon viel getan und viel erreicht. Der Minister hat eben zu Recht gesagt, wir seien auf einem guten Weg. Wir müssen nur anpassen, dass dieser gute Weg nicht zu einem Laufband mutiert und wir das Ziel nie erreichen, weil sich das Band schneller dreht als wir laufen. Ich glaube, das ist das Problem bei der Digitalisierung, dass wir wahrnehmen, dass die technische Entwicklung auf diesem Gebiet so rasant schnell ist, dass es für uns in der Politik und darüber hinaus auch für die entsprechenden Betreiber schwer wird, hier Schritt zu halten.

Nun kann man unterscheiden, wie man an das Problem herangeht. Das wichtigste Problem, sozusagen das Fundament in der Digitalisierung, ist erst einmal, dass Sie an der Digitalisierung teilnehmen können, das heißt, dass Sie einen Anschluss haben, dass Sie mitmachen können. Wir können uns noch daran erinnern, zu Beginn der Handy-Ära, als es die ersten Smartphones gab, als es die ersten Datenübertragungen gab: Nicht jeder konnte gleich bei WhatsApp mitmachen, weil manche nur SMS hatten. Dann hatten die ersten Leute die Funktion, Bilder zu versenden. Und so hat sich die Sache sehr rasant entwickelt. Diese Wellen der Entwicklung, die wir wahrnehmen, werden immer schneller und schlagen immer kürzer.

Deswegen müssen wir uns darauf einstellen. Deswegen hat die CDU-Fraktion von Anfang an ge-

sagt, dass wir die Versorgung mit schnellem Internet als Teil der Daseinsvorsorge begreifen, ebenso wie Gas, Wasser und Strom.

(Zustimmung von Lars-Jörn Zimmer, CDU)

Der Anschluss an diese Medien hat natürlich Priorität. Vor 15 Jahren war es in der Tat zunächst das Kupferkabel, bei dem wir gesagt haben: erst einmal ein Anschluss in jedem Haus. Wenn man sich die Entwicklung anschaut, dann darf man nicht verhehlen: Kaum jemand hätte vor 20 Jahren für möglich gehalten, welche Bandbreiten über Kupferkabel möglich sind. Auch das darf man einmal zur Kenntnis nehmen. Mit Blick auf die Zukunft wissen wir aber: Das Kupferkabel wird auf Dauer nicht mehr reichen.

Deswegen ist es wichtig, auch mit Blick auf Bandbreiten jenseits der Gigabit Glasfaseranschlüsse zu realisieren. Das müssen wir natürlich mit Augenmaß tun, weil einfach zwei Ressourcen begrenzt sind. Das sind zum einen die finanziellen Möglichkeiten, die wir haben, und das sind zum anderen schlichtweg die Baukapazitäten, die wir haben. Wir sehen ja, es ist hin und wieder davon die Rede, dass das Geld nicht abfließt. Das liegt auch daran, dass wir nicht über die Baukapazitäten verfügen.

Dennoch muss uns klar sein - das haben wir in unserem Antrag auch ganz klar in dieser Reihenfolge formuliert -: Digitalisierung erfordert Anschlüsse bei Unternehmen, bei Bildungseinrichtungen und bei den Bürgern. Die Unternehmen stehen an erster Stelle. Dort, wo die Unternehmen angesiedelt sind, müssen wir die entsprechenden Kontaktleitungen bauen. Das sollen Glasfaserleitungen sein.

Wir sollten uns aber doch von dem Gedanken trennen, dass wir sofort jede Wirtschaftlichkeitslücke schließen können oder womöglich alles aus öffentlicher Hand finanzieren. Nein, wir können nur unterstützen. Es ist schwer zu erklären, warum der Häuslebauer, der sich heute für einen Internethausanschluss interessiert, für diesen ca. 800 € bezahlen muss, während der Nachbar auf der anderen Seite der Straße diesen Glasfaseranschluss womöglich geschenkt bekommt. Wir müssen also auch noch einmal darüber reden, wie wir insoweit für Ausgewogenheit sorgen können.

Die Frage ist auch - diesbezüglich stimme mit meinem Vorredner überein -, ob jeder Private heute in der Tat diesen Glasfaseranschluss schon haben möchte oder ob er derzeit nicht auch mit dem, was er hat, zufrieden ist und sagt: Das, was ihr vorhabt, hat zumindest bei mir noch etwas Zeit.

Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion setzt aber nicht nur auf Erdkabel. Wir setzen auch stark auf Funklösungen, weil wir wissen, dass

gerade mit Funklösungen eine sehr schnelle Verbesserung der Situation möglich ist. Wir haben dementsprechende Gespräche geführt. Wir wollen mit solchen mobilen Lösungen - auch das hat der Minister zu Recht angesprochen - eine Übergangsmöglichkeit für die Übertragung realisieren, damit wir von jetzt auf gleich gerade auch in den kleineren Ortschaften des ländlichen Raums für Entlastung sorgen - dies in dem Versprechen und auch mit der Perspektive, die Haushalte vor Ort final an eine Glasfaserleitung anzuschließen.

Das gelingt uns bei den Schulen schon recht gut. Das haben wir uns auf die Fahne geschrieben. Wir haben uns auch auf die Fahne geschrieben, die mobilen Lösungen landesweit mit haushalterischen Mitteln zu unterstützen. Wir werden das am 23. April im Harz demonstrieren. Dort wollen wir erstmalig einen solchen Container aufstellen und zeigen, was möglich ist.

Meine Damen und Herren! Es gibt viel zu tun. Lassen Sie uns vom Laufband runtergehen und lassen Sie uns am Ziel ankommen - dazu lade ich Sie alle herzlich ein -, indem Sie heute unseren Antrag unterstützen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen. Deswegen spricht für die Fraktion DIE LINKE jetzt der Abg. Herr Lange.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Heureka! Der Groschen ist gefallen.“, möchte man rufen, wenn der Antrag nicht schon so eine lange traurige Vorgeschichte hätte.

(Beifall bei der LINKEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: Man kann das trotzdem gut finden!)

Im November 2017 brachte DIE LINKE einen Antrag in den Landtag ein, der die ganz einfache Forderung beinhaltete, nur noch den Breitbandanschluss mit Glasfasertechnologie zu fördern. Die Debatte verlief wie erwartet: SPD und GRÜNE sahen ein ähnliches Problem und wollten zukünftig auch auf Glasfaser setzen, der AfD waren Gigabit-Geschwindigkeiten zu schnell,

(Sebastian Striegel, GRÜNE, lacht)

und Herr Thomas hatte Angst, dass es nicht genügend Glasfaserkabel zu kaufen gibt.

(Ulrich Thomas, CDU: Angst ist das falsche Wort!)

In einem Alternativantrag der Koalition dazu wurde die Landesregierung gebeten, eine Konzeption zur flächendeckenden Erschließung mit gigabit-

fähigen Anschlüssen vorzulegen. Termin: zweites Quartal 2018. Was geschah? - Nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Dezember brachte meine Fraktion den Antrag „Flächendeckenden Glasfaseranschluss ermöglichen“ ein. Die Debatte verlief wie erwartet: Problembewusstsein bei GRÜNEN und SPD, AfD wie immer, Herr Thomas dieses Mal mit der Taktik: Die Menschen wollen gar keinen Gigabit-Anschluss. Er blickte dann neidisch auf meinen Mobilfunkvertrag. Und ein leicht entnervter Minister verkündete: Man arbeite doch an der Gigabit-Strategie, die Landesregierung werde sie im ersten Quartal 2019 vorlegen.

Nun: Das Quartal ist vorüber, ohne Gigabit-Strategie. Und tata: Dieser Antrag wird vorgelegt. Was ist passiert? - Ich nehme an, Herr Thomas hat im Baumarkt irgendwo Glasfaserkabel entdeckt.

(Ulrich Thomas, CDU: Im Baumarkt? In welchem Baumarkt?)

Vielleicht irgendwo hinter den LAN-Kabeln.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der LINKEN)

Aber Spaß beiseite, in den Punkten 1 und 10 geben Sie dem Ganzen den Rahmen, der eine Opposition zum Verzweifeln bringt. Sie lassen den Landtag tatsächlich beschließen, zu begrüßen, dass die Landesregierung eine Gigabit-Strategie beschließen will. Nicht „wird“, sondern „will“.

(Holger Hövelmann, SPD: Ja!)

Oha! Sie setzen die Messlatte hoch. Im letzten Punkt die scharfe Waffe der Koalition: das flehende Bitten nach einer Berichterstattung in den Ausschüssen. Wir können gespannt sein.

Meine Damen und Herren! Dazwischen schreiben Sie das eine oder andere Vernünftige: vollständige Förderung, die „letzte Meile“ - na endlich! -, Fibre-to-the-Building und - wie ich jetzt gehört habe - tatsächlich auch Anschlüsse in den Wohnungen, in den Haushalten. Sehr gut! Das hatten wir im Jahr 2017 schon in unserem Antrag gefordert.

(Ulrich Thomas, CDU: Dann können Sie ja zustimmen!)

Gut sind auch die Förderung der Betreibermodelle und die Verbindung der Infrastrukturmaßnahmen mit dem Breitbandausbau. Aber ehrlich: Das ist nicht neu.

Herr Thomas, Sie sagen jetzt: Ja, ja, wir setzen mal wieder auf Funk. - Das kennen wir schon. Wir haben in Sachsen-Anhalt noch immer Schulen, die seit Ewigkeiten an das LTE-Netz gebunden sind.

(Ulrich Thomas, CDU: Da sind wir aber dran!)

Wir haben an diesen Schulen zum Teil vier Mobilfunkverträge. Das reicht noch immer nicht, um entsprechende Bandbreiten zu erreichen. Das ist natürlich ein Zustand, der überhaupt nicht vernünftig ist.

(Zustimmung bei der LINKEN - Ulrich Thomas, CDU: Brückenlösung!)

Ich fürchte, wenn gerade Sie von einer Übergangslösung reden, dann ist die Dauerlösung nicht weit.

(Ulrich Thomas, CDU: Brückenlösung!)

- Wie dem auch sei. - Meine Damen und Herren! Ich verstehe aber nicht, warum Sie an der prioritären Förderung der Gewerbe- und Mischgebiete mit vielen Unternehmen festhalten. Erst einmal lautet die Frage, was „viele Unternehmen“ denn bedeutet. Wer zählt die denn?

Dann ein Hinweis, den ich immer wieder gebe: Wir reden über die Zukunft der Arbeitswelt, Stichwort Homeoffice. Wir wissen, dass kreative Start-ups, aber beispielsweise auch Architekten ihre Büros in den Wohngebieten haben und dass sie auf schnelles Internet angewiesen sind. Lassen Sie uns keine Abstufungen vornehmen. Den Fehler kennen wir doch schon, meine Damen und Herren.

Natürlich ist es vernünftig, den 5G-Ausbau und die dazu nötige Glasfasertechnologie zu forcieren. Aber hierbei wird der gleiche Fehler gemacht wie beim LTE: keine Flächenabdeckung. Vielmehr wird die Anzahl der Haushalte von der Netzentur vorgeschrieben. Das wird dünn besiedelte Gebiete erneut abkoppeln.

Dazu gehört auch, dass das National Roaming nicht vorgeschrieben ist. Spätestens die Diskussion um Huawei, aber auch das Agieren der Konzerne lässt mich immer wieder auf die Forderung zurückkommen, dass der Netzausbau nicht marktgetrieben, sondern vom Staat durchzuführen ist. Beim Glasfaseranschluss zeigt uns der Zweckverband Altmark, wie so etwas gehen kann.

(Zustimmung bei der LINKEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das sollten wir in Zukunft noch mehr machen!)

Denn die Netze sind die Basis dafür, dass die Datensorgfalt mit schnellem Internet allen Menschen die Teilhabe ermöglicht.

Meine Damen und Herren! Einen Änderungsantrag haben wir uns erspart. Sie haben sich schließlich schon diesen Antrag aus den Fingern gequält. Deswegen sehen wir, dass keine Chance besteht, einen Änderungsantrag durchzubringen.

(Ulrich Thomas, CDU: Das ist vernünftig! - Oliver Kirchner, AfD, lacht)

Wir werden sehen, wie Sie diesen Antrag umsetzen. Seit unserem ersten Antrag haben wir schon wieder anderthalb Jahre ins Land gehen lassen. Ich hoffe, Sie starten bald ins Gigabit-Zeitalter. - Danke.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Hövelmann.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Erst einmal ein herzliches Danke schön für das Lob, das bisher von den Oppositionsrednern gekommen ist.

(Ulrich Thomas, CDU: Zu Recht!)

- Zu Recht, Kollege Thomas weist darauf hin.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Das ist eine Frage der Wahrnehmung!)

Aber bei aller Ernsthaftigkeit: Die Digitalisierung krepelt unser Leben tatsächlich komplett um. Das bedingt aber auch, dass die technische Infrastruktur sprichwörtlich auf der Höhe der Zeit sein muss und immer wieder den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen in unserem Lande, der Forschungseinrichtungen und nicht zuletzt des Staates selbst angepasst wird.

Wenn sich ab dem Jahr 2020 die letzten Lücken der aktuellen Ausbauphase schließen, dann muss der Weg zum flächendeckenden Glasfaserausbau bereits klar sein. Wir müssen wissen, was wir wollen. Das wird - davon sind wir tatsächlich überzeugt, Kollege Lange - die Gigabit-Strategie der Landesregierung leisten. Sie wird das auch deshalb leisten, weil wir mit unserem heutigen Antrag noch wichtige Punkte hierzu mit auf den Weg geben.

Dazu gehört eine Forderung, die ich bereits in der letzten Debatte zum Thema aufgestellt habe: 100 % Förderung für 100 % Glasfaser. Genau das ist die richtige Devise für die nächste Förderperiode. Das Vorhaben der vollständigen Deckung der Förderlücke findet sich entsprechend in Beschlusspunkt 3 unseres Antrages wieder. Dieser macht auch die Notwendigkeit deutlich, dies im kommenden Haushaltsplanentwurf entsprechend zu untersetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Kommunen, die Förderanträge stellen, muss es nach unserer Überzeugung weiterhin überlassen bleiben, ob sie das Modell der Wirtschaftlichkeits-

lücke oder den Ausbau mit eigenem Betreibermodell wählen und dann selbst vorantreiben. Gerade um die Zahl der Anschlüsse an das Netz zu erhöhen, die mit solchen Betreibermodellen geschaffen werden, halten wir das vom Minister angesprochene Gutscheinmodell tatsächlich für eine sinnvolle Möglichkeit. An der Stelle hat man in Großbritannien übrigens tatsächlich einmal gute Erfahrungen gemacht, nicht nur im Hinblick auf Privatanschlüsse, sondern auch im Hinblick auf kleine und mittlere Unternehmen.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, Breitbandförderung ist auch Wirtschaftsförderung. Glasfaser und 5G bedeuten vor allem für den ländlichen Raum - dieser stellt den Großteil unseres Landes dar; dort wohnen die meisten Menschen - die Chance, nicht nur Menschen und Unternehmen vor Ort zu halten, sondern möglicherweise auch neue anzuziehen.

Je stärker Arbeit im digitalen Zeitalter räumlich entkoppelt wird, desto attraktiver ist auch die Arbeit auf dem Lande oder in der Kleinstadt. Hierbei wird auch der Ausbau des E-Government im Land und in den Kommunen die Wege für die Bürgerinnen und Bürger weiter verkürzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus unserer Sicht spielt der Gigabit- und 5G-Ausbau für das mitteldeutsche Braunkohlerevier eine besondere Rolle. Denn neben modernen Verkehrswegen sind auch schnelle Datenautobahnen ein entscheidender Faktor für Ansiedlungen, für neue Arbeitsplätze - auch in der Industrie. Die Zeichen stehen gut, solche Ziele zu erreichen. In keiner anderen Region trifft die Notwendigkeit des digitalen Infrastrukturaufbaus auf solche Förderchancen - wir haben es gehört -, wie sie durch den Strukturwandel eröffnet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch einen Blick auf die Bundes- und die EU-Ebene. Wir brauchen statt Aufgreifschwelen - das ist von Vorrednern schon angesprochen worden -, die einen bestimmten Datendurchsatz vorgeben, der schnell vom Stand der Technik überholt wird, auf EU-Ebene dringend die Festbeschreibung eines Infrastrukturzieles Glasfaser. Punkt 4 unseres Antrages geht darauf ein. Wir sind aber guter Dinge, dass insbesondere auf Bundesebene die Zeichen der Zeit erkannt worden sind.

Bei der 5G-Versteigerung sind dennoch wieder Versorgungslücken festgeschrieben worden. Eine Abdeckungsquote der Haushalte von 98 % hinterlässt in unserem Land viele weiße Flecken im ländlichen Raum, wie wir es schon von 4G kennen.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)

Ein Stichwort muss dabei sein: Die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur durch mehrere Anbieter. National Roaming wird nicht kommen, Local Roaming möglicherweise. Es wäre eine praktikable Variante für sogenannte graue Flecken, in denen nur ein Anbieter ausgebaut hat.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Inzwischen dürfte die Dringlichkeit eines schnellen, flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Glasfaser- und 5G-Ausbaus den meisten Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen bewusst sein, auch uns in diesem Landtag. Deshalb werbe ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Noch habe ich nichts gesagt, Herr Hövelmann. Es gibt keine Fragen. Deswegen sind wir am Ende des Debattenbeitrags angelangt. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt noch einmal Herr Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin auch sehr zufrieden damit, dass sowohl von den Antragstellern - das war erwartbar - ein Lob für den Antrag kommt, dass aber auch die Oppositionsfractionen hierbei erkennen können, dass wir damit im Land nach vorn kommen.

Herr Lieschke, dass der bisherige Breitbandausbau im Land aus meiner Sicht an vielen Stellen gescheitert ist, nicht so vorangekommen ist, wie wir uns das gewünscht hätten, ist gerade der Grund dafür, dass wir jetzt die Fördersystematik umstellen.

Herr Lange, ich weiß noch, wie es war, als ich in der Opposition war - das war ganz wunderbar -: Man hatte morgens eine gute Idee, die man mittags aufgeschrieben und am nächsten Tag als Antrag in das Parlament eingebracht hat.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Das war damals die Arbeitsweise!)

Ich kann Ihnen versichern, das Leben in einer Regierungskoalition, in Regierungsverantwortung ist etwas diffiziler. Es braucht ein wenig länger, weil es eben nicht reicht, eine gute Idee zu haben, sondern Sie müssen diese gute Idee auch noch allen anderen schmackhaft machen, Sie müssen sie diskutieren, Sie müssen sie mit den verschiedenen Interessenvertretern besprechen.

Und es gibt eine Ministerialbürokratie, die einen an manchen Stellen sinnvollerweise darauf hin-

weist, was nicht geht, bei der man aber bisweilen auch das Gefühl hat, dass sie ein Eigenleben haben kann. All das ist zu überwinden. Aber am Ende kommen dabei ein guter Antrag und eine gute Gigabit-Strategie heraus.

Ich glaube, wir sind jetzt so weit; das braucht aber auch Zeit. Ich wünsche Ihnen die Erfahrung, irgendwann auch einmal in Regierungsverantwortung zu sein.

Zukunft braucht Veränderung und diese Zukunft braucht Anschluss. Das war deutlich auch das Credo unserer Fachveranstaltung, unseres Fachgesprächs, das wir zu dem Thema durchgeführt haben.

Herr Lieschke, Sie haben gefragt: Gibt es denn auch im Raum Wittenberg schon Coworking Spaces? - Es scheint aktuell noch keine zu geben. Aber immerhin prüft die Stadt Wittenberg, ob sie ihr altes Rathaus dafür verwenden kann. Sie sehen daran, diesbezüglich passiert im Land tatsächlich etwas.

Herr Kollege Thomas von der CDU, das mit dem Funk ist eine wunderbare Idee für kleinteilige, weit abgelegene Höfe, Ansiedlungen und Ähnliches. Aber das wird uns im Land nicht als Lösung als solches voranbringen; denn auch Funk braucht Glasfaseranschluss.

(Zustimmung von Hendrik Lange, DIE LINKE, und von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Wenn Sie hocheffiziente Funktechnologie haben wollen, dann müssen Sie dort erst einmal Glasfaser verlegen. Deswegen sage ich sehr deutlich: Wir müssen an der Stelle auch tatsächlich breites Glasfaser im Land ausrollen,

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das ist Bestandteil des Konzepts! - Lars-Jörn Zimmer, CDU: Ärgern Sie sich doch nicht öffentlich, dass Sie nicht auf die Idee gekommen sind! - Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

damit wir tatsächlich dazu kommen, dass die Unternehmen im Land, die heute unter performanten Anschlüssen leiden, entsprechend vorankommen.

Ein Beispiel: Ein Containerbau im Land, bei dem wir die Situation haben, dass sie halt im ländlichen Raum angesiedelt sind. Sie wollen und können sich auch keine Neuansiedlung irgendwo in einem Gewerbegebiet leisten.

(Zurufe von der CDU)

Wenn sie eine Zukunft am Standort haben wollen, dann brauchen sie einen hochperformanten Glasfaseranschluss, um zum Beispiel Konstruktionszeichnungen von A nach B zu bringen, um mit ihren Kunden zu kommunizieren; all das funktioniert nicht.

Wir haben eine Situation im Land, dass Firmen ihre Arbeitszeit verkürzen, damit in dem Restzeitraum die Backups entsprechend realisiert werden können, weil die Leitungen so schlecht sind, da es ansonsten nicht zu realisieren ist. Dabei liegen wirklich große Aufgaben vor uns.

Herr Lange, Sie haben nach der Priorisierung gefragt, warum wir mit den Mischgebieten anfangen und sozusagen nicht gleichmäßig im Land den Glasfaseranschluss ausrollen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Das ist keine Frage gewesen, sondern eine Anmerkung!)

- Das war eine Anmerkung. Ich will auf diese Anmerkung eingehen. Uns ist eine Priorisierung wichtig. Die allermeisten Unternehmen in Sachsen-Anhalt befinden sich in solchen Mischgebieten. Wir sagen, wir schaffen es nicht, gleichzeitig den Glasfaserausbau überall zu realisieren; also müssen wir priorisieren. Deswegen schließen wir prioritär auch solche Mischgebiete an, um möglichst schnell möglichst viele Unternehmen in diesen Genuss kommen zu lassen.

Das ist uns wichtig. Denn ich kann tatsächlich nicht einfach sagen: Flächendeckung erreiche ich von heute auf morgen. Dann lügt man sich in die Tasche. Das scheint mir nicht sinnvoll zu sein.

Meine Damen und Herren! Die Wahrheit, meine Damen und Herren, auch beim Glasfaserausbau ist am Ende konkret. Es reicht nicht, eine gute Gigabit-Strategie zu haben. Diese werden wir jetzt bekommen. Ich bin zuversichtlich, dass die Landesregierung mit dem Auftrag, den sie aus dem Parlament erhält, diese dann auch beschließen und umsetzen wird.

Einen guten Breitbandausbau, ein zukunftsfähiges Glasfasernetz in Sachsen-Anhalt werden wir dann bekommen, wenn wir auch die haushalterischen Voraussetzungen schaffen. An der Stelle sind wir alle im Landtag gefordert, mit dem nächsten Doppelhaushalt dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Gelder eingestellt werden. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt jetzt eine ganze Reihe von Fragen dazu. Als Erster hat sich der Herr Lieschke gemeldet.

Matthias Lieschke (AfD):

Von mir nur eine Kurzintervention. Danke, dass Sie mich erwähnt haben und auch auf die Gemeinschaftsbüros eingegangen sind, die vielleicht im Rathaus Wittenberg entstehen werden. Wittenberg, Rathaus, hat diese Strategie überhaupt nicht nötig, weil dort Gigabit anliegt. Das heißt,

dort ist es überhaupt nicht nötig, und dieses System funktioniert dort nicht, weil es dort vorhanden ist.

Ich rede von Städten in meiner Gegend, wie Jessen, Kemberg, also von kleineren Städten, weil es in diesem Raum Sinn macht. In Städten, die hinter Wittenberg in Richtung Brandenburg und Sachsen liegen, ist dieses Konzept durchaus sinnvoll. Aber in Wittenberg liegt Gigabit an.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Nur als kurze Rückmeldung: Mir ging es um die Frage: Gibt es schon Coworking Spaces in der Region? Das war die Frage, die Sie aufgeworfen haben. Darauf habe ich in meinem Redebeitrag eine Antwort geliefert. Im Übrigen meine ich, wir brauchen Coworking Spaces tatsächlich an unterschiedlichsten Stellen im Land. Sie sind ein echter Beitrag zur Zukunftsinfrastruktur.

Man stelle sich beispielsweise Stendal als Ort vor. Wir haben dort einen perfekten ICE-Anschluss in Richtung Berlin. Wir haben gleichzeitig sehr geringe Mietzinsen in der Region. Das ist ein perfekter Ort für Menschen, um neue Formen von Arbeit zu leben, dafür zu sorgen, dass man von dort aus arbeiten kann. Man ist schnell in übrigen Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Das ist zum Beispiel ein Ort, in dem ich hohes Potenzial auch für Coworking Spaces sehe.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Bevor Herr Lange seine Frage stellen kann, begrüßen wir auf Schülerinnen und Schüler des Luther-Gymnasiums Eisleben ganz herzlich unserer Besuchertribüne. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Hause - Hendrik Lange, DIE LINKE, begibt sich zum Mikrofon)

- Herr Lange, das hätte auch ein bisschen schnell gehen können, finde ich.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Er sollte ja persönlich kommen.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Ich glaube, darüber sprechen wir noch einmal, Herr Präsident.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Striegel, ich habe eine Frage: Wird denn die Landesregierung im zweiten Quartal die Gigabit-Strategie - -

(Unruhe)

- Herr Striegel kann mich nicht verstehen.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Die Kollegen lachen so laut, sodass ich Sie leider nicht hören kann.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Das ist interessant. - Wird denn die Landesregierung die Gigabit-Strategie im zweiten Quartal verabschieden? Und wenn nicht, warum schreiben Sie es denn dann nicht so in Ihren Antrag? Oder wenn, dann schreiben Sie es doch bitte so in Ihren Antrag. Das wäre meine erste Frage: Haben Sie Erkenntnisse darüber, dass das stattfindet?

Die zweite Frage und Anmerkung zur Priorisierung. Ja, ich verstehe Sie. Aber es wäre doch Quatsch, wenn es beispielsweise eine Infrastrukturmaßnahme in einem Wohngebiet gäbe und man sagt, nein, wir haben zuerst die Priorität Gewerbe- und Mischgebiete und deswegen werden wir parallel dazu nicht die Anträge bearbeiten, die für dieses Wohngebiet notwendig wären. Das wäre doch Quatsch.

In den Wohngebieten - Herr Striegel, noch einmal - befinden sich die meisten Start-ups und Büros, die auf hohe Datenraten angewiesen sind. Wenn Sie das ignorieren und eine künstliche Trennung von Mischgebieten und Wohngebieten vornehmen, dann machen Sie einen Fehler. Nur das war mein Hinweis. Deswegen bitte ich Sie, das zu berücksichtigen, damit Start-ups in Wohngebieten genauso gute Chancen haben, als wenn sie in Gewerbe- oder Mischgebieten angesiedelt wären.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Kollege Lange, an der Stelle bin ich mir nicht sicher, ob Sie mich missverstanden haben oder missverstehen wollen. Eine Priorisierung setzt zunächst voraus, dass man selber weiß, was man zuerst will.

Die Landesregierung ist aufgefordert, diese Priorisierung in Richtung Mischgebiete vorzunehmen. Das heißt aber nicht, dass Anträge aus Wohngebieten nicht bearbeitet würden. Das ist nicht der Punkt. Die Landesregierung wird diese Anträge genauso bearbeiten. Davon gehe ich wirklich fest aus.

Aber wenn Sie mich fragen, wo wir mit dem Ausbau anfangen, dann sage ich Ihnen: Wir werden unsere ganzen Anstrengungen auf die Priorisierung richten, die wir mit dem Antrag vorgelegt haben. Wir fangen mit Bildungseinrichtungen - das ist ein sehr umfassender Begriff - an, wir fangen mit Mischgebieten an, weil dort tatsächlich die allermeisten Unternehmen sitzen. Aber natürlich sind auch die Wohngebiete dabei. Das ist überhaupt keine Frage. Nur die interne Priorisierung geht in diese Richtung.

Zur Frage: Wird die Landesregierung eine Gigabit-Strategie im zweiten Quartal verabschieden? - Ich bin nicht die Landesregierung. Wir haben in diesem Land Gewaltenteilung oder Gewaltenschränkung. Mir liegen Erkenntnisse darüber vor, dass die Landesregierung genau dies vorhat. Ich bin auch guter Dinge, dass sie das tun wird.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann haben wir noch Herrn Borgwardt auf der Liste. Herr Borgwardt will als Fraktionsvorsitzender reden? - Gut. Dann ist der Redebeitrag von Herrn Striegel beendet und Herr Borgwardt hat das Wort.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erinnere einmal an diese Schweizer Bonbonwerbung mit dem Slogan „Wer hat's erfunden?“ Jetzt könnte man sagen, Herr Striegel, es wäre doch schön, wenn ein Koalitionspartner eine Idee hat, die alle gut finden. Warum hatten wir die Idee mit dem Funklochfinder?

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- Immerhin aktuell 63 383, Herr Striegel. - Weil wir leider vergebens auf die Bundesregierung gewartet haben, die das bis heute noch nicht auf den Weg gebracht hat, und weil in diesem Lande eine andere Strategie gefahren wird; das weiß hier jeder.

(Zuruf von der LINKEN)

Warum funktioniert das in Russland, in Skandinavien, überall? - Dort ist es staatlich gemacht worden und sie haben danach die Lizenzen vergeben, während wir, jedenfalls Berlin, erst einmal ausschreiben und andere Löcher stopfen. Siehe 4G. Dort ist das Hauptproblem gewesen, dass keine Roaming-Vereinbarung getroffen wurde. Derselbe Fehler wird mit Blick auf 5G begangen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Ja!)

Deswegen verstehen manche wie ich - auch ich bin nur Anwender - nicht, dass mit einem Mal, wenn sie mit dem Auto unmittelbar an einem Funkmast vorbeifahren, sogar mdr.de in Dessau-Ost aus ist. Warum ist das so? - Weil sie eine Abwehrstrategie haben. Der dortige Funkmast gehört wahrscheinlich nicht Vodafone, sondern, ich vermute, einem der anderen zwei. Deswegen weist er mich ab.

Genau das ist der Punkt. Wir haben gesagt, die Kette müssen wir durchbrechen. Wir müssen die Anbieter erst einmal an einen Tisch bekommen. Sie haben vorher mit uns gar nicht reden wollen, außer bei einer netten Werbeveranstaltung. Wir haben gesagt, wir machen das jetzt, nehmen als Fraktion Geld in die Hand. Wir haben jetzt eine

solche Akzeptanz, dass wir in den nächsten zwei Monaten sogar ein Gespräch mit allen drei großen Anbietern haben, weil uns klar war, dass wir diese Anbieter mit an den Tisch bekommen müssen; denn wir als Land können das allein nicht stemmen. Wir müssen dafür aber auch Geld in die Hand nehmen. Ich finde es gut, wenn wir uns darin mit Blick auf die Haushaltsberatungen alle einig sind.

Das Zweite ist, dass über diese Initiative mehrere Firmen, auch Start ups, auf uns aufmerksam geworden sind. Diese sind nicht, Herr Lange, hauptsächlich in Wohngebieten, sondern - wir haben in den letzten zwei Monaten 14 besucht - am Rande von Gewerbegebieten angesiedelt. Insofern ist das Argument auch nicht stichhaltig. Da gab es die Firma Funklochstopfer und jetzt gibt es noch eine andere.

Ich finde solche Initiativen gut. Auch wenn die Idee von einer anderen Fraktion stammt, sollte man den Mut haben zu sagen: Das war eine gute Idee; das hat Bewegung in das Land gebracht. Und nicht: „Wer hat's erfunden?“

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich hier noch einmal ganz klipp und klar: Wir werden entsprechend fortfahren und tätig werden. Herr Lieschke hat Kemberg genannt. Wir haben jetzt überall diese Vectoring-Würfel, weil die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land - das ist die Wahrheit -, nachdem sie Kupferkabel hatte - das war sehr weit verbreitet; das hatte der Landkreis Wittenberg fast flächendeckend -, verständlicherweise ihr Pflaster nicht mehr anheben und nicht mehr neu schachten wollte.

Daher begrüßen wir ausdrücklich - darin sind wir uns mit Herrn Willingmann einig; deswegen verstehe ich das mit Blick auf die Fläche -, dass wir in dieser Frage jetzt so vorgehen, obwohl man dabei einbüßt. In Kemberg haben jetzt alle 100 Mbit, die sich angeschlossen haben. Das ist ein wesentlicher Vorteil.

Wo das aus unterschiedlichen Gründen nicht geht - die Altmark oder Jessen sind genannt worden -, stellen Containerlösungen eine Zwischenlösung dar. Aber lieber mache ich jetzt etwas, als dass ich jahrzehntelang beklage, dass wir beim Breitbandausbau die Letzten sind. Das ist unsere Strategie. Ich würde mich freuen, wenn dabei alle mitmachen würden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Damit sind wir am Ende der Debatte angelangt und können zur Abstimmung kommen. Ich habe keinen Überweisungsantrag mitbekommen. - Das scheint offensichtlich zutreffend zu sein.

Dann können wir über den vorliegenden Antrag in der Drs. 7/4155 abstimmen. Wer diesem Antrag der Koalitionsfraktionen seine Zustimmung erteilt, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Das sind erwartungsgemäß die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der AfD. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es nicht. Gibt es Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltungen gibt es aufseiten der Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 abgeschlossen.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 5 kommen, nehmen wir hier vorn einen Wechsel vor.

Wir haben ein Problem. Wir sind mittlerweile 45 Minuten im Verzug. Deswegen mache ich folgenden Vorschlag: Wir treten nicht, wie ursprünglich angedacht, nach dem Tagesordnungspunkt 21, sondern nach dem Tagesordnungspunkt 5 in die Mittagspause ein. Dann bleiben wir in etwa im ursprünglich vorgesehenen Zeitplan; denn wir haben auf dem Domplatz noch die Präsentation der Rettungsdienste. Dann verschiebt sich das alles nicht allzu stark, sondern nur um etwa 20 Minuten.

(Zustimmung bei der CDU)

Dann machen wir das so. Außerdem wollen wir auch auf die disziplinierten Abgeordneten Rücksicht nehmen, die dann noch nicht zu Mittag gegessen haben.

(Zustimmung - Minister Marco Tullner: Oh!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 5

Beratung

Kein Islamunterricht in Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/4124**

Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4158**

Einbringer ist der Abg. Herr Dr. Tillschneider. Herr Dr. Tillschneider, Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Koalitionspartner stimmen darin überein, dass sie ein dem konfessionellen Unterricht vergleichbares Unterrichtsangebot für muslimische Schülerinnen und Schüler im Land Sachsen-Anhalt einführen wollen. - So steht es im Vertrag der Kenia-Koalition.

Es ist mir angesichts dieser Forderung ein Bedürfnis, Ihnen hiermit einmal mitzuteilen: Die Mitglieder der AfD-Fraktion stimmen darin überein, dass

wir die Zurechnungsfähigkeit der Koalitionspartner anzweifeln.

(Zustimmung bei der AfD)

Wie kann man nur auf die Idee kommen, in Sachsen-Anhalt ein Experiment wiederholen zu wollen, das in NRW und anderen Bundesländern krachend gescheitert ist? Islamunterricht in Sachsen-Anhalt ist weder nötig noch rechtlich möglich, sondern wäre sogar schädlich, und das ist vielerlei Hinsicht.

(Zustimmung bei der AfD)

Islamunterricht in Sachsen-Anhalt ist nicht nötig, weil hier anders als in NRW noch vergleichsweise wenige Muslime leben. Genaue Zahlen sind schwer zu bekommen. Eine Studie aus dem Jahr 2013 schätzt den Anteil der Muslime in Sachsen-Anhalt auf 16 000. Auch wenn wir von einer Verdoppelung oder gar Verdreifachung seitdem ausgehen, kommen wir auf einen muslimischen Bevölkerungsanteil von 1 % bis maximal 2 %. Die Initiative zur Einführung islamischen Religionsunterrichts kann also gar nicht von den Muslimen ausgehen; sie geht von der Regierung selbst aus.

(Matthias Büttner, AfD: Aha!)

Anders als in NRW sitzen Ihnen nicht 100 000 türkische Schüler im Nacken. Sie tun das aus freiem Antrieb.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- Sie tun das aus freiem Antrieb. Sie und speziell Sie, Herr Striegel, können es kaum erwarten, auch in Sachsen-Anhalt multikulturelle Verhältnisse herbeizuführen und greifen schon einmal vor.

(Zustimmung bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Selbstverständlich!)

Dabei wäre es Ihre Aufgabe, im Interesse der Bürger alles in Ihrer Macht stehende dafür zu tun, solche Verhältnisse zu verhindern.

(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Islamischer Religionsunterricht in Sachsen-Anhalt jedenfalls ist überflüssig wie ein Kropf.

Abgesehen davon ist islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen rechtlich auch gar nicht möglich oder - besser gesagt - sollte bei angemessener Rechtsauslegung nicht möglich sein.

Der evangelische und der katholische Religionsunterricht beruhen bekanntlich auf Verträgen zwischen den christlichen Kirchen und dem Staat. Der Religionsunterricht unterfällt dem Regelungsbereich des Staatskirchenrechts, das, wie schon der Begriff sagt, zwei Dinge voraussetzt, einen Staat und Kirchen. Der Islam aber verfügt über keine Kirchen, ja nicht einmal über eine kirchenähnliche Struktur.

Bis vor wenigen Jahren wurden die Forderungen der Islamverbände nach islamischem Religionsunterricht an staatlichen Schulen deshalb immer mit dem Argument abgewehrt, dass sich die Vereinbarungen mit den christlichen Kirchen aufgrund der fehlenden Kirchenstruktur gar nicht auf den Islam übertragen lassen; eine sehr fundierte und abgewogene Argumentation, die nicht nur dem Recht Geltung verschafft, sondern zugleich auch die kulturelle Fremdheit des Islams in Rechnung stellt.

(Zustimmung bei der AfD)

Während das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen über Jahrhunderte gewachsen ist, ist der Islam in Deutschland infolge einer völlig verfehlten Migrationspolitik erst seit wenigen Jahrzehnten präsent. Unser Staatskirchenrecht ist nicht für den Islam gemacht, passt nicht auf den Islam. Die Neankömmlinge aus dem Orient können auch nicht erwarten, dass wir unser Staatskirchenrecht ihrem Geschmack anpassen,

(Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

sondern müssen sich umgekehrt mit den hiesigen Gegebenheiten abfinden. Sie müssen sich anpassen, nicht wir.

(Lebhafter Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Dass islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen aufgrund der fehlenden Kirchenstruktur des Islams nicht möglich sein soll, war jedenfalls bis vor Kurzem herrschende Meinung unter den Juristen.

Leider hat sich jedoch hier in den letzten Jahren ein wundersamer Meinungsumschwung ereignet. Es heißt nun auf einmal, das Staatskirchenrecht sei im Umbruch. Den Muslimen keinen Anspruch auf staatlichen Religionsunterricht zu gewähren, das sei - so die neue Meinung - vielleicht doch eine zu starke Beeinträchtigung der freien Religionsausübung, die in Artikel 4 Abs. 2 des Grundgesetzes geregelt ist, und eine zu weitreichende Beeinträchtigung des Anspruchs auf staatlichen Religionsunterricht, der in Artikel 7 Abs. 3 des Grundgesetzes geregelt ist. Die Muslime sollen auf Teufel komm raus den Religionsunterricht bekommen. Das ist der Wille der Politik, der Juristen und der Gerichte.

Als Ersatz für die fehlende Kirchenstruktur wurden deshalb unter staatlicher Regie eilig Islambeiräte gebildet. Die Länder haben sich sozusagen selbst den Verhandlungspartner geschaffen. Berufen wurden Vertreter islamischer Verbände und sonstige Personen, deren Hauptqualifikation darin besteht, über einen orientalischen Migrationshintergrund zu verfügen.

(Matthias Büttner, AfD: Aha!)

Die Beiräte reden bei der Besetzung von islamtheologischen Lehrstühlen an Universitäten mit und erteilen islamischen Religionslehrern die Lehrerlaubnis. Im Schulgesetz in NRW wird diese Lehrerlaubnis übrigens in klassisch islamischer Diktion als Idschaza bezeichnet.

Eine solche Beiratslösung ist natürlich Murks. Sie ist sowohl rechtlich als auch politisch mangelhaft. Um die Besetzung der Beiräte wurde und wird heftig gestritten. Aktuell ruht die Mitgliedschaft der Ditib in NRW. Eine tragfähige Lösung ist nicht in Sicht. Sie glauben wohl, dass das, was in NRW nicht funktioniert, in Sachsen-Anhalt glückt?

In Sachsen-Anhalt wäre die Zusammensetzung noch viel willkürlicher, gibt es doch hier gar keine starken Islamverbände, die sich für den Beirat empfehlen. Es gibt in Sachsen-Anhalt nur das von der Regierung zusammengewürfelte Islamforum, fünf Vertreter islamischer Moscheevereine plus ein deutscher Konvertit. Ich hoffe nicht, dass die Regierung uns diesen traurigen Haufen als künftigen Islambeirat verkaufen will.

(Zustimmung bei der AfD)

Die Regierung täte gut daran, einfach an der hergebrachten Rechtsauffassung festzuhalten, wonach staatlicher Islamunterricht aufgrund der fehlenden Kirchenstruktur prinzipiell nicht möglich ist. Punkt, aus.

(Zustimmung bei der AfD)

Aber selbst wenn keine rechtlichen Grundsätze entgegenstünden und selbst wenn es in Sachsen-Anhalt mehr muslimische Schüler gäbe, sodass eine echte Nachfrage spürbar wäre, wäre islamischer Religionsunterricht schädlich und in keinem Fall wünschenswert. Islamischer Religionsunterricht leistet nämlich nicht nur keinen Beitrag zur Integration, sondern er baut im Gegenteil nur noch weitere Integrationshemmnisse auf.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist doch Quark!)

- Ich erkläre es Ihnen jetzt, hören Sie mal zu.

(Heiterkeit bei der AfD)

Da der sunnitisch-orthodoxe Mehrheitsislam - es mag Ihnen gefallen, Herr Striegel, oder nicht - in seiner unverfälschten Ausprägung mit unseren Lebens- und Wertvorstellungen und unseren Gesetzen schlechterdings nicht vereinbar ist, steht jeder Muslim in Deutschland vor der Frage, ob er ein guter, in unsere Gesellschaft integrierter Bürger sein will und dann bei seinem Islam Abstriche macht, oder ob er seinen Islam möglichst unverfälscht leben will und dafür Konflikte mit unserer Kultur in Kauf nimmt.

Staatlicher Islamunterricht wiederum wird natürlich vorwiegend von den Muslimen nachgefragt,

denen ihr Islam besonders wichtig ist. Gut integrierte schwachgläubige Muslime beschränken sich darauf, ihre mit unseren Lebensvorstellungen kompatible Islamvariante privat zu praktizieren, und machen darum nicht viel Aufhebens. Es sind vor allem die besonders gläubigen Muslime, die staatlichen Islamunterricht fordern.

Gerade diese Klientel gibt sich aber mit dem Reformislam, wie er den Wünschen der etablierten Politiker entspricht und wie Sie ihn an unseren Schulen installieren wollen, nicht zufrieden.

(Matthias Büttner, AfD: Aha!)

So steht der islamische Religionsunterricht vor dem Dilemma, entweder den Vorstellungen der Politik zu entsprechen und dann nicht von den Muslimen angenommen zu werden, oder zwar von der Mehrheit der Muslime angenommen zu werden, dann aber nicht den Vorstellungen der Politik zu entsprechen.

So war es abzusehen und genauso ist es in NRW gelaufen. Das islamtheologische Institut in Münster repräsentiert den einen, das islamtheologische Institut in Osnabrück den anderen Weg. In Münster hat man einen promovierten Soziologen, der von islamischer Theologie keinen blassen Schimmer hat, zum Professor für islamische Theologie gemacht, weil er aus dem Libanon kommt und telegen lächeln kann.

(Ulrich Siegmund, AfD, lacht)

Außerdem versteht er sich meisterhaft auf die Kunst, deutschen Politikern und Kirchenvertretern genau das zu sagen, was sie hören wollen. Er schreibt Bücher, in denen er die christliche Barmherzigkeitstheologie mit Brachialgewalt in den Islam hineinliest oder par ordre du mufti das islamische Recht kurzerhand für entbehrlich erklärt.

All das sind ganz billige Konstrukte ohne Verankerung in der islamischen Tradition, weshalb dergleichen von den meisten Muslimen in Deutschland abgelehnt wird, was man ihnen aus islamischer Perspektive auch kaum verübeln kann.

Was dagegen in Osnabrück unter Führung des gewieften Islamlobbyisten Bülent Ucar getrieben wird, muss als Salafismus in Nadelstreifen bezeichnet werden. Der dort gepredigte Islam wird von den Muslimen gut angenommen. Nur leider entspricht er so gar nicht dem, was sich die Politik erhofft. Auf diese Weise wird nicht die Hinterhofmoschee ausgetrocknet, was das Ziel war, sondern die Hinterhofmoschee hält fürstlich besoldet Einzug in die Universität. In einem Fall ist es nur eine Steuergeldverschwendung und ein intellektuelles Ärgernis, im anderen Fall eine gefährliche Förderung von orthodoxen Einstellungen, die das genaue Gegenteil von gelungener Integration darstellen. Und diese Fehlkonstruktion wollen Sie nach Sachsen-Anhalt importieren.

Ich sage ganz deutlich, wir brauchen an unseren Schulen weder einen durchgegenderten Konfekt-Islam nach dem Geschmack von Cem Özdemir und Claudia Roth noch die Betonfraktion von der Ditib und dem Zentralrat der Muslime. Wir brauchen in Sachsen-Anhalt überhaupt keinen staatlichen Islamunterricht.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Unser Schulsystem hat noch ganz andere Probleme. Kümmern Sie sich lieber um den Lehrermangel, Schulschließungen und das stetig sinkende Bildungsniveau, anstatt wertvolle Energie zu verschwenden, in dem Sie überlegen, wie Sie hier Islamunterricht einführen könnten. Das Ganze ist eine Eselei ohnegleichen.

Glücklicherweise hat das CDU-geführte Bildungsministerium den Irrsinn nun gestoppt. Eine Prüfung der Voraussetzungen für islamischen Religionsunterricht in Sachsen-Anhalt hat ergeben, dass die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Das hätte ich Ihnen ohne Prüfung auch vorher sagen können.

(Zustimmung bei der AfD - Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Aber wie dem auch sei, immerhin ist die CDU in Sachsen-Anhalt noch nicht so verdorben wie Lachs Multikulti-Stadel und tritt auf die Bremse.

(Heiterkeit bei der AfD)

Das erkennen wir an. Aber leider ist sie auch nicht so geradlinig, dass sie dem Islamunterricht eine klare Absage erteilen würde, und windet sich wie üblich durch. Doch keine Sorge, um bei solchen Fragen für klare Verhältnisse zu sorgen, dafür gibt es ja die AfD.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Wir begehren mit unserem Antrag „Kein Islamunterricht in Sachsen-Anhalt“ nicht mehr und nicht weniger, als dass der Landtag allen Versuchen, Islamunterricht in Sachsen-Anhalt einzuführen, eine klare Absage erteilt. Wir stellen der CDU mit unserem Antrag die Gretchenfrage: Nun sagt mir, CDU, wie hast du's mit dem islamischen Religionsunterricht.

(Heiterkeit bei der AfD)

Stimmen Sie unserem Antrag zu, sind Sie gegen islamischen Religionsunterricht. Lehnen Sie unseren Antrag ab oder enthalten Sie sich der Stimme oder versuchen Sie, ihn im Ausschuss zu beerdigen, sind Sie für islamischen Religionsunterricht.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Sie werden jetzt vielleicht sagen, das sei doch gar nicht nötig. Schließlich habe ihre Prüfung ergeben, dass islamischer Religionsunterricht in Sachsen-Anhalt nicht eingeführt werden kann. Wir

wüssten nun aber schon gern genau von Ihnen, ob Sie ihn nur nicht einführen können oder ob sie ihn nicht einführen wollen.

Außerdem wurde in der Kenia-Koalition vereinbart, als Ersatz für den islamischen Religionsunterricht, der nun - Gott sei gedankt - erst einmal nicht kommt, spezielle Islammodule im Ethik-Unterricht einzuführen. Die GRÜNEN und die SPD haben das schon als Kompromiss und ersten Schritt zur Einführung islamischen Religionsunterrichts begrüßt. Die Kenia-Koalition ist ja die Erfinderin der faulen Kompromisse, aber von all ihren faulen Kompromissen war das bislang der allerfaulste.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Ethikunterricht soll, wie es sein Name schon sagt, eine ethische, also moralische Orientierung vermitteln, und zwar all denen, die diese Orientierung nicht im evangelischen oder katholischen Religionsunterricht erhalten wollen, weil sie sich nicht zum evangelischen oder katholischen Glauben bekennen.

Der Islam aber kann zu solcher Sinn- und Wertorientierung nichts beitragen. Wie auch? - Sind doch die sittlichen Prinzipien unseres Handels das Ergebnis einer geschichtlich-kulturellen Entwicklung, auf die der Islam keinerlei Einfluss genommen hat. Diese, unsere Ethik, wird in den Texten der abendländischen Moralphilosophie reflektiert, die deshalb im Ethik-Unterricht zu lesen sind. Unsere Schüler sollen sich mit Hegels Ehebegriff beschäftigen, damit sie verstehen, weshalb Vielweiberei bei uns nichts verloren hat.

(Zustimmung bei der AfD)

Sie sollen Kant lesen, um einen Sinn für die Problematik der Lüge zu entwickeln. Sie sollen Lessing lesen, um die Ideen der Aufklärung und der Toleranz wirklich zu verstehen, also nicht so wie Miteinander e. V.

(Beifall bei der AfD)

Sie sollen Rawls lesen, um über das Thema Verteilungsgerechtigkeit zu diskutieren.

Es schadet gar nichts, wenn sich Muslime damit beschäftigen. Ja, es wäre im Sinne gelungener Integration sogar zu wünschen, dass ihnen einmal beigebracht wird, wohinein sie sich integrieren sollen. Keine Frage, Muslime sollen Ethikunterricht besuchen. Wir brauchen aber keinen Islam im Ethikunterricht.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen erst recht keinen Islamunterricht, weil jeder Muslim, der seine Heimat Richtung Deutschland verlässt, weiß, dass er in kein islamisches, sondern in ein christlich geprägtes Land einwandert, ein Land, in dem er seinen Islam nicht

in gewohnter Manier leben kann. Das ist auch gut so und das soll auch so bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Dr. Tillschneider für die Einbringung des Antrags. - In der Debatte sind fünf Minuten Redezeit je Fraktion vorgesehen. Zunächst spricht für die Landesregierung Minister Herr Tullner. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin unter dem Eindruck des Redebeitrags immer noch auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage, warum es dieses Antrags überhaupt bedurft hat; denn die Landesregierung, meine Damen und Herren von der AfD, wird keinen islamischen Religionsunterricht einführen. Das ist einfach so. Dazu können Sie so viele Anträge einbringen, wie Sie wollen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD, und von Siegfried Borgwardt, CDU)

Allerdings, Herr Tillschneider, sollten Sie sich schon einmal - Sie haben damit angefangen, es aber nicht zu Ende gebracht - mit den verfassungsrechtlichen Grundlagen des Religionsunterrichts beschäftigen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Dann würden Sie nämlich irgendwann zu dem Punkt kommen, dass wir den islamischen Religionsunterricht schon aus formalen Gründen nicht einführen werden. Jede Religionsgemeinschaft hat aber einen Anspruch darauf, Religionsunterricht einzuführen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE, und von Dr. Katja Pähle, SPD)

Das gehört zur Wirklichkeit dazu.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Nennt sich Gleichbehandlung!)

Da Sie bekanntlich - vermute ich einmal - auf dem Boden der Verfassung stehen, sollten Sie diesen Aspekt vielleicht noch einmal stärker in den Blick nehmen. - Aber zurück zu meinem eigentlichen Redebeitrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In unserem Koalitionsvertrag - er wurde schon zitiert - hat sich die Kenia-Koalition darauf verständigt, dass ein dem konfessionellen Religionsunterricht vergleichbares Unterrichtsangebot für muslimische Schüler in Sachsen-Anhalt geprüft wird. Das Ministerium hat diese Prüfung abgeschlossen. Schlussendlich

wurde festgestellt, dass zum augenblicklichen Zeitpunkt die grundlegenden Voraussetzungen in Sachsen-Anhalt zur Einführung eines dem konfessionellen Religionsunterricht vergleichbaren Angebots für muslimische Schüler rechtlich nicht gegeben sind.

(Zustimmung von Andreas Schumann, CDU)

Nach Artikel 7 Abs. 3 des Grundgesetzes und Artikel 27 Abs. 3 der Verfassung Sachsen-Anhalts sind sowohl Ethikunterricht als auch Religionsunterricht an den Schulen des Landes Sachsen-Anhalt mit Ausnahme der bekenntnisgebundenen und bekenntnisfreien Schulen ordentliche Lehrfächer.

Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Artikel 7 Abs. 3 des Grundgesetzes, Artikel 27 Abs. 3 der Verfassung Sachsen-Anhalts und § 19 Abs. 3 des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt sind die Rechtsnormen. Folglich haben ausschließlich Religionsgemeinschaften grundsätzlich einen Anspruch auf Einrichtung eines ihren Glaubensinhalten entsprechenden Religionsunterrichts.

Die in Sachsen-Anhalt bekannten muslimischen Vereinigungen erfüllen, wie auch die entsprechenden Vereinigungen in den anderen Bundesländern, nicht die Kriterien zur Anerkennung einer Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes. Es existiert somit keine Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes, welche die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Unterrichtsfach beantragen könnten.

Über diese Rechts- und Sachlage habe ich am 16. Januar 2019 mit den Vertretern von acht islamischen Gemeinden im Land Sachsen-Anhalt gesprochen. Der Austausch darüber wird fortgesetzt.

Meine Damen und Herren! Auch wenn derzeit eine Einführung eines islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach im Sinne des Grundgesetzes nicht in Betracht kommt, bedeutet dies jedoch nicht, dass Schülerinnen und Schüler mit muslimischem Hintergrund vom unmittelbar wertebildenden Unterricht ausgeschlossen werden; ganz im Gegenteil: Sachsen-Anhalt, dessen Bevölkerung überwiegend konfessionslos geprägt ist, hat neben dem Religionsunterricht im Sinne des Grundgesetzes auch den Ethikunterricht als ordentliches Lehrfach landesverfassungsrechtlich verankert.

Die weit überwiegende Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt besucht den zwingend vorgeschriebenen Ethikunterricht, so auch Schülerinnen und Schüler muslimischer Herkunft.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Dieser Unterricht wird weltanschaulich neutral erteilt und enthält einen religionskundlichen Teil, der den Islam als Weltreligion umfasst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Ziel ist es, den Ethikunterricht weiter zu qualifizieren und an Schwerpunktschulen zu nutzen, um den Islam neben anderen Weltreligionen im Unterricht verstärkt zum Thema zu machen.

Der Ethikunterricht als wertebildender Unterricht eignet sich dafür besonders gut. Es werden vertiefende Kenntnisse über alle Religionen vermittelt und gleichzeitig wird über aktuelle Probleme diskutiert und werden diese gemeinsam reflektiert.

Bis Ende Juni 2019 erarbeitet das Ministerium für Bildung ein Konzept zur Vermittlung vertiefter Kenntnisse über den Islam im Rahmen des Ethikunterrichts. Dazu werden Unterrichtsbausteine entwickelt, die auf bestehenden Lehrplänen mit der entsprechenden Verankerung aufbauen.

Die Schulen mit einem hohen Anteil an muslimischen Schülerinnen und Schülern können ab dem zweiten Halbjahr 2019/2020 diese Unterrichtsmodule nutzen. Flankierend werden bestehende Fortbildungsangebote weiterentwickelt und sukzessive ab dem Schuljahr 2019/2020 angeboten.

Ferner wird ein Dozentenpool zur fachlichen Begleitung und Beratung eingerichtet. Die entsprechenden Bausteine und Unterstützungsmaßnahmen können auch im evangelischen und katholischen Religionsunterricht genutzt werden; denn auch in diesen Unterrichtsfächern wird das Thema Islam behandelt.

Das Ministerium für Bildung wird zeitnah nach der Konzepterstellung die Vertreter der islamischen Gemeinden und andere Interessierte in Halle und Magdeburg zu einem Informationsgespräch einladen.

Meine Damen und Herren! Das beschriebene Konzept wird somit den Ethikunterricht inhaltlich ergänzen und soll keinen konfessionellen islamischen Religionsunterricht bzw. keine religiöse Unterweisung darstellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister Tullner, es gibt Nachfragen von Herrn Raue und Herrn Dr. Tillschneider. - Herr Raue, Sie haben das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Herr Tullner, meines Wissens gibt es im Ethikunterricht schon Module zu Religionen, insbesondere zum Islam. Ich weiß es ziemlich genau, weil

mich meine Kinder damit konfrontiert haben. Was sollen Sie jetzt noch erweitern? Ist es nicht wichtiger, Mathematik, Deutsch, Chemie und Sprachen zu unterrichten als Ethik?

(Silke Schindler, SPD: Ethik gehört dazu!)

Ich glaube nicht, dass das unsere Antwort auf die Einwanderung sein sollte. Die Kinder sollten vernünftige Schulfächer haben und keinen Unterricht über eine Religion, die eigentlich mehr eine Staatsideologie ist.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wir wollen Bürger bilden! - Zuruf von der AfD: Dann fangen Sie mal bei sich an!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Lieber Herr Raue, zum Kanon der Fächer, die der Unterricht an Schulen in Sachsen-Anhalt umfasst, gehören das Thema Allgemeinbildung im weiteren Sinne, MINT-Fächer und auch wertebildende Fächer. Dazu gehören Geschichte - auch privilegiert, wenn ich an die Oberstufendiskussion denke - und auch der Religions- und Ethikunterricht, den man wählen kann.

Ich glaube, dass dieses Thema unter dem Begriff der Allgemeinbildung schon wichtig ist, weil wir an der Stelle nicht nur als fachlich gebildete Ingenieure im Sinne von Fachlichkeit, von Mathematik und Informatik daherkommen wollen, sondern weil wir gebildete Bürger haben wollen, die auch werbezogen sind.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Dazu zählt zweifelsohne der Ethikunterricht, der verfassungsrechtlich normiert und relevant ist. Deswegen ist die Debatte an dieser Stelle, glaube ich, überflüssig.

Ich würde Ihnen vorschlagen, wenn wir diese Module, die ich beschrieben habe, fertiggestellt haben, dann schauen Sie sich diese Module in Ruhe an. Dann werden Sie feststellen, dass dadurch weder die Islamisierung des Abendlandes vorangetrieben wird, noch irgendwelche anderen kruden Befürchtungen Wahrheit werden.

Allerdings gehört es zur Lebenswirklichkeit auch dazu, wie ich immer sage, dass diejenigen, die sich Sorgen darüber machen, dass unsere Werte des christlichen Abendlandes gefährdet sind, sich doch am Ausleben des christlichen Abendlandes ein Stück weit stärker beteiligen sollten. Damit hätte man das christliche Abendland auch gestärkt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister Tullner, es gibt noch eine Nachfrage. Herr Raue hat noch eine kurze Nachfrage.

Alexander Raue (AfD):

Die Lebenswirklichkeit des christlichen Abendlandes bedroht gerade eine Partei mit dem CDU im Namen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: „Mit dem CDU im Namen“?)

Bitte nicht vergessen, dass Sie dafür gesorgt haben,

(Oh! bei der CDU)

dass in unserem Land der Zustrom an Migranten, insbesondere aus islamischen Staaten, ungeheuer wächst. Das dürfen wir an dieser Stelle nicht vergessen.

Die zweite Sache, Herr Tullner, ist die: Die Kenntnisse der Menschheit in vielen Technologie- und Wissensbereichen verdoppeln sich mittlerweile alle fünf Jahre. Ich glaube, dass es schon von daher angebracht ist, die Unterrichtszeit

(Silke Schindler, SPD: Wir brauchen keine Menschen dazu!)

dafür zu nutzen, Zukunftskennnisse und Kenntnisse über Biologie, Wissenschaft, zu vermitteln, als rückwärtsgewandte Islamkunde zu unterrichten.

(Silke Schindler, SPD: Religion ist rückwärtsgewandt?)

Die Leute, die zu uns kommen und ihre Kinder in die Schulen schicken, die sollten eigentlich - das ist unsere Verantwortung - für die Zukunft geschult werden. Unsere Kinder sollten nicht in Sachen unterrichtet werden, die eigentlich

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Wie lange darf er reden?)

althergebracht sind und in irgendeiner Form eine Freizeitbeschäftigung darstellen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Geschäftsordnung!)

Das dazu.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Tullner, Sie haben noch einmal die Möglichkeit zu antworten.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Ich mache es kurz, weil wir in der Zeit schon vorangeschritten sind.

Ich glaube, dass für eine Allgemeinbildung im besten Sinne das Wissen um historische und ge-

schichtliche Zusammenhänge mindestens genauso wichtig ist - auch geisteswissenschaftliche; das hat Herr Tillschneider umfangreich zitiert. Dass diese wichtig und relevant sind, das halte ich schon für unbestritten.

Noch einmal: Es wird keine rückwärts- oder vorwärts- oder seitwärtsgewandte Islamkunde gelehrt. Wir machen Ethikunterricht, Ethikunterricht für alle, der wertebildend und von der Verfassung abgeleitet ist - nicht mehr und nicht weniger.

(Zustimmung von Dr. Falko Grube, SPD, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Tullner, es gibt noch eine Frage von Herrn Dr. Tillschneider. - Herr Dr. Tillschneider, Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Minister Tullner, ich kann sehr gut verstehen, dass man sich aus einem Interesse für das Fremde mit dem Islam beschäftigt. Das habe ich auch selbst jahrelang gemacht.

Sagen Sie mir aber einmal, was von der islamischen Ethik unseren Schülern beigebracht werden soll. Geben Sie mir ein Beispiel dafür, was sich in der islamischen Ethik dazu eignet, um unseren Schülern die grundlegende Wertorientierung zu vermitteln, die der Ethikunterricht leisten soll. - Das ist meine erste Frage.

Die zweite Frage: Sie haben geprüft, ob es nötig ist. Das Gutachten hat ergeben, es ist nicht nötig. Ich hätte das Gutachten gern einmal gesehen. Als es durch die Presse ging, hat die „MZ“ geschrieben: ein Gutachten, das uns vorliegt. Ich habe dann den Referenten losgeschickt, um das Gutachten zu besorgen. Dann hieß es: Ja, das ist im Koalitionsausschuss und wird erst einmal nicht herausgegeben. Bis heute haben wir es nicht bekommen. Daher die Frage: Ist das jetzt der neue gute Stil im Umgang mit der Opposition, dass man so wichtige Dokumente auch für das Handeln der Opposition an die Presse durchsticht, aber der Opposition vorenthält?

(Zustimmung bei der AfD - Wulf Gallert, DIE LINKE: Das war schon immer so!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Tullner, Sie haben noch einmal das Wort.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Wir haben demnächst Gelegenheit, im Ausschuss über das Thema zu reden. Das Gutachten können Sie selbstverständlich bekommen; das ist keine Geheimsache. Allerdings muss sich die Regierung erst einmal eine Meinung bilden. Die haben

wir uns gebildet. Dafür gibt es Verfahrensschritte. Die sind abgeschlossen und deswegen ist das Gutachten auch kein Geheimpapier. Das können Sie von mir gern bekommen, wie alle anderen übrigens auch.

Die zweite Frage, Herr Tillschneider, haben Sie eigentlich schon selbst beantwortet. Sie haben auch irgendwann einmal den Drang in sich gespürt, sich mit dem Islam zu beschäftigen. Ich weiß nicht, warum Sie das Recht den anderen absprechen, sich ein paar Kenntnisse anzueignen.

(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE - Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)

Noch einmal: Wir machen keine Islamkunde und keinen vorwärts-, seitwärts-, rückwärtsgewandten oder wir auch immer gearteten Beglückungsunterricht. Es ist ein wertebildender Unterricht. Ich lade Sie herzlich dazu ein, wenn diese Module fertiggestellt sind, sie sich anzuschauen. Schauen Sie sich auch einmal an, was jetzt im Ethikunterricht stattfindet. Dann wird sich ein Großteil Ihrer Befürchtungen sofort in Luft auflösen und der andere Teil dann, wenn Sie sich damit beschäftigt haben werden. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Minister Tullner für die Stellungnahme der Landesregierung. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen. Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Auch ich habe mich gefragt, warum wir uns heute mit diesem Antrag beschäftigen müssen. Der Bildungsminister hat sich ganz klar geäußert. Er hat den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag erfüllt, nämlich zu prüfen, inwieweit die Voraussetzungen gegeben sind, um einen konfessionellen Unterricht oder ein vergleichbares Unterrichtsangebot für muslimische Schülerinnen und Schüler im Land Sachsen-Anhalt einzuführen.

Er ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Voraussetzungen nicht vorliegen, sodass der Anlass, den Sie vortragen, dass die Landesregierung Islamunterricht einführen will, jeder Grundlage entbehrt. Insoweit bedarf es dieses Antrags überhaupt nicht.

(Zustimmung bei der CDU und von Dr. Katja Pähle, SPD - Andreas Schumann, CDU: Abstimmen!)

Wir wissen, dass Sie diese Gelegenheiten immer nutzen, um Ihre Gedanken zu äußern und um uns davon zu überzeugen, dass es ein Integrations-

hemmnis aufbaut. Ich will versuchen, Sie vom Gegenteil zu überzeugen.

(André Poggenburg, fraktionslos: Das hat sich doch in NRW bewiesen!)

Aus unserer Sicht gibt es durchaus Argumente, die dafür sprechen, dass sich die Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen auch mit der islamischen Religion auseinandersetzen sollten.

(Oliver Kirchner, AfD: Auch Steinigungen!)

Unsere Gesellschaft kann doch kein Interesse daran haben, dass Kinder aus muslimischen Familien Informationen über Glaubensinhalte ihrer Religion nur über familiäre Traditionen und über Koranschulen, die teilweise in Hinterhöfen abgehalten werden, erhalten oder durch den Einfluss von Imamen, die weder Deutsch sprechen noch in unserer westlichen Kultur sozialisiert sind und aus ihren Herkunftsländern ein doktrinäres Islamverständnis mitbringen. Das hat einen negativen Einfluss auf Kinder und Jugendliche.

Wir wissen, dass viele Menschen, die aus muslimischen Ländern nach Deutschland gekommen sind, heute ein völlig anderes Verständnis vom Islam haben.

(Tobias Rausch, AfD: Das ist eine Erkenntnis!)

Insoweit sollten wir einem solchen Umfeld auch im Hinblick auf den Einfluss von islamistischen politischen Strömungen entgegenwirken, weil diese Art der Tradierung des Islams dem Blick des Staates und einer kritischen Öffentlichkeit entzogen ist.

Deshalb ist es aus unserer Sicht grundsätzlich der bessere Weg, wenn in deutschen Moscheen Imame in deutscher Sprache predigen, die an deutschen Hochschulen ausgebildet worden sind. Dies hat nichts mit staatlichen Vorgaben oder politischen Vorstellungen zu tun, sondern es ist die Vermittlung eines aufgeklärten Islamkonzeptes. Aber, wie gesagt, das ist alles Zukunftsmusik; so weit sind wir in Sachsen-Anhalt noch nicht.

Der Koalitionsausschuss hat sich im Februar dieses Jahres mit der Initiative für den Ethikunterricht an den Schwerpunktschulen auseinandergesetzt und den Bildungsminister gebeten, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Ich freue mich, dass dieses Konzept im Juni vorliegen soll. Ich gehe davon, dass wir darüber intensiv im Bildungsausschuss diskutieren werden.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Angela Gorr, CDU)

Ich habe noch eine Bitte. Eine Voraussetzung für ein gutes Miteinander ist die Offenheit und Bereitschaft der islamischen Gemeinden zum Dialog mit den Kultusbehörden und mit der Gesellschaft.

Diese Bereitschaft ist bei den Gemeinden in Sachsen-Anhalt gegeben. Das weiß jeder.

Wir haben in vielen Zusammenhängen das direkte Gespräch gesucht. Ich gehe davon aus, dass diese Bereitschaft zum offenen Dialog und vor allen Dingen zur vorbehaltlosen Diskussion auch vonseiten des Ministeriums besteht und ausgebaut und verstetigt wird. Es ist die Sache wert. Auf dieser Grundlage kann dann tatsächlich ein gutes Konzept für alle entwickelt werden. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen, Herr Raue hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Raue, Sie haben das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Frau Dr. Kolb-Janssen, warum duldet die SPD, dass der türkische Staat über Ditib die Moscheen in Deutschland mit Imamen ausstattet - er schickt sie für fünf Jahre nach Deutschland -, die eigentlich Beamte des türkischen Staates sind und bei uns einen rückwärtsgewandten Islam in türkischer Sprache predigen, die im Übrigen von uns kaum verstanden wird, weshalb wir quasi immer Dolmetscher brauchen? Warum dulden Sie, dass diese Zustände bei uns fortgesetzt werden?

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):

Das wird von der SPD nicht geduldet. Das ist im Moment Faktenlage. Darüber kann man sicherlich noch an passender Stelle reden, allerdings nicht im Landtag von Sachsen-Anhalt. Das hat mit dem Thema Islamunterricht nichts zu tun. - Danke.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Kirchner, möchten Sie als Fraktionsvorsitzender oder als Abgeordneter sprechen?

Oliver Kirchner (AfD):

Ich habe eine Frage.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Dann haben Sie jetzt das Wort.

Oliver Kirchner (AfD):

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie es befürworten, dass man im Ethikunterricht, wenn man über den Islam aufklärt, auch über die Scharia, also über Steinigungen bei Ehebruch bis hin zu Mordversuchen, die es in dieser Religion gibt, aufklärt und diese behandelt? Dies wird meiner Meinung

nach, so wie ich es von den Jugendlichen erfahren habe, nicht behandelt.

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):

Uns geht es natürlich darum, wie man es schon in „Nathan der Weise“ lesen kann, dass die Schülerinnen und Schüler darüber aufgeklärt werden, dass es verschiedene Religionen gibt, dass es dabei keine Wertigkeit und nicht die einzige Religion gibt. Dazu gehört natürlich auch, dass man über die negativen Dinge spricht. Dies hat nicht unbedingt immer etwas mit dem Wesen der Religion zu tun, sondern damit, wie bestimmte Religionen von Menschen missbraucht werden. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen für die Ausführungen.

Bevor wir fortfahren, begrüße ich Damen und Herren der Fit-Fortbildungsgesellschaft Magdeburg. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abg. Herr Gallert. Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann die Sinnhaftigkeit des Antrages hinterfragen, aber ich glaube, es ist wichtig, dass wir über die Dinge, die heute zur Debatte stehen, diskutieren.

Es geht zuerst darum, dass man nach dieser Einbringungsrede natürlich etwas zur Einbringungsrede sagen muss. Es stellt sich nämlich die Frage, wie diese Mischung aus Arroganz, Zynismus und Abwertung gegen jedweden, der sich in irgendeiner Art und Weise dem islamischen Glauben verbunden sieht, wirkt. Das haben wir 15 Minuten lang stakkatomäßig gehört - nicht überraschend. Unsereiner gewöhnt sich daran, allerdings ist es für uns ein bisschen einfacher, weil wir davon persönlich nicht unmittelbar betroffen sind.

Nun gibt es aber eine ganze Reihe von Menschen bei uns - ich gehöre nicht dazu -, die sich mit der christlichen Religion identifizieren. Stellen Sie sich nur fünf Minuten lang vor, das, was Herr Till-schneider über den Islam gesagt hat, würde er in gleicher Tonalität, in gleicher Schärfe und in gleicher Lautstärke über die christliche Kirche sagen.

(Ulrich Siegmund, AfD: Das kann er doch gar nicht! - Tobias Rausch, AfD: Das kann man doch nicht miteinander vergleichen!)

Nun können Sie sich in etwa vorstellen, was bei denjenigen, die sich dem muslimischen Glauben

verbunden fühlen, durch solche Reden emotional ausgelöst wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Danach sagten Sie noch, in welcher Art und Weise die sich gefälligst bei uns zu integrieren hätten.

(Robert Farle, AfD: Na klar!)

Nein, lieber Herr Tillschneider, wir sind im Geltungsbereich des Grundgesetzes und in diesem gilt die Religionsfreiheit. Wichtig wäre es, Herr Tillschneider, dass Sie sich in das Grundgesetz integrieren würden,

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

aber ich befürchte, diese Hoffnung kommt eindeutig zu spät, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Punkt 1.

(André Poggenburg, fraktionslos: Wir sind für Gleichberechtigung!)

Punkt 2: Jetzt reden wir über die Frage des islamischen Religionsunterrichts. Alles, was wir dazu wissen müssen, steht in vier Zeilen des Grundgesetzes. Darin steht: Erstens. Das gesamte Schulsystem steht unter der Aufsicht des Staates. Zweitens. Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen. Drittens. Der Religionsunterricht ist an den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach.

Was bedeutet das? - Erstens. Die Eltern entscheiden darüber, welches Kind an welchem Religionsunterricht teilnimmt. Es ist ein Recht, das sich gegen den Staat richtet und nicht gegen irgendeine Religionsgemeinschaft. Zweitens. Es ist kein missionarischer Unterricht. Das wissen inzwischen auch die christlichen Kirchen und haben sich von diesem Aspekt längst distanziert. Drittens. Der Staat muss die Voraussetzungen liefern und kann sich nicht wegducken und sagen, es gebe keinen adäquaten Kirchenstaatsvertrag - diesen Vertrag kann man übrigens mit dem Islam überhaupt nicht abschließen, weil Kirchen immer christlich sind - und deswegen brauchten wir den Unterricht nicht anzubieten. Nein, so funktioniert es nicht.

Im Grundgesetz ist klar geregelt, wenn Eltern an den Schulen Religionsunterricht haben wollen, dann muss der Staat die Voraussetzungen dafür liefern. Davor kann er sich nicht drücken. Deswegen ist diese Argumentation, es gebe keinen Vertrag und deswegen müsste es nicht gemacht werden, falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen - oder wir sagen, Artikel 7 des Grundgesetzes gilt für niemanden mehr, also auch nicht mehr für die christlichen Kirchen. Das wäre die Konsequenz.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Der eigentliche Punkt - deswegen haben wir einen Alternativantrag vorgelegt - ist ein anderer. Es geht hierbei gar nicht um den Islamunterricht. Eigentlich geht es darum, dass ethische Grundlagen und ethische Werte im gesamten Klassenverband, und zwar verbindlich für alle Schüler im Klassenverband, unterrichtet und ethische Debatten geführt werden. Die Segmentierung der Schüler nach Glaubensrichtungen oder danach, dass sie atheistischen Elternhäusern entstammen, ist heute schon genauso falsch, und zwar mit oder ohne den Islamunterricht.

Alle Kinder, egal welche religiöse Ausrichtung die Elternhäuser haben, müssen verbindlich gemeinsam im Ethikunterricht über diese Grundwerte diskutieren und diese Grundwerte erzielen. Deswegen plädieren wir für einen gemeinsamen verbindlichen Ethikunterricht,

(Beifall bei der LINKEN)

egal, ob die Eltern einen katholischen, protestantischen, islamischen oder jüdischen Religionsunterricht wollen.

Danach, und zwar sowohl kausal als auch temporär, können und müssen wir - so steht es im Grundgesetz - Religionsunterricht anbieten. Dann können wir, wenn es Eltern wollen, den katholischen, protestantischen, jüdischen, meinerwegen buddhistischen oder islamischen Religionsunterricht anbieten.

Nun könnten wir über die Sinnhaftigkeit diskutieren. Das macht in diesem Kontext aber keinen Sinn, weil es im Grundgesetz steht. Ansonsten müssten wir das Grundgesetz ändern.

Verbindlicher Ethikunterricht für alle und dann je nach Wunsch der Eltern Religionsunterricht in der jeweiligen Religion, die nachgefragt wird - das ist der Anspruch, der sich gegen den Staat richtet.

Dann zuallerletzt: Diese Arroganz gegenüber dem Islam, gegenüber dem muslimischen Glauben. Herr Tillschneider stellt sich hin und sagt: Diese Regeln sind mit unserer Gesellschaft nicht in Übereinstimmung zu bringen. Ich frage mich ohnehin, welche Regeln das sind, Herr Tillschneider, die Sie haben wollen.

(Matthias Büttner, AfD: Islamwissenschaftler! - Lydia Funke, AfD: Er ist Islamwissenschaftler!)

Leute, die Katholische Kirche hat eine Regel: bis dass der Tod euch scheidet. Ist das etwa mit unserem Leben in Übereinstimmung zu bringen? Trotzdem wird versucht, es durchzusetzen.

(Frank Bommersbach, CDU: Das war kein guter Vergleich!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, kommen Sie bitte zum Schluss.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Also, liebe Kollegen, kommen Sie einmal runter.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Es gibt noch drei Fragen. Sie haben die Möglichkeit weiterzureden.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich werde die Fragen beantworten.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Als Erster spricht Herr Poggenburg. Sie haben das Wort.

André Poggenburg (fraktionslos):

Eine Kurzintervention, bitte. - Sehr geehrter Herr Gallert, Sie haben gerade gesagt, man solle sich vorstellen, jemand äußere sich in dem Duktus, wie es Herr Tillschneider gerade getan hat, gegen Christen oder das Christentum.

Ich habe überlegt und mir gesagt, wenn sich Christen in einem muslimischen Land so bewegen und teilweise so aufführen würden, wie sich manche - ich sage: manche! - Muslime bei uns aufführen, dann wäre es sogar sehr angemessen, wenn man in diesem Duktus auch Christen kritisieren würde. Das ist vollkommen richtig.

Wenn eben Praktiken - Sie haben es gerade ein wenig angesprochen - bzw. Grundwerte, die nicht nur im Buch stehen, sondern praktiziert werden, wie die Ehe mit Minderjährigen, wie Tierquälerei durch Schächten, wie das direkte Anfeinden und Steinigen von Homosexuellen usw. usf. in die andere Kultur hineingebracht werden, dann ist schon der Ansatz scharf zu kritisieren. So gesehen, wäre es vollkommen richtig, einen Christen umgekehrt zu kritisieren. - Danke.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, wenn Sie darauf antworten möchten, dann haben Sie dazu die Möglichkeit. Oder möchten Sie den nächsten Redner abwarten?

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Im Grunde genommen haben wir es in der Debatte mit einem Kontext zu tun, der relativ leicht aufzuklären ist, aber natürlich einer der beliebtesten Ursachen für Konflikte ist, und zwar wird das Verhalten eines Einzelnen als Kennzeichen seiner Religionszugehörigkeit definiert. Dann werden alle

Menschen, die dieser Religion angehören, in eine Schuldsituation hineingetrieben. Das ist genau das, was die Konfrontation in unserer Gesellschaft, die Auseinandersetzung, die gegenseitigen Missverständnisse und die Zuspitzung der Konfrontation permanent und in jeder Art und Weise erhöht.

Leute, es ist nicht so lange her, als die Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Protestanten in Irland dazu ausreichten, einen Krieg zu entfachen. Wir sind unter Umständen nicht so weit entfernt davon, dass es wieder passiert.

(Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Diese Dinge sind jedem Religionsverständnis, das dogmatisch ist, eigen. Dagegen müssen wir uns wehren. Gerade deswegen ist es wichtig, sich über Religionen, übrigens auch mit Kindern aus atheistischen Elternhäusern, im Ethikunterricht zu unterhalten.

Wir müssen miteinander über Potenziale, Risiken und Gefahren diskutieren. Sie unterscheiden sich nicht zwischen den verschiedenen Religionen - das lehrt uns wahrlich die Geschichte. Diese Prozesse sind fast überall die gleichen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle hat sich gemeldet. - Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Ich will an dieser Stelle, die Sie erwähnt haben, einsetzen. - Es ist eine Kurzintervention.

Sie befürworten einen Ethikunterricht, in dem der Islam behandelt wird.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Neben den christlichen Religionen, der jüdischen Religion.

Robert Farle (AfD):

Okay. - Jetzt will ich mir das konkret vorstellen. Für mich ist es dann undenkbar, dass in diesem Ethikunterricht nicht behandelt wird, dass die Vielweiberei aus ethischen Gründen zu verurteilen ist, dass wir in unserer Gesellschaft die Gleichberechtigung der Frau fordern - das ist ein Grundtatbestand -, was der Islam im Koran ablehnt, und dass man den Alleinherrschaftsanspruch einer Religion nicht akzeptieren kann, den der Islam erhebt. Das heißt, Sie müssen, wenn Sie Ethikunterricht zum Islam anbieten, auf die wesentlichen Bestandteile des Islams hinweisen, zum Beispiel auch auf die Suren, nach denen der Islamgläubige berechtigt ist, Christen zu töten und Ungläubige zu verfolgen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Können Sie diesen Unsinn unterlassen!)

- Ich habe mich damit ein bisschen beschäftigt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ein bisschen mehr wäre notwendig gewesen!)

Das müsste dann Bestandteil des Ethikunterrichts sein. Das heißt, dass der Islam mit der Scharia ein eigenes Regelwerk hat, das in den Ländern, wo er auftritt, an die Stelle der dortigen Gesetze tritt, und dass er nicht zuletzt aufgrund dieses Regelwerks im Moment so viele Christen tötet, wie es vorher in kaum einer geschichtlichen Epoche der Fall gewesen ist.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist doch völliger Unfug!)

Das muss dann dort ethisch hinterfragt werden. Das ist sicherlich nicht die Ethik-Konzeption, die Sie vertreten. Deswegen hat das dort in dieser Art nichts zu suchen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, Sie haben nochmals das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Na gut, ich versuche es noch einmal. - Das ist ja genau das, was ich gesagt habe. Solche Passagen, solche Begründungen einer religiösen Intoleranz bis hin zum Aufruf, denjenigen zu vernichten, der dieser Religion nicht angehört, finden Sie in jeder Religion, definitiv in jeder abrahamitischen Religion: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Es gibt genügend Stellen auch im Alten Testament, die ausdrücklich davon ausgehen, dass diejenigen, die dem Glauben nicht folgen, verdammt seien usw. usf.

Wir haben doch eine historische Erfahrung damit, dass du, egal welche Religion du dazu benutzen kannst, jemandem, der einer anderen Religion angehört hat, das Lebensrecht absprechen kannst. Das ist doch nun wirklich seit 1 500 Jahren von allen drei abrahamitischen Religionen definitiv vorgeführt worden. Oder haben Sie alle keinen Geschichtsunterricht gehabt, oder was?

Deswegen ist es gerade wichtig, im Ethikunterricht genau über diese Dinge zu reden, darüber zu reden, welche Potenziale und Möglichkeiten religiöse Verankerung hat, aber auch darüber zu reden, welche radikalen Konsequenzen religiöse Intoleranz hat, was es bedeutet, religiöse Grundsätze in politische Grundsätze, sprich in Gesetze zu überführen.

Diese Debatte muss es im Ethikunterricht geben, und da ist es völlig egal, ob wir die christliche, die

muslimische oder auch die jüdische Religion oder meinetwegen den Buddhismus nehmen. Diese Dinge sind in all diesen Religionen parallel vorhanden. Deswegen ist es wichtig, darüber zu reden, um Menschen genau davor zu schützen, diese Gefahren einer Religion nicht zu erkennen. - Danke.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Gallert, es gibt noch eine Frage von Herrn Raue.

(Zuruf von der LINKEN: Wie viele denn noch?)

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Nein, Herr Vizepräsident, das beantworte ich nicht!

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Raue, Sie haben stattdessen eine Kurzintervention?

Alexander Raue (AfD):

Aber genau das, was Sie gerade hier fordern, leistet nicht nur der Religionsunterricht nicht, das leistet auch der Ethikunterricht nicht. Das wird er wahrscheinlich auch zukünftig nicht leisten.

Was den Kindern zurzeit beigebracht wird, ist eine übertriebene Toleranz gegenüber dem muslimischen Glauben und gegenüber dem Islam. Den Kindern wird aber vor allen Dingen beigebracht, dass der Islam überhaupt in seiner gesamten Ausprägung gar nicht gefährlich ist, dass er im Prinzip dem, was Sie hier gerade gesagt haben, dieser Instrumentalisierung gar nicht selbst folgt. - Der Islam ist aber eine Instrumentalisierung der Bevölkerung, nichts anderes ist es. Die Kinder werden permanent im Ethikunterricht beschallt, dass der Islam nichts Schlimmes sei, dass der Islam keine Nachteile mit sich bringe.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Der ist auch nichts Schlimmes!)

Die Kinder werden von den Lehrkräften - zumindest ist es bei uns an der Schule so - durchweg mit einem harmlosen Islam konfrontiert. Das leistet der Ethikunterricht gerade nicht. Das wird er auch in Zukunft nicht leisten, solange Sie die Lehrpläne schreiben.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann kommen wir zum nächsten Redner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Striegel. Herr Striegel, Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin nicht so leicht zu entsetzen, aber das Maß an Intoleranz, das Sie hier von sich geben, meine Herren und eine Dame von der AfD, ist wirklich schwer zu ertragen;

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

denn Sachsen-Anhalt will Heimat für alle sein, für alle, die hier leben, lernen und arbeiten. In unserem Land leben viele Menschen, die an gar keinen Gott glauben. Hier leben Christen, hier leben Juden, Muslime und Angehörige weiterer Religionen. Unsere Verfassung garantiert allen, dass sie friedlich zusammenleben können, und unser Rechtsstaat wacht darüber, dass auch das Recht auf tatsächliche Ausübung der Religionsfreiheit gewahrt bleibt. Wir GRÜNE verteidigen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir verteidigen das Recht aller religiösen Menschen, ihren Glauben zu leben,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und wir verteidigen dieses Recht auch für den öffentlichen Raum. Sich zu einer Religion zu bekennen ist ein individuelles Recht. Als religiöser Mensch leben zu können ist aber nicht auf den privaten Raum beschränkt.

Auch der Islam gehört zu Deutschland und zu Sachsen-Anhalt, weil hier in Merseburg, in Magdeburg, Dessau oder Haldensleben Muslima und Muslime leben, die Sachsen-Anhalt ihr Zuhause nennen.

Als Katholik will ich sagen: Der Vorwurf, dass ein Leben als Muslim nicht mit den Pflichten kompatibel sei, die in Deutschland für alle Menschen gelten, ist eine Argumentation, die mir historisch bekannt vorkommt. Sie hat vor 150 Jahren Katholiken getroffen, denen der Vorwurf des Ultramontanismus gemacht worden ist, dass sie also dem Papst treuer seien als ihrem eigenen Land. Er war damals nicht zutreffend und ist heute gegenüber den Muslima und Muslimen nicht zutreffend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo diese Muslime schulpflichtig sind, sollten sie - wie christliche Kinder auch - die Möglichkeit haben, mehr über ihre Religion zu erfahren, zum einen in den Moschee-Gemeinden, klar, in den Elternhäusern, aber eben auch in der Schule.

Wir wissen aus den muslimischen Gemeinden hierzulande und auch aus der wissenschaftlichen Begleitung des islamischen Religionsunterrichtes in NRW, dass der Bedarf an und die Akzeptanz der Muslima und Muslime eines bekenntnisorientierten Islamunterrichtes an Schulen hoch ist. Viele Eltern sowie Schülerinnen und Schüler entscheiden sich bewusst für den Besuch dieses Ange-

bots. Ein solcher Unterricht ist auch eine Möglichkeit, Radikalisierungstendenzen vorzubeugen und ihnen gezielt entgegenzuwirken.

Meine Damen und Herren! In der Regel sind es die Religionsgemeinschaften selbst, die sich organisieren und in Schulen als Partner des Staates agieren und die Durchführung eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichtes ermöglichen. Zur rechtlichen Lage ist bereits etwas gesagt worden. All dies steckt bei uns in Sachsen-Anhalt noch in den Kinderschuhen - ein Dilemma für die Nachfrage und für das Bedürfnis der Muslima und Muslime in Sachsen-Anhalt.

Wir haben als Koalition nun einen Weg gefunden, die Bedürfnisse muslimischer Schülerinnen und Schüler ebenso in den Blick zu nehmen wie den bestehenden verfassungsrechtlichen Rahmen und wie auch die Realitäten in diesem Bundesland, das nun einmal dadurch geprägt ist, dass sich die allermeisten Menschen hier zu überhaupt keinem Gott bekennen. Indem der Ethikunterricht insbesondere an Schwerpunktschulen in Magdeburg und Halle durch Islammodule angereichert wird, schaffen wir die Grundlage für einen dialogorientierten, aufgeklärten Unterricht, der auch den Muslima und Muslimen mehr Bildung über ihre Religion ermöglicht.

Vom Bildungsministerium erwarten wir nun die Vorlage eines entsprechenden Konzepts zur Anpassung der Curricula; der Bildungsminister hat dies ja angekündigt. In die Erarbeitung des Konzeptes sollten die Vertreterinnen und Vertreter der Muslime ebenso wie jene einbezogen werden, die im Bereich Prävention islamistischer Radikalisierung tätig sind. Ich erwähne hier als Beispiel das Projekt Salam, das ja auch vom Land gefördert wird.

Den auf Spaltung unserer Gesellschaft gerichteten Antrag der Hassprediger der AfD lehnt meine Fraktion selbstredend ab. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, Herr Farle hat sich ebenso wie ein weiterer Redner zu Wort gemeldet. - Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Es ist sonnenklar, dass die AfD die Religionsfreiheit verteidigt.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Ach! - Hendrik Lange, DIE LINKE: Das haben wir heute gemerkt!)

Das ist sonnenklar, und keiner von uns wird fordern, dass sich die Islamanhänger nicht in ihren

Gebetsräumen treffen, genauso wie das auch Anhänger des jüdischen Glaubens und alle anderen in diesem Land tun können. Was wir nicht wollen, ist, dass sich eine Religion mit einem Alleinherrschaftsanspruch an die Stelle aller anderen setzt.

Es tut mir leid, die Auffassung, dass Islam und Christentum gleichgesetzt werden können, ist natürlich völlig unsinnig. Das Christentum hat eine Aufklärung durchgemacht. Im Christentum wird das, was im Alten Testament steht, auch als Altes Testament gewertet. Die Barmherzigkeit und die Toleranz sind Werte des Christentums, die auch mit unserem Grundgesetz voll kompatibel sind.

Was Sie nicht kapieren und auch nicht kapieren wollen, ist, dass im Islam der Koran als unveränderbares Gesetz aller Muslime gilt. Wenn Sie das nicht wissen, dann wissen Sie gar nichts über diese Religion. In diesem Koran ist eindeutig und unmissverständlich und für alle strenggläubigen Islamanhänger verbindlich das niedergelegt und verankert, was ich vorhin als kritikwürdig und als unvereinbar mit dem Grundgesetz charakterisiert habe. Das wissen Sie nicht, wenn zum Beispiel Sie, Herr Gallert - - Nein, ich will nicht zu Ihnen sprechen.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Das dürfen Sie auch nicht!)

Aber das ist die geschichtliche Entwicklung, die fehlt. Solange der Islam so ist, wie er ist, nämlich dass er keine Veränderung im Verhältnis zu dem duldet, was im Koran niedergelegt ist, so lange kann man ihn mit den anderen Religionen nicht gleichsetzen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Redezeit!)

Ich bitte den Thomas, nachher noch einmal Näheres auszuführen. - Sie wissen gar nicht, worüber Sie in diesem Parlament reden.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, Sie haben noch einmal das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Unter Christen reden wir uns regelmäßig als Geschwister im Glauben an. Ich werde die Anhänger des muslimischen Glaubens nicht als Geschwister in Christo anreden können; aber sie sind genauso Geschwister im Glauben. Sie sind Vertreter einer abrahamitischen Religion. Vor allem die Herabsetzung des Islam aufgrund herausgestellter Unterschiede, Herr Farle, die Sie hier betreiben, ist einfach bodenlos,

(Robert Farle, AfD: Sie rufen zum Mord an Christen auf! Hören Sie auf!)

weil Sie versuchen, einen Loyalitätskonflikt aufzumachen zwischen der Einhaltung der hier vorhan-

denen Gesetze und der Anhängerschaft des muslimischen Glaubens. In der Bibel finden Sie jede Menge grässliche Sätze.

(Robert Farle, AfD: Doch, doch, wir verstehen Sie!)

Sie finden in der offiziellen Lehrmeinung der Katholischen Kirche eine Sichtweise auf Homosexualität, die übrigens bis heute weiterhin gilt, die ich in hohem Maße für intolerant und inakzeptabel halte.

(Robert Farle, AfD: Das ist für Christen nicht vorgeschrieben! Verstehen Sie das nicht?)

Trotzdem gelingt es mir als Katholik, ein Katholik zu sein und dieser Lehrmeinung nicht zu folgen.

An dieser Stelle habe ich großes Vertrauen auch in Muslima und Muslime, dass sie das, was historische Überlieferung ist, von dem rechtlichen Rahmen unterscheiden können, der heute hier gilt. Wie gesagt, da gibt es überhaupt keinen Unterschied. Die drei abrahamitischen Religionen und alle anderen Religionen sind entsprechend den Gesetzen dieses Landes völlig gleich zu behandeln. - Vielen herzlichen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, Herr Loth hat sich jetzt noch gemeldet, ebenso Herr Poggenburg. - Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Ich finde es sehr gut, Herr Striegel, dass Sie heute so ehrlich waren und gesagt haben, wir wollen alle tolerant gegenüber dem Islam sein, also tolerant zu Zwangsehen, zu Kinderehen, tolerant zu Frauen- und Mädchenbeschneidung und tolerant zur Steinigung von Homosexuellen, und dass Sie alle diese hier bei uns begrüßen wollen. Danke, dass Sie so ehrlich waren und das hier gesagt haben.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, wenn Sie darauf antworten möchten, haben Sie jetzt das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Loth, Sie verstehen mich nicht nur falsch; Sie schüren mit Ihrem Missverstehen bewusst den Hass gegen Muslima und Muslime. Das ist nicht akzeptabel; denn was ich hier heute nicht getan habe, ist, Zwangsehen und Kinderehen und Steinigung in irgendeiner Art und Weise für akzeptabel zu halten. Was ich vielmehr für akzeptabel halte und was ich hier vorgetragen habe, ist, dass

Religionsfreiheit in diesem Lande gilt, solange man sich an die Gesetze hält, und darum geht es. Das erwarte ich von Muslima und Muslimen, und diese Erwartungshaltung ist auch nicht falsch, sondern sie wird von den Muslima und Muslimen in diesem Land auch gelebt. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zuruf von Hannes Loth, AfD - Oliver Kirchner, AfD: Das sieht man am Breitscheidplatz, wie sie die gelebt haben!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Jetzt Herr Poggenburg, wenn es noch dabei bleibt.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Loth, Sie sind mit dem, was Sie da tun, ein Hassprediger.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Poggenburg, nun haben Sie das Wort. - Ich bitte doch wieder um mehr Disziplin.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Striegel, Sie haben mir gerade ein gutes Stichwort geliefert, indem Sie von historischen Überlieferungen gesprochen haben. Das ist sehr gut gesagt; denn das kann man beim Christentum so anbringen. Da gibt es tatsächlich - da gehe ich übrigens ganz konform mit Ihnen, auch mit Herrn Gallert - in der Bibel Passagen, die wir heute kategorisch ablehnen müssen und die nicht mit dem Grundgesetz übereinstimmen, vollkommen richtig.

Die Besonderheit ist aber - und das wollen Sie wiederum nicht verstehen -, dass es beim Christentum und beim Islam nur eine Religion gibt, die diese Dinge heute noch praktiziert. Auf dieses Praktizieren kommt es an.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Die Redezeit!)

Schauen Sie doch mal in die Welt. Da brauchen Sie nur mal abends die Nachrichten einzuschalten oder da müssen Sie nur mal mit Leuten sprechen, die aus den Ländern kommen, um zu erfahren, was auf der Welt im Namen des Islam heute noch in Massen an Gräueltaten verübt wird, im Namen des Islam! Das heißt, da wird das praktiziert, was geschrieben steht. Das ist der Unterschied.

Gestehen Sie ein, dass das tatsächlich der Unterschied zwischen Islam und Christentum ist, dass das Christentum eine Phase der Entwicklung, der Veränderung hinter sich hat.

Ich sage das als Atheist. Ich verteidige das Christentum jetzt nicht. Aber das Christentum hat eine Entwicklung hinter sich,

(Siegfried Borgwardt, CDU: Man nennt das auch Reformation!)

- richtig! - hat eine Phase der Säkularisierung hinter sich, die der Islam eben nicht hinter sich hat. Was Sie und Ihre Anhänger wollen, ist,

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Redezeit!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Poggenburg, kommen Sie zum Schluss!

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Redezeit!)

André Poggenburg (fraktionslos):

dass Europa zum Spielball und zum Experimentierfeld wird,

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Poggenburg, kommen Sie zum Schluss! Die Redezeit!

André Poggenburg (fraktionslos):

um eine Säkularisierung nachzuholen. - Danke.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Striegel, Sie haben noch einmal die Möglichkeit, zu antworten.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Poggenburg, ich könnte Ihnen jetzt eine Vielzahl von Beispielen nennen, bei denen im Namen des Christentums wahnwitzige Dinge auch in dieser Zeit begangen wurden.

(Robert Farle, AfD: Ein Beispiel! - Weitere Zurufe von der AfD)

Ich könnte beispielsweise auch den Attentäter von Christchurch nennen, der sich in seinem Töten unter anderem

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

auch auf christliche Bestandteile bezogen bzw. zurückgezogen hat. Ich will das gar nicht tun, denn es wäre überheblich, als Katholik, als der ich hier vor Ihnen stehe, zu behaupten, dass es nicht auch eine schwierige Auseinandersetzung mit der Modernisierung im Christentum gegeben hätte. Die Entwicklungen dazu sind oft gar nicht so alt, sondern durchaus neu. Die historisch kritische Methode der Bibelauslegung und die Exegese sind nichts, was schon eine jahrhundertalte Tradition hätte. Wir erleben sehr moderne Muslima und Muslime in unserem Land, die sich inzwischen auch in Moschee-Gemeinden organisieren.

Mein Verständnis ist sehr klar: Es gibt die Möglichkeit, eine Religion in allen Religionen breit zu missbrauchen. Aber die überwiegende Mehrheit der Religionsanhänger weltweit lebt friedlich miteinander. Das ist auch gut und das soll so bleiben. Deswegen dürfen Menschen wie Sie nie an die Macht kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Herrn Striegel für seinen Redebeitrag. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt die Abg. Frau Gorr. Frau Gorr, Sie haben das Wort.

Angela Gorr (CDU):

Danke schön, Herr Präsident. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Uns liegen heute zwei Anträge vor: der Antrag der AfD „Kein Islamunterricht in Sachsen-Anhalt“ und der Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE „Verbindlicher Ethikunterricht an allen öffentlichen Schulen“.

Minister Tullner hat bereits auf den Prüfauftrag im Koalitionsvertrag und auf das Prüfergebnis des Ministeriums hingewiesen. Frau Abg. Kolb-Janssen hat das Konzept erwähnt, das wir im Juni erwarten. Die rechtlichen Gründe dafür, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Voraussetzungen zur Einführung eines reinen Islamunterrichts nicht gegeben sind, hat uns Minister Tullner ausführlich vorgetragen.

Die Vermittlung von vertieften Kenntnissen über den Islam im Ethikunterricht halte ich für einen guten und richtigen Schritt, der vor allem auch zum gegenseitigen Verständnis von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichem oder nicht vorhandenem religiösen Hintergrund beitragen soll. Ebenso halte ich zusätzliche Fortbildungsangebote dazu für sinnvoll und unverzichtbar. Bildung umfasst dabei natürlich auch durchaus kritische Einschätzungen.

Die AfD - das hat sich gezeigt und wir haben es vorhergesehen - nutzt ihren Antrag einmal mehr zu Agitationszwecken. Die Fraktion DIE LINKE nutzt ihren Antrag ebenso, um einen für alle verbindlichen wertevermittelnden Unterricht zu fordern. Die Fraktion tat sich schon immer schwer mit dem katholischen und evangelischen Religionsunterricht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir als Koalitionsfraktion lehnen daher beide Anträge ab.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich als Bildungspolitikerin erwarte, dass an unseren Schulen auch Informationen über die Weltreligionen vermittelt werden, was auch schon jetzt erfolgt, sei es im Religions-, im Ethik- oder

auch im Geschichtsunterricht. Etliche Punkte hat Minister Tullner bereits benannt.

Ich möchte meine kurze Rede mit der Bemerkung abschließen: Ethische Fragen von Toleranz und Akzeptanz würden im Übrigen auch diesem Parlament guttun. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich der Abg. Frau Gorr für ihren Redebeitrag. - Für die AfD-Fraktion hat noch einmal Herr Dr. Tillschneider das Wort. Bitte schön.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Minister, danke für die Belehrung. Ich weiß schon, dass der Religionsunterricht aus formalen Gründen abgelehnt wurde. Aber ob formal oder nicht: Er wurde abgelehnt. Das ist das Wichtige. Dass er aus formalen Gründen abgelehnt wurde, dass sozusagen formale Unstimmigkeiten bestehen, liegt wohl auch an der kulturellen Fremdheit. Sie können es drehen und wenden wie Sie wollen: An der kulturellen Fremdheit des Islams kommen Sie nicht vorbei.

(Zustimmung bei der AfD)

Frau Kolb-Janssen, Sie und auch der Minister haben erklärt, dass Sie natürlich keinen islamischen Religionsunterricht einführen wollen. Dieser Satz klingt in meinen Ohren ein wenig wie der historische Satz: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“

Denn von Vertretern der GRÜNEN- und der SPD-Fraktion wurde doch schon gefeiert - oder ich habe mich verlesen; jedenfalls stand es so in der Zeitung -, dass diese Islammodule im Ethikunterricht eine Vorstufe zur Einführung von islamischem Religionsunterricht sein sollen. Sie lassen also erklärtermaßen nicht ab von Ihrem Ziel, und dann wollen Sie uns hier erklären, niemand habe die Absicht, islamischen Religionsunterricht einzuführen.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!)

Ich komme zu dem Argument von Frau Kolb-Janssen bezüglich der Integrationswirkung von islamischem Religionsunterricht. Das hat noch nie funktioniert. In der Türkei hat man genau den gleichen Ansatz verfolgt und hat jahrzehntelang versucht, mit staatlichen Imamen einen säkularen Reformislam zu etablieren. Das Ergebnis sehen Sie heute: Aus der Türkei ist ein fundamentalistischer Religionsstaat geworden. Mir ist in der gesamten Geschichte kein Beispiel bekannt, bei dem dieser Ansatz funktioniert hätte. Aber das wissen Sie besser als ich.

Nun zu Herrn Gallert. Ich habe überhaupt nichts gegen Menschen, die sich dem islamischen Glauben verbunden fühlen. Ich habe aber etwas gegen Islamverbände, die freche Forderungen erheben, Druck auf die Politik ausüben und von uns erwarten, dass wir ihren Wünschbarkeiten willfahren. Stellen Sie sich einmal vor, ein christlicher Religionsvertreter würde in der Türkei so ähnlich auftreten. Dem würde ein ganz anderer Wind entgegenwehen und da würden ganz andere Reden gehalten als meine. Es gilt, auch das immer im Blick zu haben.

Ihr Antrag ist überhaupt nicht der Rede wert. Wer das Christentum und den Islam über einen Kamm schert, der zeigt, dass er gar nichts verstanden hat und dass er für die kulturelle Fremdheit des Islams überhaupt keinen Sinn hat.

Von der gleichen Blindheit ist auch Kollege Striegel geschlagen.

(Zustimmung bei der AfD)

Ich frage mich, woher das kommt. Es besteht irgendwie die Vorstellung, dass die Religionen geschichtslos und kulturlos in einem sterilen Raum als gleichgültige Sinnangebote bereitliegen und man sich für das eine heute und für das andere morgen entscheiden kann. Das ist abstrakt. Das ist linke Fantasterei. Religionen sind Kultur, sie haben eine Geschichte, sie sind verwurzelt. Man kann sie nicht einfach von hier nach da versetzen, wie es einem beliebt. Das ist alles linke Fantasterei.

(Beifall bei der AfD)

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung, Herr Striegel: Sie tragen Ihren Katholizismus immer wie eine Monstranz vor sich her.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: So ist es üblich unter Katholiken!)

- Ja, aber Sie sind ein schlechter Katholik, Herr Striegel. Halten Sie sich einmal an Kardinal Sarah, den ich für einen sehr guten Katholiken halte. Der hat nämlich neulich gesagt: „Gott wollte keine Migration.“ - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Dr. Tillschneider für diesen letzten Redebeitrag.

Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Einen Antrag auf Überweisung in einen Ausschuss konnte ich nicht wahrnehmen. Dann stimmen wir jetzt direkt über den Antrag der Fraktion AfD, vorliegend in Drs. 7/4124, ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalition und die Fraktion DIE

LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Eine Stimmenthaltung aus der CDU-Fraktion. Damit hat dieser Antrag keine Mehrheit erhalten.

Wir stimmen jetzt über den Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE, vorliegend in Drs. 7/4158, ab. Wer für diesen Alternativantrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. - Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalition und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Sehe ich keine. Damit hat auch dieser Antrag keine Mehrheit erhalten. Der Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Wir gehen jetzt, wie bereits angekündigt, in die Mittagspause und sehen uns wieder um 14 Uhr.

Unterbrechung: 12:55 Uhr.

Wiederbeginn: 14 Uhr.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 21

Beratung

Illegalen Müllentsorgungen vorbeugen und diese konsequent ahnden

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/4122**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4191**

Einbringer des Antrages ist der Abg. Herr Olenicak.

(Zustimmung bei der AfD)

Herr Olenicak, Sie haben das Wort.

Volker Olenicak (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! „Illegalen Müllentsorgungen vorbeugen und diese konsequent ahnden“, so lautet der Antrag der AfD-Fraktion in der Drs. 7/4122.

Illegal entsorgter Müll aller Art ist ein unrühmliches Aushängeschild für das Land Sachsen-Anhalt. Diese Form der Müllentsorgung stellt eine Gefahr für Menschen, Tiere und unsere Umwelt dar.

(Zustimmung bei der AfD)

Illegal entsorgter Müll findet sich überall verstreut in unserer Kulturlandschaft, vor allem dort, wo ihn verantwortungslose Zeitgenossen heimlich, still und leise abladen und verschwinden lassen können oder auch gedankenlos einfach wegwerfen.

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Zum Beispiel Zigaretten vorm Landtag!)

Über die Dimension der Vermüllung gibt die Antwort auf die Kleine Anfrage meines Kollegen Hannes Loth in der Drs. 7/3938 zum Teil erschreckende Auskunft. Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld fielen im Jahr 2018 zum Beispiel 411 t an gemischten Siedlungsabfällen, Bauschuttabfällen, Teerpappen, asbesthaltige Baustoffen, Dämmstoffen und Chemikalien an. Der Saalekreis mit 564 t und der Bördekreis mit 570 t nahmen im Jahr 2018 den traurigen Spitzenplatz bei der illegalen Müllentsorgung ein.

Dabei handelt es sich teilweise um gefährliche Abfälle, die in der Landschaft entsorgt worden sind. Die Vielfalt der Abfälle und des Mülls birgt auch mannigfaltige Gefahren. Nicht nur für Menschen ist dieser Müll gefährlich, vor allem Wildtiere können dadurch verletzt werden oder kommen zu Tode. Ich erinnere an dieser Stelle an die Afrikanische Schweinepest. Durch den Transitverkehr können infizierte Lebensmittel in die Umwelt gelangen und von Wildschweinen gefressen werden.

Chemikalien kontaminieren den Boden und das Grundwasser. Kompostierte Abfälle enthalten oft Samen, Wurzeln und Sprosstteile invasiver Neophyten und sorgen für deren Weiterverbreitung.

Die Höhe der Kosten für die Beseitigung derart etablierter Pflanzenbestände kann bisher nur ansatzweise definiert werden. Im Hinblick auf die Kosten der Beseitigung der illegalen Müllablagerungen gibt es in der genannten Drs. 7/3938 einige aufschlussreiche Zahlen.

Zunächst sei noch die geradezu ungeheuerliche Basiszahl genannt: Durchschnittlich 19 527 t Müll je Landkreis wurden von 2014 bis 2018 in Form von Autos und deren Teilen, Asbest, Bauabfällen Altholz, Chemikalien, Dachpappen, Dämmmaterialien Elektrogeräten, Farben, Lacken, Sperrmüll, Siedlungsabfällen und Kompostabfällen in Sachsen-Anhalt abgeladen.

Die Kosten für die Entsorgung dieser illegalen Müllablagerungen überschritten im Jahr 2018 bei vier Landkreisen unseres Bundeslandes die Grenze von 100 000 € teilweise erheblich. Bei einer Betrachtung der Entwicklung ist festzustellen, dass die Kosten für die Entsorgungen illegalen Mülls in den Landkreisen im Zeitraum von 2014 bis 2018 teilweise angestiegen sind. Überwiegend haben sich diese Kosten auf einem hohen Niveau stabilisiert.

In den letzten vier Jahren hat die Entsorgung die Landkreise insgesamt einen Betrag in Höhe von 5 Millionen € gekostet. Die Kosten für die Ermittlung der illegalen Entsorger kommen noch hinzu. Diese Kosten konnte nur der Landkreis Mansfeld-Südharz überhaupt beziffern; dort lagen sie bei

einer Summe von 108 822 €. Die Kosten für die Ermittlung der Verursacher sind folglich noch nicht in den Gesamtkosten für die Entsorgung der illegalen Müllablagerungen für das Bundesland Sachsen-Anhalt enthalten.

Als Beispiel sei noch einmal Nordrhein-Westfalen genannt. Dort fallen rund 16 000 t Müll jährlich an, dessen Entsorgung das Land Nordrhein-Westfalen 40 Millionen € kostet. Im Land Sachsen-Anhalt sind es ca. 4 800 t. Die wahren Entsorgungskosten dürften auch für Sachsen-Anhalt höher sein.

Warum liegen mit Blick auf die Kosten für die Ermittlung der Verursacher keine verwertbaren Daten vor? - Das liegt an der mangelnden Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema.

Alle genannten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Wenn jemand Gegenstände des Hausmülls oder des Sperrmülls außerhalb einer dafür zugelassenen Abfallbeseitigungsanlage behandelt, lagert oder ablagert, dann kommt für ihn die Verhängung eines Bußgeldes nach § 69 Abs. 1 Nr. 2 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Betracht. Wenn diese Ablagerung fahrlässig oder sogar vorsätzlich geschehen ist, dann darf die zuständige Verwaltungsbehörde gegen den Verursacher ein Bußgeld in Höhe von bis zu 100 000 € verhängen. Unter Umständen liegt sogar eine Straftat vor. Illegale Müllablagerung ist kein Kavaliersdelikt. Jedoch vermochte es die Strafandrohung bisher nicht, die illegalen Müllablagerungen einzudämmen.

Aber wie viele Verursacher konnten in den Jahren von 2014 bis 2018 in den Landkreisen und den kreisfreien Städten ermittelt werden? - Die vier Spitzenplätze nahmen hierbei Dessau mit 853 Tatverdächtigen, Wittenberg mit 597 Tatverdächtigen, der Landkreis Börde mit 576 Tatverdächtigen und der Landkreis Anhalt-Bitterfeld mit 298 Tatverdächtigen ein. Hierzu möchte ich noch ergänzend anmerken, dass sich die durchschnittliche Menge des abgeladenen Mülls je Schadensverursacher im Tonnenbereich bewegt.

Weiterhin stellt sich die Frage, wie viele Ordnungswidrigkeitsverfahren bzw. Strafverfahren gegebenenfalls vollzogen und abgeurteilt werden konnten. Anhalt-Bitterfeld hat 298 Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet und 151 abgeschlossen sowie neun Strafverfahren eingeleitet und davon acht abgeschlossen. Der Altmarkkreis Salzwedel hat 41 OWi-Verfahren eingeleitet und abgeschlossen sowie ein Strafverfahren eingeleitet und abgeschlossen. Weiterhin leitete der Landkreis Jerichower Land 78 OWi-Verfahren ein und schloss 54 ab. Der Landkreis Mansfeld-Südharz konnte zehn OWi-Verfahren einleiten und fünf abschließen.

Diese niedrige Aufklärungsrate konnte und kann nicht ausreichen, um wirkungsvoll von illegaler Müllentsorgung abzuschrecken. Die Ermittlungen müssen folglich ausgeweitet, empfindlichere Strafen verhängt werden.

Es stellt sich die Frage, mit welchen Motiven die Bürger den Müll illegal entsorgen. Ist es Faulheit? Sind es finanzielle Interessen? Werden illegale Handlungen verschleiert? Oder stecken schlichtweg kriminelle Energien dahinter? Die „Mitteldeutsche Zeitung“ vermutete am 1. März 2019 gar dubiose Handwerker.

Diese Fragen werden wir hier nicht beantworten können. Jedoch kann festgestellt werden, dass diese mittelalterliche Vermüllung nun überhaupt nicht zu der Kampagne des Landes Sachsen-Anhalt mit dem modernen Denken passt. So darf es nicht weitergehen.

Deshalb möchten wir, dass das Ministerium eine Sonderarbeitsgruppe, die Soko Müll, einrichtet. Den Kommunen und den Landkreisen soll diese Gruppe, welche aus einem Staatsanwalt, einem Pädagogen, einem Kriminalisten und einem Abfallexperten besteht, bei der Ermittlung und Ahndung der Täter helfen. Als Kernaufgabe soll eine Erfassungsgrundlage geschaffen werden, mit der die verantwortlichen unteren Abfallbehörden schneller und einfacher handeln können.

Außerdem sind in öffentlichen Einrichtungen Aufklärung und Prävention zu betreiben sowie die Ergebnisse und Erfahrungen zu dokumentieren. Denn das Verantwortungsbewusstsein unserer Bürger muss für diese Problematik sensibilisiert werden. Anstatt dem Greta-Hype hinterherzulaufen und die Schule zu schwänzen, sollten Kinder und Jugendliche motiviert werden, an einer sauberen Umwelt aktiv mitzuarbeiten.

(Zustimmung bei der AfD)

Hierzu könnten themenbezogene Projektstage einen Teil beitragen. Um dies zu realisieren, soll im Haushaltsplan 2000/2021 ein Betrag von mindestens 1 Million € jährlich eingeplant werden. Diese Gelder sollen die Kommunen direkt bei der Detektion, Beräumung und Entsorgung unterstützen sowie ihnen bei der Ermittlung der Verursacher helfen. Wir dürfen die Kommunen und Kreise hierbei nicht mehr allein lassen.

Durch die abschreckende Wirkung von deutlich mehr aufgeklärten Taten und der konsequenten Verhängung von empfindlichen Strafen könnte die illegale Müllablagerung erheblich eingedämmt werden und könnten langfristig Kosten eingespart werden.

Ich möchte hierbei auch auf die Erfahrungen der Stadt Hagen in Nordrhein-Westfalen verweisen, die viele Varianten erprobt hat, um dieses Pro-

blems Herr zu werden. 16 Müllsheriffs werden jetzt in der Stadt patrouillieren und an Ort und Stelle sofort Verwarn- und Bußgelder kassieren. Für die Hagerer Bürger wird dadurch aber auch die Müllgebühr etwas steigen.

Ich bitte Sie, diesem Sachantrag zuzustimmen und damit ein deutliches Zeichen gegen illegale Müllentsorgung zu setzen.

(Beifall bei der AfD)

Ich empfehle, den von der Kenia-Koalition bemühten Alternativantrag in der Drs. 7/4191 abzulehnen, da dieser keine neuen Lösungsansätze enthält. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Olenicak für die Einbringung des Antrages.

Volker Olenicak (AfD):

Ich hatte noch drei Sekunden Redezeit.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

In der Debatte ist eine Redezeit von drei Minuten je Fraktion vorgesehen. Für die Landesregierung spricht die Ministerin Frau Prof. Dr. Dalbert. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Illegale Abfallablagerungen stellen in der Tat eine Gefährdung für unsere Umwelt dar. Deswegen begrüße ich außerordentlich das bürgerliche Engagement vieler, gerade junger Menschen in ihrer Freizeit, die bei Cleanup Days in unseren Wäldern und an unseren Flüssen Abfall einsammeln und so für eine saubere Umwelt sorgen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ein paar Worte zur Rechtslage. Den Landkreisen und den kreisfreien Städten obliegt im eigenen Wirkungskreis die Entsorgung der in ihrem Gebiet angefallenen Abfälle und natürlich auch die Abfallberatung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Kosten für die Beseitigung auch verbotswidrig abgelagerter Abfälle können über Gebührenrechnungen auf alle Gebührenzahler umgelegt werden. - So weit kurz zur Rechtslage.

Anders als der vorliegende Antrag suggeriert, besteht das Problem nicht darin, dass die Landkreise und die kreisfreien Städte nicht willens wären oder gar nicht fähig seien, die Verursacher von Müllablagerungen zu ermitteln. Vielmehr ist es

häufig tatsächlich unmöglich, herauszufinden, wer den Müll in der Umwelt abgelagert hat. Dabei hilft auch keine Sonderarbeitsgruppe, keine Soko oder sonst irgendetwas.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich denke, wir müssen auch nicht unsere Landkreise und kreisfreien Städte mit zusätzlichen statistischen Erfassungs- und Berichtspflichten zu nachdrücklichem Handeln anhalten. Unsere Landkreise und kreisfreien Städte handeln nachdrücklich. Das wichtigste Moment dabei ist die Prävention. Die Prävention läuft über die Abfallberatung. Diesem Anspruch sind sich unsere Landkreise und kreisfreien Städte auch überaus bewusst. Wenn Sie sich die Internetauftritte ansehen, werden Sie feststellen, dass 65 Abfallberater und -beraterinnen von den Landkreisen und den kreisfreien Städten beschäftigt werden.

Daher lehne ich den Antrag der Fraktion der AfD ausdrücklich ab. Ich befürworte den Alternativantrag der Regierungsfractionen, weil darin Wege aufgezeigt werden, wie wir noch mehr Bürgerinnen und Bürger für dieses Problem sensibilisieren können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, einen Moment bitte. Herr Olenicak hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Olenicak, Sie haben das Wort.

Volker Olenicak (AfD):

Frau Ministerin, Sie sagten, dass viele Verursacher nicht ermittelt werden können. Aber, wie ich vorhin erwähnt hatte, sind zum Beispiel im Landkreis Anhalt-Bitterfeld 298 Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet worden.

Es wurden aber nur 151 zum Abschluss gebracht. Ich denke, angesichts des großen Deltas von 50 % ist es schon gerechtfertigt, dass eine aktive Nachverfolgung stattfindet, weil scheinbar doch viele Täter ermittelt werden können.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Sie haben jetzt über einen anderen Fall berichtet. Sie haben darüber berichtet, dass Täter ermittelt werden können, dass gegen sie ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet wird und dass unsere rechtsstaatlichen Instrumente dieses Ordnungswidrigkeitsverfahren nicht zu Ende führen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Leider!)

Volker Olenicak (AfD):

Es geht darum, wie man das eben abstellen könnte, damit man das wirklich zu Ende führt, wenn wir schon die Verursacher ermitteln können, um hier vielleicht einerseits über empfindliche Strafen eine Prävention zu erzeugen und andererseits die Kosten für den restlichen Abfall noch mit herauszubekommen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben noch einmal das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Zum einen leben wir in einem Rechtsstaat und Sie beschreiben ein rechtsstaatliches Verfahren. Zum anderen - das haben Sie im Antrag auch ausgeführt; darin bin ich explizit bei Ihnen -, haben wir in der Tat eine sehr große Menge Müll, zum Teil auch von gefährlichem Müll, der illegal in der Umwelt abgelagert wird, bei dem wir aber die Täter eben nicht ermitteln können. Das ist ja das Hauptproblem.

(Daniel Roi, AfD: Deswegen haben wir den Antrag gestellt!)

Sie können bei vielen Sachen nicht ermitteln, wer es dorthin gebracht hat.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Frau Ministerin für die Stellungnahme der Landesregierung. - Für die Fraktion der CDU spricht der Abg. Herr Schumann. Herr Schumann, Sie haben das Wort.

Andreas Schumann (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Sie mit dem Auto unterwegs sind, dann müssen Sie nur einmal einen Blick in den Straßengraben werfen, damit Ihnen klar wird, dass wir ein Problem haben.

(Zustimmung bei der AfD)

McDonalds-Müll liegt überall auf der Straße. Wenn sie am Sonntagvormittag zur Kirche fahren - ich tue das manchmal -, dann sehen Sie, was vom Discobesuch so übrig geblieben ist. Fernfahrer entsorgen an den Abfahrten, an den Ampeln mal schnell ihren Müll so aus dem Fenster heraus. Sie brauchen nur einmal an Ampelkreuzungen an Autobahnen zuschauen.

Aber, meine Damen und Herren, fängt es nicht beim achtlosen Wegwerfen der Zigarettenskippe an, über abgestellten Müll am Waldesrand bis hin zum Entsorgen eines Schrottwagens in Wald und Flur?

Die Zuständigkeit für diese illegalen Müllablagerungen liegt gemäß § 11 des Abfallgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt bei den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern. Die Kosten für die Entsorgung bleiben demnach erst einmal bei der Stadt bzw. bei den Landkreisen hängen. Diese werden dann schließlich umgelegt. Letztlich zahlen wir alle zusätzlich für den Müll einzelner Unbelehrbarer.

Alle aktiven Kommunalpolitiker unter uns wissen, es gibt mittlerweile viele Konzepte, die auch mit dem deutschen Städte- und Gemeindebund diskutiert und erarbeitet worden sind. Die Städte und Landkreise setzen auf Prävention in der Öffentlichkeit bzw. bei den Multiplikatoren, zum Beispiel die Organisation von Aufräumtagen, wie die zurzeit in Magdeburg laufende Aktion „Magdeburg putzt sich“, die oft in Verbindung mit Vereinen und öffentlichen Einrichtungen organisiert werden, und natürlich auf das Mittel der Repression.

Meine Damen und Herren! Diese Schwerpunkte sind uns allen eigentlich bekannt. Sie zeigen sehr deutlich, dass unsere Kommunen schon lange begriffen haben, dass die illegale Müllentsorgung ein Problem ist. Jetzt ist doch die Frage: Was können wir als Land tun, um unsere Kommunen zu unterstützen? - Zuerst halte ich eine intensivere Prävention und Sensibilisierung im Kindesalter, zum Beispiel in den Kitas und in den Schulen, für zielführend.

Hier kann auch die Aktion Fridays for Future etwas tun. Ich habe gestern per Facebook Kontakt zu Fridays for Future Magdeburg aufgenommen und ihnen angeboten, dass wir einmal gemeinsam in Magdeburg Müll sammeln gehen und anschließend in die Diskussion kommen.

(André Poggenburg, fraktionslos: Aber nicht während der Schulzeit! Am Wochenende!)

Vielleicht würde das helfen, Positionen von Politikern zu verstehen, und wir verstehen dann vielleicht auch die Positionen der jungen Menschen besser und wir tun dabei etwas Gutes. Das war meine Idee. Bisher habe ich noch keine Antwort,

(André Poggenburg, fraktionslos: Da wird auch keine kommen!)

aber das wird vielleicht noch passieren.

Wir müssen die Abfallwirtschaftsbetriebe und die Kommunen dabei unterstützen, eine Struktur der einfachen, flächendeckenden und kostengünstigen Rückgabemöglichkeit zu schaffen. Denn wenn sie kostengünstig ist, dann gibt es weniger Gründe, dies einfach in die Natur zu kippen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem Alternativantrag der Koalitionsfraktionen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Schumann für seinen Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Eisenreich. Frau Eisenreich, Sie haben das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Danke schön. - Meine Damen und Herren! Illegale Müllablagerungen sind ein großes Ärgernis, sehen nicht schön aus und bergen vor allem auch immense Gefahren für die Umwelt und Gesundheit. Jeder hat dies sicherlich schon wahrgenommen.

Das beginnt im Übrigen - mein Vorredner hat es schon angesprochen - mit dem Wegwerfen von Einwegbechern, Einweggeschirr an Autobahnauf- und -abfahrten, mit Hausmüll in vollgestopften Papierkörben im öffentlichen Raum und reicht bis hin zur Ablagerung von Haushalts-, Gewerbe- und Sperrmüll, Bauschutt, Reifen, Chemikalien, Autos usw. an Wegrändern, auf Feldern, in Wäldern und in Parks.

Dies zeugt von einem völlig verantwortungslosen Handeln und zum Teil erheblicher krimineller Energie. Denn wer tonnenweise Wellasbest in der Natur entsorgt - solche Fälle nehmen in letzter Zeit unter anderem im Saalekreis zu -, der tut dies ganz bewusst. Dabei werden nicht nur die Kosten für eine geordnete Entsorgung umgangen, sondern die Umwelt belastet und Gesundheitsgefährdungen für die Menschen in Kauf genommen.

Zugleich wälzen jene die Kosten für die ordnungsgemäße Entsorgung auf die Allgemeinheit ab. Schließlich sind die Umweltämter der Landkreise und der kreisfreien Städte für die Abfallentsorgung mit den entsprechenden Unternehmen zuständig.

Gelingt es nicht, die Verursacher mit Ordnungsamt und Polizei zur Verantwortung zu ziehen - das ist wohl öfter die Regel -, dann werden die zusätzlich entstandenen Kosten auf die Abfallgebühren umgelegt, die damit für die Menschen in den Landkreisen steigen werden. Wer auf kommunaler Ebene tätig ist, der kennt diese Abläufe.

Allerdings sehen wir die mit dem Antrag eingebrachte Idee einer Sonderarbeitsgruppe im Umweltministerium nicht als zielführend an. Offenbar trauen die Antragsteller den zuständigen Umweltbehörden und Abfallentsorgern und auch den hinzugezogenen Ermittlungsbehörden nicht zu, ihre Arbeit ordnungsgemäß durchzuführen. Das kann ich als Mitglied des Kreistages in meinem Landkreis so nicht bestätigen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Problematik illegaler Müllablagerungen zeigt jedoch auf ein anderes Problem, das wir LINKEN

seit langer Zeit immer wieder aufwerfen, nämlich auf die personelle und finanzielle Ausstattung der Landkreise und der kreisfreien Städte und die personelle Situation bei der Polizei. Dazu haben wir eine ganze Reihe von Vorschlägen in den Landtag eingebracht.

Die Verbesserung an diesen Stellschrauben dient nicht nur der Schadensbeseitigung, sondern vielmehr auch der Prävention. Diese ist dringend zu intensivieren. Dazu kann übrigens jeder, auch jeder hier im Saal, etwas beitragen,

(Zustimmung bei der LINKEN)

auch die kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die dies nämlich vor Ort auch tun.

Aber gut, das scheinen hier im Saal noch nicht alle zu wissen. Sie werden wohl erst noch lernen müssen, dass es nicht reicht, gegen alle und alles zu wettern, sondern dass sie selbst Verantwortung übernehmen müssen, insbesondere auf kommunaler Ebene.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Letztlich sind illegale Müllablagerungen ein Symptom. So wichtig sachgerechte Entsorgung und Ermittlung der Verursacher sind, so dringend müssen wir an die Ursachen heran. Vorrangig sind doch Vermeidung, Recycling, stoffliche und nachrangig energetische Verwertung und erst dann Entsorgung von Materialien. Dazu verlieren Sie kein Wort.

Wir lehnen Ihren Antrag ab. Dem Alternativantrag der Koalitionsfraktionen, der zwar nicht so wirklich aussagekräftig ist, stimmen wir zu. - Danke.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Eisenreich, Herr Loth hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrte Frau Eisenreich, wir stellen natürlich nicht die Kompetenz oder den Willen der Behörden infrage, diese Müllablagerungen usw. zu verfolgen. Wir stellen nur in Abrede, dass sie ausreichend Zeit dafür haben, alle möglichen Sachen auch anzuwenden. Deshalb wollen wir einfach eine Taskforce haben, die sie dabei unterstützt, die auch an die Schulen geht, die Prävention betreibt usw. Lesen Sie den Antrag einfach noch einmal durch, dann werden auch Sie verstehen, wo wir hinwollen. - Danke schön.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Eisenreich, Sie haben noch einmal das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Das entbehrt eigentlich jedes Kommentars.

(Zustimmung bei der LINKEN - Lachen bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Frau Eisenreich für ihren Redebeitrag. - Für die SPD spricht der Abg. Herr Barth. Herr Barth, Sie haben das Wort.

Jürgen Barth (SPD):

Danke, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der AfD ist inhaltlich nach unserer Auffassung abzulehnen, da die vorgeschlagene Herangehensweise wohl kaum zum Ziel führt. Dennoch ist das Thema durchaus bedeutend. Insofern ist es auch wichtig, dass wir uns im Landtag mit der illegalen Müllentsorgung beschäftigen und auf die damit verbundenen Gefahren für die Umwelt aufmerksam machen.

Meine Damen und Herren! Jeden Tag begehen Menschen, meist aus Unachtsamkeit, Ordnungswidrigkeiten, indem sie Kippen ins Gras oder ein Taschentuch nicht in den Mülleimer werfen. Wer seinen Müll auf die Straße wirft oder im Wald entsorgt, begeht in der Regel eine Ordnungswidrigkeit.

Nach § 362 des Strafgesetzbuches ist das illegale Wegwerfen von Müll keine Straftat, soweit ausgeschlossen ist, dass der Abfall keine dauerhaft schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt hat. Aber auch diese Ordnungswidrigkeit kann durchaus teuer werden.

Für das Wegwerfen geringer Mengen von bis zu 0,5 kg, welches auch Pappbecher, Zigarettenschachteln und Taschentücher umfasst, sieht das Ordnungsrecht regelmäßig ein Bußgeld von 20 € vor. Für das illegale Abladen mehrerer Gegenstände wie Schränke, Badewannen oder Kühlschränke können bis zu 2 500 € fällig werden. Wer gegen Artikel 69 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes verstößt, der kann mit bis zu 100 000 € belangt werden.

Das Ordnungsrecht ist hier also sehr weitgehend und soll abschreckend wirken. Es mangelt jedoch mitunter in der Tat an der Umsetzung. Hier sind die zuständigen Abfallbehörden und Ordnungsämter derart zu ertüchtigen, dass effizient gegen Umweltsünder vorgegangen wird.

Meine Damen und Herren! Jährlich geben die Landkreise Unsummen aus, um illegal entsorgten Müll zu beseitigen und ihn dann einer Verwertung zukommen zu lassen. Die Antwort der Landesregierung auf die Anfragen der beiden AfD-Abgeordneten belegen dies. Es gibt hierbei durchaus regionale Unterschiede.

Ob es dafür aber der Einrichtung einer Sonderarbeitsgruppe beim Ministerium für Umwelt, Land-

wirtschaft und Energie bedarf, wage ich zu bezweifeln. Sicherlich ist es richtig, wenn den Aufgabenträgern vonseiten des Landes Hilfeleistungen zum Beispiel in Form von Infoveranstaltungen oder gegebenenfalls Leitfäden angeboten werden und die Bevölkerung durch Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert wird. Das sollte aber alles effizient erfolgen. Denn die finanziellen Mittel sowohl für Personal als auch für die sachliche Ausstattung sind begrenzt.

Mit dem Alternativantrag tragen die Koalitionsfraktionen diesem Umstand Rechnung und erkennen die Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung an. Wir sind davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist. In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung zu unserem Alternativantrag. - Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Barth für den Redebeitrag. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Aldag. Herr Aldag, Sie haben das Wort.

Wolfgang Aldag (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Die relevante Frage, für die wir eine Lösung finden müssen, ist: Wie verhindern wir illegale Müllentsorgung?

(Lydia Funke, AfD: Ach!)

Denn diese zu reduzieren, zu ahnden und vorzubeugen, das ist doch Konsens. Zwar sind gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz die Landkreise und die kreisfreien Städte die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger. Trotzdem wollen wir als Landespolitik aufmerksam bleiben, wo in unseren Zuständigkeiten konstruktive Effekte zur Lösung dieses Problems möglich sind.

Der Antrag der AfD ist da etwas un kreativ. Das überrascht ein wenig; denn Sie haben viele Kleine Anfragen gestellt, genügend zeitlichen Vorlauf gehabt, und nun wird eigentlich hauptsächlich vorgeschlagen, Landesgeld in die Hand zu nehmen und eine Taskforce zu gründen.

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Diese soll dann die Kommunen in ihrer Aufgabe, bei der Analyse und der Aufklärungsarbeit, bei der Strafverfolgung sowie bei der Beräumung unterstützen.

Sie haben sich in den Kleinen Anfragen extra auflisten lassen, welcher Art der illegal entsorgte Müll ist. Jetzt kommen keine konkreten Vorschläge zur Vermeidung dieses Mülls. Recyclingpotenzial oder bessere Rückgabemöglichkeiten, all das

sprechen Sie überhaupt nicht an. Wo bleibt zum Beispiel Ihr Engagement für Produktdesigns bei Elektrogeräten, die Reparaturen einfacher machen, oder zu Rücknahmemöglichkeiten in Elektrofachgeschäften oder öffentlichen Einrichtungen?

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE, und bei der LINKEN)

Nichts von dem ist in Ihrem Antrag zu sehen. Ich sage es noch einmal: Sie wollen lediglich im Haushalt 1 Million € einsetzen, um eine Taskforce zu gründen. Ich glaube, das reicht nicht aus. Sie wissen auch, dass die Strafverfolgung eben ihre Grenzen hat. Das wissen Sie genau. Jetzt noch einmal etwas oben drauf zu packen, ich glaube, das macht keinen Sinn.

Mit unserem Alternativantrag setzen wir auf Aufklärung, auf Prävention, auf Recycling, auf eine gute Infrastruktur von Annahmemöglichkeiten, eine funktionierende Abfallkreislaufwirtschaft sowie auf Instrumente zur Abfallvermeidung, zum Beispiel die Unterstützung von Unverpackt-Läden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Denn, meine Damen und Herren, Müll, der erst gar nicht entsteht, kann auch nicht illegal entsorgt werden. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Aldag, Herr Loth hat sich noch zu Wort gemeldet. - Nein. - Herr Loth, Sie können noch eine Kurzintervention machen. Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Der Beitrag von Herrn Aldag hat gezeigt, wie wichtig unser Antrag ist; denn die Bildung, um den Menschen zu zeigen, wo man Müll abgeben kann, hat auch Herr Aldag anscheinend nicht richtig gemessen. Bei uns kann auf dem Wertstoffhof sämtlicher Müll abgegeben werden. Die EU hat gesagt, dass Elektrogeräte bis zu einer gewissen Größe bei den Verkäufern abgegeben werden können usw. Es ist also klar, dass wir ein Recht darauf haben. Herr Aldag, Sie müssen unserem Antrag zustimmen; denn Sie haben selbst gemerkt, dass Sie noch Bildungsdefizite beim Müll haben, die Sie mit unserem Antrag ausbügeln können. - Danke schön.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Ich danke Herrn Aldag für den Redebeitrag. Für die AfD-Fraktion spricht die Abg. Frau Funke.

(Zustimmung bei der AfD)

Frau Funke, Sie haben das Wort.

Lydia Funke (AfD):

Danke schön, Herr Präsident. - Sehr geehrte Abgeordnete! Mann, Mann, Mann, kann ich dazu nur sagen. Es ist so ein einfacher Antrag, aber man scheint das eigentliche Problem nicht verstanden zu haben.

Frau Ministerin, Ihnen zufolge bleibt am besten alles beim Alten. Wenn ich die Autobahnen und Landstraßen nur hinauf- und hinabfahre, dann wird sich daran auch nichts ändern.

Der Sinn unseres Antrages ist eben, Lösungen für die Ermittlung von Verursachern zu erarbeiten. Dazu ist es eben auch notwendig, sich einmal mit den entsprechenden Akteuren zusammzusetzen und lückenhafte Statistiken und Datensätze mit empirischen Daten aufzufüllen. Das ist Sinn und Zweck unseres Antrages, den Sie leider nicht verstanden haben oder, weil er von der AfD kommt, kategorisch ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Zuerst als Land der Frühaufsteher bekannt und heute „modern denkend“, diesen ambitionierten Ansprüchen wird die optische Präsentation unseres Landes in der Realität nicht gerecht. Käme ich als Tourist nach Sachsen-Anhalt, würde sich mein erster wohlwollender Gesamteindruck aufgrund der historischen, kulturellen und landschaftlichen Schönheiten im Hinblick auf die bunten und breit verstreuten Abfallsammlungen in den Straßengraben und entlang der Ränder

(Zuruf von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

und vor allem an den Raststätten der Autobahnen sehr schnell ändern.

Ich war selber unterwegs, Herr Aldag. Ich habe genügend Fotodokumentationen gemacht und Müll gesammelt. Sie brauchen mir nichts zu erzählen.

(Zuruf von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Ich müsste mir die Frage stellen - und die stelle ich mir immer wieder, wenn ich unterwegs bin -: Wo bin ich hier eigentlich gelandet? Sind wir in einem fortschrittlichen, zivilisierten Land oder wo sind wir hier eigentlich? Was läuft hier eigentlich schief?

Die Ignoranz, Bequemlichkeit und Unvernunft und vielleicht auch Unwissenheit einiger weniger oder vielleicht auch vieler Mitbürger, aber möglicherweise auch der Umgang einiger oder vieler Durchreisender mit ihrem Abfall rufen nicht nur bei mir, sondern auch in der Bevölkerung Unverständnis darüber hervor, wie sich ein Land derart präsentieren kann.

Deswegen sagen wir: Die illegalen Müllablagerungen und die Kosten für die Bäumung durch die

Landkreise sind zu hoch und nicht hinnehmbar. Die daraus resultierende Anzahl an verfügbaren Ordnungswidrigkeiten und durchgeführten Strafverfahren ist im Vergleich zu den registrierten Verursachern viel zu gering. Daran wird sich auch nichts ändern, wenn nicht durchgegriffen wird.

Deshalb wollen wir, dass eine Sonderarbeitsgruppe zur Prävention und Beseitigung illegaler Müllentsorgung eingerichtet wird, die ein einheitliches Erfassungs- und Sanktionssystem erarbeiten soll. Zudem sollen präventive Veranstaltungen in den Schulen, Universitäten und öffentlichen Einrichtungen stattfinden, um die Bürger hinsichtlich einer fachgerechten Entsorgung zu beraten und für die Folgen einer illegalen Müllentsorgung zu sensibilisieren.

Die Erkenntnisse und Ergebnisse sollen in einem jährlichen Bericht ausgewertet und daraus weitere Vorschläge für die kommunale Müllentsorgung und die Vermeidung von illegaler Entsorgung erarbeitet werden.

Fruchtet dies alles nicht, muss man sich doch auch die Frage gefallen lassen, ob der Grüne Punkt und das Kreislaufwirtschaftsgesetz ihren eigentlichen Bestimmungen gerecht werden.

Aus diesem Grund bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich habe schon gehört, er wird von einigen abgelehnt. Sie haben aber trotzdem verschiedenen Punkten unseres Antrages zugestimmt. Deswegen bin ich jetzt für eine Überweisung an den Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Frau Funke für den Redebeitrag. - Eben ist der Vorschlag unterbreitet worden, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen. Es bietet sich der Ausschuss für Umwelt und Energie an. Der Vorschlag ist gemacht worden. Also müssen wir darüber zuerst abstimmen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Wir haben einen Alternativantrag gestellt!)

- Bitte?

(Rüdiger Erben, SPD: Umwelt und Energie? - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Umwelt und Energie?)

- Ja. Wir stimmen jetzt darüber ab.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ob wir überweisen oder was?)

- Ja.

(Rüdiger Erben, SPD: Wir haben doch einen Alternativantrag gestellt! - Siegfried Borgwardt, CDU: Wir haben einen Alternativantrag gestellt!)

- Ja.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Okay! Alles gut! Entschuldigung!)

Wir stimmen jetzt darüber ab, den Antrag an einen Ausschuss zu überweisen. Der Ausschuss für Umwelt und Energie bietet sich an. Wer für die Überweisung dieses Antrages ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion.

(André Poggenburg, fraktionslos: Und zwei fraktionslose Abgeordnete!)

- Entschuldigung: und zwei fraktionslose Abgeordnete.

Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Das sehe ich nicht. Damit ist die Überweisung abgelehnt worden.

Wir stimmen jetzt über den Antrag der AfD-Fraktion in Drs. 7/4122 ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion und ein fraktionsloser Abgeordneter. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist ein fraktionsloser Abgeordneter. Damit hat dieser Antrag keine Mehrheit bekommen.

Nunmehr stimmen wir über den Alternativantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drs. 7/4191 ab. Wer für diesen Alternativantrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die zwei fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist dieser Alternativantrag bestätigt worden und der Tagesordnungspunkt 21 erledigt.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 22

Beratung

Was nicht bekannt ist, kann man nicht verändern - Unfälle mit Tiertransportern endlich in der polizeilichen Unfallstatistik erfassen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/4123**

Einbringer ist der Abg. Herr Loth. Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist der 27. März 2018, 4 Uhr. Ein Mastschwein, nennen wir es Rudi, wird mit 699 weiteren Artgenossen aus seiner vertrau-

ten Heimumwelt, aus seinem Heimatstall, getrieben und gelangt über eine Verladerampe auf die dritte Ebene eines Lkw-Anhängers.

Rudi ist reichlich verwirrt und ängstlich, da er mit völlig unbekanntem Artgenossen, die sich ständig drängeln und schubsen, in eine enge Bucht gesperrt wird. Zusammengedrängt steht er dort. Glücklicherweise ist eine Tränkeinrichtung an Bord, aufgefüllt und funktionsbereit. Auch die Lüfter laufen schon und sorgen für frische Luft. Das sollte für den Transport von Rudi und seinen Artgenossen zum Standard gehören, gehört es ab und an aber nicht.

Nachdem der Rest aus Rudis Stall mit lautem Protest verladen wurde, schließt sich die Heckklappe des Tiertransporters. Rudi hört den Fahrer mit dem Landwirt reden, versteht natürlich nicht, dass er in den nächsten vier Stunden durch Deutschland gefahren wird, um dann beim Schlachthaus anzukommen.

Die ungewohnte Laufstrecke hat Rudi erschöpft. Er bekommt Durst. Er drängelt sich zu einem Tränknippel durch.

Eberhard, der Fahrer, hat es heute ein wenig eilig gehabt. Seine Frau hat ihre Eltern eingeladen und darum gebeten, ein bisschen früher nach Hause zu kommen.

Eberhard ist etwas unter Stress. Er hat den Morgenkaffee ausfallen lassen und ist noch nicht so richtig wach. Darum hat er auch vergessen, die Tränke anzustellen.

(Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Rudi saugt vergebens. Aber es ist ja März. Es ist noch kühl, und der letzte Schluck ist auch erst ein paar Minuten her. Dass ein Schwein zu jeder Zeit seinen gesetzlich garantierten Zugang zu Trinkwasser haben muss, nutzt Rudi jetzt wenig.

Wie dem auch sei, Eberhard fährt heute einmal etwas schneller, saust um die engen Kurven im kleinen Dorf, schneller auf der Bundesstraße und dann nach ein paar Links-Rechts-Kombinationen, die Rudi etwas hin und her werfen, mit Schwung über die kirschgrüne Ampel auf die Autobahn.

Gleichgültig brummt der Diesel unter ihm, nur noch drei Stunden bis zum Schlachthof. Es kommt eine Tankstelle und Eberhard fährt heran. Er möchte eine halbe Stunde Pause machen und einmal nach Rudi und seinen Gefährten sehen. Es klingelt das Telefon: seine Frau. Sie bittet ihn, für den Abend noch ein paar Besorgungen zu machen.

Eberhard merkt sich alles, geht in die Raststätte, bestellt sich einen großen Kaffee, schimpft über die 4,50 €, die er dafür berappen muss und schleppt sich wieder in das Führerhaus, die Einkaufsliste rezitierend, und startet.

Rudi hat jetzt richtig Durst.

Völlig in Gedanken zieht Eberhard wieder auf die Autobahn - nur noch ein paar Kilometer bis zur Abfahrt. Der Kaffee schwappt im Becher hin und her wie auch die Einkaufsliste im Kopf.

Plötzlich, schneller als erwartet, ist er bei der Ausfahrt: Schnell den Blinker gesetzt, rechts raus, Hupen, Quietschen und Geräusche von splittender Plastik und Metall rechts neben Eberhard, genau unter Rudi. Beide erschrecken sich.

Rudi bekommt die Gliedmaßen seiner Artgenossen in den Bauch getreten. Rudis Schnauze blutet.

Eberhard reißt sein Steuer nach links. Der Lkw kippt nach rechts, kippt über, schmeißt sich krachend auf die Seite.

Eberhard und Rudi sind benommen. Hupen, Schreie, erbärmliches Gequieke sind zu hören.

(Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

Nach einigen Minuten kommt Sirenegeheul herbei. Die Polizisten sichern und bergen die Verletzten. Die Rettungssanitäter helfen der Feuerwehr bei der Befreiung der eingeklemmten Personen. Zielsicher können die Feuerwehrleute die Säulen der Autos zertrennen. Hunderte Male geübt und durch den Bordcomputer der Feuerwehr immer auf dem neuesten Stand und mit Sicherheitsinformationen versorgt, können zum Glück alle leichtverletzten Personen gerettet werden. Nur das schrille Quieken im Tiertransporter wird langsam leiser.

Rudi hatte noch einmal Glück gehabt. Er landete auf einem Artgenossen, der aber unter ihm erstickt. Mehr als 600 seiner Stallgefährten sind ebenfalls schon tot. Noch hundert weitere ringen mit dem Tod oder haben aufgrund ihrer Verletzungen starke Schmerzen.

Die Heckklappe hat sich verkeilt und geht nicht mehr auf. Mehr als zehn Minuten lang rütteln die fleißigen Feuerwehrleute, biegen und brechen, bis es endlich klappt, den Sicherheitsverschluss zu lösen und die Klappe aufspringt. Sie streift einen Feuerwehrmann am Oberarm und verursacht eine blutende Wunde.

Die dadurch abgelenkten Kameraden der Feuerwehr bekommen so nicht mit, dass Rudi und ein paar überlebende Schweine diese letzte Chance nutzen und auf die Fahrbahn sausen. Ängstlich und orientierungslos rennen sie zwischen den Autos umher. Polizei, Sanitäter, Feuerwehrmänner und Zivilisten versuchen, die Gruppe wieder zusammenzutreiben.

Keines der Schweine ist ohne Verletzungen. Rudi kann den rechten Hinterlauf nicht mehr richtig bewegen. Ein Veterinär kommt jetzt, eine halbe

Stunde nach dem Unfall, an den Einsatzort. Er mustert Rudi und die Gruppe der ausgebrochenen Schweine, die inzwischen mit vereinten Kräften wieder eingefangen wurden. Alle sind verängstigt, einige apathisch. Viele sind blau-violet angelaufen, weil ihr Kreislauf vor Anstrengung und Angst zu kollabieren droht.

Der Veterinär durchsucht mit den Feuerwehrleuten und einem Polizisten den dreistöckigen Anhänger. Sie krabbeln durch die Decks und suchen nach noch lebenden, verletzten Schweinen, um sie zu erlösen. Sie finden zum Glück nur wenig leidende Tiere und erlösen sie. Insgesamt leben nach dem Unfall nur noch 75 Schweine. Aber alle sind irgendwo verletzt.

Polizeioberkommissar Lampe versucht schon seit einiger Zeit zu klären, wo kurzfristig noch ein Tiertransporter bereitsteht, um die noch lebenden Schweine zum nächsten Schlachthof transportieren zu können.

Mittlerweile ist die Temperatur bereits gestiegen und die gestressten Schweine haben großen Durst. Die verletzten Tiere drängen sich unruhig hinter dem vom nächsten Landwirt eilig besorgten Elektrozaun zusammen; denn es gehört nicht zur Ausrüstung der Rettungskräfte, dafür geeignete Hilfsmaterialien mitzuführen.

Nach einigen Stunden ist die Autobahn beräumt. Der Verkehr fließt wieder. Nur der Veterinär und zwei Streifenpolizisten bewachen den provisorischen Zaun.

Ein nahegelegener Schlachthof wurde inzwischen vom Veterinär im Rahmen der Amtshilfe verständigt, dass die überlebenden Schweine dort geschlachtet werden sollen.

Völlig erschöpft und eng aneinandergedrängt liegen Rudi und seine Gefährten auf dem blanken Boden. Als dann der Ersatztransporter vorrollt, erkennen einige Tiere, dass es nun wieder auf einen Transport gehen soll. Ein paar verfallen in Panik und stecken die ganze Schweinehorde an.

Mit größter Mühe gelingt es dem Fahrer, die Tiere mehr schlecht als recht irgendwie auf den Transporter zu treiben. Sie stehen unter Schock und Stress.

Nach einer halben Stunde kommen sie zu einem Schlachthof. Dort ist der amtliche Veterinär bereits verständigt worden. Nachdem ihm Rudi mit dem ersten noch lauffähigen Schwein entgegenhinkt, stellt er fest und entscheidet sofort, dass alle aus tierschutzrechtlichen Gründen zu töten sind.

So wird Rudi in die Notschlachtebucht getrieben. Hier warten schon ungeduldig Maik und sein Kollege Uwe auf ihn. Noch kurz vor Feierabend 75 Schweine sachgerecht zu töten, und das unter den kritischen Blicken von Tierschutzbeauftragten

und Schlachthofveterinären, ist eine diffizile Angelegenheit, aber geschickt schnappt sich Uwe mit der Elektrozange von hinten Rudis Kopf am Ohrgrund. Der Strom durchströmt Rudis Gehirn und nach einigen Sekunden ist er völlig empfindungslos.

Um eine sichere und tiefe Betäubung zu erreichen, setzt Uwe die Zange um, sodass Gehirn und Herz durchströmt werden. Rudis Körper erschlafft und nachdem die grüne Lampe das Ende der Durchströmungszeit anzeigt, sticht Uwe ihm mit dem Messer in die Halsarterie. Das tiefrote Blut fließt im starken Strahl und beendet Rudis Leiden.

Die Kadaver werden mit den anderen 600 in die nächste Tierkörperbeseitigungsanlage transportiert. Die Lebensmittelgesetzgebung erlaubt die Nutzung von Schlachtkörpern derart gestresster und verletzter Tiere nicht mehr.

Am Abend treffen sich die Kameraden der freiwilligen Feuerwehr zur Nachbesprechung des Einsatzes. Sie sind froh, dass bei dem Unfall keine Menschen ums Leben gekommen sind. Dennoch bedrückt es sie sehr, dass sie wenig davon wussten, wie sie mit den Schweinen auf dem verunglückten Tiertransporter umzugehen haben. Viele äußern auch Unverständnis darüber, dass sie nicht längst im Umgang mit verunfallten Tieren geschult worden sind.

Ein Feuerwehrmann, der zufällig auch Polizist ist, meint, dass der Transporter zwar angemeldet werden müsse und sogar ab und zu kontrolliert werde, aber er könne sich nicht an seine letzte Tiertransportkontrolle erinnern.

Auch in der Ausbildung ist das Thema recht kurz gekommen. Alle vermuteten, es liege daran, dass Tiertransporte so selten stattfänden und es eben deshalb nicht nötig wäre, für solche Fälle besonders vorzusorgen.

Ein paar Monate nach diesem Ereignis mit den 700 toten Tieren sitzen Politiker in einem Landtag zusammen und debattieren über den Vorschlag eines Ministers, Tiertransporte ins Ausland zu verbieten, wenn dort nicht der Tierschutz eingehalten wird. Keiner der Anwesenden weiß, wie viele Tiere unter welchen Umständen auf unseren Straßen ihr Leben lassen und was man dagegen tun könnte, weil die polizeiliche Statistik dies nicht extra ausweist. Sie wissen nicht, wie viele Tiertransporte überhaupt durch das Land rollen und ob die zulässigen Temperaturgrenzwerte überhaupt eingehalten werden.

Der zuständige Tierschutzbeauftragte hat vorgeschlagen, dass diese Temperaturgrenze auch für Transporte in das Ausland gelten soll. Aber leider weiß auch er nicht, ob und wie viele Tiere hier unterwegs sind. Daher ist es unbedingt erforder-

lich, verunfallte Tiertransporter polizeistatistisch zu erfassen. Entscheiden Sie im Sinne der Tiere und stimmen Sie unserem Antrag zu. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Loth für die Einbringung des Antrages. - In der Debatte sind drei Minuten Redezeit je Fraktion vorgesehen. Für die Landesregierung spricht Minister Herr Stahlknecht.

(Olaf Meister, GRÜNE: Haben Sie auch so schöne Geschichten? - Zurufe von der CDU)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Vielen Dank, Herr Vizepräsident. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst anmerken, dass die vom Straßenverkehr ausgehenden vielfältigen Gefahren für alle Verkehrsteilnehmer permanent höchste Anstrengungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erfordern. Dabei bilden sorgfältige Analysen des aktuellen Verkehrsunfallgeschehens die Grundlage für eine zielgerichtete Planung und Durchführung von entsprechenden Maßnahmen im Rahmen der Verkehrsüberwachung. Die Ergebnisse der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik bilden hierbei eine wesentliche Basis für die Kenntnisse über das Unfallgeschehen und über dessen Entwicklung sowie zum Erkennen von Problemen im Bereich der Verkehrssicherheit.

Die einzelnen Erhebungsmerkmale der Statistik dienen dazu, eine möglichst umfassende Darstellung des Wirkungsgefüges Fahrer - Fahrzeug - Umwelt abzubilden. Das ist der Dreiklang. Erhebungsmerkmale sind beispielsweise Unfallstelle, Datum, Uhrzeit, Hergang, Umstände des Unfalles sowie allgemeine Unfallursachen. Auch die beteiligten Verkehrsteilnehmer, die Unfallfolgen, die Art und Höhe des Schadens sowie fahrzeugbezogene Merkmale wie Zulassungsdaten und die Gefahrenklasse beim Transport gefährlicher Güter werden erfasst. Die an Verkehrsunfällen beteiligten Verkehrsmittel - Pkw, Kraftrad, Lkw - werden durch die Aufnahme des Kfz-Kennzeichens als Hilfsmerkmal der statistischen Aufbereitung differenziert dargestellt.

Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Tiertransportfahrzeugen sowie die Anzahl der bei diesen Unfällen verletzten oder getöteten Tiere werden nicht in der polizeilichen Unfallstatistik erfasst. Lassen Sie mich anmerken, dass sich in diesem Fall die polizeilichen Maßnahmen im Rahmen der Verkehrs-

überwachung aus den Ergebnissen der Analyse von Verkehrsunfällen mit einer Verkehrsbeteiligung von Lkw ableiten lassen, unabhängig von den beförderten Gütern.

Die Überwachung des gewerblichen Güterverkehrs durch die Polizei erstreckt sich unter anderem auf Kontrollen zur Überprüfung der Fahreignung und Verkehrstüchtigkeit des Fahrpersonals, der Einhaltung der Sozialvorschriften sowie des technischen Zustandes des Transportmittels. Nur soweit es den öffentlichen Verkehrsraum betrifft, wird durch die Polizei auch die Einhaltung tier-schutzrechtlicher Bestimmungen geprüft.

Herausstellen möchte ich an dieser Stelle, dass es eine fortwährende Aufgabe der Polizei ist, Verkehrsunfälle im Allgemeinen und - mit Blick auf den Antrag der Fraktion der AfD - Verkehrsunfälle mit einer Beteiligung von Lkw, egal ob mit Tieren, Lebensmitteln, Kies, Holzprodukten oder anderem beladen, zu verhindern. Die für eine entsprechende Analyse zur Verfügung stehenden statistischen Erhebungsmerkmale bilden bereits jetzt eine aktuelle, umfassende und zuverlässige Datenbasis über Struktur und Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle. Somit erscheint mir und uns eine Erweiterung der polizeilichen Unfallstatistik nicht erforderlich. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und von Rüdiger Erben, SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Herr Loth hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Danke, sehr geehrter Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Innenminister Stahlknecht! Es wird also nicht direkt erfasst, wie viele Tiere und Tiertransporter in Unfallmaßnahmen verwickelt waren. Man kann das also aus der Statistik herauslesen, wenn man die Kennzeichen kennt - das haben Sie gerade gesagt - und die Typen der aufgeschriebenen Fahrzeuge.

Dazu interessiert mich jetzt natürlich Folgendes. Wir haben beim letzten Plenum die Anfrage gestellt, wie viele Unfälle mit Tiertransportern es in Sachsen-Anhalt gab und wie viele Tiere verletzt wurden. Darauf gab es dann die Antwort von Ihnen: Das wird in der polizeilichen Statistik nicht extra erfasst.

(Rüdiger Erben, SPD: Das hat er ja eben gesagt! - Dorothea Frederking, GRÜNE: Ja!)

Können Sie uns dann wenigstens die Anzahl der Fahrzeuge nennen, die diese Eigenschaften eines Tiertransporters aufweisen, die in Sachsen-Anhalt verunglückt sind?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Ich habe die Frage, ehrlich gesagt, nicht so ganz verstanden.

Hannes Loth (AfD):

Sie sollen nur sagen, wie viele Tiertransporter in Sachsen-Anhalt verunglückt sind. Sie können es nicht!

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Nun regen Sie sich doch nicht auf. Bleiben Sie mal ganz ruhig. Wir führen die Statistik nicht und ich bin mir auch nicht sicher - das können wir aber gern bilateral klären, auch über mein Haus -, ob jedes Mal, wenn ein Lkw in einen Unfall verwickelt war, aufgenommen wird, ob er Tiere transportiert hat oder nicht. Es würde ja nur dann zu einem Thema werden, wenn lebensmittelrechtliche Vorschriften verletzt worden wären. Wenn ein Lkw mit Kies umfällt, dann wird auch nicht aufgenommen: Kies.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Herr Roi hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank. - Wir haben den Antrag gestellt, weil Kies eben nicht das Gleiche ist wie Tiere, die man transportiert.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Huch!)

Genau die Antwort, die Sie gerade auf die Frage meines Kollegen Loth gegeben haben, zeigt, dass Sie offensichtlich nicht genau wissen, worüber Sie reden; denn einmal antworten Sie, dass es nicht erfasst wird, und jetzt haben Sie hier ein Referat über bestehende Regelungen gehalten und dann noch behauptet, das sei alles aus der Statistik abzulesen. Meine Frage ist: Was stimmt denn nun?

Eine zweite Sache. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie - Sie sind ja auch Innenminister - vielleicht auch einmal zu den verschiedenen Punkten des Antrages Stellung genommen hätten, also nicht nur zur Statistik. Der Antrag hat noch andere Unterpunkte. Das wissen Sie, wenn Sie ihn gelesen haben. Aber ich weiß nicht, ob das der Fall ist. Dabei geht es zum Beispiel um das Schulungsmaterial für Retter, insbesondere für Feuerwehren, die damit konfrontiert werden, wenn solche Unfälle passieren. Dazu hätte ich gern wenigstens zwei, drei Sätze von Ihnen gehört.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Sie haben jetzt das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Ich lasse das so stehen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Gut. - Herr Roi, Herr Minister lässt das so stehen. Sie müssten in einer weiteren Fragestunde danach fragen. - Dann danke ich Ihnen, Herr Minister Stahlknecht, für die Stellungnahme der Landesregierung. - Für die SPD spricht der Abg. Herr Erben. Herr Erben, Sie haben das Wort.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Loth, ich glaube, wenn Sie es mit Ihrem Antrag, insbesondere beispielsweise mit dem Leid der Tiere, wirklich ernst meinen würden,

(Zurufe von Matthias Büttner, AfD, und von Lydia Funke, AfD)

dann hätten Sie Ihren Antrag hier auf eine andere Weise vorgetragen. Das muss ich ganz ehrlich sagen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Andreas Höppner, DIE LINKE)

Sie sagen auf der einen Seite, es gehe Ihnen um das Leid der Tiere, aber auf der anderen Seite ziehen Sie hier so eine Show ab.

(Olaf Meister, GRÜNE: Ja! - Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Das halte ich für dem Anliegen nicht angemessen.

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Wenn Sie es ernst meinen würden, dann würden Sie außerdem nicht die VKU-Statistik der Polizei als Anknüpfungspunkt nehmen. Es gäbe viele andere Anknüpfungspunkte - dann hätte vermutlich heute auch Frau Prof. Dr. Dalbert hier gestanden und nicht der Innenminister -, um in Bezug auf Tiertransporte etwas zu unternehmen. Die VKU-Statistik bedeutet, dass ich auf dieser Grundlage anschließend Verkehrsprävention betreibe etc.

Dann zitieren Sie den Minister anschließend verkürzt, indem Sie versuchen, ihm das Wort im Munde herumzudrehen, nach dem Motto: Ihnen ist das Tierleid egal, es könnte auch Kies sein. Er hat, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, vielmehr darauf hingewiesen, dass es bei der VKU-Statistik um Verkehrsprävention geht

(Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

und dass es für die Verkehrsprävention tatsächlich egal ist, ob es ein Schwein ist oder ob es Kies

ist, das bzw. der sich auf dem verunfallten Lkw befindet.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Ulrich Thomas, CDU: Richtig!)

Deswegen muss ich Ihnen sagen, wir haben überlegt, ob man Ihren Antrag qualifizieren könnte. Das haben wir aufgegeben, weil er nicht qualifizierbar war in diesem Sinne. Deswegen gibt es auch keinen Alternativantrag. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Erben,

Rüdiger Erben (SPD):

Ja.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Loth hat sich zu Wort gemeldet, wenn Sie noch zur Verfügung stehen.

Rüdiger Erben (SPD):

Ja.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Also, erst einmal, Herr Erben, schauen Sie einmal in die Zeitung, dann werden Sie sehen, dass am 27. März 2018 ein solcher Unfall mit 700 toten Tieren geschehen ist. Es hat sich auch ungefähr so zugetragen. Natürlich war es die Freiheit meinerseits, das etwas auszuschnücken und auch die Kameraden der Feuerwehr einzubeziehen. Wenn Sie den Antrag gelesen haben, dann wissen Sie, dass es verschiedene Punkte gibt, die wir bei diesem Thema einfließen lassen.

Das, was Sie anscheinend nicht verstanden haben, ist, dass es im Grundgesetz irgendwann einmal eine Änderung gab, mit der der Tierschutz auch als Staatsziel definiert wurde. Kann das sein? Es ging nicht um den Kiesschutz, soweit ich weiß.

(Zuruf von Minister Holger Stahlknecht)

In diesem Sinne sollten wir vielleicht noch einmal darauf hinweisen, dass wir, wenn wir schon im Grundgesetz geregelt haben, dass der Tierschutz mit zu bedenken ist, in unserem Land auch alles dafür tun, dass diese Tiere mit in die Unfallstatistik eingehen; denn wir können nur das ändern, was wir erkennen, Herr Erben. Sie haben anscheinend

in der ganzen Zeit, in der Sie im Landtag sitzen, nichts erkannt. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Minister Holger Stahlknecht)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Erben, Sie haben die Möglichkeit, darauf zu reagieren.

Rüdiger Erben (SPD):

Danke, Herr Präsident. - Herr Loth, das Staatsziel des Tierschutzes

(Minister Holger Stahlknecht: Ja!)

wird bekanntlich nicht durch die VKU-Statistik umgesetzt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Minister Holger Stahlknecht: So ist es!)

Wenn Sie mir zugehört hätten, dann wüssten Sie - deshalb habe ich vorhin dieses Bild gemalt -: Wenn es Ihnen wirklich darum gehen würde, dann hätte heute Frau Prof. Dalbert hier am Pult gestanden und nicht Herr Stahlknecht. Das ist nun einmal so. Dann müssen Sie ein anderes Eingangstor für Ihre Anträge wählen und nicht die VKU-Statistik.

(Zuruf von Minister Holger Stahlknecht)

Das habe ich Ihnen vorhin gesagt und das kann ich an dieser Stelle gern wiederholen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Erben, es gibt, wie Sie sehen, noch eine Nachfrage von Herrn Loth.

Rüdiger Erben (SPD):

Ja, nur zu.

(Minister Holger Stahlknecht: Das wird doch nicht besser!)

Hannes Loth (AfD):

Herr Erben, also noch einmal. Wie viele Tiere verunfallen, das ist auch von Bedeutung bei der Frage, ob es notwendig ist, die Tiertransporte besser zu kontrollieren usw. Da wir das ehrlicherweise nicht wissen, andere in anderen Landesparlamenten aber vorpreschen und meinen, wir müssten Transporte dorthin verbieten, weil dort dies nicht ist und jenes nicht ist, wollen wir einfach nur, dass all diese Daten mit aufgenommen werden, damit wir wissen, was in unserem Land passiert; denn nur wer weiß, was ist, der kann etwas verändern. Verstehen Sie das?

(Beifall bei der AfD - Zurufe von Matthias Büttner, AfD, und von Minister Holger Stahlknecht)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Erben, jetzt haben Sie noch einmal die Möglichkeit, darauf zu reagieren.

(Zuruf von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)

Rüdiger Erben (SPD):

Natürlich verstehe ich das. Ich will aber noch einmal sagen, dass die Verkehrsunfallstatistik nicht der entscheidende Anknüpfungspunkt ist.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das kann ich jetzt noch fünfmal wiederholen, aber wir sollten uns das Spiel vielleicht sparen. Sie können doch Anträge zu Tiertransporten und zur durchschnittlichen Länge und so etwas stellen.

(Zuruf von Hannes Loth, AfD)

Ich sehe, Frau Dalbert lächelt schon. Ich glaube, sie redet bestimmt gern mit Ihnen darüber. Mir bleibt es allerdings erspart, mit Ihnen darüber zu reden; denn vermutlich wird hier mein Kollege Jürgen Barth zu dem Thema Tiertransporte sprechen.

(Jürgen Barth, SPD, lacht)

Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Erben, Herr Kirchner hat sich noch zu Wort gemeldet.

(Zurufe von Oliver Kirchner, AfD, und von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)

- Nein, das hat sich erledigt. Herr Erben, vielen Dank für den Redebeitrag.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

- Ach, nein.

(Oliver Kirchner, AfD: Das ist eine Kurzintervention!)

- Herr Kirchner, dann haben Sie jetzt das Wort.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank. - Herr Erben, ich würde wirklich darum bitten, dass Sie einmal Ihre Glaskugel entstauben, in die Sie immer schauen, wenn Sie zu wissen glauben, was wir mit unseren Anträgen wirklich meinen; denn die scheint wirklich genauso verstaubt zu sein wie teilweise Ihre Ausdrucksweise. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Erben, wenn Sie darauf reagieren möchten, dann haben Sie jetzt das Wort.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Wir haben eine Dreiminutendebatte!)

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Kirchner, dafür komme ich doch gern noch einmal nach vorn. Was in Ihren Anträgen steht, das erschließt sich mir durch Lesen.

(Zurufe von Lydia Funke, AfD, und von Hannes Loth, AfD)

Dass es Ihnen um die Verkehrsunfallstatistik geht, steht in Ihrem Antrag in der zweiten Zeile des Betreffs. Dort steht nämlich: polizeiliche Unfallstatistik. Dieser Name ist zwar nicht ganz korrekt, aber Sie meinen die Verkehrsunfallstatistik. Das erschließt sich ja wohl - jedenfalls aus meiner Sicht - durch Lesen.

(Lydia Funke, AfD: Sie ziehen sich an einem Wort hier hoch! Das ist alles! - Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Damit sind wir jetzt am Ende des Redebeitrages von Herrn Erben. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Eisenreich. Frau Eisenreich, Sie haben das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Viel ist den Vorrednern eigentlich gar nicht hinzuzufügen. Ich würde die Debatte jetzt gern in eine andere Richtung lenken. Zunächst ist festzustellen, dass nach einer Sonderarbeitsgruppe oder Taskforce zu illegalen Müllablagerungen mit dem Antrag der AfD nunmehr eine weitere Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll, noch dazu eine, die sich im Wesentlichen um die Schaffung der Grundlagen für die Erfassung der Verkehrsunfallstatistik kümmern soll. Dieser Aufwand sorgt schon für Verwunderung; denn das sollte nicht allzu kompliziert sein, wenn man das wirklich erfassen will und soll. Aber was machen wir dann mit den Ergebnissen einer erweiterten Unfallstatistik? Das ist doch die eigentliche Frage.

Die Probleme mit Tiertransportern und deren Unfällen liegen doch ganz woanders. Kurz nachdem Tiere heute in spezialisierten Zuchtbetrieben zur Welt kommen, müssen sie ihre erste Reise antreten, nämlich in die Mastbetriebe. Ist dann der Zeitpunkt der Schlachtung gekommen, werden wieder Tiertransporte, zum Teil über riesige Strecken, zu den wenigen großen, zentral gelegenen Schlachthöfen nötig, ganz zu schweigen von der großen Zahl an Lebendexporten, bei denen die Tiere zum

Teil tage- oder wochenlang eingepfercht und unter teilweise katastrophalen Bedingungen auf überfüllten Autobahnen und Bundesstraßen unterwegs sind. Das sind Horrortrips für Fahrer und Tiere.

Dazu hat selbst die im Jahr 2007 in Kraft getretene Tierschutztransportverordnung zur Regelung der Transportbedingungen kaum Verbesserungen gebracht. Sie ist in Bezug auf die Anforderungen viel zu schwach und enthält viel zu viele Ausnahmetatbestände.

Die Profitinteressen, Wettbewerb und Preisdruck führen dazu, dass Spediteure zulasten der Sicherheit und der Arbeits- und Transportbedingungen von Fahrern und Tieren sparen. Das ist bekannt; dafür brauchen wir keine Statistik. Schlecht gewartete Lastkraftwagen sind an sich ein Sicherheitsrisiko. Lange Lenkzeiten, wenige Pausen, Stau, Zeitdruck beim Be- und Entladen führen zur Übermüdung der Fahrer und erhöhen das Unfallrisiko erheblich. Auch das ist bekannt.

Hinzu kommen Transporter, die überladen sind, mangelnde Wasserversorgung, falsche Anbindung der Tiere, Nichteinhaltung der Transportzeiten aufgrund von Staus. Auch dadurch wird das ohnehin hohe Risiko von Lastwagenunfällen weiter erhöht und die Fahrt wird für die Tiere zur Qual. Alles das ist nichts Neues.

Wir brauchen also nicht unbedingt genauere und bessere Statistiken, sondern kürzere Transportwege, gute Arbeitsbedingungen für die Fahrer, gute Transportbedingungen für die Tiere sowie bessere und häufigere Kontrollen, damit es nicht zu Unfällen mit Tiertransportern kommt und sowohl Mensch als auch Tier besser geschützt sind, und gleichzeitig braucht es spürbare rechtliche Konsequenzen bei Verstößen. Daran mangelt es durchaus mitunter. Im Übrigen wäre eine nachhaltige Haltung der Tiere, die man tatsächlich zur gesunden Ernährung und regionalen Versorgung braucht, ein wesentlicher Baustein.

Wir lehnen den Antrag ab. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Eisenreich, Herr Loth hat eine Nachfrage. - Herr Loth, Frau Eisenreich ist bereit.

Hannes Loth (AfD):

Frau Eisenreich, vielen Dank für die tollen Ausführungen. - Eine Frage: Wie viele Tiere wurden in Sachsen-Anhalt 2018 transportiert? Wie viele Transporter wurden kontrolliert, und wie viele Verstöße wurden festgestellt? Ich frage dies, weil Sie gerade in den Raum geworfen haben, dies würde ständig passieren.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Ich habe nicht gesagt, dass es ständig passiert.

(Zurufe von der AfD)

Es ist aber der Alltag auf unseren Straßen, bundesweit. Ich führe keine Statistik.

(Hannes Loth, AfD: Ach, es gibt nichts anderes! - Lydia Funke, AfD: Es gibt keine!)

- Ja, aber ich kann doch kontrollieren, und die Kontrollen sind das Problem, die im Moment nicht ausreichend durchgeführt werden. Das hat aber nichts mit der Unfallstatistik zu tun. Die brauchen wir dafür nicht.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich Frau Eisenreich für den Redebeitrag. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Frederking. Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit ihrem Antrag betreibt die AfD blanken Aktionismus

(Oliver Kirchner, AfD: Populismus!)

und entlarvt sich in ihrer Überschrift gleich selber.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ihr ist gar nicht bekannt, ob Unfälle bei Tiertransporten ein besonderes Problem darstellen. Dennoch fordert sie eine umfangreich besetzte Arbeitsgruppe, die das erst einmal herausfinden soll.

Ja, Tiertransporte sind ein Problem, auch ohne Unfälle. Tiertransporte sind nämlich ein Problem für die Tiere. Die Tiere leiden bei den Transporten. Sie haben zu wenig Platz. Sie sind in ihrer Bewegung eingeschränkt. Sie haben Stress und Angst. Sie werden mangelhaft mit frischer Luft, Wasser und Futter versorgt, und sie erleben bei den Transporten auch Verletzungen, Prellungen, Abschürfungen, Knochenbrüche.

Wir wissen genau, was dringend getan werden muss, um die Bedingungen zu verbessern; denn die Standards müssen verbessert werden. Und wir brauchen weniger Transporte und möglichst kurze Transportwege, um die Situation unserer Mitgeschöpfe zu verbessern. Regionale Schlachthöfe wären dabei sicherlich hilfreich. Die Dauer von Tiertransporten muss drastisch reduziert werden. Die Dauer heute, nach dem Gesetz, nach den Grundlagen, beträgt in Deutschland acht Stunden, EU-weit je nach Tierart bis zu 24 Stun-

den. Wir GRÜNEN fordern eine Reduzierung auf vier Stunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen diese Begrenzung und wir glauben, dass sich mit dieser Begrenzung dann auch die Unfallgefahr reduzieren lässt.

Weiterhin müssen Mindesttierschutzstandards mit Nicht-EU-Staaten ebenfalls dringend angegangen werden. Ohne gesicherten Tierschutz dürfen Transporte lebender Tiere zu Zielen außerhalb der EU von den Veterinärbehörden nicht genehmigt werden. Es gibt Bestrebungen, diese Transporte gänzlich abzuschaffen. Bayern hat einen Exportstopp in 17 Zielländer verfügt. Hessen und Schleswig-Holstein haben auch schon Transporte in bestimmte Zielländer ausgeschlossen.

Tierschutz endet nicht an den Grenzen von Ställen. Tierschutz endet auch nicht an den Grenzen von Nationalstaaten. So ist es gut, dass bei der AMK in der nächsten Woche über Abkommen mit Drittstaaten zu Tierschutzstandards beraten wird.

Problematisch ist bei diesem ganzen System natürlich auch das System der industriellen Tierhaltung an sich. Beispiel Schweine: Diese werden an verschiedenen und oft weit entfernten Orten geboren, dann gemästet und zu den Schlachthöfen gebracht. Das führt zu den umfangreichen Transporten.

Der Antrag geht völlig am Thema vorbei. Wir lehnen ihn ab. Wir wissen längst, was den Tieren guttut, und hier müssen wir ansetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, Herr Loth hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Frau Frederking, der Antrag kann ja gar nicht am Thema vorbeigehen, weil wir das Thema definiert und den Antrag dazu gestellt haben. Der Antrag lautet, Unfälle bei Tiertransporten statistisch zu erfassen und dazu noch die Feuerwehr zu schulen. Was war denn jetzt am Thema vorbei, bitte? - Nichts. - Danke schön.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Das kann ich beantworten. Sie wollen ja die Unfallzahl reduzieren,

(Hannes Loth, AfD: Erfassen! - Oliver Kirchner, AfD: Wir wollen sie erst mal wissen!)

und dafür wollen Sie eine Statistik erheben. Wir sagen, wir brauchen keine Statistik. Wir wissen,

was zu tun ist. Die Transporte müssen reduziert werden und die Transportdauer muss reduziert werden. Das reduziert automatisch die Unfälle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Frau Frederking für den Redebeitrag. - Für die CDU spricht der Abg. Herr Schulenburg. Herr Schulenburg, Sie haben das Wort.

Chris Schulenburg (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, welche brennenden Themen in Sachsen-Anhalt gerade aktuell sind, sodass sich ein ganzes Parlament mit Ministern, mit Mitarbeitern, mit der Landtagsverwaltung an einem Freitagnachmittag mit Rudi beschäftigen muss. Ich habe durchaus Verständnis für das Tierwohl beim Transport von Nutztieren. Ich hätte auch Verständnis dafür gehabt, wenn Sie dieses Thema einmal im Rahmen eines Selbstbefassungsantrags im Landwirtschaftsausschuss gestellt oder hinterfragt hätten.

(Matthias Büttner, AfD: Der ist nicht öffentlich!)

Denn der Export von Tieren in Nicht-EU-Länder - wir haben es gehört - ist gerade aktuell. Aber ein ganzes Parlament mit Statistik zu beschäftigen, zeigt nur, dass Ihnen langsam die Themen in Sachsen-Anhalt ausgehen.

(Oliver Kirchner, AfD: Das glaube ich nicht!)

Für den Transport - jetzt hören Sie mir mal zu! - von Tieren innerhalb der EU gibt es eine Verordnung, die unmittelbar bei uns gilt. Wenn Sie an dieser Verordnung etwas ändern wollen, wenn Sie zum Tierwohl beim Transport etwas beitragen wollen, müssen Sie einen Antrag im EU-Parlament stellen, aber nicht im Landtag von Sachsen-Anhalt.

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Wenn Sie etwas an der statistischen Erfassung ändern wollen, müssen Sie einen Antrag im Bundestag stellen; denn das Ziel, das Verkehrsunfallstatistikgesetz zu ändern, erreichen Sie nur im Bundestag. Die Verkehrsexperten der Polizeien der Länder sind über den Arbeitskreis 2 vernetzt und treffen nach aktuellen Gesichtspunkten strategische Entscheidungen. Dort liegt auch die erforderliche Kompetenz, um bundesweit eine einheitliche Erfassung zu initiieren. Das werden sie selbstverständlich auch tun, wenn es einen Schwerpunkt gibt. Dafür brauchen sie aber keinen Antrag von Ihnen, werte AfD.

Zu guter Letzt ist an einem Verkehrsunfall mit einem Tiertransporter nicht Rudi schuld, sondern

hauptsächlich der Mensch als Unfallverursacher. Die Ursachen sind vielfältig, seien es Lenkzeiten, technische Mängel am Fahrzeug, Geschwindigkeitsüberschreitung und andere Ursachen, die es aber auch bei jedem anderen Lkw-Unfall gibt. Genau da ist auch der Ansatz. Um schwere Lkw-Unfälle mit oder ohne Tiere in Zukunft zu minimieren, sind intensive Kontrollen durchzuführen. Aber dafür brauchen wir Beamte auf der Straße und nicht in irgendwelchen sinnlosen Statistikerbeitsgruppen, werte AfD. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Schulenburg für den Redebeitrag. - Für die AfD hat das Wort Herr Roi. Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Das Thema Tiertransporte ist Thema an diesem Freitagabend. Einige wollen sich offensichtlich nicht damit beschäftigen, aber es ist ein wichtiges Feld, auf dem wir als AfD dringenden politischen Handlungsbedarf sehen. Deshalb haben wir auch einen Antrag dazu gestellt. Mein Kollege Loth hat Ihnen ausführlich und anschaulich dargestellt, was nicht selten in dem Transitland Sachsen-Anhalt, das wir sind, vorkommt, nämlich Unfälle mit Tiertransporten.

Die AfD-Fraktion legt mit dem Antrag heute konkrete Forderungen auf den Tisch, mit denen wir die Debatte - offensichtlich ist uns das auch gelungen - in eine konkrete Richtung voranbringen wollten, nämlich dass überhaupt einmal über diese Problematik diskutiert wird.

Frau Frederking von den GRÜNEN - sie ist nicht mehr da -, hat gerade den wunderbaren Satz gesagt: Mir ist gar nicht bewusst, welche Probleme - - Moment, ich habe das aufgeschrieben. - Mir ist gar nicht bekannt, ob Unfälle mit Tieren ein Problem darstellen. Wenn eine Abgeordnete zu diesem Thema spricht und einen solchen Satz sagt, dann sollte sie lieber sitzen bleiben und gar nichts zum Thema sagen,

(Beifall bei der AfD)

wenn sie sagt, dass sie die Probleme nicht kennt, die mit einem solchen Tiertransport in Verbindung stehen, und erst recht nicht mit Unfällen oder erst dann, wenn Unfälle passieren.

Ich habe deshalb den Innenminister gefragt, wie er zu unserem Punkt steht, den wir aufgeführt haben zum Thema Schulungsmaterial für die freiwilligen Feuerwehren, für die Retter, die bei solchen

Unfällen gerufen werden und die mit den Problemen konfrontiert sind. Wenn ich mich dann als Abgeordneter hier hinstelle und sage, es gebe da keine besonderen Probleme, und wenn ich dann den Eindruck erwecke, es bestehe kein Unterschied, ob ein Laster mit Kies oder ein Laster mit Schweinen umfällt, also das, sehr geehrter Herr Innenminister, erzählen Sie mal den Feuerwehrleuten, wenn Sie das nächste Mal bei einer Veranstaltung der Feuerwehren sind. Das ist wirklich armselig.

(Beifall bei der AfD)

Dass Sie darauf noch nicht einmal eine Antwort haben, ist noch armseliger, muss ich sagen.

(Zurufe von der AfD)

Ich will Ihnen auch mitteilen, wie der aktuelle Stand ist. In meiner Feuerwehr in Thalheim war ein Kamerad erst kürzlich zur Gruppenführerausbildung am IBK in Heyrothsberge. Ich habe ihn gestern extra gefragt und vorhin noch einmal angerufen und nachgefragt, ob er, nachdem ich von anderen Kameraden bereits Ähnliches gehört habe, überhaupt irgendetwas zum Thema Tiertransporte gehört hat. Er sagte mir, nein, das sei mit keiner Silbe Thema gewesen, genauso wie das Thema Vegetationsbrände, das wir letztes Jahr hatten, auch kein Thema bei der Ausbildung unserer Gruppenführer in Heyrothsberge war.

Das zeigt, dass Sie immer erst Ewigkeiten brauchen, um auf Probleme, die in unserem Land bestehen, politisch zu reagieren. Aus dem Grund stellen wir die Anträge. Die Antworten von Ihnen dazu sind heute ja auch bezeichnend. Sie reden irgendein wirres Zeug zusammen, um dann am Ende zu sagen, der Antrag der AfD ist abzulehnen. Aber Sie schaffen es nicht einmal, einen Alternativantrag zu formulieren und versteifen sich dann, wie Herr Erben das gemacht hat, auf Formulierungen wie: ja, die Unfallstatistik. Da müssen Sie sich noch einmal durchlesen, was der Innenminister gesagt hat. Auf eine Anfrage des Kollegen Loth hat er einmal geantwortet, das werde nicht erfasst. Dann wird heute gesagt, es werde erfasst.

Wir von der AfD-Fraktion sind der Meinung: Wenn wir über ein Problem reden wollen, müssen wir erst einmal wissen, wie groß das Problem überhaupt ist und wie oft es vorkommt. Genau aus dem Grund haben wir das in unseren Antrag hineingeschrieben, damit wir als Politiker in diesem Landtag wissen, wovon wir reden, wie groß das Problem überhaupt ist. Aber Sie haben ja nicht einmal ein Interesse daran, festzustellen, wie groß das Problem ist. Das ist wiederum das große Problem für unsere Bürger und vor allem für unsere Nutztiere, für die wir uns als AfD einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Roi, es gibt eine Nachfrage von Frau Frederking. - Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sie haben jetzt so viel über das Thema Probleme schwadroniert.

(Oliver Kirchner, AfD: Nein, gesprochen hat er!)

Wäre es denn nicht angezeigt gewesen, dass Sie erst einmal identifizieren, ob Unfälle bei Tiertransporten überhaupt ein echtes, ein maßgebliches Problem sind, bevor Sie das gesamte Parlament und die Landesregierung damit befassen?

Daniel Roi (AfD):

Jetzt haben Sie Ihr Zitat noch einmal bestätigt, das ich gerade vorgelesen habe. Sie haben gesagt, Ihnen sei nicht bekannt, ob es bei Unfällen mit Tieren Probleme gibt. Wenn ein Abgeordneter dieses Hauses so etwas sagt,

(Robert Farle, AfD: Dann hat er keine Ahnung!)

dann, muss ich ehrlich sagen, weiß ich nicht, was ich darauf antworten soll. Vielleicht sollten Sie einmal vor Ort gehen, wenn so ein Unfall passiert, um zu sehen, was sich da abspielt. Ich kann Ihnen sagen, es ist ein Unterschied, ob ein Kieslaster oder ein Lkw mit Tieren umkippt. Als Feuerwehrmann weiß ich, wovon ich rede, Frau Frederking. Wir reden da sehr wohl von Problemen.

Wenn Sie sich einmal mit Statistik beschäftigen, nicht nur Unfallstatistik, sondern mit Tierschutz und dem Tierschutzbericht, dann sehen Sie: Auch darin stehen Kontrollen. Aber es steht nicht darin, welches genau die Verstöße sind, welches die Kontrollen genau waren. Auch hierzu bedarf es einer Änderung in der Problemanalyse. Nur wenn ich die Probleme kenne, kann ich politisch darauf reagieren. Das ist der Grund, weshalb wir den Antrag gestellt haben.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Einen Wunsch nach Überweisung konnte ich nicht wahrnehmen. Dann stimmen wir direkt über den Antrag der AfD, Drs. 7/4123, ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalition und die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Ich sehe keine Enthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden und wir führen hier noch einen kleinen Wechsel durch.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir steigen nunmehr ein in

Tagesordnungspunkt 23

Erste Beratung

Blühende Landschaften für Sachsen-Anhalt

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/4145

Die Einbringerin wird die Abg. Frau Eisenreich sein, die schon motiviert wird, nach vorn zu kommen. Sie haben das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mehr als 50 % aller auf der Erde existierenden Tierarten sind Insekten. So klein sie auch sind, sie haben eine immense Wirkung. Weltweit werden 88 % aller Pflanzen von Insekten bestäubt. Sie schaffen die Voraussetzungen für Artenvielfalt, Lebensräume, Nahrung und Fortpflanzung für andere Tierarten. Zahlreiche pflanzenfressende Tierarten, insbesondere Vögel, sind direkt von der Bestäubung durch Insekten abhängig.

Das gilt auch für den Menschen. Von den 107 am häufigsten angebauten Kulturpflanzen werden 91 - das sind immerhin 85 % - durch Insekten bestäubt. Der Marktwert der Produktion durch bestäuberabhängige Kulturpflanzen beträgt rund 550 Milliarden €. Dieser Wert wird weiter ansteigen, da bereits in den letzten 50 Jahren der Anbau von bestäuberabhängigen Kulturpflanzen um rund 300 % zugenommen hat und ihr Anteil weiter steigen wird. - Das sind die Fakten zur Bedeutung von Insekten.

Doch Fakt ist auch, dass in den letzten 30 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland die Häufigkeit und die Vielfalt von Insekten um bis zu 80 % - und selbst in Schutzgebieten um mehr als 75 % - zurückgegangen sind. Von den 560 in Deutschland nachgewiesenen Insektenarten sind mehr als 50 % gefährdet. Fast 5 % gelten als vom Aussterben bedroht. Eine direkte und sichtbare Folge ist, dass die Anzahl der Vögel, die ihre Brut mit Insekten aufziehen, um rund 20 % zurückgegangen ist. Gleichlautende Untersuchungsergebnisse finden sich auf der ganzen Welt. Klar ist auch: Ein Totalverlust an Bestäubern hätte Ernteeinbrüche von bis zu 90 % zur Folge.

(Zuruf von der LINKEN: Genau!)

Auch die Ursachen für das weltweite Insektensterben sind bekannt. Immer wirksamere Pestizide führen direkt zum Tod von Insekten oder beeinträchtigen deren Orientierungs- und Fortpflan-

zungsfähigkeit. Pestizide und die Monotonie der angebauten Kulturen vernichten nicht nur Nahrungsquellen, sondern auch Nist- und Überwinterungsmöglichkeiten für Insekten. Der Flächenfraß durch die Zersiedelung und die Flächenversiegelung verursacht einen weiteren Lebensraumverlust und nicht zuletzt haben Krankheitserreger, eingeschleppte invasive Arten und auch der Klimawandel Anteil an diesen Entwicklungen. Darüber haben wir hier im Landtag im Oktober 2017 debattiert.

Dass sich die Menschen mit diesen Phänomenen und möglichen Auswirkungen immer stärker auseinandersetzen und nicht mehr bereit sind, diese Entwicklung einfach hinzunehmen, zeigen die mehr als 1,7 Millionen Unterschriften unter das in Bayern durchgeführte Volksbegehren „Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern ‚Rettet die Bienen!‘“

Viele sind bereits aktiv und versuchen gegenzusteuern. Es hat bereits ein Umdenken begonnen, auch in der Landwirtschaft. Sowohl unter Ökobauern als auch unter konventionell produzierenden Betrieben wächst nämlich die Bereitschaft zur Veränderung. Erst letzte Woche wurden in der „Volksstimme“ und in der „Mitteldeutschen Zeitung“ zwei Landwirte aus der Altmark und der Börde vorgestellt, die Blühwiesen anlegen wollen. Beide nehmen dazu Ackerland bewusst aus der Bewirtschaftung und damit auch aus der gegenwärtigen Fördersystematik heraus. Dadurch werden sie statt der vorgeschriebenen Greening-Mischungen Saatmischungen einsetzen, die den Standortbedingungen gerecht werden. Jetzt suchen sie Paten, um ihre Projekte finanziell abzusichern.

Das sind gute Beispiele, bei denen bewusst die Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort gesucht und aufgeklärt wird und den Menschen die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte nähergebracht wird. Denn im Ringen um die Artenvielfalt und den Insektenschutz sind sie wichtige Verbündete. An diesem Punkt muss nunmehr aus unserer Sicht endlich die Politik ihrer Rolle gerecht werden

(Beifall bei der LINKEN)

und die Rahmenbedingungen schaffen, damit ein richtiges und notwendiges Handeln zum Schutz von Insekten landwirtschaftliche Betriebe nicht in ihrer Existenz bedroht.

Mit dem Antrag meiner Fraktion sollen genau diese Rahmenbedingungen verbessert werden. Im Antrag werden deshalb auch weitere wichtige Akteure und Handlungsfelder einbezogen. Ein wichtiger Punkt ist dabei der Erhalt von Lebensräumen. Insbesondere bei der Flächennutzungsplanung sollen wichtige Prinzipien eingehalten

werden. Vor einer Neuversiegelung von Flächen muss zwingend die Entsiegelung stehen. Bevor im Außenbereich Flächen für den Bau ausgewiesen werden oder neu gebaut wird, soll zuerst überprüft werden, ob nicht im Innenbereich Lücken geschlossen werden können.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Umwidmung land- und forstwirtschaftlicher Flächen für den Straßen- und den Siedlungsbau ist zu vermeiden.

Am Beispiel der beiden Landwirte aus der Altmark und der Börde wird deutlich, dass das bisherige Greening-Programm der EU nicht nachhaltig genug ist. Das haben mir in zahlreichen Gesprächen auch andere Landwirtinnen und Landwirte bestätigt. Die Mahdverpflichtung und speziell aufzubringende Samenmischungen führen dazu, dass den Insekten bereits im Sommer der Pollen und damit eine wichtige Nahrungsquelle ausgeht sowie Überwinterungsmöglichkeiten fehlen. Auch die Regelung, wonach Greening-Flächen nach fünf Jahren umzubrechen sind, damit sie für die Förderung als landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten bleiben, konterkariert aus meiner Sicht das Bemühen um Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür sind eine dauerhafte Flächenstilllegung und die Anlage von Blühflächen wesentlich effektiver. Aber das muss eben auch honoriert werden. Dafür ist sowohl die bisherige Landesförderung neu zu gestalten als auch auf EU-Ebene bei der Neuverhandlung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik dafür zu sorgen, dass auch bei den Direktzahlungen der sogenannten Ersten Säule verpflichtende und besonders wichtige ökologische Maßnahmen verankert werden.

Dabei könnte auch die Einführung eines Kulturlandschaftsprogramms unterstützen. Dabei sollten unbedingt die Erfahrungen aus Bayern und Thüringen, die ein solches Programm haben, einfließen. Auch hier ist zu überprüfen, ob die zum Beispiel in Bayern bestehenden ein- und fünfjährigen Blühflächen dort, wo dies sinnvoll und möglich ist, nicht doch besser Dauerblühflächen werden könnten. Auch die Anlage und der Erhalt von Hecken, Feldgehölzen, Steinmauern und anderen Feldstrukturen sowie Wiesen-, Wald- und Gewässerstrandstrukturen ergänzen das Angebot von Lebensräumen und helfen beim Bodenschutz und gegen die Bodenerosion ebenso wie bestimmte Anbauverfahren.

Landschaftspflegeverbände übernehmen übrigens seit Langem wichtige Aufgaben beim Erhalt von Lebensräumen und der Artenvielfalt und sie sind vor Ort sehr gut verankert. Doch noch immer ist ihre finanzielle Ausstattung eher mangelhaft. Auch hierbei muss endlich nachgebessert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Beim Erhalt der Biodiversität können die Wälder natürlich nicht außen vor gelassen werden. Deshalb bedarf es aus unserer Sicht einer größeren Unterstützung und intensiver Anstrengungen für die Wälder, insbesondere auch solcher im öffentlichen Eigentum.

Da immer wirksamere Pestizide einen wesentlichen Beitrag zum Artenverlust beisteuern, ist deren Einsatz in allen Anwendungsbereichen zu minimieren und die Forschung und die Beratung zu Alternativen sind zu verstärken. Die Debatte zu diesem Anliegen haben wir übrigens bereits mit unserem Antrag „Glyphosatausstieg jetzt einleiten!“ in der Drs. 7/2193 im Dezember 2017 angestoßen.

Mehr räumliche und funktionale Biotopverbunde sind eine weitere wichtige Maßnahme zum Schutz der Artenvielfalt und der Lebensräume - nicht nur für Insekten.

Zur Anpassung an die Schutzziele und die Gegebenheiten vor Ort ist aus unserer Sicht das vorhandene Blühstreifenprogramm zu erweitern. Hierbei sehen wir auch die Öffnung für andere wichtige Akteure als eine Chance, nicht nur Landwirtinnen und Landwirte anzusprechen und damit die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. Wir denken dabei an die Kommunen, in denen ebenfalls das Bewusstsein für den notwendigen Insektenschutz wächst, oder an die Kleingartenvereine, die dieses Programm im Zuge der Bewältigung des Leerstandes sinnvoll nutzen könnten. Leerstehende Kleingärten können ebenfalls in Blühflächen umgewandelt werden. Das dient dem Insektenschutz und der Artenvielfalt und auch die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner profitieren von den Bestäubern.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich denke, die Bedeutung der Insekten für Pflanzen, Tiere und uns Menschen ist inzwischen allen klar. Lassen Sie uns deshalb die Rahmenbedingungen für die so dringliche Aufgabe des Erhalts der Artenvielfalt verbessern. Im Übrigen kann auch jeder Einzelne selbst viele der großen Maßnahmen im Kleinen umsetzen und seinen Beitrag leisten.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank für die Einbringung, Frau Abg. Eisenreich. Bevor wir in die Dreiminutendebatte einsteigen, hat für die Landesregierung Frau Prof. Dr. Dalbert das Wort. - Frau Prof. Dalbert!

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ich habe sie abgelenkt, mea maxima culpa!)

Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Danke, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, sich für den Erhalt der biologischen Vielfalt und damit, wie Sie es etwas poetisch formulieren, für blühende Landschaften einzusetzen.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Das ist doch mal eine Leistung!)

Ich darf Ihnen sagen: Genau das ist die Priorität bei unserer Arbeit. Lassen Sie mich in der Dreiminutendebatte nur kurz einzelne Punkte streifen.

Der erste Punkt ist klar: Die Neuversiegelung von Flächen muss reduziert werden. Dass wir im Übrigen keine Reduzierung landwirtschaftlicher Flächen haben, haben wir auch im Leitbild Landwirtschaft noch einmal ausdrücklich festgehalten. Aber es ist auch klar, dass die Entscheidung, ob die Flächen weiter versiegelt werden, in der Regel nicht bei uns liegt, sondern bei anderen Akteuren. Deswegen arbeiten wir auch gerade an einem Bodenschutzplan, um Wege aufzuzeigen, wie wir vorankommen können.

Dann sagen Sie, für den Erhalt der Biodiversität in der Fläche sei es wichtig, Biotopverbünde zu schaffen. Das ist in der Tat eine prioritäre Aufgabe. Darin stimme ich Ihnen zu. Es wird ja genau mit der rechtlichen Sicherung der Natura-2000-Gebiete der Schutz und der Erhalt der Biodiversität fest verankert.

Sie wissen auch, dass wir in diesem Jahr noch etwas vorhaben, nämlich das Grüne Band als nationales Naturmonument zu sichern. Der Haupttreiber dafür ist - das sage ich sehr offen -, dass wir unsere Erinnerungsorte sichern wollen, also dass wir den Weg von einem Todesstreifen hin zu einer Lebenslinie dokumentieren und auch in der politischen Bildung nutzen wollen. Natürlich sichern wir damit aber auch einen Biotopverbund.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Sie haben das Blühstreifenprogramm angesprochen. Das wurde erst kürzlich evaluiert und modifiziert, um wirkungsvoller eingesetzt werden zu können. Sie haben die Landschaftspflege angesprochen. Gerade in diesem Bereich haben wir im letzten Haushalt die Akteure finanziell gestärkt. Und auch mit der Artensofortförderung stellen wir wieder Beträge in Millionenhöhe zur Verfügung, um kurzfristige Maßnahmen in der Fläche zu ermöglichen.

Sie haben die biologische Vielfalt in den Wäldern angesprochen. Das ist natürlich ein zentrales Thema. Eine solche nachhaltige Bewirtschaftung sichern wir natürlich vor allem auch im Landeswald. Nur ein kleines Beispiel hierzu: Seit dem April letzten Jahres werden im Landesforstbetrieb insgesamt 100 km Waldränder angelegt - ein wichtiger Schritt für die biologische Vielfalt im Wald.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Sie sehen also: Viele Beispiele aus Ihrem Antrag setzen wir bereits in unserer Politik um. Es gibt natürlich auch Themen, die Sie ansprechen, bei denen wir nicht der Hauptakteur sind. Wenn es um Fragen des Kartellrechts oder um die gemeinsame Agrarpolitik geht, dann setzen wir uns als Landesregierung auf anderer Ebene für den Erhalt der Artenvielfalt ein und kämpfen dafür, dass wir dort zu guten Lösungen kommen.

Insofern, denke ich, haben wir hierzu viel Debattebedarf: Wie können wir die Dinge noch besser umsetzen? Welches sind die Inhalte? Deswegen würde ich mich auf eine gute Debatte im Ausschuss sehr freuen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin Dalbert. Ich sehe keine Fragen. - Wir steigen nunmehr in die Dreiminutendebatte der Fraktionen ein, und zwar beginnen wir mit dem Abg. Herrn Schumann von der CDU-Fraktion. Sie haben das Wort.

Es wäre schön, wenn die Abgeordneten sich wieder setzen würden bzw. wieder zur Regierungsbank zurückkehren.

Andreas Schumann (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche, durch des Frühlings holden, belebenden Blick, im Tale grünet Hoffnungsglück“.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

In diese wunderbaren Worte hat Wolfgang von Goethe das uns alle berührende Frühlingserwachen komponiert.

(Zuruf von der CDU: Gut abgelesen!)

- Ich wollte nur keinen Fehler machen. - Blühende Landschaften aus der Zeit der Romantik. Leider sieht die derzeitige Realität anders aus.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE zielt in vielen Punkten auf das Insektensterben ab und auf An-

sätze, wie man diesem abhelfen könnte. Auch in zahlreichen Studien versucht die Wissenschaft, dem Insektensterben auf den Grund zu gehen. Unbestritten ist, dass der Wandel im Auftreten von Insektenarten größtenteils mit Lebensraumveränderungen einhergeht.

Meine Damen und Herren! Dennoch gibt es einige unbestrittene Gründe für den Rückgang des Insektenbestandes. Dazu zählen die veränderten Bewirtschaftungsformen in der Landwirtschaft, aber auch die generellen strukturellen Veränderungen in unserem Land.

So erwähnen Sie in Ihrem Antrag das Fehlen von Blühstreifen. Wie schön sind Kamille, Klatschmohn und Sträucher am Feldesrand. Nun möchte ich als Jäger, die in erster Linie auch Naturschützer sind, die Notwendigkeit dieser Blühstreifen für die Existenz von Niederwild betonen. Doch wer fordert, der muss auch fördern.

Durch Flächenversiegelung verliert Sachsen-Anhalt jährlich an Naturfläche. So haben auch Kommunalpolitiker eine Mitverantwortung, für mehr Grün in der Stadt zu sorgen und über mehr Dachbegrünung nachzudenken.

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Auch der Stil der privaten Gärten hat sich geändert. Jeder Hausbesitzer könnte einen kleinen, aber sehr wirksamen Beitrag leisten.

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt hat kürzlich eine Modellanalyse veröffentlicht, die die Zahl der durch Windräder in Deutschland getöteten Fluginsekten während der warmen Jahreszeit auf 5,3 Milliarden pro Tag beziffert. Hinzu kommen die Auswirkungen der Flächenversiegelung für die Basis des Windrades hinzu. Die Ursachen sind mannigfaltig.

Ich bitte Sie daher, den Antrag zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Energie sowie zur Mitberatung in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen.

Goethe endete in seinem Gedicht:

„Hier ist des Volkes wahrer Himmel, zufrieden jauchzet Groß und Klein: Hier bin ich Mensch, hier darf ich sein!“

Vielen Dank.

(Zustimmung von Chris Schulenburg, CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Es gibt keine Fragen. - Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Loth.

(Zustimmung bei der AfD)

Sie haben das Wort. Bitte.

Hannes Loth (AfD):

Blühende Landschaften wollten wir bereits alle einmal, wenn auch nur im übertragenen Sinne. Das Ergebnis ist ernüchternd. Die Landschaften sind noch da, allerdings besser erschlossen. Die wenigen Blüten, die da waren, wurden noch weniger, und uns fehlen somit auch die bestäubenden Insekten, die von Windblüten lesen. Aber nicht nur diese fehlen.

Ja, in unserem Ökosystem finden Veränderungsprozesse statt, die innerhalb kurzer Zeiträume die Biodiversität von der Artenvielfalt in die Einfalt weniger Realisten verwandeln. Prinzipiell muss sich hier sofort etwas ändern, aber wohl nicht mit Ihrem Antragsansatz.

Die von Ihnen etwas putzig zitierte oberflächlich bearbeitete globale Meta-Studie von Sánchez-Bayo von 2019 wertet beispielhaft für Deutschland die ebenfalls von Ihnen zitierte und in Deutschland erst nach ihrer zweiten Veröffentlichung medial grundlegend zur Kenntnis genommene und diskutierte Studie von Hallmann von 2017 aus. In welchem Umfang weitere Studien über deutsche Gebiete berücksichtigt wurden, ist nicht bekannt und aus Ihrem Antrag nicht ersichtlich.

Die Begründung der Ursachen für Ihre Forderungen ist damit mehr als fragwürdig und für Sachsen-Anhalt eher fahrlässig. Das bestätigt auch die bereits geführte Debatte zum Insektensterben, damals mit dramatischer Stille. Es hat sich nichts geändert. Für unsere Umweltministerin eine Katastrophe und für die Artenvielfalt die zentrale Zukunftsfrage der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik.

Wenn man die Stellungnahme der grünen Umweltministerin, unterlegt mit Zahlen aus dem Bundesprogramm, nachfolgend studiert, findet man keine einzige konkrete Bestandsentwicklung einer Insektenart in Sachsen-Anhalt, keine Darstellung der Ergebnisse eines landesweiten Brutvogelmonitorings, keine Ergebnisse eines Tagfalter-Monitorings, keine Ergebnisse zum Bestand endemischer Insektenarten oder FFH-relevanter Arten. Erkenntnisse über Fledermäuse bleiben ebenso im Dunkeln wie die Lebensweise. Keine Berechnung der Indikatoren zur biologischen Vielfalt auf Landesebene usw. usf.

Dafür hat Frau Ministerin Dalbert aber - zwar auch ohne Zahlen - über fehlende Landschaftselemente gesprochen, wie die Alleebäume, und über die Erfolge beim Ökolandbau, bei Blühstreifen, über Mahdvorgaben und die Förderung von Dauergrünland.

Liebe LINKE, Sie hören, ich wiederhole Ihren Antrag. Das hat Frau Ministerin alles schon einmal gesagt.

Mit derartigen Anträgen helfen Sie keinem einzigen Insekt, keinem einzigen Vogel, der von den Windkraftanlagen erschlagen wird, die Sie überhaupt nicht thematisiert haben, und auch keinem Bürger. - Der Antrag ist abzulehnen.

(Beifall bei der AfD - Hendrik Lange, DIE LINKE: Wenn Herr Loth so etwas sagt, war es ein Kompliment!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Loth. Es gibt keine Fragen. - Somit ist der nächste Debattenredner für die SPD-Fraktion der Abg. Herr Barth. Sie haben das Wort. Bitte.

Jürgen Barth (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ohne Zweifel ist der weltweite Verlust an biologischer Vielfalt alarmierend. Die Gründe dafür sind vielfältig. Neben der global intensiv betriebenen Landwirtschaft dürfte die rasant voranschreitende Erderwärmung einer der Hauptgründe dafür sein, dass sich die Klimazonen binnen weniger Jahrzehnte beträchtlich verschieben.

Wir sind uns hier im Parlament zumindest mehrheitlich darüber einig, dass hierbei Handlungsbedarf besteht, um die Schäden zu begrenzen. Es verwundert also nicht, dass die Fraktion DIE LINKE hier zu einem Rundumschlag ausholt, in vielen Punkten jedoch nicht konkret wird.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen das anhand von zwei Punkten aus dem uns vorliegenden Antrag darzulegen. Die unter Punkt 1 aufgeführte Minimierung der Flächenversiegelung ist schon lange gesellschaftlicher Konsens. Frau Ministerin ist darauf schon eingegangen.

In vielen Detailfragen wird den aufgeführten Grundsätzen weitestgehend entsprochen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Nordverlängerung der A 14 oder der Bau von Ortsumfahrungen Flächen in Anspruch nehmen. Auch werden wir, wenn wir den Strukturwandel im Braunkohlenrevier erfolgreich meistern wollen, Flächen für neue Industrieansiedlungen brauchen.

Natürlich ist dabei auch wichtig, dass wir der Natur und der Landwirtschaft Flächen, welche nicht mehr benötigt werden, zurückgeben. Auch das tun wir, wenngleich wir gerade bei der Renaturierung noch Luft nach oben haben.

Gut ist - das möchte ich hier ausdrücklich würdigen -, dass im Landesentwicklungsplan und in den regionalen Entwicklungsplänen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landwirtschaft ausgewiesen sind. Damit werden Festlegungen getroffen, welche die Flächen langfristig sichern.

Noch kurz zu Punkt 5. Flexible Rahmenbedingungen können sicherlich dazu beitragen, die Attrak-

tivität von Umweltprogrammen zu steigern. Allerdings ist das bloße Benennen zu unkonkret. Es sollte genau gesagt werden, was flexibel gestaltet werden soll. Uns würden als Alternative zu strengen Ver- und Geboten kooperative Vereinbarungen zwischen den Landwirten und Naturschützern einfallen, so wie wir sie auf der Reise des Umweltausschusses nach Holland erlebt haben.

Ich schaue jetzt einmal auf meine Redezeit. - Ich brauche das jetzt nicht mehr alles abzuarbeiten.

Mir bleibt zu sagen: Wir plädieren dafür, den Antrag zur federführenden Beratung in den Umweltausschuss und zur Mitberatung in den Landwirtschaftsausschuss zu überweisen. Lassen Sie uns im Ausschuss gemeinsam über die Maßnahmen und über geeignete Bedingungen beraten, um der Erreichung der konkreten Zielen Vorschub zu leisten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Barth. Fragen sehe ich nicht. - Die nächste Debattenrednerin wird für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abg. Frau Frederking sein. Sie haben das Wort. Bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Neben dem Klimawandel ist das Artensterben die zweite katastrophale Fehlentwicklung, die wir dringend stoppen müssen. Das ist lebensnotwendig für uns Menschen.

Die Arten schenken uns Ökosystemdienstleistungen wie die Bestäubung der Kulturpflanzen oder die Auflockerung des Bodens. Wir Menschen werden getragen von einem Netz der Artenvielfalt. Stirbt eine Art, dann geht ein Knoten verloren und irgendwann hält das Netz nicht mehr.

Selbst Raubtiere wie der Bär sind für uns hilfreich. Denn die Medizin lernt gerade, warum er im Winterschlaf seine Muskeln nicht verliert, und entwickelt daraus Therapien für muskelerkrankte Menschen.

Die Ökosysteme sind aus den Fugen geraten und müssen wieder in Balance gebracht werden.

Die LINKE hat die Agrarlandschaft im Fokus. Wir GRÜNEN sehen aber auch die Menschen in den Siedlungsgebieten in der Pflicht, etwas für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt zu tun. Das Mähen in den Gärten ist inzwischen zu einem Fluch geworden, weil Lebensräume ständig zerstört werden. Mähroboter verschärfen diese Situation. Ein Teil der Rasenflächen sollte wieder zu bunt blühenden Pflanzen werden. Streifen sollten nicht gemäht werden.

Auch Halme auf landwirtschaftlichen Flächen müssen zur Überwinterung von Insekten stehen bleiben können. Das hat DIE LINKE im zweiten Punkt des Antrages formuliert.

In Sachsen-Anhalt ist mit Ausnahmegenehmigung des ALFF ein Mähen alle zwei Jahre möglich. Doch das ist suboptimal, weil der Aufwuchs dann doch wieder auf einmal abgemäht wird.

Zu den stärksten Treibern des Artensterbens zählen auch die Pestizide.

(Bernhard Daldrup, CDU: Das bestreite ich aber!)

Wir wollen, dass diese in den Gewässerrandstreifen gar nicht mehr zum Einsatz kommen, ihr Verzicht auf Nichtkulturland durchgesetzt wird, bestehende Alternativen wie nichtwendende Bodenbearbeitung verstärkt genutzt werden, aber auch die Forschung und Entwicklung im Bereich des nichtchemischen Pflanzenschutzes intensiviert werden.

Das alles kann nur funktionieren, wenn die landwirtschaftlichen Betriebe fair bezahlt werden. Marktpreise und die Wertschätzung von Lebensmitteln müssen eine größere Rolle spielen.

Einige Betriebe haben begonnen, Artenvielfalt in Form von eingesäten Blühflächen anzubieten. Dies kostet zwischen 25 € bis 50 € pro 100 m².

Der Ökolandbau hat positive Auswirkungen auf die Artenvielfalt und sollte kontinuierlich ausgebaut werden. Dank der grünen Regierungsbeteiligung konnte der Anteil um 50 % gesteigert werden. Das stärkt auch eine zukunftsfeste Landwirtschaft.

Lassen Sie uns in den Ausschüssen die einzelnen Ansätze analysieren und sinnvolle, konkrete und umsetzungsorientierte Maßnahmen entwickeln.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Kollegin Frederking, Sie haben bereits Ihre Redezeit überzogen. Kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Ich war eigentlich fertig.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Okay.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Sie haben aber die Möglichkeit, noch weiter zu sprechen. Es gibt nämlich eine Frage.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Aber wenn Sie mir noch einen Satz zugestehen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das hatte ich ja gesagt.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Nein, jetzt nicht mehr! - Ulrich Thomas, CDU: Sie waren doch fertig! - Unruhe)

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Wir brauchen eine umweltverträgliche Landwirtschaft und dafür müssen wir als Politik flankieren und unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Es gibt eine Wortmeldung vom Abg. Herrn Daldrup. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Bernhard Daldrup (CDU):

Ich möchte der Abg. Frederking die Möglichkeit geben zu erklären, wie das zusammenpasst mit der Maßnahme, die das MULE offensichtlich im Bereich der Agrarumweltmaßnahmen plant, die Mittel zu kürzen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Zu was passt?

(Bernhard Daldrup, CDU: Agrarmaßnahmen zugunsten von anderen Maßnahmen!)

Mir ist nur bekannt, dass Mittel für Programme - das war auch in den vergangenen Jahren schon so -, die nicht gut genutzt werden, zugunsten gut genutzter Programme umgeschichtet werden.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe, dass Herr Daldrup eine Nachfrage stellen möchte.

Bernhard Daldrup (CDU):

Ich habe eine Nachfrage. Ich frage ich mich allerdings, welche Maßnahmen das MULE dann gegebenenfalls in Angriff genommen hat, damit diese Agrarumweltmaßnahmen besser in Anspruch genommen werden können.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Wir befinden uns jetzt im Jahr 2019. Wir hatten Haushaltsverhandlungen. Wir konnten gemeinsam verhandeln, dass auch die Weideprogramme

fortgeführt werden. Sie tragen zur Artenvielfalt bei. Ich hatte als einen Punkt das Thema Ökolandbau erwähnt. Es ist nachgewiesen, dass dies positive Auswirkungen auf die Artenvielfalt hat.

Mir ist auch bekannt, dass die Blühstreifenprogramme nach der Evaluation angepasst wurden, sodass sie vor Ort gut mit regionsangepassten Saatgutmischungen umgesetzt werden können, dass man bei der Streifenbreite etwas flexibler ist oder dass nicht die Prämien gekürzt werden, wenn Tiere, etwa Schafe, durch einen Blühstreifen laufen, dass man dort überall in der Umsetzung nachgesteuert hat, auch in Zusammenarbeit mit den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Es gibt eine weitere Wortmeldung. - Herr Abg. Loth. Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Ich habe die Frage, ob ich Sie richtig verstanden habe. Sie meinten, dass die Eigenheimbesitzer, die ihren Rasen mähen, ein Problem darstellen, und dass Sie sich als GRÜNE dafür einsetzen, dass sie nicht mehr den Rasen mähen dürfen?

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Genau. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in den Siedlungsgebieten, in den Städten, mehr für die Artenvielfalt sowie mehr für die Pflanzen- und Tierwelt getan wird, indem Lebensräume hergestellt werden. Wir sprachen vorhin über Biotopverbünde. Wir brauchen auch ökologische Trittsteine, damit die Insekten auch in den Städten blühende Pflanzen finden.

Ein Punkt ist tatsächlich das Mähen. Wir machen Werbung dafür - also ich in Person mache Werbung dafür -, dass nicht immer alles in Gänze abgemäht wird, sondern sodass ein Teil stehen bleiben kann, sodass der Lebensraum nicht verloren geht. Dann können die Insekten, wenn es zum Mähen kommt, dahin fliegen, wo die Lebensräume noch vorhanden sind. Ein alternierendes Mähen ist viel besser für die Artenvielfalt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Loth, Sie zeigen an, dass Sie noch eine Nachfrage haben. Bitte.

Hannes Loth (AfD):

Ich muss direkt nachfragen. Ich persönlich komme selten zum Rasenmähen. Mein Rasen ist ab und zu höher, als das in der Nachbarschaft üblich ist. Sie wollen den Menschen jetzt in meiner Nachbarschaft sagen, sie dürfen ihren Rasen trotzdem nicht mehr mähen, um die Insekten zu schützen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Ob ich sage, was die Menschen dürfen oder nicht, oder in China fällt ein Sack Reis um, das ist das Gleiche.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich sage den Leuten überhaupt nicht, was sie dürfen, sondern ich mache Werbung dafür und erlautere,

(Minister Marco Tullner: Nicht so defensiv!)

warum das sinnvoll ist.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das ist aber schon - -

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das nennt man Binsenweisheit!)

- Ja, genau. Das hat aber schon funktioniert, weil in meinem - das sage ich jetzt auch einmal - privaten Umfeld genau diese Dinge jetzt angegangen wurden. Also, ich habe etliche Verbündete gefunden. Wir fangen sogar an, in den Städten die Baumscheiben zu begrünen und dort zum Beispiel Blumen auszusäen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Frau Eisenreich hat jetzt noch einmal die Möglichkeit, einen Redebeitrag abzugeben. Bitte, Frau Eisenreich.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Ich danke für durchaus konstruktive Diskussionsbeiträge, die bis hin zu literarischen Ausschweifungen führten. Es freut mich, dass so ein Antrag auch animiert und inspiriert.

Ich hoffe auf eine sehr rege Ausschussdebatte. Ich denke, es ist richtig, in einem Antrag nicht zu sehr ins Detail zu gehen, weil wir über die Dinge sprechen wollen, also über das, was im Land passiert und was noch passieren muss.

Ich finde, dass eine Konsenslösung und eine gemeinsame Diskussion, die dazu führt, viel fruchtbringender ist, als wenn wir Ihnen hier alles vorgeben und Sie dann vielleicht doch sagen, das machen wir so nicht. Deshalb soll es eine Diskussion in den Ausschüssen geben, wie es vorgeschlagen wurde. Damit sind wir einverstanden. Ich glaube, wir können in diesem Bereich noch sehr viel tun.

Wir können den Antrag auch wesentlich erweitern. Es gibt viele kleine Dinge, zum Beispiel das, was Sie, Frau Frederking, gerade sagten, nämlich im Garten einmal ein Stück Wiese stehen lassen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Genau, auch ich habe Menschen dazu gebracht, dies zu tun. Meine Insekten und Vögel zu Hause freuen sich darüber und es sieht auch nicht schlimmer aus als in anderen Gärten. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN - Andreas Höppner, DIE LINKE, lacht)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Eisenreich. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Somit können wir in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 7/4145 eintreten.

Ich habe vernommen, dass dieser Antrag zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Energie sowie zur Mitberatung in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen werden soll. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt dagegen? - Alle Mitglieder der AfD-Fraktion. Damit ist der Antrag auf Überweisung angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 23 ist erledigt.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 26

Erste Beratung

Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft der Tarifentwicklung anpassen!

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/4148

Einbringer wird hierzu der Abg. Herr Lippmann sein. Sie haben das Wort, Herr Lippmann.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die staatlichen Finanzhilfen für Schulen in freier Trägerschaft, um die es heute in unserem Antrag geht, sind im Schulgesetz seit vielen Jahren an sich klar genug geregelt. Trotzdem streiten seit ewiger Zeit die freien Schulen zum Teil wie die Kesselflicker mit der Landesregierung über die Höhe dieser Finanzzuweisungen, und das, obwohl der Gesetzgeber für den Anspruch der freien Schulen auf Finanzhilfe nicht nur dem Grunde nach, sondern auch hinsichtlich der

Höhe ausreichend klare Regelungen geschaffen hat.

Trotzdem hat sich der Konflikt zwischen der Landesregierung und den freien Schulen um die Schülerkostensätze immer wieder und immer weiter zugespitzt. Bereits in der letzten Legislaturperiode hat der Streit das Hohe Haus beschäftigt und dazu geführt, dass die Differenzen nunmehr mithilfe eines externen Gutachtens geklärt werden sollen. Das Geld für dieses Gutachten stand auch schon seit dem Jahr 2017 zur Verfügung. Doch es hat erneut mehr als ein Jahr gedauert, bis sich die Koalition auch nur auf den Inhalt der Ausschreibung verständigen konnte.

Das Gutachten liegt wohl inzwischen schon seit einiger Zeit vor, wird aber vom Bildungsminister unter Verschluss gehalten. Jedenfalls hat eine Nachfrage am letzten Freitag im Bildungsausschuss ergeben, dass immer noch nicht klar ist, wann das Gutachten denn nun auf den Tisch gelegt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein absolut unwürdiges Theater, das hier seit Jahren aufgeführt wird.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es ist eine Zumutung für die Schulträger, die nicht wissen, woran sie sind und wie sie ihr Personal planen und bezahlen können, und es ist eine Zumutung für das Parlament, dass wir uns mit solchen Sachen beschäftigen müssen, nur weil die Regierung ihrem gesetzlichen Auftrag nicht nachkommt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es ist aber am Ende

(Zurufe von der CDU)

vor allem ein peinlicher Auftritt von CDU und SPD;

(Siegfried Borgwardt, CDU: Was?)

denn die mehr als zehn Jahre Dauerstreit um die Ersatzschulfinanzierung haben über drei Legislaturperioden hinweg ausschließlich zwei CDU-Ministerpräsidenten und ihre jeweiligen Finanz- und Schulminister zu verantworten.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Davor hat sich gar keiner darum gekümmert! - Weitere Zurufe von der CDU)

Gestritten wird um die grundlegenden Annahmen, nach denen die pauschalierten Schülerkostensätze zu ermitteln sind. Der Gesetzgeber hat diese Aufgabe dem Schulministerium übertragen, das dafür die sogenannten SchifT-VO erlassen hat. Hier soll das schon erwähnte Gutachten für eine objektive Grundlage sorgen und so die Kampfahne auseinanderbringen.

Aus unserer Sicht wäre ein solches Gutachten aber gar nicht erforderlich gewesen; denn es ist leicht erkennbar, dass es nicht um tatsächliche Schwierigkeiten geht, die gesetzlich vereinbarten Schülerkostensätze transparent und nachvollziehbar zu berechnen. Das Problem liegt darin, dass der Landesregierung das Ergebnis der Berechnungen immer wieder nicht gefällt. So ergeht es jetzt auch dem Gutachten selbst. Der Landesregierung gefällt das Ergebnis nicht, weil es teuer wird, als man sich das im Regierungslager so wünscht.

Denn wie immer geht es nicht um Schulqualität oder um gerechte Bezahlung und schon gar nicht geht es um Pädagogik. Es geht ausschließlich darum, dass auch im Schulwesen durch möglichst viel Privatisierung Landesgeld gespart werden soll. Die Träger sollen dann sehen, wie sie klar kommen, wie sie ihr Personal bezahlen und bis in welche Höhe sie die Elternbeiträge treiben können. Für konservative Landesregierungen gilt eben immer wieder: Privat ist gut, wenn es billig ist.

(Guido Heuer, CDU: So ein Blödsinn!)

Denn anders kann man einfach nicht verstehen, mit welcher Hartnäckigkeit die Finanz- und Schulminister den freien Schulen seit Jahren die gesetzlich normierte Finanzhilfe verweigern und weshalb dieser endlose Eiertanz um die Schülerkostensätze aufgeführt wird.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Landesregierung vollzieht nicht das Schulgesetz, sondern feilscht wie auf dem Basar um einen möglichst niedrigen Preis für die freien Schulen.

Man kann ja bildungspolitisch ganz unterschiedliche Positionen zur Rolle der freien Schulen in unserem Schulsystem haben, aber eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht nicht. Man kann nicht erst gesetzliche Voraussetzungen für die Gründung freier Schulen schaffen und dann auch noch durch einen jahrelangen rigiden Rückbau des öffentlichen Schulnetzes den Bedarf der Eltern für immer mehr Privatschulgründungen in die Höhe treiben und anschließend die freien Schulen bei der Finanzierung am ausgestreckten Arm verhungern lassen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat mit dem Auftrag unserer Verfassung nichts zu tun. Es ist nicht Verfassungsauftrag, durch fortschreitende Privatschulgründungen ein billiges Schulsystem zu organisieren und dadurch den Landeshaushalt zu entlasten.

Es muss jedem hier im Haus klar sein, dass ein teilweiser Zusammenbruch der Privatschulland-

schaft - dieser ist in den kommenden Jahren durchaus zu erwarten - weiterreichende Folgen nach sich ziehen würde, als sich das vermutlich die meisten hier im Hause bisher klar gemacht haben.

Ich will deshalb auf zwei der absehbaren Folgen aufmerksam machen. Nach Artikel 28 unserer Verfassung dürfen freie Schulen nur genehmigt werden, wenn durch ihr Angebot die Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird und wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte genügend gesichert ist. Dafür haben die freien Schulen Anspruch auf die erforderlichen öffentlichen Zuschüsse zur Erfüllung ihrer Aufgaben.

Wenn die Landesregierung den freien Schulen immer wieder den Geldhahn zudreht, dann haben sie aber in der Regel nur zwei Auswege. Sie können entweder ihre Lehrkräfte noch weiter unter Tarif bezahlen und damit eben wirtschaftlich wesentlich schlechterstellen als die vergleichbaren Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Schuldienst. Oder sie können die Elternbeiträge weiter anheben und damit noch stärker dafür sorgen, dass nur noch Kinder aus begüterten Elternhäusern Privatschulen besuchen können. Beides ist verfassungswidrig und muss eigentlich dazu führen, dass die Betriebsgenehmigung entzogen wird.

Auch wenn Sie das vermutlich nicht gern hören, aber wenn Sie den freien Schulen die Finanzzuweisungen nicht im erforderlichen Maße gewähren, stiften sie diese zum Verfassungsbruch an. Das passiert allerdings schon die ganzen Jahre lang. Doch der Staat schreitet nicht ein, weil er von den niedrigen Kosten und dem Geld der Eltern profitiert. Das ändert aber nichts daran, dass es Verfassungsbruch ist. Jeder weitere Druck auf die Finanzierungsgrundlagen der freien Schulen leistet dem weiteren Vorschub.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die zweite Folge ergibt sich unmittelbar aus der ersten: Wenn das Privatschulwesen kollabieren sollte, weil die Schulträger das benötigte Personal nicht mehr gewinnen können und schließen müssen, dann werden aus ehemaligen Schülerinnen an privaten Schulen wieder Schülerinnen an öffentlichen Schulen, jedenfalls größtenteils. Es sind Schülerinnen, die dort nicht eingeplant sind, für die zusätzliche Lehrkräfte erforderlich sind und die dann wieder nach dem öffentlichen Tarif zu bezahlen sind oder noch teuer verbeamtet werden. Es wird also teurer und die Sicherung der Unterrichtsversorgung wird noch problematischer, wenn freie Schulen aus dem Netz verschwinden sollten.

Ich will abschließend darauf hinweisen, dass die in unserem Antrag geforderte Anpassung der

SchifT-VO hinsichtlich der endgültigen Schülerkostensätze bereits seit dem 1. September 2017, also seit mehr als eineinhalb Jahren, überfällig ist. Das heißt, dass die Schulträger bereits für das letzte Schuljahr, 2017/2018, keine abschließende Klarheit über die ihnen zustehenden Finanzhilfen haben. Für das laufende Schuljahr 2018/2019, in dem ein ganz erheblicher Anpassungsbedarf bei den Schülerkostensätzen besteht, wissen die Schulträger elf Wochen vor dem Ende des Schuljahres überhaupt noch nicht, womit sie eigentlich wirtschaften können.

Wo die Säge so lange klemmt, kann man ahnen. Denn offensichtlich geht es nicht nach Recht und Gesetz, sondern darum, was der Finanzminister bereit ist herauszurücken.

(Angela Gorr, CDU: Na, na!)

Das Vorgehen der Landesregierung ist Willkür; denn in der Sache selbst gibt es kaum Spielraum. Deshalb beantrage ich auch ausdrücklich keine Überweisung in die Ausschüsse; denn dort gibt es aus unserer Sicht nichts zu beraten. Es gilt, zu handeln und als Parlament zum rechtswidrigen Verhalten der Landesregierung Stellung zu beziehen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Guido Heuer, CDU: Ist das ein Antrag von der LINKEN oder von der Fraktion?)

Es ist Eile geboten, Kolleginnen und Kollegen; denn einigen freien Schulen steht das Wasser schon bis zum Hals. Wir müssen hierbei der Landesregierung wieder einmal auf die Sprünge helfen. Verschieben Sie es nicht! Klären Sie die Probleme und sorgen Sie dafür, dass die etwa 20 000 Schülerinnen und Schüler, die allein in den allgemeinbildenden Schulen sind, zu vernünftigen Bedingungen unterrichtet werden können und dass vor allem die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, von ihren Trägern ordentlich bezahlt werden können. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Lippmann. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Tullner. Sie haben das Wort.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Mein lieber Kollege Lippmann, ich habe Ihren Ausführungen wie immer sehr aufmerksam gelauscht. Sie werden nicht verwundert sein, wenn ich ein bisschen irritiert bin, dass sich gerade DIE LINKE zum Anwalt der freien Schulen aufschwingt.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU - Zuruf von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Sie haben ein bisschen darauf verwiesen, dass wir eine langjährige - und ich denke, nicht erfolg-

lose - CDU-Landesregierung haben. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als wir 2002 diese Landesregierung mit Prof. Böhmer übernommen haben, dass es den freien Schulen damals sehr viel schlechter ging. Was die Gründungszahlen, Anerkennungsfragen und auch Finanzierungsfragen angeht, haben sich die Dinge grundlegend gewandelt.

Auf der anderen Seite ist es richtig, wir leben in einem Spannungsfeld. In Zeiten des Lehrermangels stellt sich zum Beispiel die Frage: Wer bietet die attraktiveren Rahmenbedingungen. Herr Banse sitzt da oben und kämpft ganz tapfer für die Anliegen seiner Schulen.

Aber wir müssen uns auch einmal eines vergegenwärtigen: Für diese Wahlperiode haben wir uns einen klaren Fahrplan vorgenommen. Die Koalitionsfraktionen haben gesagt, sie wollen ein Gutachten erstellen lassen, ein neutrales Gutachten, nicht vom Ministerium, sondern sozusagen von externen Partnern.

Dieses Gutachten ist so gut wie fertig. Es wird demnächst, glaube ich, den Bildungsausschuss nicht nur erreichen, sondern dort auch zu intensiven Diskussionen führen. Um die Zeit bis dahin zu überbrücken, haben wir - wir erinnern uns alle - mit der letzten Änderung des Schulgesetzes, ich glaube, knapp 13 Millionen € für eine unbefristete Übergangsförderung zur Verfügung gestellt.

Deswegen kann ich nicht so richtig erkennen, warum Sie an der Stelle in einen gewissen Alarmismus verfallen. Natürlich müssen wir im Zuge der Diskussion, die jetzt mit dem Gutachten beginnt, auch die Frage von Schülerkostensätzen allumfassend klären. Wir müssen auch die Frage klären, welche Eingruppierung in welche Tarifgruppe sozusagen zielführend sein wird. Über all diese Fragen - das haben wir von vornherein verabredet - soll in diesem Kontext diskutiert werden.

Wir sind jetzt dabei. Wir führen zum Beispiel die vorbereitenden Gespräche mit dem Finanzministerium - die laufen gerade oder sind so gut wie abgeschlossen -, was Eingruppierungsfragen angeht.

Das alles mündet jetzt in diese abschließende Diskussion, die wir im Bildungsausschuss führen, und dann haben wir hoffentlich eine verlässliche und transparente Basis; denn nicht jeder ist ein Insider und wird sich mit der SchifT-VO und diesen Dingen intensiv beschäftigen. Schülerkostensätze zu berechnen ist ein hochkomplexes Verfahren. Wir brauchen mehr Transparenz. Das wollen wir uns an dieser Stelle vornehmen.

Dann können wir, glaube ich, dazu kommen, dass wir diese Brückenfinanzierung genau in diese verlässliche Finanzierung einmünden lassen, wie es die Koalition in ihrem Koalitionsvertrag niederge-

legt hat. Deswegen kann ich nicht nachvollziehen, dass Sie hier Zeter und Mordio rufen.

Natürlich haben freie Schulen Probleme. Auch dort werden die Schülerzahlen zurückgehen. Auch dort wird man Fragen stellen müssen, wie sich kleine Vereinsgründungen im ländlichen Raum halten können. Das ist ein natürliches Spannungsfeld, das ist ganz klar. - Die rote Lampe leuchtet, ich höre auch gleich auf.

Deswegen sage ich: Lassen Sie uns auf Grundlage des Gutachtens diese Dinge allumfassend gemeinsam mit den Parlamentariern im Ausschuss so verabreden, dass am Ende eine verlässliche, transparente und vor allen Dingen tragfähige Finanzierung für die freien Schulen in diesem Land vorhanden ist. Das ist das Ziel der Regierung. Das ist das Ziel der regierungstragenden Fraktionen. Darin sind wir uns völlig einig. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Es gibt keine Wortmeldungen. - Somit steigen wir in die Debatte der Fraktionen ein. Die Redezeit beträgt jeweils drei Minuten. Die erste Debattenrednerin wird für die SPD-Fraktion die Abg. Frau Prof. Kolb-Janssen sein. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das waren ja eben sehr unterschiedliche Reden und auch sehr unterschiedliche Einschätzungen der Situation.

Zunächst einmal möchte ich die Kritik von Herrn Lippmann zurückweisen: Die Koalitionsfraktionen haben sich im letzten Jahr sehr wohl für die freien Schulen starkgemacht.

(Zustimmung bei der CDU und von Olaf Meister, GRÜNE)

Ich erinnere Sie daran, dass wir lange darüber diskutiert haben und dass wir es geschafft haben, dass die Zuweisungen mit der Novelle zum Schulgesetz erhöht wurden auf 95 % der Personalkosten und 20 % der Sachkosten. Richtig ist auch, dass diese Gelder mit einer Abschlagszahlung im Dezember 2018 bei den freien Schulen angekommen sind.

Aber worum geht es jetzt eigentlich? - Es geht darum, dass es ein bestimmtes Verfahren dafür gibt, wie bestimmte, für andere Bedienstete im öffentlichen Dienst selbstverständliche Dinge, auch für diese freien Träger umgesetzt werden. Die sind nicht so frei, dass sie alles machen können, was sie wollen. Sie sind an die Lehrpläne ge-

bunden und haben sich im Wesentlichen auch dazu verpflichtet, nach Tarifverträgen zu zahlen.

Was ist jetzt passiert? - Am 1. Januar 2018 ist ein neuer Tarifvertrag mit Tarifierhöhungen in Kraft getreten. Dieser Tarifvertrag enthält auch eine neue Erfahrungsstufe, die Erfahrungsstufe 6, die allen Kolleginnen und Kollegen, die länger als 15 Jahre im Schuldienst sind, zuerkannt wird.

Über die Frage der Übertragung dieser Erfahrungsstufe auf die freien Schulträger kann man sicherlich diskutieren, aber eigentlich müsste die Weitergabe der Quasi-Tarifierhöhung über die Zuweisungen an die freien Schulen ein Automatismus sein. Genau dieser Automatismus hat für das Schuljahr 2017/2018 nicht funktioniert.

Dazu hätte die SchifT-VO im September des letzten Jahres verändert und es hätte quasi der endgültige Zuweisungsbetrag festgelegt werden müssen. Daran fehlt es bis heute.

Das führt im Ergebnis dazu, dass zwar das umgesetzt worden ist, was wir als Verbesserung der Finanzsituation für die freien Schulen erreichen wollten, dass das aber wieder aufgeessen worden ist bzw. teilweise sind die Träger heute noch schlechtergestellt, weil sie zwischenzeitlich diese Tarifierhöhung umsetzen mussten, weil sie natürlich auch in Konkurrenz zu den staatlichen Schulen stehen.

Wenn jetzt ganz viele Stellen an den staatlichen Schulen ausgeschrieben sind, dann leiden die freien Träger natürlich auch darunter, weil sich die Kollegen überlegen, ob sie sich verbeamten lassen.

Wir brauchen jetzt so schnell wie möglich - das sage ich nicht als Bitte, sondern als konkrete Forderung - eine neue SchifT-VO, die genau das umsetzt, was eigentlich schon im September des letzten Jahres hätte passieren müssen, die dies so umsetzt, dass es auch möglich ist.

Vielleicht gestatten Sie mir noch einen Satz zum Schluss. Nicht nur Politik, sondern auch Verwaltung muss verlässlich sein.

(Siegfried Borgwardt, CDU: So ist es!)

Wenn man suggeriert, dass es eine Einigung gibt, dass den freien Schulen jetzt die Erfahrungsstufe 5 zuerkannt wird, dann muss das gelten. Man kann jetzt nicht ein halbes Jahr später sagen,

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

das ist jetzt nicht mehr so. Ich habe immer gesagt: Wir wären für alles offen gewesen. Wir hätten auch bei der Diskussion über den Haushalt, wenn das zu Mehrausgaben geführt hätte, natürlich versucht, diese Mehrausgaben gegenzufinanzieren. Insoweit sind wir Gesprächsbereit.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Abgeordnete.

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):

Ja, einen Satz noch. - Wir können darüber heute nicht entscheiden; wir müssen vorher noch ein paar Fragen klären. Deshalb bitte ich um Überweisung an den Bildungsausschuss. Ich verspreche aber, dass wir schnell eine Lösung finden werden. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Ich sehe keine Fragen. - Der nächste Debattenredner ist für die AfD-Fraktion der Abg. Herr Schmidt. Sie haben das Wort. Bitte.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Mai rückt näher, die Natur fängt an zu blühen und die Wahlkampfzeit der LINKEN beginnt.

(Oh! bei der LINKEN - Thomas Lippmann, DIE LINKE: Er hat eine lyrische Ader!)

Mit Ihrem Antrag „Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft der Tarifentwicklung anzupassen!“ versuchen Sie wohl, neue Wählerschichten zu erreichen. Statistiken belegen, dass die meisten Eltern, die ihr Kind auf eine Privatschule schicken, einkommensstark sind. Es sind mehrheitlich die Paarfamilien, also vornehmlich Mann und Frau, die ihre Kinder an Privatschulen unterbringen. Alleinerziehende Eltern bilden dort die Minderheit.

Im Jahr 2017 hat sich die Landesregierung dazu entschlossen, die pro Schüler entstehenden Kosten durch externe Gutachter berechnen zu lassen, um eine Grundlage für eine etwaige Neuaufstellung der Förderung freier Schulen zu schaffen. Das Ergebnis dürfte also bald vorliegen und eine Erhöhung der Finanzmittel ist in naher Zukunft möglich.

Der Anteil der Schüler in Sachsen-Anhalt, die eine freie Schule besuchen, steigt. Im Schuljahr 2016/2017 wurden in Sachsen-Anhalt 17 568 Schüler an insgesamt 105 freien allgemeinbildenden Schulen und 6 918 Schüler an freien berufsbildenden Schulen unterrichtet. Im Falle der allgemeinbildenden Schulen entspricht dies einem Anteil von 9,2 %, im Falle der berufsbildenden Schulen sogar von 14,5 %. Woran liegt das? - Der Unterrichtsausfall an privaten Schulen dürfte deutlich geringer und die Disziplin innerhalb der Klassen erhöht sein. Auch die viel beschworene Vielfalt hält sich in Grenzen.

An öffentlichen Schulen gab es im Jahr 2017 mehr als dreimal so viele Ausländer wie an Schulen in freier Trägerschaft. Doch dürfen die Privatschulen nicht die öffentlichen Schulen, die aufgrund der verfehlten linken Bildungspolitik unattraktiv sind, ersetzen.

(Zuruf von der LINKEN)

Vielmehr sollen Privatschulen den Eltern die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Bildungskonzepten geben. Dabei ist es jedoch die Pflicht des Staates, die öffentlichen Schulen auf einem gleichen Bildungsniveau zu halten. Ein einkommensabhängiges Zwei-Klassen-Bildungssystem wie in den USA müssen wir in Deutschland verhindern.

Dazu müssen endlich die Missstände an den öffentlichen Schulen behoben werden, aufgrund derer Eltern ihre Kinder überhaupt erst auf freie Schulen schicken. Schluss mit linken Ideologien wie Gender, Inklusion und Schreiben nach Gehör. Wir benötigen Sonderschulklassen für Ausländer mit schlechtem Sprachniveau. Wir benötigen mehr Disziplin und einen Erhalt unserer deutschen Sprache.

Anstatt die Privatschulen mit mehr Geld auszustatten, sollten wir zusehen, dass wir das staatliche Schulwesen sanieren, damit Eltern ihre Kinder wieder guten Gewissens auf öffentliche Schulen schicken können.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Schmidt. Auch hierzu gibt es keine Fragen. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Aldag. Sie haben das Wort.

Wolfgang Aldag (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Jedes zehnte Kind in Sachsen-Anhalt lernt an einer Schule in freier Trägerschaft. Die Tendenz ist steigend und insgesamt hat der Osten in den vergangenen Jahren die westdeutschen Bundesländer deutlich überholt. Eltern halten es für richtig und gut, dass ihre Kinder unsere freien Schulen besuchen. Das hat insbesondere damit zu tun, dass diese eine herausragende Arbeit leisten. Davon durfte ich mich selbst bei vielen Schulbesuchen überzeugen.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Seit Langem warten unsere Schulen in freier Trägerschaft auf eine Lösung für eine angemessene Finanzierung. Eigentlich schien dies auf einem guten Weg zu sein. Nach vielem Hin und Her wurde dazu ein Expertengutachten in Auftrag gegeben. Zudem konnte eine finanzielle Übergangsre-

gelung mit der letzten Novelle zum Schulgesetz erwirkt werden. Damit sollte ein klares Zeichen gesetzt werden, dass wir die Arbeit und Angebote der freien Schulen in Sachsen-Anhalt wertschätzen und unterstützen.

Meine Damen und Herren! Ich habe längst mit der Fertigstellung und Umsetzung der SchifT-VO gerechnet. Ich staune jedes Mal wieder darüber, wie lange sich Verordnungen in der Pipeline befinden und manche Absprachen scheinbar erst am Sankt-Nimmerleins-Tag stattfinden. Das legt Prozesse und Vorhaben völlig lahm, macht langfristige Planungen für viele Akteure unmöglich und sorgt für Verdross und Ärger bei allen Beteiligten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich kann gut verstehen, dass sich unsere Schulen in freier Trägerschaft wie Schulen zweiter Klasse behandelt fühlen. Das, meine Damen und Herren, müssen wir dringend ändern. Ich erwarte von unserem Bildungsminister, dass wir uns unverzüglich, transparent und unter Einbeziehung aller Beteiligten auf eine sowohl gerechte als auch rechtskonforme finanzielle Unterstützung unserer freien Schulen verständigen.

Natürlich müssen wir uns dabei die gestiegenen Schülerzahlen, den Lehrkräftemangel, die Regelungen und Anreizsysteme an den öffentlichen Schulen, die Anzahl der Seiten- und Quereinsteigerinnen ebenso wie die Entgeltstufen und die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst genau anschauen und für das Abwägen einer faire Lösung mit einbeziehen.

Eines ist für mich und meine Fraktion klar: Wir brauchen eine schnelle und wirklich gerechte Lösung, die langfristig tragfähig ist. Die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Bildung sowie an den Ausschuss für Finanzen halte ich daher für dringend notwendig. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Aldag. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt die Abg. Frau Gorr. Sie haben das Wort. Bitte.

Angela Gorr (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Koalitionsfraktionen haben sich im Koalitionsvertrag, insbesondere durch die Forderung nach einem unabhängigen Gutachten, immer für die Belange der Schulen in freier Trägerschaft eingesetzt.

Es ist uns sogar gelungen - es wurde bereits gesagt -, mit einer hart erarbeiteten Übergangsregelung eine bessere Ausstattung der Schulen in freier Trägerschaft zu erwirken, die in das Schul-

gesetz hineingeschrieben wurde und weiterhin gilt, bis das Gutachten uns hoffentlich objektive Grundlagen für die Zukunft eröffnet.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist daher mit seiner Forderung der Missbilligung überzogen. Dennoch kann ich das Ansinnen, mit der längst überfälligen SchifT-Verordnung Klarheit über die Finanzierung zu schaffen, mehr als nachvollziehen. Ebenso erwarte ich, dass umgehend im Ausschuss erste Schlussfolgerungen aus dem Gutachten gezogen werden, stehen doch die Haushaltsberatungen vor der Tür.

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Schulen in freier Trägerschaft! Wir gehen davon aus, dass die Beratungen mit dem Ministerium der Finanzen positiv abgeschlossen werden. Daher mein Appell an unseren Ministerpräsidenten und an die Landesregierung insgesamt: Lassen Sie die Schulen in freier Trägerschaft nicht in eine Schiefelage geraten.

(Zustimmung von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

Wir werden den Prozess sehr eng weiter begleiten.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie haben beste Verbindungen zum Finanzminister!)

Deshalb bitte ich um Überweisung an den Ausschuss für Bildung und Kultur zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Finanzen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Gorr. Es gibt keine Wortmeldungen.- Somit hat der Abg. Herr Lippmann noch einmal das Wort. Bitte, Herr Abgeordneter.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Minister Marco Tullner! Liebe Angela Kolb-Janssen! Wir müssen uns an dieser Stelle nicht darüber streiten oder darüber austauschen, wer ein Herz für freie Schulen hat und wer nicht und warum nicht; denn darum geht es nicht.

Es geht auch nicht darum, ob an anderer Stelle etwas für die freien Schulen getan wurde, sondern es geht darum, ob Recht und Gesetz eingehalten werden

(Beifall bei der LINKEN)

oder ob sich der Bildungsminister hinter einer Gesetzesänderung oder hinter einem Gutachten versteckt; denn das macht er. Das Gutachten läuft parallel. Natürlich hätte es längst auf dem Tisch liegen sollen. Es ist viel zu viel Zeit ins Land gegangen. Wenn das Gutachten vorliegt, dann müs-

sen die neuen Grundlagen, die vielfach strittig waren, eingepreist werden.

Aber jetzt geht es erst einmal darum, die Tarifierhöhung, und zwar die vom 1. Januar 2018, und die inzwischen unstrittige Veränderung der pauschalen Berechnung der Lehrergehälter nicht mehr nach Stufe 4, sondern auf der Grundlage der Stufe 5 umzusetzen.

(Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, SPD: Das habe ich doch gesagt!)

Das ist längst klar. Die Verordnung hätte zum 30. Juni 2017 oder zum 30. Juni 2018 veröffentlicht werden müssen.

Zum Zeitablauf sage ich zwei Dinge. Ich habe gesagt, dass ich gegen eine Überweisung an den Ausschuss bin, weil Gefahr im Verzug ist und die Dinge eigentlich klar sind. Ich nehme das Votum der Koalition zur Kenntnis, weise aber darauf hin, dass die nächste Sitzung des Bildungsausschusses in fünf Wochen stattfindet. Das übliche Verfahren sieht vor, die Beratungsgegenstände nicht gleich zu beraten, sondern in der darauffolgenden Sitzung, also in diesem Fall in der letzten Sitzung vor der Sommerpause. Ihnen muss also etwas einfallen, damit wir im Mai etwas auf den Tisch bekommen - Sie haben also fünf Wochen Zeit -, woran wir möglichst einen Haken machen können, und zwar unabhängig davon, ob das Gutachten dann schon vorliegt; denn darüber können wir ein bisschen gründlicher diskutieren, weil es möglicherweise in die nächste Phase einfließen kann.

Diese alten Geschichten müssen nachgearbeitet werden. Darum bitte ich. Das haben die freien Schulen verdient.

Ich habe inhaltlich, denke ich, genügend dazu gesagt. Wir können das, was wir nicht ausgestalten können, nicht bei den freien Schulen abladen. Das haben weder die Schulträger noch die Lehrkräfte und erst recht nicht die Schülerinnen und Schüler verdient. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Lippmann. Es gibt keine Wortmeldungen. - Somit steigen wir in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 7/4148 ein.

Ich habe vernommen, dass dieser Antrag zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung und Kultur und zur Mitberatung an den Finanzausschuss überwiesen werden soll. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE und ein fraktionsloser Abgeordneter. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion der AfD. - Vielen Dank. Damit ist der Tagesordnungspunkt 26 erledigt.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 27

Beratung

Konsequenzen aus der Blockadehaltung in der Linksextremismus-Enquete: Stärkung von Minderheitenrechten der Fraktionen

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/4150

Einbringer ist der Abg. Herr Roi. Er steht schon bereit. Sie dürfen ans Pult treten.

Daniel Roi (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie haben das Wort, bitte.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren!

„Wäre es irgendeiner Nation möglich, die bitteren Erfahrungen einer anderen durch die Lektüre eines Buches mitzuerleben, so würde ihre Zukunft gewiss viel heller sein, weil viel Unglück und viele Fehler durch rechtzeitige Einsicht vermieden werden könnten. Doch jedermann ist der verhängnisvollen Meinung: Derartiges könnte bei uns nie vorkommen!“

Das, meine Damen und Herren, schrieb Alexander

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Solschenizyn!)

- Sie haben es erkannt; sehr gut - Solschenizyn in seinem Geleitwort zu dem Buch „Der Archipel Gulag“, dem Buch über kommunistische Vernichtungslager in der Sowjetunion. Der Weg zum kommunistischen Paradies, der lediglich in die mörderische Sackgasse Sozialismus führt, ist mit Unrecht, Unterdrückung, Willkür, Verbrechen und Millionen Leichen gepflastert.

Doch gerade wir Ostdeutsche sind bei der Betrachtung des Linksextremismus nicht auf das Schicksal anderer Nationen angewiesen; im Gegenteil: Wir haben in unserem Land eigene leidvolle Erfahrungen gemacht, die wir mehr und mehr zu vergessen scheinen.

Zu Recht haben wir in unserem Land einen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,

(Silke Schindler, SPD: Beauftragte!)

also jener Nachfolgepartei, die hier in diesem Landtag eine eigene Fraktion stellt.

Im aktuellen Bericht schreibt der Landesbeauftragte:

„In unsere Beratung kommen jährlich ca. 2 000 Menschen, deren Leben durch politisch begründete Entscheidungen bis heute belastet ist.“

(Silke Schindler, SPD: Sie! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Es ist eine Frau!)

- Ja, es ist Frau Neumann.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Neumann-Becker!)

Sind wir es diesen Menschen - das ist die Frage, die sich stellt - nicht schuldig, die politischen Strömungen ernst und in den Blick zu nehmen, die diese Opfer des real existierenden Sozialismus zu verantworten haben?

Ich bin der Meinung, eine Ausstellung im Landtag allein genügt nicht, um dem gerecht zu werden; denn wir müssen uns die Frage stellen: Die Mauer ist zwar gefallen, aber was ist mit den Tätern und Überzeugungen der damaligen Leute? Sie sind immer noch da. Aus diesem Grund müssen wir auch heute noch politisch darauf achten.

Jene Mauer ist damals von dem Sozialdemokraten Willy Brandt als Schandmauer bezeichnet worden. Die DDR-Propaganda sprach hingegen von einem antifaschistischen Schutzwall.

Damit komme ich zu dem zentralen Punkt des Antrages und zu dem Thema Linksextremismus. Der aktuelle Linksextremismus im Jahr 2019 kaschiert seine antidemokratische Zielsetzung mit dem Kampf gegen Faschismus. Wer wollte diesen nicht unterstützen? Ganz klar. Allerdings verbergen sich hinter diesem Schutzwall heute wieder Täter.

Auch deshalb war es richtig, dass die AfD-Fraktion im Landtag eine Enquete-Kommission gegen Linksextremismus eingerichtet hat. Diesem Antrag, dem teils auch die CDU-Fraktion zustimmte, war zu entnehmen, was in Bezug auf das Thema Linksextremismus zu untersuchen ist, nämlich Strukturen, die Scharnierfunktion in Bezug auf hier im Landtag vertretene Parteien, Aktivitäten, Straftaten, ideologische Grundlagen, die gesellschaftliche Verankerung und Maßnahmen sowie das Beispiel der G-20-Proteste sollen untersucht werden.

Doch kaum war der Beschluss im Plenum öffentlich gefallen, stimmte auch die CDU in der Enquete-Kommission dafür, die Öffentlichkeit auszuschließen. Das lässt sich nachvollziehen; denn die Kenia-Koalition und die Landesregierung haben viel zu verbergen. Das beginnt schon allein damit, dass die Landesregierung diesen Beschluss des Landtages zur Erforschung des Linksextremismus ganz offensichtlich nicht ernst nimmt;

(Zuruf von der AfD: Genau!)

denn in dem beschlossenen Antrag wird darauf hingewiesen, dass es viel zu wenige wissenschaftliche Studien zum Linksextremismus gibt. Ich zitiere aus dem Antrag:

„Eine diesbezüglich mit Seltenheitswert ausgestattete Studie der Freien Universität Berlin zeigt jedoch, dass menschenverachtende linksextreme Einstellungen weit verbreitet sind.“

Man hätte erwarten können, dass die Landesregierung diese Studie spätestens mit dem Beschluss des Landtages zur Kenntnis nimmt, aber der Vertreter der Landesregierung, namentlich des Verfassungsschutzes, erklärte uns in einer Sitzung der Enquete-Kommission, es könne sein, dass er schon einmal von dieser Studie gehört habe, gelesen, geschweige denn ausgewertet habe er sie jedoch nicht.

Die Wissenslücken beim Verfassungsschutz sind noch größer, etwa was die durch unsere Fraktion recherchierte Tatsache betrifft, dass ein Vertreter des mittlerweile durch die Landesregierung mit Millionen bezuschussten Vereins Miteinander e. V. bei und mit Linksextremisten auftritt. Das war dem Verfassungsschutz neu.

Ich weiß, dass es viele von Ihnen hier im Haus nicht gern hören, aber der Herr David Begrich, der geschätzte Gesprächspartner Ihrer Fraktion in diesem Haus, war auf dem Podium, als es darum ging, 30 Jahre Antifa Ostdeutschland zu feiern.

(Zuruf von der AfD: Oh!)

Bei dieser Antifa-Tagung im Dezember 2017 in Berlin - vielleicht waren Sie anwesend, Herr Striegel -

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ich wäre stolz darauf gewesen, wenn ich Zeit gehabt hätte!)

trat unter dem Programmpunkt „Antifa heißt Angriff - Antifaschistische Kampagnenpolitik in Ostdeutschland“ unter anderem die Gruppe Antifa Nordost Berlin auf. Ein Blick in den Verfassungsschutzbericht wird Ihnen zeigen, was es mit dieser Gruppe auf sich hat.

Dieselbe Veranstaltung, andere Extremisten: Auch die Interventionistische Linke, in unserem Verfassungsschutzbericht benannt, nahm am Treffen der Linksextremisten teil. Seit den G-20-Krawallen in Hamburg ist diese linke Kampftruppe bestens bekannt. Sie hat sich im Strategiepapier 2014 selbst einmal beschrieben - ich zitiere -: „Wir sind die Steineschmeißer und die Abwiegler in einem.“

Bei jenen Steineschmeißern trat Ihr geschätzter Extremismusexperte, liebe Landesregierung, Da-

vid Begrich im Sommer 2017 in Leipzig auf. Ja, er ist wahrlich ein Extremismusexperte. Mittendrin statt nur dabei, kann ich dazu nur sagen.

(Beifall bei der AfD)

Weitere Auftritte und Zusammenkünfte von Miteinander e. V. mit der Interventionistischen Linken haben wir in der Enquete-Kommission ebenfalls benannt. Alles war dem hiesigen Verfassungsschutz unbekannt. Dieser vermeintlichen Sicherheitsbehörde war auch unbekannt, dass David Begrich Autor der linksextremen Monatszeitschrift „AK - Analyse & Kritik“ ist. Er hat darin um die 20 Artikel veröffentlicht.

In einem Sonderheft mit dem Titel „Was tun gegen die AfD?“ diskutierte Begrich über diverse Möglichkeiten, um gegen die Partei vorzugehen, die der von dieser Landesregierung bezuschusste Verein seit Jahren bekämpft. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Neben einigen anderen durch den Verfassungsschutz beobachteten Gruppierungen trat auch ein Vertreter einer bekannten anderen Gruppierung auf, nämlich die Steineschmeißer der Interventionistischen Linken, die ich schon nannte, die in dem Sonderheft, wenig überraschend, eine Intervention gegen die AfD forderten.

Auch das haben wir vorgetragen. Trotzdem antwortete die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD zum Verein Miteinander: Die Analysen des Rechtsextremismusexperten David Begrich genießen landes- und bundesweit große Reputation.

(Zustimmung bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Was wahr ist, muss wahr bleiben!)

Es werden keine Anhaltspunkte dafür gesehen, dass Personen, die Projekte betreuen, Mitarbeiter des Vereins Miteinander, auch Herr Begrich selbst, Nähe zu extremistischen Erscheinungsformen und Personengruppen haben. Das antwortet die Landesregierung, trotz der Erkenntnisse, die wir vorgetragen haben.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Vielleicht liegt es an Ihren Erkenntnissen!)

Aber nicht nur der dank der Landesregierung existente Verein Miteinander ist bestens mit den Linksextremisten der Interventionistischen Linken vernetzt, auch die Partei DIE LINKE ist es. Auf ihrem Parteitag am 23. April 2016 wurde ein Dringlichkeitsantrag eingebracht. Die Antragsteller wollten, dass DIE LINKE dem Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ beitrifft und es unterstützt.

Die Antragsteller schreiben in ihrer Begründung Hochbrisantes, wie ich finde, ich zitiere:

„DIE LINKE, Solid, SDS, Jusos, Falken, Grüne Jugend, Interventionistische Linke, Naturfreunde, Gewerkschaftsjugend und der VVN-BDA bildeten den organisatorischen Kern der Kampagne.“

Die Unterstützung für Steineschmeißer und Abwiegler wurde durch den Landesparteitag der Linkspartei ausgesprochen.

Damit ist das Zitat des Landesvorsitzenden Höpner in der „Volksstimme“ von gestern völliger Unsinn, dass Sie sich angeblich von Extremisten distanzieren.

(Beifall bei der AfD)

Nein, Sie sprechen ihnen die Unterstützung auf Ihrem Landesparteitag aus. Frau Quade war Antragstellerin. Es verwundert nicht, dass sie in der Enquete-Kommission dazu nichts sagte, aber wahrscheinlich wird sie sich heimlich gefreut haben.

Diesem Bündnis mit Steineschmeißern und Abwiegler gehören nicht nur führende Politiker der LINKEN an, sondern auch der GRÜNEN und der SPD. Unter anderem unterstützt die damalige Bundesministerin Manuela Schwesig das fragwürdige Bündnis.

(Dr. Falko Grube, SPD, und Olaf Meister, GRÜNE, lachen)

Der Verfassungsschutz kennt dieses Bündnis aus Steineschmeißern und Abwiegler lediglich dem Namen nach - so waren die Worte.

Das muss man sich alles auf der Zunge zergehen lassen; denn selbst der Verfassungsschutz schreibt in seinem Jahresbericht über die Interventionistische Linke: Diese sei auch deshalb so gefährlich, weil sie eine Scharnierfunktion hin zum vermeintlich bürgerlichen Protest darstelle.

Es stellt sich aber die Frage, Herr Innenminister, warum der Verfassungsschutz nichts davon weiß, wenn diese Steineschmeißer und Abwiegler mit ihrer Scharnierfunktion in Aktion treten. Warum ist das eigentlich so? An dieser Stelle zeigt sich, warum die Enquete-Kommission in unserem Land wichtig ist, nämlich um genau das aufzuzeigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Wir hätten gern noch viele andere Zusammenhänge tief greifend beleuchtet; doch die Regierungskoalition und DIE LINKE halten drei Termine in diesem Jahr für ausreichend.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Viel zu viel!)

Dafür, dass die Sitzungen nichtöffentlich sind, sorgt auch die ansonsten inaktive CDU. Die Anträge auf Öffentlichkeit werden abgelehnt und es werden keine eigenen Anträge eingebracht.

Angeführt wird das alles vom Abg. Sebastian Striegel von den GRÜNEN, der ja bekannterweise selbst ein derzeit ruhendes Beschäftigungsverhältnis mit dem Verein Miteinander hat und damit auch mit den Steineschmeißern verbunden ist. Das muss man einmal aufzeigen. Es ist bezeichnend, dass Herr Striegel für Sie das Zepter in der Enquete-Kommission schwingt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Wir als AfD haben den Antrag heute gestellt, weil wir die Rechte von Fraktionen in solchen Kommissionen stärken wollen; denn wenn Sie alles ablehnen, unsere Anträge auf Befragungen von Experten,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Roi, Ihre Redezeit ist beendet.

Daniel Roi (AfD):

dann hat diese Kommission keinen Sinn.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Roi!

(Unruhe)

Daniel Roi (AfD):

Aus diesem Grund müssen wir das rechtlich regeln. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Abg. Herr Roi, wenn ich sage, dass Ihre Redezeit beendet ist, dann möchten Sie bitte auch sofort enden. Ich hatte Ihnen schon Raum gelassen, aber Sie müssen dann wirklich zum Ende kommen und Ihren letzten Satz sagen und nicht noch weiter reden. - Vielen Dank.

Für die Landesregierung wurde Verzicht angekündigt. - Wir hatten noch eine Wortmeldung - Entschuldigung! - vom Herrn Abg. Striegel. - Sind Sie bereit zu antworten? - Herr Roi kommt noch einmal ans Mikrophon. - Bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Abg. Roi, erstens möchte ich feststellen, dass ich in keiner Weise mit Steinewerfern verbunden bin.

(Robert Farle, AfD: Natürlich!)

Ich weise diese ehrabschneidende Behauptung Ihrerseits zurück.

Zweitens möchte ich Ihnen die Frage stellen, nachdem Sie eine Reihe von Falschinformationen in die Welt gesetzt haben, auf welche Tatsachen Sie die Behauptung gründen, die Zeitschrift „Analyse und Kritik“ sei eine linksextremistische Zeitschrift. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Roi, bitte.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank. - Es sind ja zwei Fragen. Die erste Frage war die Frage nach den Steineschmeißern. Ja, das können Sie zurückweisen. Es war mir klar, dass Sie das machen. Ich habe Ihnen ja dargelegt, wie die Interventionistische Linke sich selbst sieht. Wenn Ihr Verein, für den Sie ja selbst gearbeitet haben, mit diesen Leuten gemeinsame Veranstaltungen macht oder gemeinsam auftritt - -

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Er hat keine Veranstaltungen gemacht! Das ist eine Falschbehauptung!)

- Das sagen Sie, dass es eine Falschbehauptung ist. Es ist nachgewiesen worden, im Übrigen sogar in den Erkenntnisquellen, die die AfD-Fraktion vorgelegt hat; denn Sie haben ja gefordert, wir müssten Quellen für unsere Erkenntnisse liefern, die wir vorgebracht haben. Das haben wir gemacht. Sie sollten sich diese einmal durchlesen; dann sehen Sie, wo Ihr - ja, ich weiß nicht; damals war er wahrscheinlich noch nicht der Chef - Miteinander-Kollege Herr Begrich sich überall herumtreibt. Das ist eben die Interventionistische Linke. Sie werden jetzt wohl nicht abstreiten, dass diese Interventionistische Linke im Verfassungsschutzbericht steht und sich eben selbst als Steineschmeißer bezeichnet. Somit sind Sie über Ihren ehemaligen Verein Miteinander mit Steineschmeißern verbunden.

(Beifall bei der AfD)

Selbstverständlich bleibe ich bei dieser Aussage.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abgeordneter - -

Daniel Roi (AfD):

Ach so, zu der Frage „AK“. Bitte lesen Sie sich einfach mal dieses Kampfblatt durch. Ich habe Ihnen ja sogar den Titel des Blattes genannt. Also, wenn Sie dann noch behaupten, das sei keine linksextreme Zeitschrift,

(Robert Farle, AfD: Für ihn nicht!)

dann wundert mich das bei Ihnen auch nicht. - Für Sie ist das wahrscheinlich tatsächlich nichts Linksextremes.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Striegel signalisiert, noch eine Nachfrage zu haben. - Bitte schön.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Erstens. Ich stelle zunächst fest, Frau Präsidentin, dass der Verein Miteinander nach meiner Kenntnis keine Veranstaltungen mit der Interventionistischen Linken organisiert hat.

(Zurufe von der AfD: Nach Ihrer Kenntnis!)

Zweitens. Ich weise erneut die Behauptung des Abg. Daniel Roi zurück, ich wäre in irgendeiner Weise mit Steineschmeißern verbunden.

Drittens. Bloß weil für den Abg. Roi der Linksextremismus offensichtlich schon bei moderaten Kräften in der CDU anfängt, ist die „AK“, die „Analyse und Kritik“, noch lange keine linksextremistische Zeitschrift.

(Robert Farle, AfD: Das hat ja niemand gesagt, Herr Striegel!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das war jetzt eine Kurzintervention.

(Daniel Roi, AfD: Darf ich darauf antworten?)

- Sie können natürlich darauf erwidern.

Daniel Roi (AfD):

Herr Striegel, es ist sogar alles noch viel schlimmer, als Sie es hier abstreiten. Ich kann Ihnen sagen, dass nicht nur Sie über den Verein Miteinander mit ebendiesem Steineschmeißern in Verbindung treten bzw. in Verbindung zu bringen sind, sondern auch zwei Regierungsmitglieder bzw. Ministerinnen, die - das habe ich auch schon gesagt - einen gemeinsamen Aufruf veröffentlicht haben.

Das kann ich Ihnen sogar sagen; schreiben Sie es mit: Am 29. April 2017 rief die Ministerin Frau Grimm-Benne auf Facebook dazu auf, am 1. Mai 2017 an Demonstrationen teilzunehmen. Ministerin Dalbert rief am 30. April auf ihrer Facebook-Seite ebenfalls zur Teilnahme auf, und bereits am 9. März war die Liste der Unterstützer der Demonstration mit Unterschriften der Ministerinnen und weiterer Organisationen veröffentlicht worden; mit auf der Liste die Interventionistische Linke, im Verfassungsschutzbericht erwähnt.

Bis heute haben sich die beiden Ministerinnen nicht davon distanziert und sie haben ihre Unterschrift unter diesem Aufruf auch nicht zurückgenommen. Genau das ist das Problem. Und das decken wir als AfD auf, Herr Striegel.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wie bereits gesagt, hat die Landesregierung den Verzicht angekündigt. Wir steigen deshalb jetzt in die Dreiminutendebatte ein. Der erste Debattenredner steht auch schon bereit. Für die SPD-Fraktion wird Herr Abg. Erben sprechen. - Bitte.

Rüdiger Erben (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich will an dieser Stelle gerne das tun, was Herr Roi in zwölf Minuten nicht getan hat, nämlich zu seinem Antrag zu reden.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Sie haben uns hier sehr viele Dinge erzählt, aber Sie haben uns nichts zu Ihrem Antrag dargelegt. Ich dachte, Ihnen geht es um den Antrag. Sonst wäre ich wahrscheinlich heute überhaupt nicht als Redner eingeteilt worden. Sie beantragen ja, dass die Parlamentsreformkommission Aufträge zur Änderung der Geschäftsordnung bekommt.

Ich will aus Ihrem Antrag einmal zwei, drei Dinge zitieren. Da geht es nämlich - ich zitiere - um den in der Enquete-Kommission zugrunde liegenden Auftrag zur Untersuchung, Aufklärung, Erkenntnis ... Ich mache mit einem weiteren Zitat weiter: dies sei „eine Vorwegnahme einer Beweis- bzw. Sachverhaltswürdigung“. In einem weiteren Zitat heißt es: „... deren Verbindung in anderen Bundesländern nicht weiter aufgedeckt werden konnte“. Und es gibt ähnliche Formulierungen.

Sie kapieren einfach nicht, dass eine Enquete-Kommission kein Untersuchungsausschuss ist. Möglicherweise haben Sie es aber auch kapiert; denn Sie versuchen jetzt, über die Hintertür der Geschäftsordnung eine Enquete-Kommission zu einem Untersuchungsausschuss aufzubohren. Nichts anderes ist das. Sie wollen nämlich so etwas wie einen zweiten Typ eines Untersuchungsausschusses etablieren. Aber dann haben Sie ganz einfach nicht den Sinn von Enquete-Kommissionen begriffen.

Schauen Sie mal in die Verfassung. Da geht es nämlich darum, dass wir ein Instrument haben, um parteiübergreifend unter Einbeziehung von Experten und unabhängig vom politischen Tagesgeschäft an gesellschaftlich relevanten Themen zu arbeiten. Wenn Sie das jetzt wollen, nämlich die Übertragung von Minderheitenrechten für sogenannte verfahrensleitende Anträge aus dem PUA in das Recht der Enquete-Kommission, dann wollen Sie genau das, was bei einer Enquete-Kommission eben nicht gewollt ist.

Es gilt das Mehrheitsprinzip wie in jedem anderen Ausschuss, Herr Roi. Die Rechte der Minderheiten werden dadurch nicht beeinträchtigt. Aber Sie

können es eben nicht erreichen, über die Änderung der Geschäftsordnung die Enquete-Kommission zu einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, den Sie nicht zustande kriegen, zu machen.

Ich habe mich jetzt bemüht, meine knapp drei Minuten dazu zu verwenden, dass in dieser Debatte zum ersten Mal jemand zu Ihrem Antrag gesprochen hat. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Erben, es gibt zwei Wortmeldungen, eine vom Abg. Herrn Roi und dann eine vom Abg. Herrn Farle. - Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Ich erkläre es Ihnen noch einmal, Herr Erben. Das Problem, warum wir uns mit diesem Antrag wehren - das sage ich auch ganz klar -, besteht darin, dass die Koalitionsfraktionen zwar hier bei dem Einsetzungsantrag das Minderheitenrecht in öffentlicher Sitzung akzeptiert haben, weil sie aufgrund der Landesverfassung eine Enquete-Kommission einrichten mussten, aber die Koalition in nichtöffentlicher Sitzung - auch das ist ein Kritikpunkt, dass Sie unsere Anträge auf Öffentlichkeit ablehnen - dieser Minderheit eben alle Rechte aus der Hand schlägt.

Sie haben gerade selbst gesagt: Eine Enquete-Kommission ist auch dazu da, Experten zu befragen. Wie war es denn mit dem Antrag der AfD-Fraktion, Experten aus der Sonderkommission „Schwarzer Block“ in Hamburg zu laden? Da kamen Sie mit dem Argument, wir griffen in die Hoheit anderer Länder ein.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist Quatsch!)

Der Innenausschuss, dem Sie ja angehören müssten, hat selbst vor ein paar Monaten einmal jemanden aus Bayern geladen, und da fühlen sich die Bayern auch nicht so, als habe jemand in ihr Hoheitsgebiet eingegriffen.

Wenn wir das untersuchen wollen, was im Einsetzungsbeschluss steht - ich glaube, unter Punkt 5, G 20 -, dann muss es der Opposition auch erlaubt sein, Experten zu benennen und diese zu laden. Genau das ist Inhalt unseres Antrages.

(Beifall bei der AfD)

Rüdiger Erben (SPD):

Vielen Dank, Herr Roi. - Erstens. Sie haben sich gerade selbst entlarvt: Dann müsse es der Enquete-Kommission erlaubt sein, zu untersuchen. -

Das haben Sie gerade gesagt; ich zitiere Sie. Sie haben hier eben keinen Untersuchungsausschuss einsetzen lassen, sondern eine Enquete-Kommission.

(Zuruf von der AfD: Was heißt denn „Enquete“ übersetzt?)

Zweitens, Herr Roi: Jetzt benennen Sie doch einmal ein Minderheitenrecht in der Enquete-Kommission, das Sie haben, das die Mehrheit darin verletzt hat. Dann wäre übrigens nicht die Plenarsitzung des Landtages das richtige Forum, sondern dann gehen Sie nach Dessau und klagen Sie. Lassen Sie das doch feststellen, dass angeblich eine Mehrheit Sie in Ihren Minderheitenrechten verletzt! Das können Sie ja machen. Das bereitet ein bisschen mehr Aufwand, als wenn Sie meinen, Sie biegen die Geschäftsordnung so lange zurecht, bis Sie zu Ihrem Ergebnis passt.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt noch eine weitere Wortmeldung, die des Abg. Herrn Farle. - Sie haben jetzt noch einmal eine Nachfrage, Herr Roi? - Dann bitte; aber eine kurze Nachfrage.

Daniel Roi (AfD):

Das ist in Ordnung. - Herr Erben, bevor wir irgendwo klagen, wollten wir den Weg gehen, der Kommission vorzuschlagen, eben diese Rechte einmal zu verankern. Schauen Sie mal in die Landesverfassung; darin ist ein kleiner Absatz zur Enquete-Kommission enthalten. Wir sind der Meinung, dass dies in der Landesverfassung und in der Geschäftsordnung untersetzt werden muss. Das ist Sinn und Zweck des Antrages.

Zum Zweiten: Übersetzen Sie doch einfach einmal das Wort „Enquete“ und beschäftigen Sie sich mal damit, was das übersetzt heißt. Dann werden Sie sehen: erforschen, untersuchen. Das ist alles nicht so weit weg; denn genau das ist der Inhalt einer Enquete-Kommission. Auch in der direkten Demokratie erforscht und untersucht man Möglichkeiten, wie man etwas verbessern kann. Auch das ist der Sinn und Zweck einer Enquete-Kommission. Googeln Sie es mal nach.

(Ulrich Siegmund, AfD: Der weiß das doch nicht! - Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Erben, bitte.

Rüdiger Erben (SPD):

Sie müssen Ihren misslungenen Antrag und vor allem Ihren Redebeitrag jetzt nicht wirklich schön-

reden wollen. - Gehört es dann auch zum Erforschen, wenn Sie Enquete so übersetzen, eine Beweiserhebung und eine Beweiswürdigung durchzuführen? Also, das verstehe ich jetzt nicht, aber das haben Sie alles aufgeschrieben; ich zitiere Sie in diesem Zusammenhang.

Jetzt sagen Sie mir noch: Welches Minderheitenrecht - ich kann Sie ja leider jetzt nicht mehr fragen; deswegen ist es eine rhetorische Frage - wurde verletzt? Die Antwort darauf sind Sie völlig schuldig geblieben. Sie haben hier zwölf Minuten irgendetwas erzählt, nur nichts über Ihren Antrag.

Dann haben Sie sich zweimal gemeldet, haben irgendwelche Behauptungen aufgestellt, aber Sie haben hier nicht ein einziges Mal ein Beispiel gebracht, wo Ihr Minderheitenrecht verletzt war, nicht, wo Sie sich ungerecht behandelt fühlten oder anderer Meinung waren. Darum ging es gar nicht, sondern es ging darum, wo Ihr Recht verletzt wurde. Da müssen Sie schon ein bisschen mehr Fleisch daranbringen, wenn Sie insoweit etwas erreichen wollen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, Sie haben jetzt das Wort. Bitte.

Robert Farle (AfD):

Wenn es um Fleisch-Daranbringen geht, kann ich Ihnen gerne - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Eine Kurzintervention, nehme ich an.

Robert Farle (AfD):

Das ist eine Kurzintervention. - Wenn es darum geht, Fleisch an die Sache zu bringen, kann ich Ihnen gerne nachhelfen.

In unserer Verfassung ist die Trennung zwischen Enquete-Kommission und parlamentarischem Untersuchungsausschuss so geregelt, dass ähnliche Rechte bestehen und Minderheitenrechte ebenfalls in der Verfassung angelegt sind. Das war Gesprächsgegenstand in unserer Sitzung am Mittwoch. Da wurde schon deutlich, dass Sie die Minderheitenrechte aus dem Enquete-Status herausnehmen wollen und eine Verfassungsänderung anstreben, natürlich alles hinter verschlossener Tür.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Richtig!)

Dazu sage ich Ihnen aber eines: Dann richten wir in der nächsten Sitzung einen zusätzlichen parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein - das können wir, die Stimmen dafür werden wir zusammenbekommen -, und dann werden wir aufdecken, was hier in diesem Parlament hinter den

Türen und auch vonseiten einiger Abgeordneter abgeht.

(Oliver Kirchner, AfD: Minister!)

Dann wird ein Herr Stahlknecht hier auch nicht mehr auf die Art davonkommen, dass er noch nicht einmal Stellung zu den Dingen nimmt, um die er sich eigentlich zu kümmern hat. Das nenne ich Verfassungsfeindlichkeit in diesem Parlament, weil das Parlament dadurch ausgeschlossen wird.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen nicht, dass in der Regierung Leute sitzen, die mit Verfassungsfeinden und Extremisten zusammenarbeiten. Das ist unsere Auffassung.

(Beifall bei der AfD)

Und dann denken Sie mal über Ihr oberlehrerhaftes Verhalten nach, das überhaupt nicht sachdienlich ist und völlig neben der Sache liegt. - Wenn Sie da drüben schreien, ist das völlig richtig, denn Sie sind diejenigen, die betroffen sind.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, kommen Sie bitte zum Schluss. - Danke. - Herr Erben, Sie dürfen natürlich darauf erwidern.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Farle, Sie regen sich ja in einer Weise auf, dass ich mir schon richtig Sorgen um Sie machen muss, wie Sie sich hier echauffieren.

(Oliver Kirchner, AfD: Sie sollten sich Sorgen um Ihre Ministerin machen, Herr Erben!
- Robert Farle, AfD: Wir decken Verfassungsfeindlichkeit auf, egal von wem sie kommt!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, Sie haben doch jetzt das Wort zu einer Kurzintervention gehabt. Jetzt müssen Sie natürlich auch demjenigen, der hier vorn steht, die Möglichkeit geben, darauf zu erwidern. - Bitte, Herr Erben.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Farle, wenn Sie einen Untersuchungsausschuss beantragen und das verfassungsmäßig ist, dann ist das Ihr Minderheitenrecht.

(Robert Farle, AfD: Genau!)

Ich habe mehrmals die Frage gestellt: Welches Minderheitenrecht der Antragstellerin, der damaligen AfD-Fraktion, ist verletzt worden? Trotz mehrmaliger Nachfrage und allen möglichen Wortmeldungen haben hier weder Herr Roi noch Sie ir-

gendetwas vortragen können, nichts, überhaupt nichts.

(Robert Farle, AfD: Es geht um den Zwischenbericht, der nicht veröffentlicht werden sollte!)

- Nein, es geht darum, ob Minderheitenrechte verletzt worden sind. Das haben Sie behauptet, und Sie haben hier keinerlei Beispiel nennen oder einen Nachweis dafür erbringen können.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank.

Rüdiger Erben (SPD):

Ich will es vorwegnehmen, falls Sie sich melden sollten: Für mich ist die Debatte jetzt beendet. Ich habe wirklich Angst um Sie nach dem, wie Sie sich hier eben aufgeführt haben.

(Robert Farle, AfD: Ihr kriegt einen Untersuchungsausschuss, und dann seid ihr dran!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt der Abg. Herr Gebhardt.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mir geht es ähnlich wie dem Kollegen Erben. Auch ich hätte einen anderen Redebeitrag vermutet, nämlich einen, der sich auf den Antrag, nämlich auf die Geschäftsordnung und auf die Parlamentsreform bezieht. Wenn wir gewusst hätten, dass es hier ein Referat über angeblichen Linksextremismus gibt, hätte selbstverständlich Frau Quade gesprochen.

(Heiterkeit bei der LINKEN - Zurufe von der AfD)

Jetzt spreche ich, allerdings erst einmal zum Antrag, der hier vorliegt. Dazu will ich zunächst sagen: Ich finde es gar nicht so schlecht, dass dieser Antrag das Licht der Welt erblickt hat. Die Fraktionen sind alle aufgefordert worden, zu benennen, was man im Rahmen einer Parlamentsreform beraten möchte. Meine Fraktion hat entschieden: Wir wollen eine Parlamentsreform haben, die für die Bürgerinnen und Bürger da ist. Wir wollen das Petitionsrecht stärken, wir wollen die Quoren bei Volksentscheiden senken, wir wollen die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen.

Die Vorschläge der AfD-Fraktion beschäftigen sich nur mit sich selbst. Ich finde es erst einmal auch im Sinne der Transparenz ganz gut, dass für

die Bürgerinnen und Bürger deutlich wird, wer etwas für Bürgerinnen und Bürger erreichen möchte und wer etwas für seine Rechte erreichen möchte.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen haben wir auch ein Verfahren zur Parlamentsreform verabredet. Am Mittwoch hatten wir uns dazu getroffen. Da hätte der parlamentarische Geschäftsführer Ihrer Fraktion die Chance gehabt, das so einzubringen und darüber zu diskutieren. Das hat aber nicht stattgefunden.

(Zurufe von der AfD)

Bisher ist ein solches Papier zur Parlamentsreform nicht eingegangen.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD)

Wenn ich hier noch einmal über Minderheitenrechte rede - Herr Farle, Sie haben es eben auch schon einmal angesprochen -, dann ist in der letzten Sitzung am Mittwoch darüber debattiert worden und auch vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst ein Vortrag darüber gehalten worden, ob es denn wirklich sinnvoll ist, Enquete-Kommissionen als Minderheitenrecht zu verankern, oder ob das künftig nicht ausdrücklich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss regeln sollte. Jetzt können alle einmal raten, von wem dazu kein Widerstand kam. - Von Ihnen, Herr Farle.

(Zuruf von Rüdiger Erben, SPD)

Sie schnarchen in der Parlamentsreformkommission vor sich hin und hier stellen Sie solche Anträge.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

In der Parlamentsreformkommission widersprechen Sie nicht, wenn es um den Schutz von Minderheitenrechten geht, und hier stellen Sie solche Anträge. Und dann wundern Sie sich, wenn das Parlament darüber amüsiert ist.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Nicht mehr lange! - Zuruf von Robert Farle, AfD)

Noch zwei Anmerkungen zu dem, was Herr Roi gesagt hat. Wir als Oppositionsfraktion haben mit Sicherheit nicht viele Übereinstimmungen mit der Landesregierung. Aber das, was hier noch einmal zitiert wurde zum Verein Miteinander und auch zu Herrn David Begrich, findet unsere volle Unterstützung. Ich stelle selten eine Übereinstimmung mit unserer Landesregierung fest.

(Zuruf von der AfD: Das wundert uns nicht!)

Dazu will ich für meine Fraktion noch einmal klar sagen: Es ist gut, dass es den Verein Miteinander e. V. gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Und jedes Gebrüll von Ihnen in Richtung Miteinander e. V. ist eine Bestätigung dafür, wie notwendig dieser Verein auch in Zukunft sein wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Gebhardt, es gibt eine Wortmeldung. - Herr Abg. Farle, bitte, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Herr Gebhardt, ich stelle fest, dass Sie das Parlament hier jetzt eindeutig beschwindelt haben.

(Lachen bei der CDU)

In der Sitzung am Mittwoch habe ich Folgendes formuliert, und Frau Brakebusch, die Präsidentin, war dabei.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Es waren mehrere dabei.

Robert Farle (AfD):

Ja, aber die unter anderem auch.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Die unter anderem auch! - Zurufe von der CDU)

Ich habe dort klipp und klar formuliert, dass sich die AfD-Fraktion gegen jede Beschneidung der Minderheitenrechte einsetzt. In dieser Diskussion der Reformkommission ist zum ersten Mal die Rede darauf gekommen, dass man den parlamentarischen Untersuchungsschuss anders behandeln will als Enquete-Kommissionen und dass man für die Enquete-Kommission eine entsprechende Gesetzesänderung bzw. sogar eine Verfassungsänderung vorsieht. Das war dort Gegenstand.

Sie versuchen nun durch eine ganz primitive und schäbige Art, andere Leute als Schnarchtanten oder sonst etwas hinzustellen, und nehmen eine vollständig falsche Wiedergabe dessen vor, was tatsächlich passiert ist.

Zur Sache ist Ihnen Folgendes zu sagen. Es geht entscheidend um das Minderheitenrecht des Zwischenberichtes einer Enquete-Kommission. Wenn man diese nicht mehr als Minderheitenrechte ausgestaltet sehen will, dann werden wir einen PUA beantragen, aber wir werden nicht darauf verzichten, dass wir unsere Erkenntnisse an die Öffentlichkeit bringen.

Da Sie bei der Enquete-Kommission durch Mehrheitsbeschlüsse verhindern wollen, dass die Zusammenhänge zwischen Regierungmitgliedern und der LINKEN sowie linksextremistischen Vereinigungen in der Öffentlichkeit aufgedeckt wer-

den, wenn Sie also die Rechte der Enquete-Kommission beschneiden, müssen wir diese Rechte in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss durchsetzen; denn das ist grundrechtlich geschützt. Das können Sie nicht so einschränken, wie Sie wollen.

Wir lassen uns auch von Ihnen nicht verbieten, auch wenn es die Mehrheit ist, diese Dinge aufzuklären.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle, Ihre Redezeit von zwei Minuten ist jetzt um.

Robert Farle (AfD):

Ja, aber das ist die Antwort auf diese - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, Herr Farle, Ihre Redezeit ist jetzt um.

Robert Farle (AfD):

Danke sehr.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Gebhardt, Sie dürfen noch einmal sprechen.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Herr Farle, „Tante“ habe ich nicht gesagt. Das weise ich an der Stelle zurück.

Zweitens - es waren mehrere Kollegen anwesend - kann ich mich nicht an einen Widerspruch von Ihnen erinnern,

(Zuruf von Alexander Raue, AfD)

als es um diese Frage ging. Im Moment sind die Minderheitenrechte, die bei einer Enquete-Kommission verankert sind, nach unserer Geschäftsordnung nicht beschnitten,

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

überhaupt nicht. Man hat darüber diskutiert und Sie haben dort keinen Widerspruch angemeldet.

Ich bleibe auch bei meiner Darstellung, dass die Forderung, die Sie jetzt hier beantragen, in der Parlamentsreformkommission bisher keine Rolle gespielt hat und Sie diese dort nicht eingebracht haben. Davon habe ich nichts zurückzunehmen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Robert Farle, AfD: Aber allgemein zu den Minderheiten!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Gebhardt, es gibt noch eine weitere Wortmeldung. - Herr Abg. Roi.

Daniel Roi (AfD):

Herr Gebhardt, erst einmal ein Tipp: Wenn Sie wollen, dass diese Punkte in die Kommission eingespeist werden,

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Nein, das will ich nicht, das wollen Sie.

Daniel Roi (AfD):

dann müssen Sie einfach dem Antrag zustimmen.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Nein. Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie das in die Kommission einspeisen.

Daniel Roi (AfD):

Lassen Sie mich erst einmal zu Ende reden. - Dann haben Sie gesagt, wir würden uns nicht für die Bürger einsetzen. Also, die Aufdeckung des Linksextremismus ist im Sinne vieler Bürger.

(Zuruf von Silke Schindler, SPD)

Denn die haben nämlich die Nase voll davon, wie Sie und Ihre linksextremistischen Freunde die Leute draußen beeinflussen und in den Organisationen und an den Unis Ihre Umtriebe verbreiten.

Dann wollte ich Ihnen noch einmal sagen, dass es Ihre Fraktion in der Enquete-Kommission war, die trotz der Aussage des GBD, es sei rechtlich nicht möglich, in einer Enquete-Kommission Anträge auf Befassung zu behandeln, argumentiert hat - Sie persönlich und auch Ihre Kollegin Quade -, dass sei ja alles nicht möglich. Wir haben das jetzt deshalb aufgenommen, um das einmal zu regeln. Denn wenn keine Fraktion etwas zur Befassung mit aktuellen Themen, die sich auf den Einsetzungsbeschluss beziehen, einbringen kann, dann können wir uns die ganze Geschichte auch sparen. Wir wollen die Enquete-Kommission stärken. Das ist der Sinn und Zweck, Herr Gebhardt.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Gebhardt, Sie dürfen darauf natürlich erwidern.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Herr Roi, einem Halbsatz von Ihnen kann ich durchaus zustimmen: Wir könnten uns die ganze Sache sparen; das stimmt.

Denn das, was Sie bisher eingebracht haben, hat entweder nichts mit Linksextremismus zu tun gehabt oder es hatte keinen Bezug zu Sachsen-Anhalt. Wenn es darüber nichts zu debattieren gibt, dann brauchen wir auch keine Sitzung anzusetzen.

Es muss doch einen Grund haben, dass Sie a) in den Sitzungen sehr schnell fertig sind

(Heiterkeit bei der SPD)

und dass Sie b), wenn es darum geht, nächste Themen zu besprechen, einfach nichts vorlegen, zu dem ein Bezug zu Sachsen-Anhalt hergestellt werden kann.

(Zuruf von der AfD)

Sie können das alles veröffentlichen, Sie können das alles propagieren. Aber Sie brauchen an der Stelle nicht das Parlament zu missbrauchen. Das ist der Punkt. Sie können öffentlich machen, was Sie wollen. Das können Sie alles erklären. Aber es geht nicht, dass Sie versuchen, über ein Gremium Mehrheitsentscheidungen so zu beeinflussen, dass - -

(Zuruf von der AfD: Den Zwischenbericht verhindern Sie doch!)

- Nein, der Zwischenbericht ist vom GBD ausdrücklich verhindert worden, weil dieser gesagt, er erfülle die Datenschutzrichtlinien nicht.

(Zuruf von der AfD)

Zu Ihrer ersten Frage, Herr Roi. Warum sollte ich das einbringen? Es ist doch Ihr Antrag. Und hier steht: „Folgende Maßnahmen sind der Parlamentsreformkommission zu empfehlen.“ Wir haben im Ältestenrat ein Verfahren beschlossen, wonach alle Fraktionen ihre Vorschläge in die Parlamentsreformkommission einspeisen können. Dieses Recht haben Sie. Es passiert nur nicht. Sie brauchen das Parlament hier nicht mit solchen Anträgen zu behelligen. Beauftragen Sie Ihren parlamentarischen Geschäftsführer, dort diesbezüglich etwas vorzulegen;

(Zurufe von der AfD)

dann kann sich die Kommission auch damit befassen. So einfach sind die Dinge manchmal.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Herr Borgwardt als Fraktionsvorsitzender, bitte.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Es tut mir leid, ich habe es eigentlich vermeiden wollen, weil ich es als nicht nötig angesehen habe. Aber jetzt muss ich, völlig unabhängig von der Debatte zum Linksextremismus, etwas sagen.

Herr Farle, ich hatte das große Vergnügen, meinen parlamentarischen Geschäftsführer in der Sitzung zu vertreten. Jetzt bringe ich einmal in Erinnerung, warum der GBD zu der Problematik

Enquete-Kommission um Auskunft gebeten wurde. Es ging darum, dass unter anderem meine Fraktion die Unterschiede zwischen Beratern und Sachverständigen hinsichtlich der Beratertätigkeit und der Vergütung thematisiert hat.

Darum ging es nämlich. Da in der Verfassung das Wort „Sachverständige“ enthalten ist - das können Sie übrigens im Protokoll nachlesen -, ging es um die Stellung. Geht das so ohne Weiteres, oder muss man möglicherweise die Verfassung ändern, weil dort nicht explizit von Beratern, sondern von Sachverständigen die Rede ist?

Für diejenigen, die sich damit nicht auskennen, mache ich das gern noch einmal deutlich: In der Enquete-Kommission sind Sachverständige alle Mitglieder einer Enquete-Kommission, nicht nur Abgeordnete. Das ist der Unterschied. Ein Berater in einem PUA ist nicht Mitglied, sondern der berät die Mitglieder des PUA, die Abgeordneten, während Sachverständige dort Externe sein können. Darum ging es bei dem Thema.

(Rüdiger Erben, SPD: Genau!)

Es ging überhaupt nicht um die Frage, ob wir irgendwelche Rechte beschneiden, sondern darum, wie wir das rechtskonform ausgestalten können. Nicht nur meine Fraktion, sondern auch andere haben gesagt, dass wir im Grunde sehr viele Berater haben, dass man ein bestimmtes Engagement bei Beratern braucht, und es ging um die Frage, ob wir das nach den jetzigen Regelungen so machen können. Darum ging es. Es ging überhaupt nicht darum, Rechte zu beschneiden, sondern es ging um diese Sache.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

- Nein Herr Farle, das muss ich Ihnen jetzt wirklich einmal sagen. Das war der Dreh- und Angelpunkt.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich möchte Sie an dieser Stelle jetzt wirklich unterbrechen;

(Zustimmung)

denn das hat nichts mehr mit diesem Antrag zu tun.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Mit dem Antrag hat es sehr wohl etwas zu tun! - Weitere Zurufe)

Siegfried Borgwardt (CDU):

Frau Präsidentin, ich gehöre ja zu denen, die - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Entschuldigung, stimmt; das betrifft natürlich den Antrag. Aber das Vorherige gehörte im Prinzip nicht zum Antrag.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass wir hier nicht in der Parlamentsreformkommission sind, um diese Dinge zu beraten. Wir haben die erste Beratung dazu gehabt.

(Zurufe von der AfD und von der LINKEN)

Das gehört nicht hier ins Plenum, sondern das sind Dinge - Herr Borgwardt hat es noch einmal unterstrichen -, die wir dann in den Beratungen besprechen. Was in diese Beratungen kommt, ist alles noch gar nicht festgezurr.

(Zurufe von allen Fraktionen)

Deswegen möchte ich an dieser Stelle darum bitten, keine weiteren Ausführungen mehr dazu zu machen. Dafür gibt es das Gremium und dort werden wir uns über diese Fragen noch einmal ausführlich unterhalten.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Frau Präsidentin, das ist jetzt Ihre Auffassung.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich habe versucht, als Fraktionsvorsitzender zum Antrag zu reden. Dabei ging es um die Geschäftsordnung. Und es muss mir erlaubt sein, dann zu reden, wenn meine Erinnerung offensichtlich eine andere ist und ich den Eindruck habe, ich sei bei einer anderen Veranstaltung gewesen als Herr Farle.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Wir kommen nunmehr zum nächsten Debattenredner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Abg. Herr Striegel. Sie haben das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich den Tagesordnungspunkt im Zeitplan für die Tagesordnung gesehen habe, war ich nicht davon ausgegangen, dass wir jetzt die Sitzung der doch sehr trauten Parlamentsreformkommission sozusagen unter 87 Abgeordneten im Plenum weiterführen. Aber man wird in diesem Parlament immer mal wieder überrascht.

Ich will nur wenige Sätze verlieren. Herr Roi, an Ihrem Antrag hat mich insbesondere fasziniert, dass Sie vom Landtag erbitten, die Landesregierung aufzufordern, gegenüber dem Parlament, also der Parlamentsreformkommission, tätig zu werden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Rüdiger Erben, SPD: Stimmt! - Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Das ist für mich als jemand, der Politikwissenschaft studiert hat, total irritierend. Ich fürchte aber, das ist auch für die allermeisten, die sich nur ein wenig mit dem parlamentarischen System in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt haben, ein eher frivoler Vorschlag.

Das hier ist die erste Gewalt. Die wird sich nicht von der Landesregierung irgendwelche Vorschriften machen lassen. Und ich möchte damit auch in keiner Weise anfangen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Striegel. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Krause. Sie haben das Wort, Herr Krause.

Dietmar Krause (CDU):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für mich ist es jetzt natürlich schwer, nachdem so viele Dinge hier schon ausgeführt worden sind, noch ein paar Anmerkungen zu machen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Man muss nicht reden!)

- Nein, Herr Striegel, ein paar Dinge möchte ich schon noch loswerden.

Zum Antrag der AfD-Fraktion gibt es nicht viel zu sagen, außer dass er abzulehnen ist. Über den Antrag - das haben wir heute gehört - wurde auch nicht allzu viel debattiert. Es wurde ziemlich weit ausgeholt. Auch das Thema Geschäftsordnung hat der Kollege Erben bereits in die Debatte eingebracht.

Lassen Sie mich noch etwas zur letzten Sitzung sagen. Dort wurde vonseiten der Koalition sehr deutlich gemacht, dass die von der Fraktion der AfD auf die Tagesordnung gesetzten Anträge mit dem eigentlichen Gegenstand der Enquete-Kommission nichts zu tun haben. Denn wir befassen uns mit dem Linksextremismus in Sachsen-Anhalt.

Wie wir gehört haben, war es ein gutes Dutzend Linksextreme, die in Hamburg dabei gewesen sind. Das müssten dann die Kollegen dort entscheiden.

Herr Roi, da zum jetzigen Zeitpunkt Ermittlungsverfahren laufen und noch nicht abgeschlossen sind, ist es natürlich für uns in der Enquete-Kommission ziemlich schwierig zu handeln. Wir haben keinerlei fundierte Ergebnisse, da das alles noch nicht abgeschlossen ist. Deshalb können wir jetzt nicht eingreifen.

Wir haben klar formuliert, dass wir uns in der Enquete-Kommission am jährlichen Verfassungs-

schutzbericht abarbeiten, um den Linksextremismus im Land zu beleuchten, und nicht an den Dingen, die Sie vermeintlich für Linksextremismus halten. Das haben wir mit allen Fraktionen so besprochen. Das wurde auch so als Arbeitsplan für die Enquete-Kommission festgelegt.

Ich habe Vertrauen in unsere Behörden. Damit möchte ich meine Ausführungen beenden. Bevor ich jedoch zum Ende komme, möchte ich noch sagen: Wenn Unterlagen mit mehr als 100 Seiten kurz vor Beginn der Sitzung eingereicht werden, dann ist es für uns etwas schwierig, noch in derselben Sitzung darauf zu reagieren. - Vielen Dank, meine Damen und Herren, das war es.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Krause. - Zum Abschluss spricht der Abg. Herr Lehmann. Sie haben das Wort.

(Andreas Steppuhn, SPD: Vorher die Waffen ablegen!)

Mario Lehmann (AfD):

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Blockadehaltung zur Enquete-Kommission. „Enquete“ - das können Sie nachschauen - kommt aus dem Französischen und bedeutet „Untersuchung“.

Bezeichnend ist, dass die Landesregierung - wahrscheinlich aus gutem Grund - auf einen Redebeitrag hierzu verzichtet hat - ich sehe die Abwesenheit des Innenministers Stahlknecht -;

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie ist überhaupt nicht zuständig!)

ein Armutszeugnis in meinen Augen. Herr Erben als Sozialdemokrat hat vorhin alles getan, um den Linksextremismus zu decken. Man fragt sich, wie er früher einmal Staatssekretär im Innenministerium gewesen sein kann.

(Zurufe von der SPD)

Die LINKEN haben den Konsens zwischen Koalition und LINKEN dargelegt und deutlich gemacht. Das verwundert hier in diesem Parlament mittlerweile niemanden.

Jetzt frage ich mich: Was schmiedet Sie alle, wie Sie hier sitzen, außer der AfD-Fraktion, wie Pech und Schwefel zusammen, sodass Sie alle gemeinsam dichthalten und deckeln müssen? Ich werde es Ihnen jetzt einmal erklären.

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Sie stehen allesamt durch Ihr zurückliegendes Paktieren mit Linksextremisten in allen Gesell-

schaftsbereichen mit dem Rücken an der Wand - das wissen Sie -, die einen mehr, die anderen weniger.

(Beifall bei der AfD)

Dazu kommt noch für die CDU das äußerst unangenehme, aber machterhaltende Koalitionskorsett mit den Roten und den Grünen in dieser Koalition. Deshalb müssen sie zähneknirschend die Gelder für zwielichtige Projekte und Vereine mit durchwinken, ob Sie es wollen oder nicht, damit Ihnen die Koalition nicht zukünftig um die Ohren fliegt und damit Sie morgen nicht auf die schicken schwarzen Dienstwagen vor der Staatskanzlei verzichten müssen. - So einfach ist das.

Das muss sich anfühlen wie der Pakt zwischen Faust und Mephisto. Es ist auch deshalb schon eine Anmaßung, uns die im Verfassungsschutzgesetz nicht vorhandene Floskel „Prüffall“ anzudichten, während die Landesregierung Projekte fördert, bei denen zum Beispiel die Interventionistische Linke ein- und ausgeht, während linke Mandatsträger ganz offen Mitglieder der Roten Hilfe sind oder der DKP ihre steuerfinanzierten Büros zur Verfügung stellen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lehmann, darf ich Sie einmal kurz unterbrechen?

Mario Lehmann (AfD):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir haben heute Ihren Antrag vorliegen. Das, was Sie jetzt vortragen, ist so ähnlich wie das, was Herr Roi vorgetragen hat. Es hat aber mit dem Antrag nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen würde ich Sie bitten, sich auf diesen Antrag zu beziehen.

Mario Lehmann (AfD):

Das hat mit Linksextremismus zu tun.

(Zurufe von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Es ist und bleibt so - das ist das Problem -, er wird gedeckelt. Die Regierungskoalition gibt bewusst und leichtfertig ihren Namen her für zweifelhafte Veranstaltungen.

(Zuruf von Dr. Falko Grube SPD - Unruhe)

Von uns fordern Sie laufend irgendwelche Abgrenzeritis und Distanzeritis. Ihnen steht wirklich die linke Filzbrühe bis zum Hals. Sie sind nicht in

der Position, uns zu kritisieren oder uns einen Prüffall anzudichten.

(Silke Schindler, SPD: Sie achten nicht einmal die Präsidentin! - Dr. Falko Grube, SPD: Sie sind der personifizierte Prüffall! - Weitere Zurufe von der SPD und von der LINKEN)

Deshalb sollten sich alle einmal an die eigene Nase fassen und überlegen, wie sie aus diesem Schlamassel wieder herauskommen, ohne dass sie draußen beim Bürger und Wähler das allerletzte Fünkchen an konservativem Schein verlieren.

(Dr. Falko Grube, SPD: Sie sind der personifizierte Prüffall! - Weitere Zurufe von der LINKEN und von der SPD)

Ich merke, es ist für Sie alle unangenehm - das muss es auch sein -, wenn die AfD langsam, aber trotz Ihres Widerstandes unaufhaltsam und immer tiefer in diese verfilzten Machenschaften aus Politik, Vereinen und Geldströmen einsteigt und eindringt.

Das fühlt sich sicherlich so an - ich merke es an Ihrer Reaktion heute -

(Zuruf von Thomas Lippmann, LINKE)

wie auf einem Zahnarztstuhl, wenn der Bohrer immer tiefer eindringt, auf den Nerv stößt und der rote vereiterte Backenzahn in Zukunft, früher oder später, durch die AfD entfernt werden wird, ob Sie uns behindern oder nicht.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der AfD)

Wenn der rote vereiterte Backenzahn durch den blauen AfD-Bohrer herausgezogen worden ist, dann werden Sie sich erleichtert fühlen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Lehmann, selbst wenn ich jetzt wohlwollend noch einmal darüber nachdenke, was Sie im Prinzip von diesem Antrag wiedergegeben haben, und dass Sie kritisiert haben, dass die Landesregierung bei diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend ist, dann muss ich Ihnen sagen, damit hat die Landesregierung nichts zu tun. Wir im Landtag müssen über die Dinge, die in diesem Antrag stehen, beraten. Das gehört dann in unsere Parlamentsreformkommission.

(Silke Schindler, SPD: Lümmeln Sie nicht so am Pult!)

Mario Lehmann (AfD):

Das ist richtig. Auch eine Landesregierung - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es tut mir leid. Aber selbst, wenn ich das noch einmal wohlwollend prüfen würde, komme ich zu dem Schluss, dass das nicht zu diesem Antrag gehört.

Mario Lehmann (AfD):

Auch eine Landesregierung hat eine Position deutlich zu machen. Die hat sie soeben auch klar und deutlich dargelegt.

(Ach! bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Silke Schindler, SPD: Keinen Respekt!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, Herr Lehmann, die Landesregierung hat mit diesem Antrag nichts zu tun, weil es wirklich nur ein Landtagsantrag ist, der nur uns als Abgeordnete interessiert.

(Silke Schindler, SPD: So achten Sie das Parlament! - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

- Nun bleiben Sie doch einmal alle ganz ruhig. - Ich denke, ich muss Ihnen das wenigstens mit auf den Weg geben.

(Unruhe)

Mario Lehmann (AfD):

Dann brauchen wir zukünftig keine Landesregierung mehr, wenn wir im Parlament debattieren.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, wenn es andere Debatten sind, Herr Lehmann, dann hat die Landesregierung auch anwesend zu sein. Aber dieser Punkt berührt die Landesregierung nicht. Das wollen wir - ich denke, ich spreche im Namen aller Abgeordneten - auch nicht.

(Zustimmung bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sind das Parlament und wir sind für unsere Angelegenheiten zuständig. Wir geben uns unsere Geschäftsordnung selbst und wir lassen sie uns nicht von der Landesregierung vorschreiben.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Mario Lehmann (AfD):

Das ist ein sehr guter Konsens. Dann lassen Sie uns gemeinsam den Linksextremismus aufklären und die Verwicklungen deutlich machen. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind jetzt so weit, dass wir in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 7/4150 eintreten. Einen Überweisungsantrag habe ich nicht vernommen. Somit werden wir direkt über den Antrag abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Somit ist der Antrag abgelehnt worden.

Schlussbemerkungen

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind am Ende der 33. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 34. Sitzungsperiode - -

(Unruhe bei allen Fraktionen)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, diesen einen Satz werden Sie doch wohl noch im Sitzen ertragen können. - Ich berufe den Landtag zu seiner 34. Sitzungsperiode für den 23. und 24. Mai 2019 ein. Ich wünsche Ihnen ein gutes Wochenende.

Schluss der Sitzung: 17:08 Uhr.

